



Landtag von Baden-Württemberg

24. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 9. Februar 2017 • Haus des Landtags

Beginn: 9:35 Uhr

Mittagspause: 13:14 bis 14:17 Uhr

Schluss: 21:39 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin	1225	Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	1231
Ergänzung der Tagesordnung	1225	Abg. Nicole Razavi CDU	1232
Abg. Anton Baron AfD (zur Geschäftsordnung)	1225	Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD	1233
Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD (zur Geschäftsordnung)	1225	Abg. Reinhold Gall SPD	1234
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE (zur Geschäftsordnung)	1225	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	1235
Beschluss	1225	Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD (sachliche Richtigstellung)	1236
1. a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Drucksache 16/1582		Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	1237
b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Drucksache 16/1583	1226	Beschluss	1238
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	1226	b) Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/1304	1240
Abg. Nicole Razavi CDU	1227	Abg. Sandra Boser GRÜNE	1240
Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD	1228	Abg. Petra Häffner GRÜNE	1242
Abg. Reinhold Gall SPD	1229	Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU	1243
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	1230	Abg. Norbert Beck CDU	1245
Beschluss	1231	Abg. Dr. Rainer Balzer AfD	1246
2. Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2017 (Staatshaushaltsgesetz 2017 – StHG 2017) – Drucksache 16/1117		Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD	1249, 1256
a) Einzelplan 01: Landtag – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/1301	1231	Abg. Gernot Gruber SPD	1251
		Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	1251
		Abg. Klaus Hoher FDP/DVP	1253
		Ministerin Dr. Susanne Eisenmann	1254
		Beschluss	1256
		c) Einzelplan 07: Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/1307	1262
		Abg. Martin Hahn GRÜNE	1262
		Abg. Claus Paal CDU	1264
		Abg. Carola Wolle AfD	1265
		Abg. Dr. Boris Weirauch SPD	1267
		Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP	1269
		Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut	1271
		Abg. Thomas Dörflinger CDU	1275
		Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP	1275
		Beschluss	1276

<p>d) Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/1310 1279</p> <p>Abg. Bettina Lisbach GRÜNE 1280</p> <p>Abg. Paul Nemeth CDU 1281</p> <p>Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD 1283</p> <p>Abg. Gernot Gruber SPD 1285</p> <p>Abg. Andreas Glück FDP/DVP 1287</p> <p>Minister Franz Untersteller 1288</p> <p>Beschluss 1292</p> <p>e) Einzelplan 13: Ministerium für Verkehr – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/1313 1295</p> <p>Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE 1296</p> <p>Abg. Felix Schreiner CDU 1298</p> <p>Abg. Anton Baron AfD 1300</p> <p>Abg. Martin Rivoir SPD 1302</p>	<p>Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP 1304</p> <p>Minister Winfried Hermann 1306</p> <p>Beschluss 1312</p> <p>f) Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/1314 1314</p> <p>Abg. Alexander Salomon GRÜNE 1315</p> <p>Abg. Manfred Kern GRÜNE 1316</p> <p>Abg. Sabine Kurtz CDU 1317</p> <p>Abg. Dr. Rainer Balzer AfD 1319</p> <p>Abg. Gabi Rolland SPD 1321</p> <p>Abg. Nico Weinmann FDP/DVP 1323</p> <p>Ministerin Theresia Bauer 1325</p> <p>Staatssekretärin Petra Olschowski 1329</p> <p>Beschluss 1330</p> <p>Nächste Sitzung 1335</p>
--	--

Protokoll

über die 24. Sitzung vom 9. Februar 2017

Beginn: 9:35 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, die Gespräche einzustellen und Ihre Plätze einzunehmen. – Vielen Dank.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Guten Morgen, Frau Präsidentin!)

Ich eröffne die 24. Sitzung – –

(Unruhe)

– Ich darf um Ruhe bitten! – Vielen Dank.

Ich eröffne die 24. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Beurlaubt für heute habe ich Herrn Abg. Born, Frau Abg. Eriikli, Frau Abg. Lindlohr sowie Herrn Abg. Dr. Schmid.

Krankgemeldet sind heute Herr Abg. Kenner, Herr Abg. Dr. Kern, Herr Abg. Kopp, Herr Abg. Dr. Merz sowie Herr Abg. Stächele.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich heute bis 11 Uhr Herr Minister Wolf, ganztägig Herr Ministerpräsident Kretschmann und Herr Staatsminister Murawski, ab 14 Uhr Herr Minister Lucha sowie ab 19 Uhr Herr Minister Hauk.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Fraktion GRÜNE, die Fraktion der CDU, die Fraktion der SPD und die Fraktion der FDP/DVP haben gestern Abend den Gesetzentwurf Drucksache 16/1582 – Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – eingebracht.

Die Fraktion GRÜNE, die Fraktion der CDU und die Fraktion der SPD haben außerdem den Gesetzentwurf Drucksache 16/1583 – Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – eingebracht.

Die einbringenden Fraktionen haben beantragt, diese beiden Gesetzentwürfe wie folgt auf die Tagesordnung der heutigen Plenarsitzung zu nehmen: als neuen Tagesordnungspunkt 1 a die Erste Beratung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/1582 und als neuen Tagesordnungspunkt 1 b die Erste Beratung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/1583. Beantragt ist eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion inklusive Begründung.

Deshalb ist jetzt gemäß § 78 Absatz 4 der Geschäftsordnung über die beantragte Ergänzung der heutigen Tagesordnung und nach § 42 Absatz 2 der Geschäftsordnung über die erforderliche Fristverkürzung zu entscheiden.

Herr Abg. Baron, bitte, zur Geschäftsordnung.

Abg. Anton Baron AfD: Wir möchten gern einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen. Diesen wird Herr Dr. Rainer Podeswa vortragen.

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Präsidentin Muhterem Aras: Moment! Geschäftsordnungsanträge werden vom Saalmikrofon aus gestellt.

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Entschuldigung! – Die AfD-Fraktion beantragt eine Redezeitverlängerung beim bisherigen Tagesordnungspunkt 1 a – Einzelplan 01: Landtag – von fünf Minuten auf zehn Minuten je Fraktion und begründet diesen Antrag mit den zu diskutierenden Etatauswirkungen, die die neu eingebrachten Gesetze zur Änderung des Abgeordnetengesetzes zwangsläufig mit sich bringen.

Es gibt dazu einschlägige Gerichtsurteile des Verfassungsgerichts, wonach diese ausführlich zu diskutieren sind. Fünf Minuten Redezeit scheinen hierfür nicht angemessen. Wir bitten um Unterstützung des Antrags.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Nun darf ich das Wort Herrn Abg. Sckerl geben.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Namens der Fraktion GRÜNE sowie der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP/DVP beantrage ich, dass wir bei der vereinbarten Redezeit von fünf Minuten für den Einzelplan 01 bleiben. Wir haben die Redezeit in den letzten Jahren immer entsprechend der Bedeutung der Einzelpläne so vereinbart. Das ist angemessen, und es gibt keinen Grund, es zu ändern.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Es gibt also zwei Anträge, über die wir abstimmen müssen.

Ich lasse zunächst über den Antrag auf Redezeitverlängerung auf zehn Minuten abstimmen. Wer dem Antrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag auf Verlängerung der Redezeit auf zehn Minuten abgelehnt.

Wir müssen insgesamt über die gewünschte Erweiterung der Tagesordnung und die erforderliche Fristverkürzung abstimmen. Wer diesem Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Erweiterung der Tagesordnung mehrheitlich zugestimmt. Vielen Dank.

Die Erste Beratung dieser Gesetzentwürfe wird, wie beschlossen, als neuer Tagesordnungspunkt 1 in die Tagesordnung aufgenommen.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Gleichzeitig haben die Fraktion GRÜNE sowie die Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP/DVP beantragt, die Zweite Beratung dieser Gesetzentwürfe in der 25. Plenarsitzung am 10. Februar 2017 ohne Aussprache als Tagesordnungspunkt 4 durchzuführen. Wir müssen daher über die Fristverkürzung zwischen Erster und Zweiter Beratung nach § 50 der Geschäftsordnung abstimmen. In dieser Abstimmung geht es lediglich um die Fristverkürzung.

Wer diesem Antrag auf Fristverkürzung zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Vielen Dank. Damit ist es so beschlossen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe den neuen **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

- a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Drucksache 16/1582**
- b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Drucksache 16/1583**

Meine Damen und Herren, wie soeben beschlossen gilt für beide Gesetzentwürfe eine Redezeit von insgesamt fünf Minuten je Fraktion inklusive Begründung.

Ich darf das Wort für die Fraktion GRÜNE Herrn Abg. Sckerl erteilen.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Schönen guten Morgen! Die antragstellenden Fraktionen haben zwei Gesetzentwürfe mit einem klaren gemeinsamen Ziel eingebracht. Das Ziel heißt: Der Landtag soll auch in Zukunft unabhängig und leistungsstark sein, ein Parlament, auf das die Bürgerinnen und Bürger vertrauen und bauen können. Dazu gehört, das Berufsbild des Abgeordneten attraktiv zu halten.

Der Landtag muss Zugang für alle Bevölkerungsschichten bieten. Dazu gehört dann eben auch – das ist konsequent –, dass Bezahlung und Ausstattung bis hin zur Altersvorsorge diesem Anspruch entsprechen müssen, insbesondere auch, um die Unabhängigkeit der Abgeordneten zu gewährleisten.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten heute zu Recht selbstbewusste Abgeordnete, die auf Augenhöhe mit der Regierung um die jeweils beste Lösung ringen. Sie erwarten Abgeordnete, die sich für sie zerreißen, die ihre Anliegen, ihre vielfältigen Themen aus den Wahlkreisen in das Parlament einbringen. Sie erwarten Abgeordnete, die ihren Wählerauftrag, die Regierung zu kontrollieren, ihr Haushalts- und Gesetzgebungsrecht kompetent wahrzunehmen, auch tatsächlich ernst nehmen und ernst nehmen können.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Um dies für die nächsten Jahre zu gewährleisten, haben sich die vier Fraktionen auf ein Reformpaket mit insgesamt vier Teilen, die unterschiedlich getragen werden, verständigt. Wir

machen uns dabei gewiss nichts vor, meine Damen und Herren. Verbesserungen der Abgeordnetenausstattung jeglicher Art erfreuen sich keiner Beliebtheit. Das wissen wir. Da ist viel von Selbstbedienung die Rede. Wir müssen aber in diesem Zusammenhang auch immer wieder darauf verweisen, dass Abgeordnete nun einmal auch den Verfassungsauftrag haben, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Ich glaube, dass wir das mit den heute vorliegenden Gesetzentwürfen auf eine verantwortungsvolle Weise tun.

Wir alle, die wir diese Gesetzentwürfe tragen, stellen uns auch der Kritik, die es aus der Bürgerschaft gibt. Es gibt selbstverständlich Fragen, die beantwortet werden müssen. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, zu erfahren, was die Motive des Landtags sind. Das werden wir in den nächsten Wochen tun. Das ist eine klare Zusicherung von unserer Seite. Wir werden das mit großem Respekt vor dem Souverän, aber auch mit guten Argumenten tun, meine Damen und Herren.

Ein Teil der vier vorgeschlagenen Maßnahmen ist die Stärkung der Wahlkreisarbeit. Das erklärte Ziel der Erhöhung der Mittel für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist in allererster Linie die Stärkung der Wahlkreisarbeit. Wir wollen qualifizierte Leute einstellen können. Diese sollen auch ein Einkommen erhalten, von dem sie und ihre Familien gut leben können. Bisher ist das mit der notwendigen Stückelung einer 1,0-Stelle zwischen Stuttgart und dem Wahlkreis eigentlich nicht möglich. Im Kern geht es dabei um die Organisation eines kurzen Drahtes zur Bürgerschaft. Wir sind heute mehr gefordert als in den letzten Jahren, und das aus guten Gründen.

Zum Zweiten erklärt dies auch die Erhöhung der Kostenpauschale. Auch das ist eine Wahlkreismaßnahme, die den gestiegenen Anforderungen an die Wahlkreisarbeit – Unterhaltung eines Büros, Durchführung von Veranstaltungen – Rechnung trägt.

Der dritte Punkt – Indexierungsverfahren – ist eine Maßnahme, mit der wir bei der jährlichen Überprüfung der Abgeordnetenentschädigung eine stärkere Orientierung am allgemeinen Volkseinkommen anstreben. Ich glaube, es ist wichtig, das zu betonen. Das ist eine Anlehnung an das Modell des Bundestags. Die Entschädigung selbst wird mit dieser Maßnahme nicht erhöht, meine Damen und Herren.

Und schließlich die Altersversorgung: Das ist ein großer Diskussionspunkt der letzten beiden Tage. 2008 gab es eine Parlamentsreform. Diese hat die Stellung des Landtags in einigen Punkten verändert, verbessert, aber in der Altersversorgung – das sage ich sehr deutlich – überwiegend Murks produziert. Mit privaten Vorsorgeverträgen werden Versicherungen gefüttert, aber keine auskömmlichen Altersversorgungen hergestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Das haben wir eruiert. Der Vorschlag einer staatlichen Altersversorgung, die eine Grenze, einen Deckel, haben wird – das macht unser Modell deutlich –, ist eine Ergänzung zu den Wahlmöglichkeiten der Abgeordneten. Wir halten das für angemessen. Abgeordnete haben einen Anspruch auf angemessene Altersversorgung. Darüber können wir gern diskutieren. Wir glauben aber, dass wir auch hier gute Argumente haben.

(Hans-Ulrich Sckerl)

Unter dem Strich, meine Damen und Herren, um zum Ende zu kommen: Der Landtag bleibt ein kostengünstiges Parlament – auch mit den neuen Reformen. Die Ausgaben des Landtags pro Einwohner und Jahr liegen aktuell bei 7,46 €. Im Durchschnitt aller Bundesländer – außer den Stadtstaaten – liegen sie bei 13,24 €. Die Kosten in Baden-Württemberg werden jetzt steigen. Sie bleiben aber unter 10 € pro Einwohner und Jahr.

Wir können also mit Fug und Recht sagen: Wir bleiben immer noch ein kostengünstiges Parlament. Wir wollen ein gutes, unabhängiges Parlament bleiben. Deshalb bitte ich um Unterstützung der Anträge der Fraktionen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Razavi das Wort.

Abg. Nicole Razavi CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Über viele Monate, ja Jahre haben wir, die Fraktionen dieses Landtags von Grünen, CDU, SPD und FDP/DVP, über die finanziellen Leistungen und die Ausstattung von uns Abgeordneten beraten und sie evaluiert. Dass vier Fraktionen diesen nun eingeschlagenen Weg weitgehend gemeinsam gehen, ist wichtig.

Klar ist: Immer dann, wenn wir über unsere eigenen Angelegenheiten beraten und über sie zu entscheiden haben, begehen wir einen ziemlich schwierigen Pfad. Es dürfte aber unzweifelhaft sein, dass die Entschädigung von Abgeordneten ihrer Stellung und ihrer Verantwortung entsprechen muss, und die ist groß. Das zeigt sich gerade in diesen Zeiten. Wenn Politik immer komplexer wird, steigt die Neigung zu immer platteren Parolen. Dem müssen wir entgegenstehen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Verantwortung zu tragen heißt nicht, dem Volk nach dem Mund zu reden, sondern nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden. Dazu sind wir nach Artikel 38 des Grundgesetzes und nach Artikel 27 der Landesverfassung verpflichtet.

Aufgrund dieser Stellung der Abgeordneten hat das Bundesverfassungsgericht klar und deutlich entschieden, dass die Abgeordneten selbstständig über ihre Vergütung entscheiden müssen. Es sei – so heißt es dort – nicht mit dem Verständnis eines unabhängigen Volksvertreters vereinbar, wenn dieser sich durch Dritte eine Entschädigung zuweisen lassen muss.

Klar ist: Wenn die Gesellschaft will, dass sie in unseren Parlamenten von guten und fähigen Politikern aus allen Bevölkerungsschichten und Berufsgruppen vertreten wird, dann muss die Abgeordnetenentschädigung den Aufgaben entsprechen. Es geht nicht um Selbstbedienung, sondern um eine angemessene finanzielle Ausstattung.

Die Bürgerinnen und Bürger, ja wir selbst richten hohe Ansprüche an unsere Arbeit, und diese wachsen stetig. Eine Siebentagewoche, veränderte Formen der Kommunikation und die sozialen Medien gehören dazu. Für die qualifizierte Ver-

tretung der Menschen ist es wichtig, dass zwischen der ersten und der zweiten Gewalt Augenhöhe besteht. Die Regierung – daran sei erinnert – hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verstärkt. Allein im Staatsministerium gab es einen Aufwuchs von 22 Stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Auch die Arbeit im Parlament mit dem Haushaltsrecht – allein mit dem vorliegenden Haushalt beraten wir 4 500 Seiten – und dem Gesetzgebungsrecht sowie die Arbeit im Wahlkreis mit einem kurzen Draht zu den Bürgern machen eine gute Ausstattung der Büros, die Zusammenarbeit durch qualifizierte Mitarbeiter und eine angemessene Entschädigung der Abgeordneten notwendig; Kollege Sckerl ist bereits darauf eingegangen.

Bei all diesen Fragen haben wir uns an den Regeln des Deutschen Bundestags orientiert und uns auf 50 % des Niveaus des Deutschen Bundestags verständigt. Das halten wir für angemessen.

Die Diäten bleiben unverändert, aber auch hier übernehmen wir das Indexierungsverfahren des Bundestags, orientiert am Nominallohn.

Mit Blick auf die Zusammensetzung des Parlaments und die Stellung der Abgeordneten als Vertreter des ganzen Volkes stellt sich auch hier die Frage der Attraktivität des Mandats. Wenn die Gesellschaft will, dass sie in unseren Parlamenten von guten und fähigen Politikern aus allen Bevölkerungsschichten und Berufsgruppen vertreten wird, dann muss die Abgeordnetenentschädigung den Aufgaben entsprechen.

Die Altersversorgung ist Bestandteil dieser Entschädigung, die den Abgeordneten nach dem Grundgesetz zusteht. Sie soll die Unabhängigkeit der Parlamentarier sichern – so das Bundesverfassungsgericht.

Ich zitiere aus den Angaben des Deutschen Bundestags:

Die Altersentschädigung schließt die Lücke in der Altersversorgung, die für Abgeordnete dadurch entsteht, dass sie im Parlament tätig sind und dafür auf eine andere, eine Altersversorgung begründende Berufstätigkeit ganz oder teilweise verzichten müssen.

Was für den Deutschen Bundestag gilt, das muss auch für den Landtag von Baden-Württemberg gelten.

(Zuruf von der AfD)

Um diese Lücke zu schließen, haben wir ein Optionsmodell beschlossen, das den Wechsel in eine staatliche Altersversorgung nach den Regelungen des Deutschen Bundestags ermöglicht.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Vergleicht man die Entschädigung und die Ausstattung der Abgeordneten beispielsweise mit denen von Bürgermeistern, bewegen wir uns mit dem, was jetzt vorliegt, auf dem Niveau eines Bürgermeisters einer kleineren Stadt mit 10 000 bis 15 000 Einwohnern, und vergleicht man sie mit den Parlamen-

(Nicole Razavi)

ten der anderen Flächenländer der Bundesrepublik und dem Deutschen Bundestag, zeigt sich, dass der Landtag von Baden-Württemberg auch nach diesen Gesetzesänderungen ein kostengünstiges Parlament ist und es auch bleiben wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Podeswa.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Dr. Podeswa!)

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Pünktlich vor dem zweiten Tag der Haushaltsberatungen muss man lernen, dass die schamlose Ausbeutung der Steuerzahler auch noch gesteigert werden kann.

(Beifall bei der AfD)

Die Abgeordneten der Kartellparteien wollen sich mal eben schnell den größten Raubzug in der Geschichte von Baden-Württemberg absegnen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sie haben sich gestern gegen den Begriff „Kartellparteien“ gewehrt, aber wie sonst soll man Sie beschreiben, wenn Sie auch jedem einzelnen Punkt einer Definition eines Kartells genügen?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Grüne, CDU, SPD und FDP/DVP gönnen sich eine Verdoppelung der Aufwendungen für Mitarbeiter, also rund 100 % Steigerung.

(Zurufe)

Reicht das? Nein, das reicht nicht. Weitere 40 % Steigerung der steuerfreien Kostenpauschale – wohlgemerkt steuerfrei. Man gönnt sich ja sonst nichts. Halt, doch! Eine winzige Kleinigkeit will man sich dann doch noch gönnen: etwa grob 100 Millionen € pro Legislaturperiode. Die Abgeordneten von Grünen, CDU, SPD und FDP/DVP wollen nämlich die Wiedereinführung der staatlich finanzierten Altersvorsorge.

(Zurufe von der FDP/DVP: Nein! – Das ist falsch!)

Da steht dann im Gesetzentwurf zu den kostenmäßigen Auswirkungen natürlich auch drin: Da die Anzahl der Abgeordneten, die das in Anspruch nehmen werden, und die Dauer nicht abgeschätzt werden können, kann man dazu auch keine Aussage machen.

Ich sage Ihnen: Diese Luxusversorgung wird pro Abgeordneten im Mittel – das wird Ihnen der Rechnungshof genauso wie der Bund der Steuerzahler einzeln vorrechnen – in der Größenordnung von 1 Million € liegen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Dies ist nun wirklich schon eine bürgerverachtende Unverfrorenheit und macht einen tatsächlich fassungslos.

(Beifall bei der AfD)

Baden-Württemberg hat damit die teuersten Landtagsabgeordneten in ganz Deutschland.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ein Quatsch!
– Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist falsch! – Weitere Zurufe von der SPD und den Grünen)

Um mit dem Märchen hier aufzuräumen: In Bayern hat es 40 Jahre lang Filz und Klüngel gebraucht und natürlich die absolute Mehrheit der CDU-Schwesterpartei, um die teuersten Landtagsabgeordneten zu haben. Wir haben dieses Loserteam aus Bayern geschlagen.

(Beifall des Abg. Udo Stein AfD)

Wir bekommen jetzt mehr. Ist das nicht schön, zu einem Siegerteam zu gehören? Ich finde das klasse.

Und was sagt Herr Reinhart dazu? Wissen Sie, Herr Reinhart, der Bürger soll es ja verstehen. Deshalb will ich es Ihnen übersetzen. Herr Winterkorn, Vorstandsvorsitzender von VW, gehörte jahrelang zu den am besten bezahlten Managern Deutschlands – das ohne jede Wertung. 16 Millionen € Jahresgehalt, 28 Millionen € Pensionszusagen – aber was soll's? Dieser arme Mensch – dieser schrecklich arme Mensch; mir kommen die Tränen – bekommt gerade mal eben 4 € pro Volkswagenbeschäftigtem. Da soll man doch sagen, dass der teuer war.

Unser Landtag ist natürlich auch überhaupt nicht teuer. Günstiger geht es gar nicht pro Kopf der Bevölkerung. Man muss nur den richtigen Teiler finden, dann mache ich Ihnen alles zu null.

(Beifall bei der AfD)

Und was sagt Herr Schwarz von den Grünen dazu? Richtig, Herr Schwarz: Alles nur, damit Baden-Württemberg jeden Tag etwas schöner wird.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das haben Sie sich gut gemerkt, Herr Kollege!)

Warum sagt Herr Schwarz das? Weil Herr Schwarz das immer sagt, weil ihm das sein Medienberater einmal trainiert hat, und jetzt sagt er es halt immer.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sie können nicht von sich auf andere schließen, Herr Kollege!)

Fassen wir also zusammen, was Ihnen Rechnungshof und Bund der Steuerzahler mit Sicherheit vorrechnen werden – die benutzen nämlich genau dieselbe Mathematik wie ich –: Die Abgeordnetenentschädigung steigt mit den geplanten Gesetzen um 30 %.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Unsinn! – Abg. Nicole Razavi CDU: Das stimmt doch gar nicht! – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abgeordneter – –

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Sie wissen, dass ver.di mit der Forderung nach 6 % Lohnerhöhung in die Tarifverhandlungen geht. Was für Loser! Die sollen 30 % fordern. Die sollen sich doch ein Beispiel an den vorbildlichen Abgeordneten hier bei uns im Landtag nehmen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Mir fehlen die Worte. Sie sind eine Schande für Baden-Württemberg.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment, Herr Abg. Gall, Sie sind gleich dran. – Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann ja wirklich sehr heftig in der Sache diskutieren. Auch das gehört zum Parlament, das gehört zur Demokratie. Ich bitte Sie aber alle, und zwar fraktionsübergreifend, dass Sie sich in der Wortwahl mäßigen und dass man sich trotz aller politischen Unterschiede gegenseitig mit Respekt begegnet und auch mit Respekt erwidert. Ich bitte Sie alle noch einmal darum. Es war gestern schon teilweise grenzwertig.

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: „Teilweise grenzwertig“!)

Ich bitte alle fraktionsübergreifend darum, sich in der Wortwahl zu mäßigen.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Jetzt darf ich das Wort Herrn Abg. Gall erteilen.

Abg. Reinhold Gall SPD: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Wir beraten in der ersten Lesung die Gesetze zur Änderung des Abgeordnetengesetzes. Die Vorredner haben ja bereits Ausführungen zum Inhalt der Gesetze gemacht, mit Ausnahme des Vorredners der AfD,

(Zuruf von der AfD: Ja, ja!)

bei dem übrigens keine einzige Zahl, die er genannt hat, stimmt.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Das kann man alles widerlegen. Alle diese Zahlen entsprechen nicht der Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

Keine dieser Zahlen entspricht der Wahrheit.

Ich will mich deshalb darauf beschränken, zu begründen, warum wir dieses Gesamtpaket dieser zwei Gesetze mittragen. Es ist für uns wichtig, deutlich zu machen, dass wir den Schwerpunkt dieses Gesamtpakets insbesondere deshalb mittragen, weil es eine Verbesserung der Mitarbeiterausstattung in unseren Büros in sich trägt. Das ist das Hauptanliegen. Das sei einmal deutlich gesagt.

Meine Damen und Herren, ich gehöre wie einige andere diesem Landtag seit 2001 an. Ich will damit sagen, eine gewisse Erfahrung habe ich diesbezüglich schon. Deshalb kann ich, glaube ich, ziemlich gut beurteilen, dass die Vorgänge, die uns als Landtagsabgeordnete tagtäglich erreichen,

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ in den zurückliegenden 15, 16 Jahren enorm zugenommen haben. Es hat eine tatsächliche Veränderung der Arbeit auch in den Abgeordnetenbüros stattgefunden. Diese Arbeit ist komplexer geworden, und sie ist auch inhaltlich anspruchsvoller geworden. Die Zeitaufwände – auch das kann ich wirklich gut beurteilen – haben sich dramatisch verändert. Das heißt, die inhaltliche Zuarbeit für die Abgeordneten, die Recherchearbeit, die zu tätigen ist, etwa um Bürgerbriefe zu beantworten, auch Bürgerberatungen vorzunehmen, erfordern wirklich deutlich mehr Aufwand, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Für uns jedenfalls trifft dies zu. Von Ihnen wissen wir ja, dass viele von Ihnen in Ihren Wahlkreisen gar nicht präsent sind und Sie übrigens auch in einigen Wahlkreisen überhaupt keine Büros unterhalten.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Zurufe: Ja! – Genau!)

Deshalb sollten Sie, Herr Podeswa, mit solchen Vorwürfen wirklich zurückhaltend sein; denn die steuerfreie Pauschale schieben einige von Ihnen tatsächlich ein, ohne dass dafür eine Gegenleistung vor Ort in den Wahlkreisen erfolgt.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Zuruf: Jawohl!)

Deshalb halten wir diese Erhöhung für erforderlich. Sie ermöglicht jedem Einzelnen von uns, wenn man so will, eine zusätzliche Kraft einzustellen, die angemessen und adäquat nach dem Tarifvertrag der Länder bezahlt wird. Wir haben bisher die Möglichkeit, eine nach Entgeltgruppe 15 TV-L vergütete Kraft zu beschäftigen, und können künftig zusätzlich eine nach der Entgeltgruppe 13 vergütete Kraft einstellen. Ich habe bisher keinen einzigen Bürger – übrigens auch hier bei Besuchergruppen – erlebt, der eine Personalausstattung mit zwei Leuten dieser Entgeltgruppen für überproportioniert für die Zuarbeit für Wahlkreisabgeordnete hält.

(Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Das sei einmal deutlich gesagt.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb halten wir auch die Erhöhung der Kostenpauschale unter Berücksichtigung der Kostensteigerungen für angemessen.

Ich halte es für ziemlich schräg – das will ich einmal deutlich sagen –, dass dann auch in der öffentlichen Berichterstattung und Wahrnehmung diese steuerfreie Kostenpauschale ganz locker auf die Abgeordnetendiät hinzugerechnet wird. So war es gestern Morgen im Südwestrundfunk von Herrn von Arnim zu hören, der locker daherspricht und sagt, die Abgeordneten in Baden-Württemberg würden über 9 000 € Diäten er-

(Reinhold Gall)

halten. Das ist genauso falsch wie jede dieser Aussagen, die Sie gerade gemacht haben.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Aus dieser Pauschale werden Büromiete, Büronebenkosten, Geschäftsausgaben bezahlt.

Die Wahrheit ist, meine Damen und Herren – das darf man sagen –: Nicht wenige von uns zahlen beispielsweise aufgrund ihrer Abgeordnetentätigkeit auch bei Verbänden, bei Organisationen, bei Vereinen Mitgliedsbeiträge, weil dies von uns ganz einfach erwartet wird, insbesondere im Umfeld unserer inhaltlichen Arbeit als Abgeordnete. Jedenfalls mir geht es so. Ich werde häufig auch bedacht, wenn es beispielsweise um Spendenanfragen geht. Ich spreche jetzt nicht von denen der Partei, sondern von Gruppen, Einrichtungen und Institutionen, die einfach erwarten, dass der Abgeordnete in bestimmten Bereichen ein Zeichen setzt.

Sollte es Ihnen entgangen sein: Zwischenzeitlich ist es so, dass wir in großen Wahlkreisen oder dort, wo einige von uns – jedenfalls einige Fraktionen oder Parteien – gar keine Büros mehr haben, dann in Gaststätten bei Bürgergesprächen oder Veranstaltungen Miete bezahlen müssen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Das sind letztendlich nichts anderes als Ausgaben, die Sie, Herr Podeswa, in Ihrem Beruf selbstverständlich als Geschäftsausgaben verbuchen und nicht aus der eigenen Tasche bezahlen.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der AfD)

Aber, meine Damen und Herren, die größte Kritik – so war es natürlich auch zu erwarten – gibt es in Bezug auf die Änderung der Altersversorgung. Da will ich schon sagen: Das darf man und kann man selbstverständlich kritisieren; da gibt es unterschiedliche Sichtweisen. Aber Bemerkungen, Ausführungen und Kommentierungen, die von „schamlos“ und „Gier“ sprechen, halte ich in der Tat wirklich nicht für angemessen, zumal in einigen Zeitungen, beispielsweise in der „Stuttgarter Zeitung“, zu lesen steht: Befragt, ob ein Rentenanspruch nach 13 Jahren, wie wir ihn im Antrag und im Gesetzentwurf stehen haben, vielleicht üppig wäre, verneint der Politikwissenschaftler Gabriel dies ausdrücklich. Er hält nur den Zeitpunkt für unangemessen.

Dazu will ich aus Erfahrung sagen, dass der Zeitpunkt nie angemessen ist,

(Beifall des Abg. Martin Hahn GRÜNE – Zustimmung des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

weil diejenigen, die von „Gier“ und „schamlos“ sprechen, das immer tun werden, unabhängig davon, wann wir das auf den Weg bringen.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, eine letzte Bemerkung zu diesem Themenbereich.

Präsidentin Muhterem Aras: Aber wirklich die letzte Bemerkung.

Abg. Reinhold Gall SPD: Ich gehöre zu jenen, die von diesen Änderungen nicht betroffen sind. Ich bin, wenn man so will, tatsächlich ein privilegierter Altfall. Trotzdem trage ich diese Änderung mit, weil sie meines Erachtens ein Stück weit mehr Gerechtigkeit wiederherstellt.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abgeordneter – –

Abg. Reinhold Gall SPD: Jede andere Form, die gelegentlich auch im Gespräch war, beispielsweise Versorgungswerke, brächte sogar – wie in Nordrhein-Westfalen – eine größere Altersversorgung mit sich. Das wollen wir nicht. Deshalb halten wir das, was jetzt auf dem Tisch liegt, für ausgewogen und ausbalanciert.

(Zuruf von der AfD: Zeit, Herr Kollege!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss.

Abg. Reinhold Gall SPD: Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Danke. – Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP/DVP-Fraktion trägt die vorgeschlagenen Veränderungen teilweise mit. Wir tragen die Veränderungen dort mit, wo es um die Ausstattung und die Arbeitsfähigkeit der Abgeordneten geht.

Wir haben im Jahr 2008 beschlossen, dass wir in Baden-Württemberg ein Vollzeitparlament wollen. Dieses Vollzeitparlament muss natürlich arbeitsfähig sein. Insofern halten wir eine Ausstattung der Abgeordneten für die Arbeit in den Wahlkreisen und in Stuttgart, die sich an 50 % der Ausstattung von Bundestagsabgeordneten orientiert, nicht für maßlos. Es geht dabei nicht um den Geldbeutel der Abgeordneten, wenn sich die Ausstattung mit Mitarbeitern, wie beschrieben, an 50 % der Ausstattung eines Bundestagsabgeordneten orientiert.

Wir halten die Kostenpauschale, die nicht in den Geldbeutel des Abgeordneten fließt, sondern eben der Arbeit im Wahlkreis und in Stuttgart zugutekommt, ebenfalls nicht für maßlos. Deswegen tragen wir diese Maßnahme genauso mit wie die Veränderung des Indexierungsverfahrens, die sich ebenfalls am Deutschen Bundestag orientiert.

Was wir nicht mittragen, ist die Veränderung bei der Altersversorgung. Sie, Herr Podeswa, haben behauptet, die FDP/DVP-Fraktion trage das mit.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Selbst Sie hätten erkennen können, dass das nicht der Fall ist.

(Heiterkeit des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Aber dass Sie intellektuell nicht dazu in der Lage sind, Anträge zu verstehen, haben Sie ja schon während der Haushaltsberatungen im Finanzausschuss bewiesen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der AfD: Das ist eine Frechheit, Herr Rülke!)

Wir haben diese Reform im Jahr 2008 durchgeführt. Ich gebe Ihnen an dieser Stelle ausdrücklich recht, Herr Kollege Sckerl: Das war Murks. Deshalb habe ich dieser Reform damals auch nicht zugestimmt,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ich auch nicht!)

ebenso wie der Kollege Bullinger und auch Sie nicht.

Aber wir haben damals nun einmal argumentiert: Wir erhöhen die Diäten und stellen im Gegenzug auf private Altersvorsorge um. So war nun einmal die Argumentation. Es ist nun einmal so, dass dies jetzt heute hervorgeholt und als Argument verwandt wird.

Wir, die FDP/DVP-Fraktion, sind grundsätzlich der Auffassung: Es ist notwendig, dass die Abgeordneten – so, wie die Bevölkerung auch – zur privaten Altersvorsorge herangezogen werden, wenn etwa der Anspruch aus der gesetzlichen Altersvorsorge nicht ausreicht. Vor diesem Hintergrund sind wir der Auffassung, dass es ein falsches Zeichen ist, wenn die Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg zu einer staatlichen Altersversorgung zurückkehren. Deshalb trägt die FDP/DVP-Fraktion diesen Teil der vorgeschlagenen Reform nicht mit.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Aber für eine höhere Vorsorgepauschale waren Sie schon! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP unterhält sich mit Abg. Reinhold Gall SPD an dessen Abgeordnetenplatz.)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Rülke, könnten Sie diesen Dialog bitte außerhalb des Plenarsaals fortführen? Ich würde gern fortfahren. Sie können den Dialog gern anderswo fortführen.

Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage vor, die beiden Gesetzentwürfe Drucksachen 16/1582 und 16/1583 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Unruhe)

– Ich darf um Ruhe bitten.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2017 (Staatshaushaltsgesetz 2017 – StHG 2017) – Drucksache 16/1117

Zunächst **Buchstabe a:**

Einzelplan 01: Landtag

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/1301

Berichterstatterin: Abg. Barbara Saebel

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 01 – Landtag – eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Wünscht die Berichterstatterin das Wort? – Das ist nicht der Fall. Danke.

Dann darf ich in der Allgemeinen Aussprache Herrn Abg. Sckerl für die Fraktion GRÜNE das Wort erteilen.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! „Kontinuität und Wandel“, mit dieser Überschrift könnte man den Einzelplan 01 – Landtag – für das Jahr 2017 bezeichnen. Wir setzen bewährte, langjährige Aufgaben fort. Es kommen aber auch neue Aufgaben hinzu.

Nachdem vor einiger Zeit schon der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Landeszentrale für politische Bildung beim Landtag angesiedelt wurden – das hat sich aus unserer Sicht bewährt, wie ich ausdrücklich betone –, ist am 1. Februar dieses Jahres auch unter den Fittichen des Landtags der Bürgerbeauftragte des Landes Baden-Württemberg an den Start gegangen – ein attraktives neues Angebot für die Bürgerschaft. Ich darf an dieser Stelle namens meiner Fraktion Herrn Schindler bei dieser neuen, spannenden Aufgabe viel Erfolg wünschen, meine Damen und Herren.

Wir werden im weiteren Verlauf des Jahres mit dem Bürger- und Medienzentrum, das mit einem Fest des Landtags eingeweiht werden wird, ein weiteres attraktives Angebot für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Medien unseres Landes in Betrieb nehmen. Wir haben logischerweise im Einzelplan 01 mit einer Reihe von Anträgen und Beschlüssen für die notwendige Finanzierung gesorgt.

Ansonsten finden Sie im Einzelplan 01 sehr viele Planansätze, die aus den Erfahrungswerten der letzten Jahre weiterentwickelt worden sind. Es sind natürlich auch Mittelerhöhungen ausgebracht; das verschweigen wir nicht. Wir haben unter Tagesordnungspunkt 1 über die Änderung des Abgeordnetengesetzes geredet. Natürlich wirkt sich dies auf die Bereitstellung von Mitteln im Einzelplan 01 aus. Das gilt für die diskutierten Bereiche der Kostenpauschale und der Mittel für die Beschäftigung von Mitarbeitern und in Teilen natürlich auch für Bereiche der Altersvorsorge.

Es entstehen aber auch ansonsten Kosten, die Demokratie und Wahlen auslösen. Es gibt auch Mehrkosten – das kritisiere ich nicht, sage es aber, weil es dazugehört – aufgrund des Einzugs der AfD-Fraktion in den Landtag. Selbstverständlich erhöhen sich dadurch die Zuschüsse des Landes, des Landtags an die Fraktionen um immerhin 1,67 Millionen € – auch ein ordentlicher Betrag, der nicht verschwiegen werden soll. Die Zahl der parlamentarischen Beraterinnen und Berater wurde dadurch erhöht. Wir brauchten auch Mittel für Investitionen in

(Hans-Ulrich Sckerl)

Umbaumaßnahmen, angefangen bei den Fraktionssitzungssälen über die Möblierung im Haus des Landtags und, und, und. Das ist aber der Preis für Demokratie, für Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger, und den zahlen wir wie in den Vorjahren selbstverständlich auch.

Meine Damen und Herren, wir beantragen heute neue Stellen für den Landesbeauftragten für den Datenschutz. Diese Stellen sind zwingend und ein aus unserer Sicht unumgängliches Minimum, wenn der Landesbeauftragte seinen neuen gesetzlichen Verpflichtungen auf Grundlage der EU-Datenschutz-Grundverordnung gerecht werden soll. Deswegen bitten wir darum, diese Anträge zu unterstützen.

Wir haben auch die Planansätze bei der Landeszentrale für politische Bildung fortgeschrieben. Die Bedeutung der politischen Bildung, insbesondere für junge Leute in diesen Zeiten, meine Damen und Herren, kann gar nicht hoch genug angesiedelt werden. Deswegen stehen wir zu diesen Planansätzen in ihrer ganzen Breite.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

An dieser Stelle ist der AfD die Landeszentrale erkennbar ein Dorn im Auge.

(Abg. Anton Baron AfD: Zu aufgebläht! Verlängerter Arm der Kartellparteien!)

Das liegt wahrscheinlich auch an ihrer kritischen Grundhaltung gegenüber jeglicher Form des Extremismus und des Radikalismus. Sie würden sie am liebsten abschaffen. An diesem Punkt sieht man, dass es gut ist, dass Sie für solche Vorhaben im Landtag keine Mehrheit erreichen werden.

Sie wollen die Mittel für politische Stiftungen streichen.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Vereine!)

Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Vielleicht haben Sie auch gar nicht die Systematik der Stiftungsfinanzierung zwischen Bund und Ländern verstanden.

(Zuruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

Ansonsten haben Sie wie immer stapelweise Anträge gegen demokratische Einrichtungen und Aufgaben produziert. Sie haben Ihre Bemühungen gegen eine Erinnerungskultur in Baden-Württemberg nicht eingestellt, haben heute einen Antrag gegen den Lernort Kislau, einen Ort der Erinnerung an ein KZ in der Region Baden, eingebracht. Dessen Finanzierung wollen Sie gern auf null stellen. Sie sind gegen Friedensbildung. Sie machen damit Ihren Charakter, Herr Dr. Meuthen, schon sehr deutlich.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Sie liefern uns auch zwei richtige Schmankerl – das zum Schluss, Frau Präsidentin –: Sie sind für die Kürzung der Mittel für die Herstellung von Landtagsdrucksachen. Aber Sie sind diejenige Fraktion, die – das ist Ihr gutes Recht – im Wesentlichen für die Erhöhung der Kosten verantwortlich ist. Sie fluten Landtag und Ministerien mit Kleinen Anfragen en masse. Das können Sie machen. Aber dann sollten Sie sich hier

nicht scheinheilig hinstellen und die Kürzung der Mittel für die Herstellung Ihrer Drucksachen fordern.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Wie wäre es denn, wenn man sinnfreies Drucken mal einstellen würde?)

Die Krönung, Herr Dr. Meuthen: Die selbst ernannte Partei der sogenannten kleinen Leute fordert eine Kürzung der Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes und der Küche bei der Landeszentrale für politische Bildung. Noch Fragen wegen des Charakters dieser Fraktion? Ich denke, nein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Razavi das Wort.

Abg. Nicole Razavi CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In der Landesverfassung heißt es:

Der Landtag übt die gesetzgebende Gewalt aus und überwacht die Ausübung der vollziehenden Gewalt nach Maßgabe dieser Verfassung.

Mit Unterstützung durch die Landtagsverwaltung soll die Aufgabenerfüllung in möglichst wirtschaftlicher und sparsamer Art und Weise erfolgen. Lassen Sie mich deswegen beginnen mit einem herzlichen Dankeschön an die Verwaltung dieses Hauses, des Landtags von Baden-Württemberg. Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Sie machen über Jahre hinweg einen verlässlichen und tollen Job. Dafür möchten wir Ihnen ganz herzlich Danke schön sagen.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

Ich gebe auch zu, dass ich mir ab und zu vorstellen kann, dass Ihre Arbeit mit den und für die Abgeordneten nicht immer ganz einfach ist.

Ja, der Landtag von Baden-Württemberg ist in der Tat sehr schwäbisch – die Badener und die Kurpfälzer unter uns mögen es mir nachsehen –, nämlich eines der kleinsten und kostengünstigsten Landesparlamente. Das wird er auch künftig bleiben. Ein Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg betreut rund 75 000 Einwohner. Im Durchschnitt aller Bundesländer sind es rund 42 000 Einwohner.

Gleichzeitig sind die Anforderungen an die Parlamentarier gestiegen. Darüber haben wir vorhin schon gesprochen. Auch zahlreiche Bezüge zur europäischen und zur Bundespolitik haben sich entwickelt. Lassen Sie mich nur auf wenige Punkte eingehen.

Neben dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und der Landeszentrale für politische Bildung wird inzwischen auch der Bürgerbeauftragte des Landes Baden-Württemberg im Einzelplan des Landtags separat abgebildet. Die gestiegene Zahl von Fraktionen und Abgeordneten führt ihrerseits zu einem erhöhten Finanz- und Personalbedarf von elf neuen Stel-

(Nicole Razavi)

len im parlamentarischen Beratungsdienst; das sind Kosten in Höhe von rund 1,5 Millionen €. Durch den Einzug einer fünften Fraktion in den Landtag entstehen Mehrkosten in Höhe von 1,17 Millionen €. Auch das muss man immer im Kopf behalten.

Wie funktioniert Demokratie, wie funktioniert unser Parlament, und was tun die Abgeordneten eigentlich? Das erleben die vielen Tausend Menschen, die vielen Schülerinnen und Schüler, die Jahr für Jahr den Landtag besuchen, so wie auch am heutigen Vormittag. Sie verfolgen unsere Debatten und bekommen dadurch Einblick in die parlamentarische Arbeit. Sie kommen mit uns ins Gespräch. Dieses Angebot ist, wie wir meinen, wichtiger denn je.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

In diesem Zusammenhang auch ein herzliches Dankeschön an den Besucherdienst, der sich immer sehr intensiv und gut und auch inhaltlich positiv um unsere Besucherinnen und Besucher kümmert.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Genau deshalb ist es wichtig, dass wir uns in großer Geschlossenheit für ein Bürger- und Medienzentrum entschieden haben, um unsere Arbeit und den Landtag als Kernstück der baden-württembergischen Demokratie für die Bürgerinnen und Bürger noch besser zu öffnen. Das ist gut angelegtes Geld, führt aber allein zu einem um 1,1 Millionen € erhöhten Ansatz.

Natürlich umfasst ein Großteil des Gesamthaushalts des Landtags Leistungen an Abgeordnete, ausgeschiedene Abgeordnete und auch Hinterbliebene. Insgesamt werden damit die gewachsenen Aufgaben des Landtags auch monetär nachvollzogen und wird die Professionalisierung des Parlamentsbetriebs vorangetrieben.

Der Datenschutz wird von allen Fraktionen in diesem Hohen Haus sehr ernst genommen. Durch die neue EU-Datenschutz-Grundverordnung bekommt der Datenschutzbeauftragte wichtige zusätzliche Aufgaben. Das deutsche Datenschutzrecht wird grundlegend neu geordnet. Die Dienststelle wird umfangreich erweitert. Prüf- und Zertifizierungsverfahren sollen für in Unternehmen eingesetzte Software durchgeführt werden. Zudem soll der Landesdatenschutzbeauftragte die Digitalisierungsoffensive unserer Landesregierung begleiten.

Wir wollen, dass der Landesdatenschutzbeauftragte diese Aufgabe effektiv wahrnehmen kann. Wir sind uns deswegen mit unserem Koalitionspartner einig, dass der Landesdatenschutzbeauftragte hierfür zusätzliche personelle Unterstützung benötigt. Der entsprechende Antrag für acht weitere Stellen liegt Ihnen vor.

Einen besonderen Schwerpunkt legt die CDU-Fraktion auf die Förderung politischer Bildung und die Gedenkstättenarbeit, etwa die Gedenkstättenarbeit des Vereins Lernort Kislau. Die Kislauer Schlossanlage steht wie nur wenige andere Orte für die Themen Abwehrkampf, Widerstand und Verfolgung. Wir wollen einen modernen Lernort schaffen, an dem sich vor allem junge Menschen mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus auseinandersetzen und ihn zu heutigen Entwicklungen in Bezug setzen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD)

Ebenso wollen wir die Mittel für den Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb dauerhaft um 10 000 € erhöhen, um seine wertvolle Arbeit zu sichern.

Die politischen Stiftungen – Kollege Sckerl hat schon darüber gesprochen – und das Bildungswerk für Kommunalpolitik e. V. sind wichtige Eckpfeiler für unsere demokratische und politische Kultur und leisten eine herausragende Arbeit, um Menschen von der Demokratie und ihren Werten zu überzeugen. Um den immer neuen Herausforderungen gerecht zu werden, brauchen sie ausreichend Geld. Wir wollen die Zuschüsse an Einrichtungen für politische Bildung deshalb um 250 000 € auf 1 Million € erhöhen.

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Nicole Razavi CDU: Gedenkstättenarbeit – mein letzter Satz – und politische Bildung bekommen gerade heute eine neue, wichtige Bedeutung. Dass es eine Fraktion in diesem Haus gibt, die deren Arbeit am liebsten komplett einstellen würde, meine Damen und Herren, spricht wirklich Bände.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Hören Sie doch auf zu lügen! – Abg. Anton Baron AfD: Das ist völliger Quatsch!)

Umso wichtiger ist es, dass Grüne, CDU, SPD und FDP/DVP hier an einem Strang ziehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Das ist unfassbar! Hören Sie auf mit der Lüge! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gestern hat Ihr eigener Abgeordneter erklärt, dass Sie lügen! Also werfen Sie das nicht anderen vor!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Podeswa das Wort.

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten! Der vorgelegte Haushaltsentwurf sah eine Ausweitung der Kosten des Landtags von 82,4 Millionen € auf 90,2 Millionen € vor – also ziemlich genau 10 % mehr. Für den normalen Bürger ist eine Steigerung des verfügbaren Einkommens um 10 % im Regelfall jenseits der Lebensrealität. Aber man darf zusätzlich nicht vergessen: Das ist eine Steigerung um 10 % netto. Die Reallohnzuwächse in Baden-Württemberg, diesem reichen und boomenden Land, lagen bei 1,8 %. Das heißt, dass die Volksvertreter schon im Planungsansatz erst einmal fünf Mal so viel für den Landtag einplanen, wie der Bürger draußen an Reallohnzuwächsen zu erwarten hat.

Die AfD-Fraktion sieht auch den Landtag als Vorbild für einen effizienten Staat und war über diese deutliche Erhöhung um 10 % sehr erstaunt. Wir haben in rund 16 Änderungsanträgen Kürzungen im Gesamtvolumen von rund 3,1 Millionen € vorgeschlagen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

(Dr. Rainer Podeswa)

Wir zeigen eine Vision auf: Vieles geht erheblich günstiger.

Es ist wenig einzusehen, warum noch vor zwei Jahren die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit bei 200 000 € liegen konnten und jetzt 600 000 € betragen müssen.

Es ist wenig einzusehen, warum die Stiftungen der politischen Parteien, die eh schon mit rund einer halben Milliarde Euro vom Bund finanziert werden, auch noch mit zusätzlich 400 000 € – über die 600 000 € hinaus, die sowieso schon im Haushalt standen – vom Land mitfinanziert werden müssen.

Es ist auch nicht einzusehen, dass im Zeitalter der Digitalisierung die Drucksachen tonnenweise,

(Lachen der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

teilweise dreifach, im Landtag verteilt werden, anstatt diese einfach als PDF-Files zu versenden. Wir würden pro Jahr einen großen Wald sparen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Kleine Anfragen von der AfD!)

Wir von der AfD waren tatsächlich so naiv, anzunehmen, dass in den Beratungen im Finanzausschuss die eine oder andere unserer vorgeschlagenen Kürzungen vorgenommen werden könnte.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Aber selbstverständlich sind ausnahmslos alle Kostenkürzungsanträge abgelehnt worden.

Schon in den Beratungen im Finanzausschuss – halten wir uns doch einfach an die Fakten – haben Sie noch mal kräftig draufgelegt. Nach den Beratungen im Finanzausschuss haben wir jetzt eine Steigerung des Haushaltsansatzes für den Landtag um rund 18 %. Das ist zugegebenermaßen eine große Enttäuschung. Ich hätte von den Grünen nichts anderes gedacht. Aber, meine Damen und Herren von der CDU, gerade von Ihnen hat der Steuerzahler mehr erwartet: dass Sie besonnener mit dem anvertrauten Steuergeld umgehen.

(Beifall bei der AfD)

Was für eine Fehlentscheidung, was für eine Fehleinschätzung, was für eine Enttäuschung. Sie wollen nach den Beratungen im Finanzausschuss mit rund 18 % Steigerung gleich zehn Mal so viel Geld ausgeben, wie der Bürger im Jahr mehr zur Verfügung haben wird.

So zieht sich das durch den gesamten Landeshaushalt. Vor den Beratungen war kein Personalaufbau vorgesehen. Um keine einzige Stelle! Der Landtag hatte im letzten Jahr 168 Mitarbeiter, und im Planansatz waren auch 168 vorgesehen. Nach den Beratungen im Finanzausschuss gibt es plötzlich 27 neue, gut bezahlte zusätzliche Personalstellen. Das allein ist schon ein Personalaufbau um 20 %.

Sind mit dem Beamtenaufbau nach dem Regierungswechsel immer noch nicht alle Parteifreunde versorgt gewesen? War das wirklich nötig, auch noch zukünftige Generationen mit den Pensionszahlungen dafür zu belasten?

Und heute lernen wir, dass gestern Nacht noch schnell Anträge nachgeschoben wurden, die einen Aufbau um weitere zehn

Personalstellen vorsehen – für ganz wichtige Aufgaben, die für die Bürger erfüllt werden müssen.

Wir werden am Ende im Budget des Landtags – ich spreche jetzt noch nicht einmal von den zusätzlichen Ausgaben, die die Änderungen des Abgeordnetengesetzes mit sich bringen – eine Kostenerhöhung in der Größenordnung von über 30 % sehen. Über 30 %! Das, meine Damen und Herren, erklären Sie bitte Ihren Wählern draußen.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Gall.

Abg. Reinhold Gall SPD: Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Kollege Sckerl hat heute früh die Bemerkung gemacht, dass die Redezeiten ungefähr der Wertigkeit der Einzelpläne gemessen am Gesamthaushalt angepasst werden. Da kann er, wenn er über den Landtag spricht, sicherlich nur den Umfang gemeint haben, nicht aber die Wertigkeit an sich. Ich sage das deshalb, weil der Anteil der Kosten des Landtags von Baden-Württemberg am Gesamthaushalt gerade einmal 0,17 % beträgt. Das sollte man sich einfach immer wieder mal vergegenwärtigen.

Ich weiß sehr wohl, dass gerade auch der Etat des Landtags immer wieder auf großes Interesse stößt. Aber überwiegend hat dies – das wissen wir allesamt – natürlich mit Diäten zu tun. Auch deshalb sei hier der Hinweis gestattet, dass der Anteil der Aufwendungen für Diäten am Gesamthaushalt gerade einmal 0,03 % beträgt.

Im Gegensatz zu den Diäten scheinen die klassische Arbeit bzw. die tatsächliche Arbeit, die Ausstattung und die Unterbringung der Fraktionen und der Mitarbeiter weniger sichtbar und interessant. Aber genau dies ist letztendlich – finde ich und finden wir jedenfalls – ein entscheidender Faktor bezüglich der Wünsche auch der Bürger und Bürgerinnen nach Erreichbarkeit und Nähe zu den Abgeordneten. Gäbe es diese Ansätze im Haushalt nicht, was Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Büro- und Finanzausstattung anlangt, dann wäre diese Nähe eben nicht so darstellbar, wie sie gegenwärtig darstellbar ist.

Ein weiterer Hinweis: Die Personalausstattung und die Kosten der Landtagsverwaltung – dazu gehören in der Tat auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen – machen grob 54,5 Millionen € aus. Deshalb will ich hier gern auch die Gelegenheit nutzen, um diejenigen zu nennen, die gerade auch bei Haushaltsberatungen, aber nicht nur da – der Besucherdienst wurde genannt –, im Prinzip Jahr für Jahr, Tag für Tag eine hervorragende Arbeit, auch was die Darstellung des Landtags anlangt, hier im Land leisten.

(Beifall des Abg. Wilfried Klenk CDU)

Nebenbei bemerkt, Herr Podeswa – das sollten Sie dann vielleicht schon auch mal zur Kenntnis nehmen; auch das gehört zur Wahrheit dazu –: Ein nicht geringer Teil der Kostensteigerungen hat in der Tat damit zu tun, dass der Landtag Öffentlichkeitsarbeit und Transparenz mit der Inbetriebnahme des neuen Besucher- und Kommunikationszentrums noch weiter verbessern möchte. Dort wird ganz einfach Personal benötigt – nicht für den einzelnen Abgeordneten, nicht für die Frakti-

(Reinhold Gall)

onen, sondern in Bezug auf die legislative Arbeit dieses Parlaments. Dort werden wir eine hervorragende Ausstellung und Besucherkonzeption darbieten können. Erfreulicherweise nehmen die Menschen daran nicht nur Anteil, sondern sie nutzen jetzt schon diese Möglichkeiten. Ich bin überzeugt davon: In Zukunft wird genau dieses Besucherzentrum ein richtiger Renner werden.

(Beifall bei der SPD und der CDU sowie Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, damit will ich sagen: Die Demokratiekosten – das sind die Gesamtkosten im Einzelplan 01 Kapitel 0101; die verbuche ich jetzt mal unter Demokratiekosten – betragen pro Bürgerin bzw. pro Bürger in unserem Land gerade einmal grob 8 € pro Jahr. Ich habe noch keinen einzigen Bürger erlebt, der mir sagte: „Diese 8 € sind mir für die Arbeit der Legislative in Baden-Württemberg zu viel.“

Deshalb unterstützen wir – jedenfalls dort, wo wir uns einig waren – die Kostensteigerungen, die damit einhergehen, dass Personal in der Landtagsverwaltung aufgebaut wird.

Wir haben nicht das Bestreben – das möchte ich ausdrücklich sagen –, das billigste Parlament in Deutschland zu sein. Aber kostengünstig wollen wir schon sein. Deshalb lohnt da schon einmal ein Vergleich mit anderen Ländern. Vorhin wurde Bayern erwähnt. Bayern leistet sich, wenn man so will, ca. 180 Abgeordnete, gibt 10 € pro Bürger für das Landesparlament aus und zahlt übrigens den Fraktionen sowie den einzelnen Abgeordneten deutlich mehr als Baden-Württemberg.

Da ich gerade bei den Fraktionen bin, möchte ich ausdrücklich fragen: Wie wäre es denn, wenn Sie die im Zusammenhang mit der Fraktionsspaltung und -zusammenführung erhaltenen Beträge endlich einmal an den Landtag zurückzahlen würden? Das haben Sie, soweit ich weiß, bis heute nicht getan.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht aber auch darum – das will ich noch einmal deutlich sagen –, dass der Landtag die Regierung und die Ausführung der Gesetze zu überwachen hat, und dies geht nur mit Personal und Ausstattung. Das heißt, es ist auch unsere Aufgabe, die Exekutive zu kontrollieren, insbesondere auch die Ausführung der Gesetze. Dort haben wir in der Tat ein zunehmendes Ungleichgewicht.

Fakt ist, dass sich sowohl der Herr Ministerpräsident als auch sein Stellvertreter, Herr Innenminister Strobl, ihre eigene – wenn man so will –, fast private Staatskanzlei gebastelt haben und dort richtig Personal hineingegeben worden ist. Dieses Ungleichgewicht darf sich nicht weiter fortsetzen. Deshalb ist es erforderlich, dass der Landtag, die Fraktionen – jedenfalls ein Stück weit – nachziehen.

Zum Thema „Selbstverständnis des Landtags“ möchte ich noch eine kurze Anmerkung machen. Ich habe gegenwärtig den Eindruck – gerade auch bei den Haushaltsberatungen –, dass sich die Regierungsfaktionen nicht nur als verlängerter Arm der Regierung sehen. Wenn ich mir anschau, wie dort zum Teil Politik gemacht wird, dann stelle ich fest, dass sich

einige Abgeordnete tatsächlich so gerieren, als ob sie Regierungsmitglieder wären.

Dabei hat sich in dieser Legislaturperiode etwas verändert – nicht nur wegen ihnen, sondern auch, was das demokratische und parlamentarische Miteinander betrifft. Es gab demokratische Gepflogenheiten, dass man insbesondere, wenn es um Anträge, Inhalte und Ausstattung zu Einzelplan 01 – Landtag – geht, dies möglichst gemeinsam macht. Wenn, wie gestern Abend, bis 22:30 Uhr Anträge der Regierungsfaktionen in den Büros eintreffen, frage ich mich: Wann haben eigentlich Ihre interfraktionellen Vorberatungen stattgefunden? Ich glaube nicht, dass gestern Abend Fraktionssitzungen stattgefunden haben, um diese Anträge zu besprechen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das müssen Sie unsere Sorge sein lassen, Herr Kollege!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Gall, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Reinhold Gall SPD: Ich möchte es am Beispiel des Datenschutzes festmachen. Kollege Sckerl, da Sie gerade dazwischenrufen, möchte ich Ihnen ausdrücklich sagen: Sie haben zugesagt, dass Sie bestrebt sind, dort möglichst eine Gemeinsamkeit unter den Fraktionen herzustellen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ja!)

Dafür hätten Sie seit März letzten Jahres Zeit gehabt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Eben nicht!)

Gestern Abend haben Sie dann einen Antrag der Fraktionen von CDU und Grünen eingebracht.

Deshalb will ich ausdrücklich zum Datenschutz Folgendes sagen:

Präsidentin Muhterem Aras: Letzter Satz, Herr Gall!

Abg. Reinhold Gall SPD: Es scheint mir sehr fragwürdig zu sein. Hätten Sie es ernst gemeint, dann wären Sie unseren Anregungen längst beigetreten, den Datenschutz so auszustatten, wie er ausgestattet werden muss.

Im Übrigen stimmen wir dem Landtagshaushalt entsprechend den Vorlagen zu.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann an das, was der Kollege Gall gerade sagte, anschließen: 0,17 % des Gesamthaushalts für den Landtag. Es soll nicht unser Bestreben sein, diesen Anteil möglichst aus Gründen des Selbstbewusstseins zu erhöhen. Aber es ist schon notwendig, dieses Verhältnis auch einmal öffentlich deutlich zu machen und auch deutlich zu machen: Die Legislative in diesem Land ist wichtig. Es steht dieser Legislative gut an, gerade gegenüber der Exekutive Selbstbewusstsein zu zeigen. Deshalb tragen wir ausdrücklich mit, dass die Aufgaben dieser Legislative ernst genommen werden und sie auskömmlich ausgestattet wird – des-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

halb die Ausführungen zum vorangegangenen Tagesordnungspunkt.

Dies schließt den Datenschutz ein. Ich unterstreiche, was der Kollege Gall an die Adressen von Grünen und CDU sagte: Es hätte mit den Stellen beim Landesbeauftragten für den Datenschutz besser laufen können. Aber wir wissen, es ist eine wichtige Aufgabe, und tragen daher das Ganze dem Grunde nach mit, wie im Übrigen auch die politische Bildung – eine wichtige Aufgabe in diesem Land; es ist auch wichtig, dass der Landtag dies an sich gezogen hat – genauso wie die Öffentlichkeitsarbeit. Deshalb sind uns die Kosten für das Medienzentrum auch nicht zu viel.

Selbstbewusstsein gegenüber der Regierung bedeutet eben auch, dass der Landtag gut ausgestattet ist, dass wir gut arbeitende Mitarbeiter haben. Ich möchte an dieser Stelle auch namens der FDP/DVP-Fraktion unseren herzlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung, aber auch der Fraktionen und der Abgeordneten zu Protokoll geben. Es ist wichtig, dass diese Leute das entsprechende Feedback erhalten.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU, der AfD und der SPD)

Wenn man dann zu dem Ergebnis kommt – die Kollegin Razavi hat es bereits angesprochen –, dass die Ministerien, gerade auch das Staatsministerium – das hat die Kollegin Razavi kritisch erwähnt –, mit dem Stellenaufwuchs durchaus eigenes exekutives Selbstbewusstsein deutlich machen, ist es, glaube ich, nicht falsch, dass die Legislative mit dem entsprechenden Selbstbewusstsein an dieser Stelle agiert.

Dennoch – das unterstreiche ich namens meiner Fraktion – ist der Landtag von Baden-Württemberg im Vergleich der Länderparlamente immer noch günstig. Es ist nicht unser Ziel, mit Bayern gleichzuziehen, was die Gesamtkosten anlangt – das ist völlig klar –, aber wir können nach wie vor für uns in Anspruch nehmen, dass wir uns, was Kostengünstigkeit anlangt, nicht zu verstecken brauchen.

Wenn sich die AfD hier ständig als Sparfuchs profiliert, irgendwelche Anträge stellt, die dazu geeignet sein sollen, die Kosten des Landtags von Baden-Württemberg zu senken, habe ich auch schon eine Frage, Herr Meuthen: Ihre operettenhafte Fraktionsteilung hat ja auch Geld gekostet.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Hat sie nicht!)

Da haben Sie dann heldenhaft verkündet, diese Verfügungsmittel zahlten Sie zurück. Haben Sie zurückgezahlt?

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Ja, natürlich!)

Haben Sie inzwischen alles zurückgezahlt? – Dann nehmen wir zu Protokoll: Es wurde alles zurückgezahlt.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Es hat weniger gekostet!)

– Jetzt fangen Sie wieder an herumzueiern, wie immer bei Ihnen. Das ist das Typische.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sie eiern!)

Ob es nun um Äußerungen von Herrn Höcke geht, um irgendwelche Umtriebe in Ihrer Fraktion, um die Frage, ob Sie zurückgezahlt haben oder nicht: Immer erklären Sie: „Natürlich“, und dann rudern Sie zurück und eiern herum.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Gucken Sie es doch nach! Das ist doch alles öffentlich!)

Das ist typisch,

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Schwindeln Sie doch nicht rum, Sie Schwätzer!)

das ist Ihr Politikstil.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Lächerlich, der Mann!)

Präsidentin Muhterem Aras: Ich darf um Ruhe bitten.

Vor der Abstimmung gibt es jetzt noch eine Wortmeldung von Herrn Abg. Dr. Podeswa zu einer sachlichen Richtigstellung nach § 82 c der Geschäftsordnung.

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Sachliche Richtigstellung. Herr Gall!

(Abg. Reinhold Gall SPD unterhält sich mit anderen Abgeordneten.)

– Herr Gall, hören Sie mir zu. Sie können noch etwas lernen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber nicht von Ihnen! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie haben gerade ausweislich des Protokolls behauptet, dass der Landtag von Baden-Württemberg den Bürger 8 € pro Person kostet. Darf ich Sie darauf hinweisen, dass der Haushaltsentwurf des Landtags einen Etat von weit über 100 Millionen € vorsieht? Größenordnungsmäßig werden am Ende 120 Millionen € herauskommen. Ich darf Sie darauf hinweisen: Wenn Sie einmal 120 Millionen € durch die Anzahl der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg teilen,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie müssen den Haushalt lesen! – Zuruf: Das ist keine Richtigstellung!)

kommen Sie in etwa auf 12 €. Das zu Adam Riese.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Kapitel lesen! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das ist doch nicht das Kapitel Landtag! Der Datenschutz ist doch etwas ganz anderes! – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Taschenrechner! – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Taschenrechner allein nützen auch nichts! Denn diese muss man auch richtig nutzen! – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Das war doch keine Richtigstellung! – Weitere Zurufe – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren – –

(Unruhe)

– Moment!

(Glocke der Präsidentin)

(Präsidentin Muhterem Aras)

Sehr geehrte Damen und Herren – –

(Zurufe)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir können nur nach jeder Debatte oder während jeder Debatte einen Appell an Sie richten. Ich bitte Sie noch einmal, dass Sie sich insgesamt in der Wortwahl mäßigen.

(Zuruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

– Herr Abg. Dr. Meuthen! – Ich bitte Sie alle, sich in Ihrer Wortwahl zu mäßigen. Es geht immerhin auch darum, wie wir uns hier als Landtag verhalten. Wir sind die Volksvertreter. Das sollten wir nicht vergessen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der AfD und der FDP/DVP)

Oben auf der Zuhörertribüne befinden sich Besuchergruppen. – Ich bitte Sie alle darum.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Man sollte doch mit der Wahrheit beginnen!)

Jetzt habe ich noch eine Wortmeldung von Herrn Abg. Dr. Gedeon. – Bitte.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen gleich widersprechen. Ich würde Sie ermuntern, ruhig so lebhaft weiterzudiskutieren. Denn das schafft Leben, und das brauchen wir im Landtag. Zu viel Mäßigung tut uns also nicht gut, Frau Präsidentin.

(Vereinzelte Heiterkeit – Beifall des Abg. Emil Sänze AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Fahren Sie fort.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Zum AfD-Bashing von Herrn Rülke und Herrn Scckerl: Das erinnert mich an mein Medizinstudium.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie sind doch gar nicht mehr dabei! Haben Sie das gemerkt?)

– Natürlich bin ich bei der AfD. Haben Sie nicht gemerkt, dass ich AfD-Mitglied bin?

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Er kann zwischen Fraktion und Partei nicht unterscheiden! Das muss er noch lernen! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Scckerl GRÜNE: Nein, Sie können nicht konsequent sein! Das ist Ihr Problem! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ist das ein Problem für Sie? Darf ich reden?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Meuthen ist stolz, dass Sie noch in der Partei sind! Das können wir für das Protokoll festhalten! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Fahren Sie fort. Sie wollten ja eine lebendige Debatte.

(Heiterkeit)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Ich wollte von meinem Medizinstudium erzählen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das wollen wir gar nicht wissen!)

Da hatte ich einen Kollegen, der für die Biologieprüfung nur die Würmer gelernt hatte. Dann hatte er das Pech, dass er bei den Elefanten drankam. Was machte er? Er sagte: Die Würmer leben in Afrika. Da ist es sehr warm, und je weiter man hinunterkommt, desto wärmer wird es. Es wird immer wärmer und wärmer, und die Würmer werden eingeteilt in erstens, zweitens und drittens.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Der Witz ist uralt! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Schreiben Sie jetzt ein Buch darüber?)

So kommt mir das, was Sie, Herr Scckerl, machen, auch vor. Denn bei allem, über was hier gesprochen wird – es kann um dieses oder jenes Gesetz gehen –, kommt immer die Tirade gegen die AfD: Sie sei scheinheilig,

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Jawohl!)

sie sei gegen Friedensbildung – das haben Sie heute gesagt; das ist ein interessantes Wort. Lieber Herr Scckerl, wenn Sie die Kritik ein bisschen mehr dosieren und spezifizieren würden, dann würden Sie auch Ihrem Anliegen gerechter werden.

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Im Übrigen stimmt der Punkt mit den kleinen Leuten gar nicht. Wir sind nicht die Partei der kleinen Leute. Wir sind eine kommende Volkspartei.

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Gott bewahre!)

Das heißt, wir versuchen eine Interessensynthese zwischen Mittelstand und kleinen Leuten.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Gedeon, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Ja. – In diesem Sinn setze ich mich für diese Volkspartei im Werden ein, auch wenn mich meine Partei wesentlich schlechter behandelt hat als alle anderen Parteien, die hier im Raum sind.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Hoi!)

Aber das ist nun einmal die Dialektik der Politik, und das ist die Dialektik des Lebens. Ich stehe aber dazu und mache so weiter.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Applaus bei der AfD-Fraktion!)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 01 – Landtag.

(Unruhe)

– Ich bitte nochmals um Ruhe, was bei den vielen Abstimmungen auch in Ihrem Interesse ist.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/1301. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe zunächst die Nummer 1 auf:

Kapitel 0101

Landtag

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/1301. Zu diesem Kapitel wurden ein Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE sowie der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP/DVP und sieben Änderungsanträge der Fraktion der AfD eingebracht.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Ja prima!)

Zu Titel 411 01 – Leistungen an Abgeordnete, ausgeschiedene Abgeordnete und Hinterbliebene nach dem Entschädigungsgesetz und dem Abgeordnetengesetz – liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE sowie der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP/DVP, Drucksache 16/1401-21, vor, der die im Zusammenhang mit der geplanten Novellierung des Abgeordnetengesetzes für notwendig erachteten Nachjustierungen und Verbesserungen bei den Entschädigungs- und Versorgungsleistungen an die Abgeordneten ermöglichen soll. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Änderungsantrag mehrheitlich zugestimmt.

Zu Titel 511 02 – Kosten für die Herstellung der Landtagsdrucksachen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1401-3, vor, mit dem Einsparungen bei den Landtagsdrucksachen gefordert werden. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 527 01 – Dienstreisen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1401-4, vor, mit dem Einsparungen bei den Dienstreisen verlangt werden. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1401-5, mit dem bei Titel 529 01 der Verfügungsfonds der Präsidentin gekürzt werden soll. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 531 02 liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1401-6, vor, mit dem das Budget für die

Öffentlichkeitsarbeit des Landtags reduziert werden soll. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1401-7, mit dem bei Titel 534 01 das Budget für Dienstleistungen Dritter reduziert werden soll. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 681 01 liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1401-8, vor, mit dem das Budget für Stipendien des Landtags gestrichen werden soll. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Schließlich stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1401-9, mit dem bei Titel 534 69 das Budget für Dienstleistungen Dritter gekürzt werden soll, zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 0101 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses mit den beschlossenen Änderungen. Wer Kapitel 0101 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0101 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

Kapitel 0102

Allgemeine Bewilligungen

Wer Kapitel 0102 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0102 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 3 auf:

Kapitel 0103

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz

Zu diesem Kapitel liegen ein Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU sowie zwei Änderungsanträge der Fraktion der SPD vor.

Ich stelle zunächst den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/1401-1, zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – zur Abstimmung. Dieser Antrag soll aufgrund des Aufgabenzuwachses infolge der EU-Datenschutz-Grundverordnung Neustellen des höheren Dienstes und Höherstufungen bei der Stelle des Dienststellenleiters und seiner Stellvertretung ermöglichen. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der SPD zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Nun stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/1401-2, zu Titel 511 01 – Geschäftsbedarf so-

(Präsidentin Muhterem Aras)

wie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände – zur Abstimmung. Mit diesem Antrag sollen im Hinblick auf den Stellenzuwachs Mittel erhöht werden. Wer diesem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/1401-23, zu Titel 422 01 und Titel 511 01. Dieser Antrag fordert auch Mittel- und Stellenerhöhungen im Zusammenhang mit dem Aufgabenzuwachs aufgrund der EU-Datenschutz-Grundverordnung und der zu erwartenden Digitalisierungsoffensive der Landesregierung. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Änderungsantrag mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 0103 – Der Landesbeauftragte für den Datenschutz – mit den soeben beschlossenen Änderungen. Wer Kapitel 0103 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0103 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 4 auf:

Kapitel 0104

Landeszentrale für politische Bildung

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/1301. Zu diesem Kapitel wurden der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/1401-22, und elf Änderungsanträge der Fraktion der AfD eingebracht.

Zu Titel 685 76 – Zuschüsse an Netzwerke gegen Rechts – liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/1401-22, vor, der eine Mittelenerhöhung fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Änderungsantrag ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1401-10, mit dem unter dem neuen Titel 685 04 N – Zuschüsse zur Förderung studentischer Kultur und Tradition – erstmals Mittel eingestellt werden sollen. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 381 77 – Zuweisungen aus anderen Kapiteln des Staatshaushaltsplans – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1401-11, vor, der begehrt, die Förderung des freiwilligen ökologischen Jahres über die Landeszentrale für politische Bildung zu beenden. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1401-12, vor, mit dem die Beschäftigung von Beamten in der Landeszentrale für politische Bildung beendet werden soll. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1401-13, mit dem bei Titel 685 01 die Förderung von politischen Stiftungen gestrichen werden soll. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1401-14, mit dem bei Titel 534 69 die Mittel für Dienstleistungen Dritter gekürzt werden sollen. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 428 73A liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1401-15, vor, mit dem eine Kürzung bei den Entgelten der Beschäftigten des Reinigungsdienstes und der Küche gefordert wird.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE zur AfD: Das ist eure inhaltliche Arbeit! Wahnsinn! Zieht den Antrag zurück! – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Die kleine Frau und der kleine Mann! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Die Abgeordneten sollen das selbst machen! – Gegenruf: Wo sind denn dort Abgeordnete?)

– Ich darf um Ruhe bitten! – Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? –

(Einige Abgeordnete der AfD stimmen gegen den Antrag. – Heiterkeit – Oh-Rufe – Unruhe)

Enthaltungen?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ein Irrtum war das! Der Fraktionsvorsitzende stimmt dagegen! – Gegenruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Nein, Enthaltung! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: In der eigenen Fraktion überstimmt worden! Ein Bild der Geschlossenheit! – Glocke der Präsidentin)

– Darf ich noch einmal – –

(Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Rülke! – Wir fahren fort. Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Gott sei Dank! – Zuruf: Mit den eigenen Stimmen!)

Jetzt lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1401-16, abstimmen, mit dem bei Titel

(Präsidentin Muhterem Aras)

429 74 die Mittel für Personalaufwand gestrichen werden sollen. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 547 74 – Sachaufwand – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1401-17, vor, mit dem eine Mittelstreichung bei der Servicestelle Friedensbildung gefordert wird. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 685 74 liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1401-18, vor, mit dem die Zuweisungen für laufende Maßnahmen an Sonstige gestrichen werden sollen. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Ich stelle nun den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1401-19, zur Abstimmung. Mit diesem Antrag sollen bei Titel 429 78 N die Mittel für Personalaufwand gestrichen werden. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Abschließend lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1401-20, abstimmen. Mit diesem Antrag sollen bei Titel 671 78 die Mittel für Ausgaben für den Lernort Zivilcourage & Widerstand e. V. gestrichen werden.

(Abg. Nicole Razavi CDU: So viel zum Lügenvorwurf! – Gegenruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sie müssen mal schauen, was da gemacht wird!)

Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 0104 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses mit den beschlossenen Änderungen. Wer Kapitel 0104 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0104 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 5 auf:

Kapitel 0105

Der Bürgerbeauftragte des Landes Baden-Württemberg

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/1301. Wer Kapitel 0105 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0105 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Damit sind wir am Ende der Beratungen des Einzelplans 01 angelangt. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen herzlich – quasi in eigener Sache als Landtagsspitze. Danke schön.

Ich rufe **Punkt 2 b** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/1304

Berichterstatterin: Abg. Thekla Walker

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans – –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Wir fahren in den Beratungen fort. Ich bitte Sie um etwas mehr Ruhe. – Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: 15?)

Wünscht die Berichterstatterin das Wort? – Die Berichterstatterin ist nicht im Saal. Daher nehme ich an, dass sie das Wort nicht wünscht. Deshalb beginnen wir mit der Allgemeinen Aussprache.

Vorab: Es gibt die Vereinbarung zwischen den Fraktionen, die 15 Minuten je Fraktion schon in der ersten Rednerrunde auf zwei Abgeordnete zu verteilen – damit Sie nicht irritiert sind.

Jetzt darf ich Frau Abg. Boser für die Fraktion GRÜNE das Wort erteilen.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bildung ist das höchste Gut, das wir, das Land, den Kindern mit auf den Weg geben können. Wir Grünen werden uns daher auch weiterhin für beste Bildungschancen in unserem Land einsetzen und dafür, dass sich die Qualität an unseren Schulen auch in Zukunft weiter verbessern wird.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Dabei entwickeln sich die Gemeinschaftsschulen bei uns im Land zu Leuchttürmen, wie der Wettbewerb „Starke Schule“ der Bundesagentur für Arbeit, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Hertie-Stiftung in der vergangenen Woche gezeigt hat. Denn alle drei ersten Plätze gingen an Gemeinschaftsschulen. Dazu von dieser Stelle nochmals herzlichen Glückwunsch.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von den Grünen: Bravo! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gute Schulen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die vorliegende Haushaltsaufstellung verbessert die Rahmenbedingungen an unseren Schulen und gibt unseren Schulen Verlässlichkeit und Kontinuität. Sie können auf Bestehendem aufbauen und an dem ansetzen, was in den vergangenen Jahren eingeleitet wurde. Wir setzen die Förderung der Kinder- und Familienzentren fort, wir stärken die Grundschulen, wir entwickeln die Realschulen weiter, und wir unterstützen die Schulen bei den wichtigen Zukunftsaufgaben Integration, Inklusion und Digitalisierung, um sie fit für die Zukunft zu machen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

(Sandra Boser)

Die Kinder- und Familienzentren sind für uns Grüne ein wichtiger Beitrag, um Familien niedrigschwellige Angebote für begleitende Beratung und Unterstützung zu geben. Sie bieten den Familien wichtige lokale Netzwerke, um Begegnungen zu fördern, um Eigenkräfte zu aktivieren und somit die Erziehungskompetenz der Eltern zu stärken. Wir werden uns daher auch in den kommenden Jahren dafür einsetzen, dass Kinder- und Familienzentren weiter in die Fläche getragen werden.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU)

Die Grundschulen sind nach den Kindertageseinrichtungen der nächste wichtige Baustein für eine erfolgreiche Bildungsbiografie der Kinder in unserem Land. Dort erlernen sie die Grundlage für ihren weiteren Lebensweg. Die Stärkung der Grundschulen werden wir Grünen daher auch in Zukunft im Blick haben, um sie bei den vielfältigen Herausforderungen und Aufgaben gut zu unterstützen.

Der Ausbau der Kontingenzstudentenstelle, den wir in diesem Haushalt weiter voranbringen, ist für uns dabei ein wichtiger Beitrag, um den Schülerinnen und Schülern eine optimale Basis zu geben. Uns Grünen ist dabei wichtig, dass Lehrerinnen und Lehrer mit einer Methodenvielfalt die besten pädagogischen Maßnahmen entwickeln, um die Schülerinnen und Schüler bestmöglich zu fördern.

Kinder sind unterschiedlich. Daher bedarf es auch unterschiedlicher Angebote, um Lernen erfolgreich zu gestalten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Der weitere Ausbau der Ganztagsgrundschulen gehört für uns ebenfalls dazu. Ganztagsgrundschulen sind nicht nur ein wichtiger Beitrag, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sichern. Sie bieten darüber hinaus ein optimales Lernumfeld, um Schülerinnen und Schüler bestmöglich zu fördern. Das hat nicht zuletzt die Studie der Bertelsmann Stiftung im vergangenen Jahr erwiesen. Dabei setzen wir Grünen auf Qualität und ein pädagogisches Konzept, das den Kindern optimale Lernvoraussetzungen bietet, ein Konzept, das die Bedürfnisse der Kinder berücksichtigt.

Mit diesem Haushalt setzen wir auch die Weiterentwicklung der Realschulen fort. Mit der Erweiterung der Abschlussmöglichkeiten an den Realschulen um den Hauptschulabschluss geht auch der weitere Ausbau der Poolstunden einher. Dabei werden die Realschulen in Zukunft zehn Poolstunden direkt erhalten, und die weiteren Poolstunden werden über die Schulämter an die Schulen verteilt. Sie erhalten dann die notwendigen Stunden, um diese anspruchsvolle Aufgabe umzusetzen.

Damit die Lehrerinnen und Lehrer auf diese Arbeit gut vorbereitet werden und um sie dafür zu qualifizieren, stellen wir in diesem Haushalt nochmals Fortbildungsmittel in Höhe von 500 000 € zur Verfügung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, alle Schulen in diesem Land brauchen eine gute Vorbereitung auf die großen Herausforderungen der Zukunft. Integration, Inklusion und Digitalisierung stellen alle Schulen vor einen Wandel.

Die Inklusion ist für uns dabei eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Teilhabe und die Einbeziehung von Menschen mit Beeinträchtigungen in den Alltag stellen für uns Grüne einen Mehrwert dar.

Damit die schulische Inklusion gelingt, bedarf es guter Rahmenbedingungen. Ich bin froh, dass das Kultusministerium an dieser Stelle signalisiert hat, dass in diesem Jahr auch die zur Verfügung gestellten Stellen künftig besetzt werden können. Denn die aktuelle Situation an den Schulen, dass wieder nicht alle Stellen im sonderpädagogischen Bereich besetzt werden konnten, ist für die Schulen eine große Belastung.

Damit Inklusion gelingen kann, bedarf es nicht nur guter Rahmenbedingungen. Wir brauchen gute sonderpädagogische Kräfte, die die Schülerinnen und Schüler fördern, egal, ob sie an einem sonderpädagogischen Beratungszentrum oder an einer Regelschule unterrichtet werden. Daher ist es wichtig, dass wir die Sonderpädagogen in unserem Land für die Zukunft weiter gut ausbilden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Da wir wissen, dass die Stellensituation im Bereich der Sonderpädagogen bereits seit Jahren problematisch ist und dringend weitere Sonderpädagogen benötigt werden, wird ein Schwerpunkt bei der Weiterqualifizierung von Haupt- und Werkrealschullehrkräften genau in diesem Bereich liegen. Wir wollen den bisherigen Haupt- und Werkrealschullehrkräften den Weg ermöglichen, zukünftig als Sonderpädagogen an den Schulen in unserem Land eingesetzt zu werden, damit sie die große Aufgabe der Inklusion mit bestreiten können.

Mit dieser Weiterqualifizierung schaffen wir auch eine Möglichkeit für Haupt- und Werkrealschullehrkräfte, die an Gemeinschaftsschulen und Realschulen unterrichten, künftig den Aufstieg nach Besoldungsgruppe A 13 zu schaffen. Damit lösen wir das Wahlversprechen ein, dass Haupt- und Werkrealschullehrkräften, die zukünftig an Gemeinschaftsschulen und Realschulen eingesetzt werden, diese Möglichkeit eröffnet wird und damit Gerechtigkeit im Lehrerzimmer herrscht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Digitalisierung ist neben der Inklusion eine der großen Herausforderungen für Schule und Unterricht. Schülerinnen und Schüler gehen bereits heute im Alltag wie selbstverständlich mit digitalen Medien um. Das Tablet oder das Smartphone gehören bereits bei den Kleinen zu Alltagsgegenständen. Dabei fehlt aber oftmals das Erlernen eines verantwortungsvollen Umgangs. Daher ist es wichtig, dass Schülerinnen und Schüler in der Schule einen verantwortungsvollen Umgang erlernen.

Für den Einsatz von digitalen Medien gibt es in unserem Land bereits sehr gute Beispiele. Die Gemeinschaftsschule in Wutöschingen beispielsweise hat eine eigene digitale Lernplattform für ihre Schülerinnen und Schüler entwickelt, die derzeit weltweit große Beachtung findet. Damit schafft die Schule eine individuelle Lernumgebung, die den Schülerinnen und Schülern neue Lernmöglichkeiten neben den klassischen Lernmitteln bietet. An dieser Schule kann man erleben, welchen pädagogischen Mehrwert der Einsatz von digitalen Medien haben kann.

(Sandra Boser)

Daher ist es für uns Grüne selbstverständlich und wichtig, dass der Einsatz des Aufbaukurses Informatik, mit dem wir im Gymnasium einsteigen, nur ein erster Schritt sein kann und in der Folge Informatik an all unseren Schulen im Land angeboten werden muss.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Vereinzelt
Beifall bei der AfD)

Sie, Herr Stoch – er ist jetzt im Moment nicht anwesend –, haben in der gestrigen Debatte diesen Weg kritisiert und gefordert, dass wir doch alle Schulen in den Genuss kommen lassen sollten. Dazu fehlt mir der Antrag, den Sie dazu hätten einreichen können. Es gibt hierzu keinen einzigen Antrag der SPD.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Was hätten Sie damit gemacht?)

– Sie hätten ja erst einmal einen Antrag stellen können; dann hätten wir darüber beraten können.

(Abg. Anton Baron AfD: Wird eh alles abgelehnt!)

Sie haben auch andere Anträge gestellt. Aber wenn Ihnen die Informatik so wichtig wäre – –

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

– Dann müssen Sie trotzdem einen Antrag dafür stellen, dass Informatik eingeführt wird.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sie können unserem Antrag nachher folgen!)

– Dann müssen Sie trotzdem einen Antrag dafür stellen, dass Informatik eingeführt wird. Das haben Sie nicht getan. Somit haben Sie lediglich kritisiert, aber keine sachgerechte Handlung folgen lassen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Die Antwort kommt, Kollegin!)

Die dritte große Herausforderung an unseren Schulen ist die Integration von Kindern, die nicht in Deutschland geboren wurden. Unsere Schulen leisten dabei einen wichtigen Beitrag; denn hier erlernen Kinder oftmals erstmals unsere Sprache. Sie lernen hier unsere Werte und unsere Kultur kennen. Lehrerinnen und Lehrer leisten dabei eine großartige Arbeit; denn sie schaffen es, die unterschiedlichsten Kulturen zusammenzubringen und aufzugreifen. Dabei werden in einer Vorbereitungsklasse die Kinder aus den unterschiedlichsten Kulturen unterrichtet. Hier sitzen Kinder aus Italien, Rumänien, Syrien, dem Irak, dem Iran, Kirgisien, aus den unterschiedlichsten Ländern zusammen, um auf unsere Gesellschaft vorzubereitet zu werden.

Diese Arbeit hat für uns einen unschätzbaren Wert. Wir werden daher genau hinschauen, ob die vorhandenen Mittel ausreichen, ob die Arbeit in der Form gut unterstützt werden kann, und werden auch darauf achten, dass die Arbeit an unseren Schulen in den Vorbereitungsklassen und VABO-Klassen gut umgesetzt werden kann.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU)

Dieser Haushalt bietet nicht nur Verlässlichkeit für unsere Schulen, sondern mit diesem Haushalt schaffen wir endlich Verlässlichkeit für unsere Musikschulen und Jugendkunstschulen. Denn sie sind es, die einen wichtigen Beitrag zur musischen und künstlerischen Bildung der Kinder und Jugendlichen in unserem Land leisten. Das Land unterstützt diese Arbeit bereits seit Jahren mit einem Finanzierungsanteil von 10,5 %. Aber bisher mussten diese Gelder immer wieder aus Fraktionsmitteln geleistet werden. In diesem Haushalt schaffen wir es endlich, dass die Gelder tatsächlich im Haushalt verankert sind. Somit haben die Jugendkunstschulen und die Musikschulen Verlässlichkeit und können in ihrer Existenz auch weiter fortbestehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen, die grün-schwarze Landesregierung investiert weiter in die Bildung in unserem Land, um den Schülerinnen und Schülern beste Bildungschancen mit auf den Weg zu geben. Gute Schule braucht vor allem eines: gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer. Daher werden wir auch zum kommenden Schuljahr viele junge Lehrerinnen und Lehrer in den Schuldienst übernehmen, um eine gute Unterrichtsversorgung zu garantieren. Daran ändert auch der Abbaupfad nichts. Denn nach Überprüfung des Kultusministeriums ist es aufgrund der Schülerzahlenentwicklung durchaus möglich, auch Stellen in diesem Bereich einzusparen.

Wichtig ist dabei – das ist mir wirklich ein Anliegen –, dass wir im Gegensatz zu diesem Jahr die ausgeschriebenen Stellen auch tatsächlich besetzen können. Wir haben keinen Mangel an Stellen in unserem Land, wir haben einen Mangel an Lehrerinnen und Lehrern, und wir brauchen Lehrerinnen und Lehrer, die die offenen Stellen auch in Zukunft besetzen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU)

Daher bin ich dem Kultusministerium sehr dankbar, dass ein Teil der Ausschreibungen bereits im Dezember erfolgte, um gerade an den Schulen im ländlichen Raum die Stellensituation zu verbessern. Gute Schule braucht zudem starke Schulleitungen, die die Qualität an den Schulen weiter verbessern und die pädagogische Entwicklung voranbringen. Es braucht gute Fortbildungen, die die Lehrerinnen und Lehrer auf die neuen Aufgaben vorbereiten. Dabei wollen wir unsere Schulen, unsere Lehrerinnen und Lehrer unterstützen.

Zum Schluss möchte ich mich bei allen Erzieherinnen und Erziehern, bei allen Lehrerinnen und Lehrern sowie bei allen anderen, die sich tagtäglich für den Bildungserfolg der Kinder in diesem Land einsetzen, für ihre engagierte und anspruchsvolle Arbeit bedanken.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich das Wort Frau Abg. Häffner von der Fraktion GRÜNE.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Haushalt zeigt, dass Grün-Schwarz die gesellschaftliche Bedeutung des Sports anerkennt und wertschätzt. In guter partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Sportorganisationen haben wir in den vergangenen Jahren Baden-Württemberg als herausragendes Sportland gefestigt. Insbesondere mit dem Solidarpakt Sport III, der noch

(Petra Häffner)

unter Grün-Rot verhandelt wurde, haben wir ein deutliches Zeichen der Wertschätzung gesetzt. Er ist im Haushalt verankert und gibt dem Sport Planungssicherheit und umfangreiche Handlungsspielräume in allen Bereichen des Sports. Das bisherige Fördervolumen des Solidarpakts Sport in Höhe von rund 70 Millionen € wird für die Jahre 2017 bis 2021 um kumulativ 38 Millionen € erhöht.

Zusätzlich zur Erhöhung des Fördervolumens des Pakts werden weitere Handlungsfelder des Sports mit rund 50 Millionen € verstärkt. Beispielsweise im Bereich Vereinssportstättenbau haben wir mit dem Sonderprogramm zum Abbau des Antragsstaus für die nächsten vier Jahre zusätzlich 20 Millionen € eingeplant.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Das heißt, für das Jahr 2017 steht ein zusätzlicher Betrag von 5 Millionen € im Haushalt.

Meine Damen und Herren, hier liegt uns nicht nur die deutliche Reduktion des Antragsstaus am Herzen, sondern die Verbesserung von Infrastruktur im Sport. Die Sanierung und Modernisierung von Sportanlagen ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Wir Grünen begrüßen das ausdrücklich.

An dieser Stelle möchte ich klar sagen und deutlich betonen, dass jeder Mensch mit Handicap einen barrierefreien Zugang zu allen Sportstätten im Land haben muss.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Sport spielt ebenso bei der Stärkung und Förderung der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen Leben eine maßgebliche Rolle. Im letzten Jahr erhielten mehr als 130 Sportvereine für das Projekt „Sport mit Geflüchteten“ eine finanzielle Unterstützung. Mit diesem Angebot wurden mehr als 1 500 Menschen erreicht. Zusätzlich stehen den Vereinen Fördermöglichkeiten über das Programm „Integration durch Sport“ zur Verfügung. Es ist daher richtig und gut, auch im Bereich Sport die Mittel für Integration und Inklusion um 1 Million € zu erhöhen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Denn neben dem gemeinsamen Sporttreiben leisten Sportvereine Enormes für die gesamtgesellschaftliche Integration der neu Zugewanderten. Ein zentrales Element dabei ist das gegenseitige Kennenlernen. Über das Sporttreiben hinaus organisieren Sportvereine weitere Freizeitaktivitäten und unterstützen die Geflüchteten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Nur noch ein kleiner Schwenk in Richtung Spitzensport, weil sich meine Redezeit ihrem Ende zuneigt: Es ist wichtig, dass wir im Spitzensport genauso unterstützen. So ist es auch richtig, dass wir hier Geld in die Hand nehmen, sei es für die Finanzierung und Unterstützung der Turn-Weltmeisterschaft 2019 hier in Stuttgart, die für Baden-Württemberg ein wichtiges Ereignis sein wird, oder sei es die Spitzensportreform im Bund, wo wir seitens des Landessportverbands Baden-Württemberg gut vertreten sind. Es ist wichtig, dass wir unsere Stützpunkte hier erhalten können und guten Leistungssport machen können.

Da geht mein Dank an Frau Menzer-Haasis, die für unseren Spitzensport in guter Verhandlung mit dem Bund steht.

Mit großer Freude kann ich sagen: Durch die enorme Erhöhung der Sportförderung im Haushalt 2017 wird der Bedeutung des Sports mit seinen knapp vier Millionen Vereinsmitgliedern Rechnung getragen. Der Solidarpakt Sport III erkennt die große Leistung an.

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Wir sind gut gerüstet mit Kondition, langem Atem und dem nötigen Willen, die anstehenden Ziele zu erreichen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Röhm das Wort.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Verlässlich, vielfältig, erfolgreich in der Bildung“, so lautet die Überschrift des Kapitels Bildung in unserem Koalitionsvertrag. In dem vorliegenden Haushaltsentwurf für das Jahr 2017 wird sichtbar und deutlich, dass wir unserem Versprechen auch Taten folgen lassen, indem wir die richtigen und notwendigen Akzente setzen. Die Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Reinhart, Andreas Schwarz sowie der Ministerpräsident sind gestern in ihren Reden bereits ausführlich auf die Bildungspolitik eingegangen und haben ihre Bedeutung betont.

Meine Damen und Herren, für uns gilt der Grundsatz: Auf den Anfang kommt es an. Deshalb ist es uns, der grün-schwarzen Regierungskoalition, ein zentrales Anliegen, gerade im Bereich der frühkindlichen Bildung Akzente zu setzen. Bereits im Dritten Nachtragshaushalt haben wir die Voraussetzungen für die Fortführung der erfolgreichen Bildungshäuser im ganzen Land geschaffen. Im Haushalt stellen wir jetzt zusätzlich 1,75 Millionen € dafür zur Verfügung. Wie wir alle wissen, erleichtern die Bildungshäuser nachweislich den Übergang vom Kindergarten in die Grundschule, weil die Kinder von Anfang an richtig gefördert werden.

Ein weiterer Schwerpunkt in der frühkindlichen Bildung ist für uns die Betreuung. Dabei sind für uns Kindertagespflege und Kita gleichwertige Alternativen. Für die Kindertagespflege haben wir, die grün-schwarzen Regierungskoalition, zusätzlich 500 000 € zur Verfügung gestellt, damit dieses Angebot in seiner hohen Qualität gesichert werden kann. Wir wissen, dass das flexible Angebot der Kindertagespflege für Eltern sehr attraktiv ist.

Ein weiterer Schwerpunkt, der bereits angesprochen worden ist, ist für uns der Ausbau der Kinder- und Familienzentren. Wir wollen die Familienzentren dabei unterstützen, die vor Ort gewünschten Netzwerke zur Beratung und Unterstützung für Familien weiterzuentwickeln.

Meine Damen und Herren, wie unschwer zu erkennen ist, liegt ein zentraler Schwerpunkt unserer grün-schwarzen Bildungspolitik auf den Grundschulen. Dabei ist uns ein wichtiges gemeinsames Anliegen, dass die Schülerinnen und Schüler in

(Karl-Wilhelm Röhm)

der Grundschule wieder richtig lesen, schreiben und rechnen lernen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD)

Nicht erst die jüngsten Leistungsvergleiche haben uns vor Augen geführt, dass Handlungsbedarf besteht.

(Abg. Anton Baron AfD: Jawohl!)

Deshalb haben wir sofort reagiert und bereits im Dritten Nachtragshaushalt insgesamt 320 Stellen für zusätzlichen Deutsch- und Mathematikunterricht in der ersten und zweiten Grundschulklasse zur Verfügung gestellt. Im Haushalt 2017 folgen weitere 160 Deputate für die dritte Klasse. Das ist wichtig; denn nur mit mehr Übung kann man lesen, schreiben und rechnen richtig lernen.

(Beifall bei der CDU, Abgeordneten der AfD und der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Des Weiteren geben wir zusätzliche Stellen an die Grundschulen, um das Ganztagsangebot an den Grundschulen weiter auszubauen und qualitativ zu stärken. Für uns ist Ganztagsangebot und Betreuung kein Gegensatz, sondern eine notwendige Verbindung und Ergänzung. Eltern wünschen sich eine möglichst bedarfsgerechte, familienfreundliche und flexible Ganztagschule, die zugleich ihre Kinder mit hoher Qualität fördert. Dazu haben wir beim Ganztagsgipfel wertvolle Impulse gewonnen, die uns bei der Weiterentwicklung sehr hilfreich sein werden. In Summe stellen wir für den Bereich der Ganztagschule zusätzlich 100 Deputate zu Verfügung.

Mit der verbindlichen Vorlage der Grundschulempfehlung bei der Anmeldung an den weiterführenden Schulen schaffen wir die Voraussetzung, dass in Verbindung mit der Lernstandserhebung von Anfang an richtig beraten und gefördert werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein weiterer Schwerpunkt ist die Realschule. Sie spielt für uns unverändert eine zentrale Rolle in unserem vielfältigen Bildungssystem. Deswegen haben wir das Programm zur Stärkung der Realschule aufgelegt. In Zukunft wird in Klasse 5 und 6 in einer Orientierungsstufe gemeinsam auf M-Niveau unterrichtet, bevor die Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7 dann leistungsdifferenziert unterrichtet und auf den jeweiligen Abschluss vorbereitet werden.

Mit fünf zusätzlichen Poolstunden zum Schuljahr 2017/2018 schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass die Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrer Bedürfnisse auch in differenzierten Gruppen gefördert werden. Dafür werden 258 Stellen zur Verfügung gestellt.

Den weiteren Ausbau der Gemeinschaftsschulen tragen wir, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, mit. Die Gemeinschaftsschulen erhalten dazu die erforderlichen Ressourcen. So kommen im nächsten Schuljahr fünf neue Gemeinschaftsschulstandorte hinzu.

Mit Blick auf die Oberstufe haben wir uns darauf verständigt, dass eine Genehmigung dort möglich ist, wo nach belastbarer Prognose mindestens 60 Schüler die Voraussetzungen für die gymnasiale Oberstufe erfüllen.

Zu den Gymnasien: Bereits im Dritten Nachtragshaushalt haben wir den Gymnasien 111 zusätzliche Stellen zur Verfügung gestellt. Damit kann in Klasse 10 in Deutsch, Mathe und Fremdsprache eine bedarfsgerechte Vertiefung erfolgen.

Im Weiteren wollen wir, die grün-schwarze Regierungskoalition, die Qualität und Fachlichkeit des Gymnasiums weiter stärken. Dazu werden wir hier noch im laufenden Jahr entsprechende Vorschläge vorlegen.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Schwerpunkt ist für uns auch der weitere Ausbau der Inklusion. Dazu stellen wir im Haushalt 2017 zusätzlich 160 Stellen zur Verfügung. Hinzu kommt natürlich auch die große Herausforderung – Frau Kollegin Boser hat es angesprochen –, gut qualifizierte Sonderpädagogen zu gewinnen.

Von zentraler Bedeutung ist für uns auch der Ausbau eines erstklassigen und zeitgemäßen Informatikunterrichts. Der grün-schwarzen Regierung ist es nun mit großer Anstrengung gelungen – und zwar trotz knappster Ressourcenlage –, den Einstieg in den Informatikunterricht zum Schuljahr 2017/2018 zu schaffen. Wir starten damit in den Gymnasien. Aber selbstverständlich machen wir unmittelbar bei allen anderen Schularten weiter. Es werden 1,1 Millionen € zur Verfügung gestellt.

Die beruflichen Schulen sind für uns, die CDU-Fraktion, die Schulen des sozialen Aufstiegs. Sie sind integrativ, sie sind gerecht, und sie sind leistungsstark. Deswegen, Frau Ministerin, begrüßt unsere Fraktion ganz ausdrücklich und gratulieren wir dazu, dass Sie die berufliche Bildung zum Schwerpunkt Ihres Vorsitzes in der Kultusministerkonferenz gemacht haben.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD)

Baden-Württemberg ist in der beruflichen Bildung Spitze, wie auch der Bildungsmonitor 2016 wieder bewiesen hat. Mit unserem Koalitionspartner sind wir uns völlig einig, dass es die beruflichen Schulen und damit die berufliche Bildung weiter zu stärken gilt, auch im Sinne der Enquetekommission.

Ein ganz besonderer Erfolg ist für uns, dass wir das Unterrichtsdefizit an den beruflichen Schulen im laufenden Schuljahr 2016/2017 mit 1,7 % auf einen langjährigen Tiefstwert drücken konnten.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Dank SPD! – Abg. Sabine Wölfle SPD: Das haben wir gemacht!)

Für uns, die grün-schwarze Koalition, ist die Verlängerung der k.w.-Stellen ein wichtiger Baustein, um die Integration der Flüchtlinge im Kindes- und Jugendalter zu fördern. Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen, wer unsere Sprache spricht, unsere Kultur versteht, unsere Rechtsordnung achtet und unsere Demokratie bejaht, kann sich in unserem Land nachhaltig integrieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Schule leistet dazu einen unverzichtbaren Beitrag.

(Beifall der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

(Karl-Wilhelm Röhm)

Uns ist diese Arbeit 1 165 Stellen wert.

Meine Damen und Herren, die Musikschulen und die Jugendkunstschulen – Frau Boser hat es bereits angesprochen – können sich auch in Zukunft auf uns verlassen.

(Zuruf von den Grünen: Sehr gut!)

Nun noch ein paar Worte zum Stellenabbau. Die SPD-Fraktion hat diesen ja scharf kritisiert. Wir bezeichnen das, was Sie tun, als unseriös, weil es in keiner Weise gegenfinanziert ist. Wir wollen einfach mal festhalten, dass es uns jetzt trotz des bedingt durch Ihre Politik notwendigen Stellenabbaus –

(Abg. Sabine Wölflé SPD: Was? – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sie haben sich nicht durchgesetzt, Herr Röhm!)

441 Stellen für die Verschiebung der Altersermäßigung, 633 aufgrund des Stellenabbaupfads – sehr eindrucksvoll gelungen ist,

(Abg. Sabine Wölflé SPD: Man kann sich das auch schönrechnen!)

dass wir gleichwohl – trotz des geerbten Abbaupfads – unter dem Strich ein leichtes Plus von knapp 95 Stellen haben.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das stimmt nicht!)

Die Privatschulen seien ebenfalls noch erwähnt. Sie waren Stiefkinder des SPD-geführten Kultusministeriums.

(Zuruf von der SPD: Unglaublich! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wir begreifen die freien Schulen als eine Bereicherung unserer vielfältigen Bildungslandschaft. Deshalb werden wir bereits in den nächsten Tagen im gemeinsamen und vertrauensvollen Dialog mit den Vertretern der freien Schulen die Bezuschussung neu vereinbaren und sie im Schulgesetz verankern.

Ich komme zum Schluss. Liebe Frau Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann, ich danke Ihnen namens der CDU-Fraktion sehr herzlich für Ihre pragmatische, engagierte und zielorientierte Bildungspolitik. Machen Sie weiter so! Dann geht es bald wieder aufwärts mit der Bildung in unserem Land.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Sandra Boser GRÜNE und Dr. Rainer Balzer AfD)

Ebenso herzlich darf ich unserem Koalitionspartner für die konstruktive und konsensorientierte Zusammenarbeit danken. Gemeinsam sind wir auf einem guten Weg, und in diesem Sinn werden wir die vor uns liegenden Herausforderungen erfolgreich meistern.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Als zweitem Redner der CDU-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Beck.

Abg. Norbert Beck CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Sport leistet sehr viel, und Sportler leisten sehr viel. Deshalb freue ich mich, dass es gelungen ist, den Solidarpakt Sport nicht nur zu verlängern, son-

dern auch finanziell besser auszustatten und neue Schwerpunkte zu setzen.

Wie Sie wissen, verbindet Sport Menschen unterschiedlicher Herkunft. Er verbindet Menschen mit Behinderungen, Menschen mit verschiedenen sozialen und kulturellen Hintergründen, und er vermittelt Werte wie Toleranz, Fairness, Solidarität, Teamgeist. Zudem ist er gesund. Es gibt kaum einen anderen Bereich, der so viel kann.

Das Ganze funktioniert deshalb, weil es im Sport wie in kaum einem anderen Bereich so viele Menschen gibt, die mit Fleiß und Idealismus alles geben. Dies beginnt bei Eltern, die ihre Kinder zum Training und zu Wettkämpfen fahren. Es geht weiter bei den vielen ehrenamtlichen Helfern, die Turniere und Wettkämpfe organisieren und bewirten. Da sind die vielen Trainerinnen und Trainer, die ihre Freizeit zur Verfügung stellen und Woche für Woche Kinder und Jugendliche trainieren. Da sind die vielen Leistungs- und Spitzensportler, die neben Schule, Ausbildung, Studium oder Beruf hart trainieren, um beste Leistungen zu erbringen.

Die Kollegin Häffner sagte eben, dass gerade der Spitzensport in Baden-Württemberg eine große Bedeutung hat. Spitzensportler sind Vorbilder, und sie sind Botschafter für unser Land. Viele Jugendliche orientieren sich an Spitzensportlern und eifern ihnen nach, und der Spitzensportler motiviert viele Menschen zum aktiven Sport, so auch mich – ich sage nur: Tennis.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen sowie des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Martin Hahn GRÜNE: Jawohl!)

Daneben gibt es den Breitensport. Die Sportorganisationen und ihre Vereine leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum Gemeinwohl. Wie ich bereits erwähnte, lernen Kinder und Jugendliche eine ganze Menge im Sport. Sie lernen, mit Niederlagen umzugehen; sie lernen aber auch, mit Siegen umzugehen, und vieles mehr. Die Vereine geben Menschen eine Heimat.

Deshalb war es so wichtig, dass der zum Jahresende 2016 ausgelaufene Solidarpakt Sport um weitere fünf Jahre, bis 2021, verlängert wurde. Wichtig dabei ist, dass wir uns gleichermaßen zum Breitensport wie zum Spitzensport bekennen.

Die Verlängerung des Solidarpakts hat noch die alte Landesregierung auf den Weg gebracht; Kollegin Häffner sagte es. Leider war auch dies nicht nachhaltig im Haushalt finanziert. Deshalb freut es mich sehr, dass Grün-Schwarz in diesem Haushalt die Finanzierung sichergestellt hat. Das bisherige Fördervolumen von jährlich rund 70 Millionen € ist nochmals deutlich aufgestockt worden. Über die Laufzeit des Solidarpakts stehen damit im Zeitraum von 2017 bis 2021 insgesamt 87,5 Millionen € zur Verfügung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Davon profitieren aber auch die nebenberuflichen Übungsleiterinnen und Übungsleiter. Deren Stundensatz wird von 1,80 € auf 2,50 € angehoben. Dafür stellen wir im Haushaltsjahr 2017 zusätzliche Mittel in Höhe von 5 Millionen € bereit.

(Norbert Beck)

Ein weiterer Schwerpunkt ist der Bau kommunaler Sportstätten; auch dies hat die Kollegin Häffner schon dargestellt. Außerdem bildet der Leistungssport einen Schwerpunkt, für den wir im Haushalt 2017 insgesamt 2 Millionen € zusätzlich zur Verfügung stellen. Das sind wichtige Impulse für unser Sportland Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP)

Ich möchte auch noch einmal betonen: Ich freue mich, dass der Sport durch die Erhöhung des Solidarpakts Sport die Wertschätzung erfährt, die er auch wirklich verdient.

Jetzt will ich noch einen Blick auf die vom DOSB angestoßene Neustrukturierung des Leistungssports werfen. Dabei gehen wir davon aus, dass man die bewährten Eigenheiten der Sportförderung hier im Land berücksichtigt; das ist natürlich grundsätzlich notwendig. Die sportliche Steuerung aller Olympiastützpunkte durch den DOSB muss gesichert sein. Dies kann beispielsweise auch beim Träger durch eine entsprechende Vertretung des DOSB sichergestellt werden.

Eine stärkere Fokussierung auf Athletinnen und Athleten und die Leistungspotenziale der Disziplinen ist grundsätzlich positiv. Es steht für uns außer Frage, dass man ein bestehendes System hinterfragen und auch optimieren kann, wo es Anlass dazu gibt. Wir wollen die besten Voraussetzungen in unserem Land bereitstellen, damit baden-württembergische Spitzensportler bei ihren Wettkämpfen erfolgreich sein können.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich die Gelegenheit nutzen, noch einmal allen Beteiligten im Sport, ganz besonders den Vertretern der Landessportverbände, aber auch allen Trainern, Betreuern und allen ehrenamtlich Tätigen für ihr Engagement herzlich zu danken. Nur gemeinsam werden wir den Sport für unsere Gesellschaft voranbringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der AfD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Balzer.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Alternative für Deutschland steht für bewusste Haushaltsführung: Kluges Handeln vorausgesetzt, muss Bildung nicht teuer sein.

Die grüne Landesregierung zerstört jedoch mit ihren Bildungsutopien nicht nur die Bildungslandschaft in Baden-Württemberg; sie verbraucht dabei auch sehr viel Geld. Denn die Gemeinschaftsschule ist ein teures Projekt, und sie ist schon längst gescheitert. Dies wissen nur noch nicht alle Beteiligten.

(Beifall bei der AfD – Zurufe der Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU, Sandra Boser und Andrea Bogner-Unden GRÜNE sowie von der SPD)

Schön ist jedoch, dass langsam, aber sicher Vernunft einkehrt. Wir haben auf die Schwäche der Grundschrift, dieser Pseudodruckschrift, bereits hingewiesen: Ideologie statt Verstand. Es liegt nahe, dass das verbundene Schreiben, die flüssige Schrift,

das Denken in Strukturen fördert. Insofern begrüße ich die Streichung, die kompromisslose Streichung der Grundschrift. Herzlichen Dank an Frau Ministerin Eisenmann, die dies bereits verkündet hat.

(Beifall bei der AfD)

Wir wären ein schlechter Investor, wenn wir gutes Geld dem bereits ausgegebenen schlechten Geld hinterherwerfen würden. Deswegen haben wir deutlich bessere Alternativen. Wir fordern als Erstes einen Stopp der Fehlinvestition Gemeinschaftsschule.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Was?)

Als einen Minimalkonsens erwarten wir in dieser Situation einen ehrlichen Wettbewerb der Schulformen. Meine Damen und Herren, Wettbewerb ist für Sie möglicherweise ein Gräu-el. Aber wäre das nicht auch einmal etwas für die Grünen?

(Beifall bei der AfD)

Im Einzelplan 04 geht es um die Übertragung von Lehrerstellen aus den bewährten Schultypen Gymnasium und Realschule zur Gemeinschaftsschule. Die Realschule und das Gymnasium werden dadurch – vermutlich gezielt – geschwächt. Die Einrichtung der Gemeinschaftsschule verfolgt ideologische Ziele: einen Umbau der Gesellschaft. Hierüber haben wir bereits gesprochen. Genau deswegen lehnen wir diese Stellenübertragungen von den Realschulen und den Gymnasien auf die Gemeinschaftsschule ab.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Unter diesen demokratischen Aspekten, den Aspekten einer Bürgerbeteiligung, wäre es das Mindeste, dass man die Eltern mit an der Entscheidung beteiligt,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

ob sie ihr Kind auf die Gemeinschaftsschule geben wollen oder eben nicht. Dieses Thema Bürgerbeteiligung – Anhörung der Bürger – war doch einmal ein originär grünes Thema, wenn ich mich recht entsinne.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Für diese Entscheidung brauchen die Eltern natürlich Informationen. Deshalb fordern wir, die Alternative für Deutschland, die Veröffentlichung der Studie der Universität Tübingen über die Geschwister-Scholl-Gemeinschaftsschule.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Es gibt keine!)

Es wäre schön, wenn wir die einmal lesen könnten.

Man kann den Eindruck haben: Wettbewerb unter den Schulen möchte das Ministerium eher nicht. Aber vielleicht täusche ich mich ja und Sie sind nur noch nicht so weit. Sicherlich werden dies aber letztendlich die Arbeitgeber und die Lehrer bewerten. Es wird sich herumsprechen, ob Realschulabsolventen oder die Absolventen der Gemeinschaftsschule besser für eine Ausbildung oder eine weiterführende Schule geeignet sind.

(Beifall bei der AfD)

(Dr. Rainer Balzer)

Deshalb haben wir einige Anträge – sie wurden schon diskutiert – zur Stärkung des Gymnasiums und zur Stärkung der Realschule gestellt. Das sind bewährte Schultypen.

Insbesondere die Realschule wird durch die von der Landesregierung geplante Übertragung von Stellen an die Gemeinschaftsschule massiv geschwächt. Wir haben schon darüber gesprochen: 800 Stellen sollen wegfallen. Dasselbe gilt für das Gymnasium. Wir beantragen 577,5 zusätzliche Stellen für das Gymnasium und 793,5 zusätzliche Stellen für die Realschule. Wohlgemerkt: Es handelt sich hierbei lediglich um die Stellen, die durch Übertragung an die Gemeinschaftsschule sowieso hätten wegfallen sollen.

Dabei gilt grundsätzlich: Die Gemeinschaftsschule ist gerade für die Klientel der Hauptschule – Schülerinnen und Schüler, die nun einmal nicht so gern den ganzen Tag in der Schule sitzen und dort den Tag verbringen wollen – keine Alternative. Diese Jungs und Mädchen brauchen Haupt- und Werkrealschulen mit wenig Nachmittagsunterricht und einem hohen praktischen Anteil. Hier möchte ich – mit Ihrer Genehmigung – zitieren. Bei Ihrer Politik gilt:

Die Praktiker bleiben auf der Strecke.

Das hat George Turner, der ehemalige Bildungssenator in Berlin und Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, gesagt.

Gerade die Gesamt-, Einheits- und Gemeinschaftsschulen scheren alle Schüler über einen Kamm. Die theoretisch Begabten sind in der Regel die besten Schüler, und das sollen sie auch gern auf dem Gymnasium bleiben. Die anderen sind aber nicht wirklich dümmer, sie haben nur andere Begabungen und Neigungen. Auch die Aufgeweckten und die praktisch Begabten gilt es zu fördern.

(Beifall bei der AfD)

Deshalb fordern wir die Stärkung der beruflichen Gymnasien, der beruflichen Mittelschulen, der sogenannten zweijährigen Berufsfachschulen, und die Aufwertung der Berufsschulen zu Berufsoberschulen. Schön, dass dies zum Leitthema der KMK geworden ist.

(Beifall bei der AfD)

Insbesondere für technisch und kaufmännisch begabte junge Menschen sind diese Schulen der praxisbezogene Unterbau für die Lehre, für die duale Ausbildung oder das berufliche Gymnasium.

Meine Damen und Herren, die Schule bildet doch eigentlich für das Berufsleben. Unser Ministerpräsident Kretschmann hat gestern sehr ausführlich von der modernen Berufswelt mit ihren besonderen Anforderungen gesprochen. Ob man diese im Unterricht mit dem Thema Gender besonders erfüllt, darüber wäre noch zu reden.

(Beifall des Abg. Klaus Dürr AfD)

Deswegen brauchen wir eine Alternative zur linken Gesamt-, Einheits- und Gemeinschaftsschule

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

und die Stärkung des dualen Schulwesens als gleichwertige Alternative,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

auch als Alternative zum althergebrachten dreigliedrigen Schulsystem mit dem angesehenen Gymnasium als Exzellenzeinrichtung. Den Begriff kennen wir von den Universitäten.

Die beruflichen Mittelschulen und beruflichen Gymnasien und die Berufsoberschulen sind gleichwertig, aber nicht gleichartig. Übrigens kommen in Bayern schon 40 % der Studierenden von beruflichen Gymnasien, und Bayern ist nicht so schlecht in der Bildungspolitik, meine ich, mich dunkel zu erinnern.

Eine weitere Alternative in unserem Schulsystem sind die privaten Schulen. Hier werden neue pädagogische Konzepte erprobt. Wir wünschen uns einen echten Wettbewerb um die besten pädagogischen Ideen, um die besten Konzepte und um die engagiertesten Lehrer.

Diesen Wettbewerb sollten wir auch wirklich zulassen und nicht versuchen, ihn mit staatlichen Verordnungen und Regelungen wieder zurückzudrängen. Dies geschieht, indem man die Gewährung von Zuschüssen an private Schulen in freier Trägerschaft davon abhängig macht, ob sich die Schulen an der Inklusion beteiligen oder nicht. So kann man Wettbewerb elegant aushebeln.

(Abg. Raimund Haser CDU: Das ist ein Gesetz!)

Meine Damen und Herren, seit Jahren leisten die Schulen der evangelischen und der katholischen Kirchen, die Waldorfschulen, die Montessori-Schulen gute pädagogische Arbeit. Durch den Wettbewerb der guten pädagogischen Ideen entsteht ein Wettbewerb der Schulen untereinander. Es entstehen regionale Initiativen, die auf die jeweiligen Standorte zugeschnitten sind. Darauf habe ich schon letztes Mal hingewiesen: Es gibt Standorte, an denen Nachmittagsunterricht wichtig, wertvoll und sinnvoll ist. Nicht überall ist das aber der Fall.

(Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

Das muss man zulassen. Die Eltern sollen die Entscheidungsmöglichkeit haben, die Kinder auf die Schule zu bringen, die sie oder ihre Kinder für richtig halten.

(Beifall bei der AfD)

So entsteht breite Vielfalt. Das Thema Vielfalt habe ich mir rot und grün markiert. Das ist doch eigentlich Ihr Thema: Vielfalt auch im Schulwesen – keine Planwirtschaft im Schulbereich.

Deshalb halten wir eine Kostendeckung für die Schulen in privater Trägerschaft von 80 % für richtig. Man kann auch über Erhöhungen nachdenken. Wir haben beantragt – natürlich im Rahmen der haushalterischen Möglichkeiten –, die Zuschüsse für die Schulen in freier Trägerschaft zu erhöhen: Gymnasien, Realschulen, sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren mit Internat und berufliche Schulen in freier Trägerschaft sollten mit 5 Millionen € zusätzlich gefördert werden.

(Beifall bei der AfD)

(Dr. Rainer Balzer)

Ebenso hatten wir zusätzlich 1,1 Million € für die Schulkindergärten gefordert. Die Landesregierung hat das übertroffen, was uns durchaus erfreut; in der Tat. Dabei soll man nicht einfach nur mit der großen Gießkanne Geld verteilen. Denn die Zielrichtung „gut gleich privat gleich teuer“ sollten wir durchaus vermeiden.

Wir fordern eine gute finanzielle Ausstattung auch privater Schulen, damit diese wertvollen pädagogischen Impulsgeber auch Kindern aus ärmeren Elternhäusern zur Verfügung gestellt werden können.

Nächster Punkt: Referendare. Der Haushaltsplan zeigt, dass gerade bei den Stellen an den Staatlichen Seminaren, also auch bei den Referendaren, massiv gekürzt wird. Die Landesregierung beruft sich auf eine Neustrukturierung. Ist der Begriff Reform bzw. Neustrukturierung wirklich etwas Positives? Verbindet die Bevölkerung das mit positiven Erfahrungen? Die ständigen Reformen in Baden-Württemberg am Lehrerberuf haben selbigen durchaus unattraktiver gemacht. War das Absicht? Angehende Lehrer ziehen es häufig vor, in andere Bundesländer abzuwandern.

Wenn die Politik aus Lehrern Lernbegleiter macht, dann zeigt sich nach meiner Meinung mangelnde Wertschätzung.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben vorhin über die Digitalisierung, den EDV-Unterricht und das Programmieren gesprochen. Unterricht im Programmieren, in Informatik als Lernbegleiter, das soll mir einmal jemand vormachen.

(Heiterkeit bei der AfD)

Das Gleiche gilt für Mathematik.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Dann gehen Sie doch einfach mal an die Schulen!)

– Ja, ich war ja nur 23 Jahre an der Schule, wissen Sie?

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Praxis ist ein Fremdwort für die Grünen!)

– Ja, Praxis ist schwierig.

Aus einer Kleinen Anfrage unserer Fraktion – solche Anfragen erzeugen ja so viel Papier, haben wir gelernt – ging hervor, dass die Anzahl der Referendare in den vergangenen fünf Jahren um 18 % gesunken ist. Ich finde das alarmierend. Wir halten diesen Kurs für unverantwortlich. Wir sind der Meinung, dass man mindestens genauso viele Referendare ausbilden sollte wie im vergangenen Jahr, also 2 230 Stellen für die Damen und Herren Referendare vorhalten sollte.

Meine Damen und Herren, eine fundierte fachdidaktische Ausbildung der Lehrer als Fachmann und Pädagoge, das ist nach unserer Auffassung Voraussetzung für eine erfolgreiche Unterrichtstätigkeit – und nicht Lernbegleitung.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Deswegen lehnen wir einen Stellenabbau an den Staatlichen Seminaren – 175 Stellen sollten gestrichen werden – ab.

Thema Nachmittagsbetreuung: Auch hiervon war schon öfter die Rede. Wir setzen auf Freiwilligkeit, damit die Bedürfnisse der Schüler – dafür ist an sich die Schule da – im Vordergrund stehen. Die Kommunen beantragen natürlich Gemeinschaftsschulen; denn damit sparen sie sich die Finanzierung der Schülerhorte. – Mal in die Kommunen schauen, dann merkt man das.

Die Ganztagschule zerstört hingegen gewachsene Vereinsstrukturen und bedroht durch die hiermit hervorgerufene Nachwuchsmangelsituation die Existenz von Sportvereinen, der freiwilligen Feuerwehr und von anderen Engagements.

(Abg. Reinhold Gall SPD: So ein Unfug!)

Und sie bedroht und zerstört die Existenz von privaten Musikschulen und privaten Musiklehrern.

(Zurufe der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch und des Abg. Raimund Haser CDU)

Das, was in der Gemeinschaftsschule als Ersatz für die Kinder angeboten wird, ist ein Placebo und gehört eigentlich in die Mülltonne.

Der Sprecher des Musikschulverbands berichtete in der Anhörung: Die Monetarisierung von Lehrerstunden löst das Problem nicht; denn für diesen Betrag – von einem Lohn kann man ja nicht wirklich sprechen – kann kein qualifizierter Musikunterricht angeboten werden.

Meine Damen und Herren, hiermit wird die Musiklandschaft in Baden-Württemberg schwer geschädigt. Die Kosten für den privaten Musikunterricht werden zum Großteil von den Eltern getragen. Wir haben eine bessere Förderung der Musikschulen mit zusätzlich 3 Millionen € beantragt.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Im Bericht zum Haushaltsplan werden Fragen beantwortet, die niemand gestellt hat. Herausforderungen, mit denen das Schulsystem im Weiteren konfrontiert wird, werden dagegen nicht erwähnt. Die Bevölkerung erwartet aber von der Landesregierung Ehrlichkeit, was die Kosten und die Strategien zur Bewältigung der Migrationskrise betrifft, die 2015 durch die illegale Grenzöffnung hervorgerufen wurde. Die Migration ist gerade für die Bildung mit immensen Kosten und an sich unberechenbaren Folgen – manche tarnen das als Chance – verbunden.

1 165 Lehrerstellen werden benötigt für den Schulunterricht von ausländischen Minderjährigen und Kindern. Das wurde in der Öffentlichkeit noch nicht wirklich diskutiert.

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Die Alternative für Deutschland fordert, diese Kosten transparent zu machen, und die Lehrer für diese Klassen sollten nicht dem allgemeinen Schulbetrieb entzogen werden, wie dies derzeit praktiziert wird und auch weiterhin geplant ist. Wir erwarten, dass diese Stellen gesondert beantragt werden und durch Bundesmittel zusätzlich finanziert werden. Denn es sind zusätzliche Kosten, die durch die Einzelentscheidung der Bundeskanzlerin, die Grenzen zu öffnen, hervorgerufen wurden.

(Beifall bei der AfD)

(Dr. Rainer Balzer)

Sehr geehrte Damen und Herren, zum Schluss: Wir haben beantragt, die vorgesehenen zusätzlichen 160 Lehrerstellen für Inklusion in öffentlichen Schulen zu streichen. Warum? Die Inklusion von Schülern an allgemeinbildenden öffentlichen Schulen bietet diesen Schülern nicht die optimalen Entwicklungs- und Fördermöglichkeiten. Deshalb lehnen wir sie ab. Zudem ist die Beschulung dieser Schüler in Sonderschulen nicht nur besser, sondern auch kostengünstiger.

(Abg. Raimund Haser CDU: Darüber entscheiden die Eltern!)

– Richtig. Lassen Sie die Eltern darüber entscheiden. Genau.

Meine Damen und Herren, die Alternative für Deutschland hat die Grundzüge alternativer Bildungspolitik hier aufgezeigt: Stopp der Fehlinvestitionen in Gemeinschaftsschule und Inklusion, Stärkung der beruflichen Schulen und der beruflichen Gymnasien, Stärkung aber auch der alternativen privaten Initiativen. Wir haben Kürzungen in Höhe von 93 Millionen € und Neuinvestitionen im Umfang von 98 Millionen € vorgeschlagen. Das bedeutet, wir investieren in hochwertige Bildung, im Besonderen in die praktische Bildung – damit eben der Praktiker nicht durch den Rost fällt – und in die private alternative Bildung.

Meine Damen und Herren, ich danke für das Zuhören und die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Als erstem Redner der SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Fulst-Blei.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Interessant, dass der AfD offensichtlich das Kapitel Sport kein einziges Wort wert ist.

Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! 1 074 Lehrerstellen sollen heute gekürzt werden. Der Unterrichtsausfall wird deutlich steigen. Mit diesem Haushalt verständigt sich die Landesregierung an den Schulen in unserem Land.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

In der Tat, Herr Röhm, mit welcher hochtrabenden Versprechungen sind Sie in die Bildungspolitik gestartet: Verlässlich, vielfältig, erfolgreich sollte sie sein –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! So ist es!)

so Ihr Versprechen im Koalitionsvertrag. Und was mussten wir seitdem erleben? Ihre Verlässlichkeit heißt Lehrerstellen streichen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ihre Stellen!)

Ihre Vielfältigkeit heißt Verunsicherung von Gemeinschaftsschulen. Ihre Erfolge heißen Verhinderung des Informatikunterrichts für Gemeinschafts-, Real- und Werkrealschulen und Irritationen bei den Beteiligten mit Blick auf Ganztagschulen und Inklusion.

Nachdem die SPD in den vergangenen Jahren massiv Streichungen von Lehrerstellen verhindert hat, will die grüne Finanzministerin Sitzmann offensichtlich ihr neues Amt nutzen und erneut den Bildungsetat als Steinbruch missbrauchen –

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

völlig falsch vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen an unseren Schulen.

Nehmen wir nur einmal einen Dienstag im Herbst 2016: ein Schlagabtausch über den SWR, der sich am besten mit den Worten „Szenen einer Ehe“ umschreiben lässt. Vorausgegangen war mittags eine Brandpressemittelung der Kultusministerin, sie sei aufgrund der aktuellen Stellenstreichungen nicht mehr in der Lage, Projekte wie Inklusion, Ganztagschule oder eben auch Ausbau des Informatikunterrichts umzusetzen. Um 19:30 Uhr antwortet dann auf SWR der Fraktionsvorsitzende der Grünen, dass dies irgendwie darstellbar sein muss. Um 21:45 Uhr in der Liveschalte antwortet Frau Sitzmann, dass es eben nicht möglich ist. Das hatte schon etwas von Nachmittags-Reality-TV bei RTL II.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das macht bei euch Gabriel an einem Nachmittag allein!)

Ein solcher Schlagabtausch in der Öffentlichkeit spricht übrigens Bände über die Kommunikationsfähigkeit der dunkelgrünen Regierung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Offensichtlich hatte die Kultusministerin es versäumt, ausreichend Lehrerstellen in die geheimen Nebenabsprachen von Grünen und CDU schreiben zu lassen.

Was dem Knatsch folgte, war die Verkündung eines angeblichen Sieges der Kultusministerin von der CDU, für ihre Durchsetzungskraft gefeiert. Welch böses Erwachen dann aber in den nachfolgenden Wochen: Denn weiterhin sollen im Vergleich zum März 2016 1 074 Lehrerstellen gestrichen werden. 441 dieser Stellen stammen von den Veränderungen bei der Altersermäßigung bei den Lehrkräften aus der vergangenen Legislaturperiode.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– Herr Röhm, diese Stellen sind aber – das wissen Sie – 1 : 1 in die Unterrichtsversorgung geflossen. Es ist uns damit gelungen, einen Teil des Unterrichtsausfalls zu vermeiden. Das bedeutet umgekehrt, dass Sie, wenn Sie heute diese 441 Stellen streichen, sehenden Auges eine Verschlechterung der Unterrichtsversorgung in Kauf nehmen. Sie brechen damit Ihr Versprechen von der angeblichen Verlässlichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die weiteren 633 Stellen gehen auf das kretschmannsche Dogma aus dem Jahr 2012 zurück. Aufgrund eines angeblichen Schülerrückgangs sollten 11 602 Lehrerstellen gestrichen werden.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wer hat's in die Bücher geschrieben?)

Es war die SPD mit Kultusminister Andreas Stoch, die hier den Turnaround eingeleitet hat. Die grünen Pläne, Tausende von Lehrerstellen zu streichen, konnten verhindert werden.

(Abg. Winfried Mack CDU: Aber der Finanzminister hatte es in der mittelfristigen Finanzplanung!)

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

2014 hatte Ministerpräsident Kretschmann zugesagt, dass der Abbauplan jedes Jahr neu überprüft werden soll.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Du weißt aber schon, wer der Finanzminister war!)

Wörtlich sagte er: „Wir fahren auf Sicht.“ Hiervon will der Ministerpräsident heute nichts mehr wissen. Zu schwach der Widerstand beim Koalitionspartner, und das, obwohl wir wissen, dass es etwa an den Grundschulen heute eher mehr denn weniger Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg gibt.

Nein, ich muss es so hart sagen: Frau Eisenmann, Sie scheitern bereits in Ihren ersten Haushaltsberatungen. Sie werden heute zur Ministerin für Lehrerstellenstreichung.

(Beifall bei der SPD)

Im Grunde wissen Sie selbst, dass das nicht funktionieren kann. Schauen wir uns beispielhaft nur einmal das Theater zum Thema Digitalisierung an. Im Herbst veranstaltete die Handwerkskammer Baden-Württemberg ein großes Symposium zum Thema Digitalisierung. Die Forderung des Handwerks: Auch Schulabgänger sollten über grundlegende Kenntnisse im Programmieren verfügen.

Im Dezember verkündete die Landesregierung groß eine Digitalisierungsoffensive – eine einzige Folie zum Thema Bildung –, aber am gleichen Tag erreichten uns Informationen, dass aufgrund der Stellenstreichungen der bereits von Grün-Rot beschlossene Informatikunterricht an Gemeinschaftsschulen, an Realschulen sowie an Werkrealschulen und Hauptschulen nicht kommt. Beschämend!

Dann die kreative Hektik zwischen den Koalitionsparteien im Januar. Die Grünen sind sich nicht zu schade, vorzuschlagen, die für Inklusion vorgesehenen Stellen für die Einführung des IT-Unterrichts an Gemeinschaftsschulen zu verwenden.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Wenn sie nicht besetzt werden! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Hier sollten also zwei zentrale Reformvorhaben aufgrund der Lehrerstellenstreichung, Kollegin Boser, gegeneinander ausgespielt werden. Noch dazu vergessen Sie Realschulen und Werkrealschulen. Die Digitalisierung ist aber da und verändert die Arbeitswelt nachhaltig. Wollen Sie wirklich bewusst Jugendlichen an Haupt-, Werkreal- und Realschulen eine zentrale Zukunftsperspektive nehmen? Und dies in Baden-Württemberg, wo der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildung weiterhin viel zu stark ist? Wollen Sie wirklich Forderungen der Wirtschaft ignorieren und den Standort Baden-Württemberg damit schwächen?

(Abg. Raimund Haser CDU: 2011 gab es auch schon Computer!)

Es darf in unserem Land keine Schulen erster und zweiter Klasse geben. Darum will die SPD alle in die digitale Zukunft mitnehmen. Wir brauchen den Informatikunterricht an allen Regelschulen, und zwar dieses Jahr und nicht Gott weiß wie lange verschoben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Und wo ist der Antrag dazu?)

– Wenn Sie die Lehrerstellenstreichung nachher mit uns zurücknehmen, dann haben Sie die notwendigen Stellen, und das wissen Sie, Kollegin Boser.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sie haben überhaupt keinen Antrag dazu gestellt!)

Wir brauchen übrigens von Ihnen auch keine falschen Signale in Sachen Inklusion.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Da hilft auch kein späteres Dementi, und dementsprechend scharf sind Sie auch von GEW und VBE für diesen Schritt kritisiert worden.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sie haben überhaupt keinen Antrag gestellt!)

Nein, dieser Regierungsstil ist völlig daneben. Ihre Digitalisierungsoffensive droht bereits jetzt an den Schulen zum Rohrkrepiere zu werden. Ihre Flickschusterei führt zu Verunsicherungen, wo ein verlässlicher Kurs vonnöten wäre. Mehr Unterrichtsausfall wird die Folge sein.

(Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

Ich fordere Sie auf: Stimmen Sie den Anträgen der SPD-Landtagsfraktion zu. Wir beantragen zum Änderungsantrag Drucksache 16/1404-3 namentliche Abstimmung. Die Lehrerstellenstreichung muss zurückgenommen werden.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, so zentral die Frage der Lehrerstellen ist, so wichtig ist es aber auch, unseren Schulen aktuell inhaltlich den Rücken zu stärken. Um es mit dem amerikanischen Philosophen John Dewey zu sagen: Demokratie muss in jeder Generation neu geboren werden, und Bildung ist die Hebamme. Daran knüpft unsere Idee von Schule an: demokratisch, gerecht, von hoher Qualität.

Das ist eine Schule, die die Werte unserer Demokratie lebt und vermittelt und sich dabei nicht nur auf den Gemeinschaftskundeunterricht beschränkt. Wir müssen erfahrbar machen, was es heißt, in einer pluralistischen Gesellschaft zu leben. Schulen sind Erfahrungsräume, um miteinander zu diskutieren und gemeinsam zu gestalten.

(Zuruf von der CDU: Stimmt!)

Daher die SPD-Anträge im Finanzausschuss zur Friedenspädagogik, zu Schule ohne Rassismus, zur Bildung für nachhaltige Entwicklung oder auch für die wichtige Gedenkstätte zu NS-Verbrechen, dem Lernort Kislau.

Weiter geht es um eine gerechte Schule, die jedem Kind die bestmögliche individuelle Förderung ermöglicht und hierfür mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet ist.

Es geht um eine Schule, die als Ganztagschule rhythmisiert ist, weil Studien darauf hinweisen, dass alle Schülerinnen und Schüler hiervon profitieren.

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Es geht um eine Schule, die auf dem Weg der Inklusion konsequent voranschreitet und das Zwei-Pädagogen-Prinzip zunehmend realisiert. Daher unsere Anträge zur Verhinderung der Lehrerstellenstreichung.

Es geht um eine Schule von hoher Qualität, in der auf der Grundlage von Diagnose und qualifiziertem Methodenwissen frühzeitig Fördermöglichkeiten und -notwendigkeiten erkannt und umgesetzt werden.

Es geht um eine Schule, die den Schulleitungen die notwendigen Freiräume ermöglicht und sie perspektivisch von Verwaltungsaufgaben entlastet.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben doch
Leitungszeit gestrichen!)

Es geht um eine Schule, die alle Kinder mit in die digitale Zukunft nimmt.

Diese Themen werden uns in den folgenden Monaten weiterhin beschäftigen. Diese systematische Arbeit setzen wir nämlich Ihrem Aktionismus entgegen – wie der Abschaffung von Fremdsprachen an den Grundschulen oder der Einschränkung bei den Methoden zum Schriffterwerb, ohne dass bislang wissenschaftliche Evaluationen herangezogen werden. Das ist unsere zentrale Kritik. Frau Ministerin Eisenmann, Sie müssen sich schon entscheiden, ob Sie Bildungspolitik auf wissenschaftlicher Grundlage oder aus dem Bauch heraus gestalten wollen – sozusagen bauchfaktisch.

Wir gehen auf jeden Fall einen seriösen Weg und bringen heute als Erstes unseren Antrag zum Ausbau der Förderstunden an den Grundschulen ein, denn das ist unsere Idee von Schule: demokratisch, gerecht, von hoher Qualität.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, Sie haben heute noch einmal die Möglichkeit, Ihre größten Fehler zu korrigieren.

(Abg. Raimund Haser CDU: Wir sind dabei, Ihre zu
korrigieren!)

Verhindern Sie den Unterrichtsausfall. Folgen Sie unseren Anträgen gegen die Streichung von 1 074 Lehrstellen und für eine stärkere Förderung der Grundschulen. Zeigen Sie damit Verantwortung für unser Land, die Demokratie und die Zukunft der Kinder und Jugendlichen in Baden-Württemberg.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: Wir sind noch mit Ihren Fehlern beschäftigt!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Als zweitem Redner von der SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Gruber das Wort.

Abg. Gernot Gruber SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als sportpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion nehme ich gern kurz Stellung zum wichtigen Haushaltskapitel Sport.

Kürzlich sprach Frank-Walter Steinmeier bei seinem Besuch im Landtag davon, was denn der Kitt sei, der unsere Gesell-

schaft zusammenhält. Während im 19. Jahrhundert der Sport mit Arbeitersportvereinen und bürgerlichen Sportvereinen eine Trennlinie der Gesellschaft aufzeigte, ist er heute ein wesentlicher Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen,
der CDU und der AfD)

Sport verbindet. Er ist sozialer Kitt in unserem Land. Im Sport zählen Leistung und Kameradschaft, aber nicht die Herkunft.

Als einer, der seit vielen Jahrzehnten ehrenamtlich im Sport engagiert ist, freue ich mich auch darüber, dass die neue Landesregierung den noch von den SPD-Ministern Andreas Stoch und Nils Schmid mit den Sportverbänden ausgehandelten Solidarpakt III im Haushalt hinterlegt hat.

(Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Endlich wird nach Jahrzehnten auch die Ehrenamtspauschale von 1,80 € auf 2,50 € angehoben – eine Geste der Wertschätzung für die Arbeit der vielen ehrenamtlichen Übungsleiterinnen und Übungsleiter, Trainer und Helfer in unseren Vereinen.

Für die ehrenamtlich Engagierten im Sport sind auch Weiterbildung und Qualifizierung wichtig. Gestern hat der Ministerpräsident behauptet, die Mittel für die Jugendarbeit seien erhöht worden. Sozialminister Lucha hat sich damit gebrüstet, dass der Landesjugendplan zum Masterplan Jugend ausgebaut worden sei. Dazu passt nicht, dass der Sportjugend 1,5 Stellen für Weiterbildung aus dem Landesjugendplan nicht verlängert worden sind. Deshalb haben wir, die SPD, reagiert und den Antrag eingebracht, diese 1,5 Stellen, also weiterhin insgesamt 5 Stellen, dem Sport für Weiterbildung zur Verfügung zu stellen.

Im Finanzausschuss habe ich auf Nachfrage die mündliche Aussage bekommen, dass diese 1,5 Stellen auch für 2017 jetzt doch gesichert werden und dauerhaft gesichert werden sollen. Ich verlasse mich auf das Wort der Regierung. In diesem Sinn stimmen wir auch dem Kapitel 0460 – Sportförderung – im Kultusetat zu.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen
und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorvergangene Woche warf der Vorsitzende des Landeselternbeirats der Landesregierung Lüge vor.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kennen Sie den?)

– Leider.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

In meiner Fraktion haben wir uns über die harte Wortwahl sehr gewundert. Gleichzeitig haben wir dies als Ausdruck der Ohnmacht und Verzweiflung bei den Eltern gewertet. Sie erleben

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

beständig Unterrichtsausfall und fachfremden Unterricht an den Schulen ihrer Kinder. Es wird ihnen aber vorgerechnet, dass der Unterrichtsausfall, statistisch gesehen, gar nicht so groß sei. Kein Wunder, wenn da Vertrauen in die zuständigen Institutionen verloren geht.

Auch der Kultushaushalt sorgt da nicht für mehr Klarheit; im Gegenteil. Die Kontobewegungen im Einzelplan 04 tragen teilweise zu noch größerer Verwirrung bei. Es sind nicht so sehr die sogenannten technischen k.w.-Vermerke, die zur Umrechnung von Haushaltsjahr zu Schuljahr ausgebracht werden. Es ist vielmehr die Unmöglichkeit, von den Gesamtsummen in den Schulkapiteln auf die Lehrerversorgung der einzelnen Schulen zu schließen. Also lässt sich auch schwer sagen, ob die Versorgung insgesamt ausreicht oder nicht.

Das erinnert ein wenig an einen Blindflug in dichtem Nebel, der nur deshalb noch halbwegs gut ausgeht, weil es das Bodenpersonal immer wieder richtet. Kein Wunder, dass hier Spielraum für postfaktisches Vorgehen entsteht.

Das Paradebeispiel: Die ehemalige grün-rote Landesregierung machte sich wegen zurückgehender Schülerzahlen an die Streichung von 11 600 Lehrerstellen. Ausgeblendet wurde dabei, dass für die geplanten Verbesserungen, z. B. bei der Unterrichtsversorgung für den Ganztags- und den Inklusionsausbau, mehr Personal und Finanzmittel gebraucht werden und nicht weniger.

Die FDP/DVP-Fraktion hat immer gefordert, den tatsächlichen Bedarf an Lehrerstellen erst einmal fundiert zu erheben, dabei den Bedarf für die geplanten Qualitätsverbesserungen einzuberechnen und ein entsprechendes Bedarfsdeckungskonzept für die Lehrerversorgung vorzulegen. Eigentlich wäre diese Transparenz eine selbstverständliche Voraussetzung für die Aufstellung eines Kultushaushalts und eine wesentliche Voraussetzung dafür, die Unterrichtsversorgung sicherzustellen und den Unterrichtsausfall in den Griff zu bekommen. Leider wurden unsere Anträge auf ein Bedarfsdeckungskonzept immer wieder abgelehnt. Dass die Kultusministerin in ihrer Auseinandersetzung mit der Finanzministerin um die Streichung von 441 Lehrerstellen als Kompromiss vorgeschlagen hat, den Rechnungshof mit der Bedarfserhebung zu betrauen, lässt bei uns Freien Demokraten immerhin Hoffnung keimen.

Wir erwarten und fordern, dass sich das Kultusministerium nach dem für Mai 2017 angekündigten Rechnungshofbericht sogleich an ein Bedarfsdeckungskonzept für die Lehrerversorgung macht und dieses rechtzeitig zu den Beratungen des Haushalts 2018/2019 vorlegt. Das ist schon allein deshalb nötig, weil schon wieder ein postfaktisches Manöver droht. Die Kultusministerin hat zwar ihrem Namen alle Ehre gemacht und die 441 Stellen vorläufig gerettet – aber eben nur vorläufig. Bereits zum Schuljahr 2017/2018 sollen dann 441 plus 633, das heißt 1 074 Lehrerstellen abgebaut werden. Der weitere Ausbau der Ganztagschulen, der Inklusion, des Informatikunterrichts sowie der Fächer Ethik und Islamische Religion ist da noch gar nicht gegengerechnet. Aber steht nicht zu erwarten, dass die Grünen der Kultusministerin noch ein weiteres Husarenstück durchgehen lassen? Wir sind gespannt.

Selbst mit einem fundierten Bedarfsdeckungskonzept allein ist es noch nicht getan. Um die Unterrichtsversorgung sicherzustellen, braucht man nicht nur Planstellen, sondern auch qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer. Bei der Lehrerergewin-

nung sind aus Sicht meiner Fraktion zusätzliche Anstrengungen und ein deutliches Mehr an Kreativität bei der Kultusministerin erforderlich. Dazu zählt aus unserer Sicht die Möglichkeit, früher als bisher Einstellungsversprechen zu vergeben, vor allem mehr Eigenverantwortung und Gestaltungsfreiheit für die einzelne Schule bei der Personalauswahl und Personalentwicklung.

Aber auch ohne dass ein Bedarfsdeckungskonzept vorliegt, lassen sich Bereiche ausmachen, in denen sich bei effizienterem Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel Qualitätsverbesserungen erzielen. In diesem Sinn erheben wir seitens unserer Fraktion vier Forderungen, die sich in unseren beiden Entschließungsanträgen finden.

Erstens: Der Klassenteiler für die Gemeinschaftsschulen wird von derzeit 28 auf 29 Schülerinnen und Schüler heraufgesetzt. Als einzige weiterführende Schulart gilt für die Gemeinschaftsschulen nicht der Klassenteiler 30, sondern 28. Insofern wäre dieser Schritt ein Beitrag zu faireren Bedingungen bei der Ausstattung der Schularten. Grundlegendes Ziel sollte aber der Klassenteiler 28 für alle Schularten bleiben. Zunächst sollten jedoch die frei werdenden Personalmittel auf alle Schularten verteilt werden, um die Reserven für Vertretungslehrkräfte zur Verbesserung der allgemeinen Unterrichtsversorgung zu verstärken.

Auch können der Ethikunterricht, der islamische Religionsunterricht und der Informatikunterricht an allen Schulen ausgebaut und die Jugendberufshelfer weiter bezuschusst werden.

Zweitens: Zusätzlich zur verpflichtenden rhythmisierten Ganztagschule wird auch die offene Ganztagschule ins Schulgesetz aufgenommen. Die aufgrund der geringeren Kosten einer offenen gegenüber einer verpflichtend rhythmisierten Ganztagschule frei werdenden Mittel werden insbesondere für Verbesserungen im Bereich der Kooperation von Schulen mit außerschulischen Partnern eingesetzt.

Ein Beispiel hierfür sind die Kunstschulen. Trotz des angemeldeten Mehrbedarfs und des offensichtlichen Potenzials bei den Schulkooperationen wurde ihr Zuschuss im Haushalt 2017 zunächst sehr viel niedriger angesetzt als in den vergangenen Jahren. Mit einem Antrag im Finanzausschuss schoben die Regierungsfractionen dann noch gönnerhaft 200 000 € als Einmalgabe nach. Um stabile Schulkooperationen aufzubauen, bedarf es aber einer angemessenen und verlässlichen Mittelausstattung.

Drittens: Der Ausbau von Inklusionsangeboten wird behutsamer als bisher vorgenommen. Die aufgrund von nicht besetzten Stellen und dem behutsameren Inklusionsausbau frei werdenden Mittel werden für Qualitätsverbesserungen im Bereich der Sonderschulen – jetzt sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren – und der Inklusion eingesetzt. Beispielsweise könnte das verhältnismäßig hohe Deputat von Fachlehrern und technischen Lehrkräften an den Sonderschulen und in der Inklusion gesenkt werden. Das könnte bei der Lehrerergewinnung helfen, in einem Bereich, in dem der Lehrermangel besonders groß ist.

Viertens: Der sogenannte Schulversuch G 9 wird beendet und läuft, anders als von Grün-Schwarz geplant, aus. Die frei werdenden Mittel werden den beruflichen Gymnasien übertragen.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Sie sollten mit ihrem dreijährigen Bildungsgang im Anschluss an die mittlere Reife die reguläre neunjährige Alternative zum achtjährigen Gymnasium bilden. Die allgemeinbildenden Gymnasien erhalten die Möglichkeit, die ihnen zugewiesenen Wochenstunden der G-8-Studentafel auch auf neun Jahre zu verteilen.

Effizienzsteigerungen und Qualitätsverbesserungen in einem, was will man mehr? Dennoch sind wir Freien Demokraten skeptisch, ob die grün-schwarze Komplementärkoalition zu mutigen, der Sache dienlichen Entscheidungen fähig ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir sind es!)

Schließlich heißt Komplementärkoalition übersetzt: Jeder macht seins. Also dürften sich Grüne und CDU in gewohnter Weise gegenseitig blockieren, sodass es maximal zu einem unbrauchbaren Kompromiss reicht, und der wird dann auch noch Schulkonsens genannt. Mit einem Schulfrieden im Sinne von verlässlichen Bedingungen für die erfolgreiche eigenverantwortliche Arbeit der am Schulleben Beteiligten hat das wahrlich wenig gemein.

Die Forderungen der FDP/DVP-Fraktion resultieren übrigens aus unserem Schulfriedensvorschlag von 2014, der offensichtlich nichts an Aktualität verloren hat.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Als zweitem Redner für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Kollegen Hoher.

Abg. Klaus Hoher FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen! Der Sport ist die Fairness-Schule unserer Gesellschaft. Im Sport lernen wir, Regeln zu beachten und andere zu respektieren. Wir erfahren, dass Einsatz sich lohnt und Wettbewerb etwas ist, was letztlich allen nützt. Man muss um einen Sieg kämpfen, aber man kann nicht immer gewinnen. Durch den Sport lernen Kinder, mit Sieg und Niederlage umzugehen.

Mit diesen allgemeinen Bemerkungen zu Beginn möchte ich nicht nur meine Haltung zum Sport darstellen, sondern die Meinung meiner ganzen Fraktion.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Da es heute um die Finanzierung des Sports geht, möchte ich erstens zum Solidarpakt Sport Stellung nehmen. Wir Freien Demokraten im Landtag begrüßen es sehr, dass die Landesregierung und der Sport einen Solidarpakt vereinbart haben. Diese parteiübergreifende Tradition der Solidarpakete schafft einen verlässlichen Rahmen für die Arbeit von Verbänden und Vereinen.

Das gilt gleichermaßen für den Breitensport wie für den Spitzensport. Gut ausgebildete Übungsleiter oder Trainer sichern das hohe Niveau in örtlichen Vereinen genauso wie in einem Olympiazentrum.

Zweitens gilt unsere besondere Aufmerksamkeit dem jüngsten Sportnachwuchs. Kinder frühzeitig für den Sport zu be-

geistern, Talente und Neigungen früh zu fördern, das halten wir für eine zentrale Aufgabe auch für uns in der Landespolitik.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Eine wichtige Grundlage für die frühe Förderung im Kindergarten bildet der Orientierungsplan. Im Gegensatz zu einem Bildungsplan für die Schule ist ein Orientierungsplan aber nicht verbindlich. Die FDP/DVP-Fraktion tritt deshalb dafür ein, den Orientierungsplan verbindlich zu machen, auch damit der Sport ein unverrückbarer Bestandteil der frühen Bildung wird.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Drittens halten wir Freien Demokraten die Ganztagschule für eine der größten Herausforderungen gerade auch für die Sportvereine und Sportverbände.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die ehemalige, grün-rote Regierung hat leider nur die verpflichtende Ganztagschule ins Schulgesetz aufgenommen. Dabei wechseln sich Unterricht und offene Phasen den Tag über ab. Die FDP/DVP-Fraktion tritt dafür ein, dass zusätzlich zur verpflichtenden auch die offene Ganztagschule ins Schulgesetz kommt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Der Unterricht findet am Vormittag statt, und am Nachmittag gibt es offene Angebote.

(Zuruf von der SPD)

Diese Ganztagschule liegt sehr im Interesse der Vereine. Einerseits ist ein Nachmittagsangebot für Ehrenamtliche meist leichter zu organisieren als ein Vormittagsangebot, und andererseits haben Schüler und Eltern die freie Wahl, ob sie nachmittags in einen Verein gehen oder in der Schule bleiben.

Statt einer verbindlichen Ganztagschule für alle Schularten schlagen wir Freien Demokraten ein Kooperationsbudget für alle Schulen vor.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das wäre ein echter Anreiz für die Schulen, gemeinsam beispielsweise mit den Sportverbänden oder Sportvereinen vor Ort Ganztagsangebote auf den Weg zu bringen. Eine Schule, offen für die Zivilgesellschaft und damit auch für die Vereine – das sollte unser aller Ziel sein.

Deshalb bitte ich Sie noch einmal um die Unterstützung für den FDP/DVP-Entschließungsantrag, für den unser Fraktionsvorsitzender gerade geworben hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Dr. Susanne Eisenmann das Wort.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank für Ihre Ausführungen insgesamt zum Etat des Kultusministeriums. Gern beantworte ich einige Ihrer Fragen, und gern lege ich die Schwerpunkte, die wir im Haushalt 2017 bildungspolitisch setzen wollen, dar.

Dass Bildung ein bedeutender Standortfaktor und wesentlich für individuelle Lebenschancen ist – eine wichtige Investition in die Zukunft –, darüber sind wir uns einig. Das hat sich durch alle Ihre Reden hindurchgezogen.

Wir steigern das Volumen des Einzelplans 04 um rund 360 Millionen € auf 10,58 Milliarden €. So viel wurde bisher noch nie für Bildung ausgegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sehr geehrter Herr Fulst-Blei, wenn das Scheitern ist, scheitere ich gern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Der Haushalt beinhaltet natürlich wichtige Weichenstellungen – auch zur Verbesserung des Bildungssystems und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf – und ist aus Sicht der Landesregierung selbstverständlich auch schlüssig. Er ist kein Steinbruch, lieber Herr Fulst-Blei von der SPD-Fraktion. Diese Einschätzung kann ich nicht teilen. Im Gegensatz zu Ihnen kann ich das Nachmittagsprogramm von RTL II nicht beurteilen.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall bei den Grünen, der CDU und der AfD – Zurufe der Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei und Peter Hofelich SPD)

Ich möchte Ihre Einschätzung pauschal zurückweisen, weil sie hier nicht passt. – Herr Hofelich, ich hole mir Rat bei Ihnen, was RTL II angeht.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Zwei Volksparteien!)

Ich sagte eben, wir steigern den Etat auf 10,58 Milliarden €; das sind rund 22,2 % der Gesamtausgaben im Haushalt des Landes. Damit ist der Einzelplan 04 der größte Ressorteinzelplan.

Wir wissen alle aus Erfahrung bzw. aus den Zahlen: Rund 87 % sind Personalkosten, weil die Ressourcen für die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen, die Lehrerinnen und Lehrer, den zentralen Teil dieses Kultusbereichs darstellen. Deshalb ist es aus meiner Sicht selbstverständlich und ein Bekenntnis des Kultusministeriums dazu, dass wir, liebe Edith Sitzmann, eine Mitverantwortung auch für die nachhaltige Finanzpolitik dieser Landesregierung haben. Da kann sich ein Kultusministerium nicht einfach verabschieden, und dieses Verständnis habe ich auch als Ressortministerin.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Natürlich haben wir gemeinsam – die Koalitionsfraktionen, die Landesregierung – um die beste Lösung gerungen. Aber entscheidend ist, was hinten herauskommt, Herr Fulst-Blei.

Da muss ich Ihnen ehrlich sagen: Ich bin hochzufrieden über das, was wir an Stellen – auch an Stellenzuwachs – für die einzelnen entscheidenden bildungspolitischen Bereiche vorweisen können.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Dass eine Ministerin mit Stellenstreichungen zufrieden ist! Respekt! Über 1 000 Stellenstreichungen, und Sie sind zufrieden!)

Zum Abbaupfad: Politik beginnt halt mit dem Betrachten der Realität. Zur Ihrer Aussage zum Abbaupfad, also der Darstellung, wie die Schülerzahlen zurückgingen oder nicht, kann ich Ihnen nur sagen: Respekt! Ich habe großen Respekt, wie die SPD hier auftritt, als ob sie noch nie im Leben für diesen Bereich Verantwortung getragen hätte. Da gehört was dazu.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Warum haben Sie denn, beginnend mit 2012, den Abbaupfad, über den wir natürlich diskutieren – auch im nächsten Haushalt; da bin ich ehrlich –, nicht abgeschafft, wenn Sie ihn so ablehnen?

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Mit der mittelfristigen Finanzplanung, Herr Kollege!)

Ganz so einfach ist die Welt halt nicht. Aus diesem Grund glaube ich, dass wir ein sehr gutes Mittelmaß zwischen Investition und Konsolidierung haben. Denn konsolidierte Haushalte mit Spielräumen für künftige Generationen sind für mich – im Gegensatz zu Ihnen – auch ein Teil von Bildungs- und Jugendpolitik der Zukunft.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir stärken auch unter dem Gesichtspunkt der Qualität – dieses Thema wurde bereits im Zusammenhang mit dem Dritten Nachtrag angesprochen – die Grundschulen mit 320 Stellen zusätzlich für die Fächer Deutsch und Mathematik, aufbauend jetzt in Klasse 3. Dieses werden wir natürlich in den Grundschulen weiterhin stärker verankern.

Wir haben im Nachtrag des vergangenen Jahres damit begonnen, die gymnasiale Oberstufe mit 111 zusätzlichen Deputaten zu stärken. Die Überarbeitung, die Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe wird auch ein Thema der nächsten Zeit sein. Diese Aufgabenstellung wird, ausgehend von den Beschlüssen der Kultusministerkonferenz, auf uns gemeinsam zukommen. Deshalb ist dies natürlich gleichfalls ein Thema, und ich bin froh, dass wir auch im Bereich der Inklusion weiterkommen. Dies ist ein zentrales Thema. Natürlich zählt der Elternwille in dieser Frage. Wir haben genau die Flexibilität, die wir haben wollen. Deshalb stimmt unsere Basis im Bereich der Inklusion. Wir werden die 160 zusätzlichen Deputate dafür einsetzen können, im Bereich des gesetzlich Notwendigen den Aufbau realisieren zu können, den wir im Bereich der inklusiven Beschulung haben wollen.

Wir werden – auch dies habe ich bereits mehrfach angekündigt – Ende März im Rahmen einer Fachtagung – natürlich gemeinsam mit Verantwortlichen, die im inklusiven Bereich arbeiten – darüber reden, wie wir unsere Inklusionskonzepte

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

on anpassen können und anpassen müssen, und die Fragen stellen: Wo stehen wir? Wo wollen wir hin? So arbeitet die Landesregierung. Deshalb: Wir fragen bei den Praktikern nach und entscheiden nicht einfach nur.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Zum Thema „Ganztagsschulen/gebundener Ganzttag/flexibler Ganzttag“: Sie wissen, wir haben darüber im Rahmen des Ganzttagsschulgipfels und auch sonst schon öfter gesprochen. Wir sind momentan dabei, in Fachgruppen mit den Verantwortlichen die Themen zu diskutieren und das umzusetzen, was dort diskutiert und kritisiert oder auch befürwortet wurde. Dies werden wir Ihnen in einem der nächsten Monate – im Mai – vorstellen.

Natürlich gilt im Bereich Ganzttag nach wie vor: freier Elternwille, keine Zwangsbeglückung von Eltern. Vielmehr wird der gebundene Ganzttag qualitativ so eingesetzt, wie er benötigt wird, und dort, wo flexible Angebote gewünscht werden – in der Nachmittagsbetreuung –, werden wir uns gemeinsam anschauen, ob wir uns das wieder zutrauen sollten – dafür werde ich dringend –, was im Koalitionsvertrag ein zentrales Thema der grün-schwarzen Landesregierung ist und von der letzten Regierung vernachlässigt wurde, nämlich, den flexiblen Bereich wieder zusätzlich zu fördern – Stichwort Hort und anderes. Das nehmen wir uns als Aufgabe vor. Dabei bin ich durchaus zuversichtlich.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD)

Auch die Weiterqualifizierung unserer Haupt- und Werkrealschullehrkräfte steht auf der Tagesordnung. Ich bin froh, dass wir dafür jetzt 5 Millionen € aufbauend für das Konzept der Nachqualifizierung im Haushalt haben. Die ausführliche Umsetzung des Konzepts wird in den nächsten Wochen erfolgen. Aber auch das ist, glaube ich, ein klares Signal an unsere kompetenten Lehrerinnen und Lehrer in den Haupt- und Werkrealschulen, welche Zukunft wir ihnen im Bereich der Realschulen, der Gemeinschaftsschulen, der SBBZ – je nachdem, wo sie sich weiterqualifizieren wollen – insgesamt bieten können.

Wir setzen – auch dies ist angesprochen worden – den Deputatsbedarf, den die Gemeinschaftsschulen aufwachsen haben – ab dem Schuljahr 2017/2018 dann 304 in Baden-Württemberg –, selbstverständlich nach Bedarf weiter um.

Ein politischer Schwerpunkt, der, glaube ich, angesichts der Heterogenität der Schülerschaft und der Zukunftsfähigkeit der Schulart auch notwendig ist, ist natürlich die Stärkung der Realschulen. Beginnend mit gut 257 zusätzlichen Deputaten setzen wir ein klares Signal, um die Leistungsfähigkeit unserer Realschulen auch künftig zu stärken und ihnen die Möglichkeiten im differenzierten Unterricht in den unterschiedlichen Formen zu geben, wie sie es tatsächlich brauchen. Für mich ist dies eine Entscheidung und eine Stärkung der Realschulen, die längst überfällig war.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Sandra Boser und Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Jetzt zum Thema Digitalisierung: Ganz verstanden habe ich es nicht, dass mir manche Redner vorgeworfen haben, im Bereich des großen Themas Digitalisierung, das ja in dieser Le-

gisaturperiode zu Recht eine zentrale Rolle spielt, sei der Bildungsbereich bisher irgendwie noch gar nicht vorgekommen. Der gleiche Redner wirft mir dann hinterher vor: „Aber Sie machen da schon etwas, ohne dass evaluiert wird.“ Was jetzt?

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU)

Wir sind natürlich im Bereich der Digitalisierung dabei, die Themen zu definieren – natürlich auch mit Partnern, den Kommunen und anderen –, die in diesem Bereich anstehen. Und da steht viel an; das steht außer Frage. Aber wir lassen uns nicht drängen. Denn in diesem Bereich kann man viel falsch machen. Wir würden gern viel richtig machen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut!)

Deshalb muss bei uns die Technik nicht die Pädagogik bestimmen, sondern muss die Technik der Pädagogik folgen. Wir werden natürlich evaluieren und die Versuche, die wir haben, so einsetzen, dass wir für alle Schularten auch künftig ein sehr, sehr gutes, modernes Programm im Bereich der Arbeit mit Medien und des Lernens über Medien haben werden.

Dass wir in den Informatikunterricht jetzt mit 60 Deputaten in den Gymnasien einsteigen, trifft zu. Ja, ich hatte tatsächlich mehr beantragt.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Richtig! Verzichten Sie auf Lehrstellenstreichungen!)

Bloß: Sie haben nur beschlossen und gar nichts umgesetzt. Ich weise nochmals darauf hin: In den gesamten Bereichen, die Sie beschlossen haben, ist nichts im Haushalt widerspiegelt.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ja, warum nicht? Weil es in der mittelfristigen Finanzplanung nicht sein darf! Wir haben Ihnen die Steine aus dem Weg genommen! Ich habe es Ihnen im Oktober erklärt!)

Schritt für Schritt setzt diese Landesregierung ihre Punkte um.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb bleibt es natürlich bei dem Deal, dass wir in den nächsten Haushalten so schnell wie möglich und so, wie es sich in die Gesamtschau einfügt, an allen weiterführenden Schulen Informatikunterricht einführen werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Herr Fulst-Blei, wissen Sie, das ganze Thema ist schon interessant. Natürlich evaluieren wir. Ich habe jetzt vorgefunden – noch initiiert und aufs Gleis gesetzt von der ehemaligen Kultusministerin Frau Warminski; Sie erinnern sich –: Grundschule ohne Noten. Den Modellversuch „Grundschule ohne Noten“ gibt es in Baden-Württemberg. Er wird nicht evaluiert und durch nichts begleitet. Dieser Schulversuch läuft jetzt aus. Chaos pur. Eins zu eins regeln wir nun, was Sie angerichtet haben, und wir tun dies mit großer Konsequenz und Kompetenz.

(Beifall bei der CDU und der AfD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

Auch sind wir in den Koalitionsfraktionen und in der Landesregierung sehr froh, dass wir die Verstärkung der Finanzierung der Bildungshäuser und die Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen zu Kinder- und Familienzentren weiterverfolgen und unterstützen können. Ich denke, das ist ein ganz wichtiges Signal quer durch das Land Baden-Württemberg, ganz gezielt auch im ländlichen Raum, und zeigt, dass das Thema „Stärkung und Förderung von Familien“ bei uns eine große Rolle spielt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Dazu gehört für mich auch die Stärkung des außerschulischen Bereichs. Ein Beispiel ist die kulturelle und musische Bildung. Es muss uns endlich gelingen, die Musikschulen und die Jugendkunstschulen finanziell so aufzustellen, wie es ihnen eigentlich zusteht.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut! Sehr richtig!)

Ihnen zu helfen, die Bugwelle abzubauen, und damit endlich eine solide finanzielle Grundlage zu schaffen ist, denke ich, ein klares Signal, das zeigt, wie wichtig uns die Arbeit dieser Partner ist.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut!)

Richtig ist: Der Solidarpakt Sport III ist ein sehr wichtiges Signal. Ich denke, Sie alle wissen aus der Diskussion heraus – Sie sind ja auch im Sportbereich unterwegs –, dass er Gott sei Dank eine hohe Stabilität in unseren Sport bringt, weil es Verlässlichkeit gibt. Die Erhöhung der Summen, die wir im Haushalt widerspiegeln, zeigt, dass wir die Mittel für das Programm insgesamt deutlich erhöht haben. Wir haben die Verankerung des kommunalen Sportstättenbaus bestätigt und die Mittel hierfür wiederum erhöht. Der Mittelaufwuchs ist daher durchaus prägnant und zeigt, wie wichtig der Sport im Leistungsbereich, aber auch in der Breite ist. Gerade auch der ehrenamtliche Bereich, der im Sport eine sehr große Rolle spielt, genießt zu Recht die Wertschätzung dieser Landesregierung. Dies wird auch in Zukunft so sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich würde mich freuen, wenn Sie mich beim Einzelplan 04 unterstützen wollen. Ich denke, wir gehen exakt in die richtige Richtung. Ich sagte eingangs, dass wir so viel wie noch nie in die Bildung investieren. Darauf können wir aufbauen, und wir werden Schritt für Schritt gemeinsam daran arbeiten müssen, dass wir die Qualität und die Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems weiter deutlich verbessern und die Lehrerinnen und Lehrer in unserem Land dort unterstützen, wo sie es brauchen. Dies tun wir mit ausreichend Geld und ausreichenden Konzepten. Deshalb herzlichen Dank! Ich wäre für Ihre Unterstützung sehr, sehr dankbar.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Fulst-Blei.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, die Sache mit der soliden Finanzierung, die wir in der Tat geleistet haben, habe ich Ihnen im Oktober des vergangenen Jahres erläutert; das können Sie gern nachlesen. Wir haben alles in der mittelfristigen Finanzplanung abgebildet, was auf rechtlicher Grundlage schon abbildbar war. Das, was erst nach Dezember 2015 per Kabinettsbeschluss – damals von uns, der grün-roten Regierung – beschlossen worden war und womit wir Ihnen übrigens die Steine für die Maßnahmen, die Sie heute feiern, aus dem Weg geräumt haben – wir haben sie nämlich schon kabinettsbeschlussmäßig sichergestellt –, darf – das wissen Sie – rechtlich noch gar nicht in der mittelfristigen Finanzplanung abgebildet werden.

Interessant ist übrigens auch noch eine andere Sache: Sie haben kein Wort zu meinen Vorwürfen in Bezug auf Ihren Aktionismus an den Grundschulen gesagt. Offensichtlich haben Sie weiterhin vor, nicht mit wissenschaftlicher Evaluation, sondern eher „bauchfaktisch“ zu agieren.

(Zurufe von der CDU: Ach!)

Eine Anmerkung zum Thema IT-Unterricht: Ich habe in der letzten Woche mit einer ganzen Reihe Realschulrektoren ein Gespräch gehabt. Die „Begeisterung“ ist mir richtig ins Gesicht gehüpft. Ein Rektor sagte nämlich z. B.: „Wissen Sie, zurzeit laufen ja die Grundschulgespräche. Ein Elternteil kam auf mich zu und fragte: ‚Wie ist das jetzt eigentlich, bieten die Realschulen jetzt den IT-Unterricht an? Ach, nein? Nee, dann doch lieber Gymnasium.‘“ – So werten Sie die Realschule ab, die Sie seitens der CDU angeblich so hochhalten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nach Ihnen gäbe es gar keine Informatik!)

Nein, ich garantiere Ihnen: Sie werden einen hohen Preis für das zahlen, was wir heute offensichtlich beschließen wollen. Sie investieren in notwendige neue Maßnahmen, die übrigens noch alle mit SPD-Regierungsbeteiligung beschlossen wurden, eine Menge Stunden. Sie reißen aber, indem Sie die Kürzungen durchziehen, an anderen Stellen bei der Unterrichtsversorgung viele Lücken auf. Das wird nicht funktionieren. Ich verstehe es auch politisch nicht. Das Geld ist ja da. Offensichtlich, Frau Eisenmann, sind Sie da den grünen Stellenstreichern gehörig auf den Leim gegangen.

Ich kann Sie nur auffordern: Stoppen Sie das! Sagen Sie Nein zur Streichung von 1 074 Lehrerstellen. Ich prognostiziere Ihnen: Der hohe Preis, den Sie zahlen werden, wird sein, dass ab September jede ausgefallene Stunde die grün-schwarzen Namen Eisenmann und Sitzmann tragen wird. Stoppen Sie diesen Wahnsinn! Keine Streichung von 1 074 Lehrerstellen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/1304.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Ich rufe zunächst Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Die Änderungs- und Entschließungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe die Nummer 1 auf:

Kapitel 0401
Ministerium

Wer Kapitel 0401 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0401 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

Kapitel 0402
Allgemeine Bewilligungen

Zu Titel 893 91A – Baukostenzuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1404-7, vor, der eine Mittelerhöhung vorschlägt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0402 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Kapitel 0402 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Nummern 3 und 4, Kapitel 0403 – Obere Schulaufsichtsbehörden – und Kapitel 0404 – Staatliche Schulämter –, zusammenzufassen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall.

Ich rufe die Kapitel 0403 und 0404 gemeinsam auf:

Kapitel 0403 und Kapitel 0404

Wer den beiden Kapiteln 0403 und 0404 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Den Kapiteln 0403 und 0404 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 5 auf:

Kapitel 0405
Grund-, Haupt- und Werkrealschulen

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der SPD vor.

Zunächst stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/1404-4, zur Abstimmung, der aufgrund weiter steigender Schülerzahlen im Betragsteil Mittelerhöhungen und im Stellenteil zusätzliche Stellen für Lehrer fordert, die überwiegend in Hauptschul- oder Werkrealschulbildungsgängen verwendet werden sollen. – Sie sind damit einverstanden, dass ich die Abschnitte I und II des Antrags gemeinsam zur Abstimmung stelle.

Meine Damen und Herren, hierzu ist eine namentliche Abstimmung beantragt. Die vorgeschriebene Anzahl der Unterstützer ist gegeben. Wer dem Änderungsantrag Drucksache 16/1404-4 zustimmt, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer

den Antrag ablehnt, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthält, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte Frau Schriftführerin Felder, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben H.

Jetzt bitte ich während der gesamten Abstimmung um Ruhe. Wir hatten in der gestrigen Auszählung Differenzen, weil nicht klar war, ob Kollegen anwesend waren oder nicht. Das bitte ich heute zu vermeiden.

Frau Kollegin, beginnen Sie bitte.

(Namensaufruf)

Ist noch jemand im Saal, der noch nicht abgestimmt hat? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Abstimmung geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Abstimmungsergebnis festzustellen. Wir fahren so lange in der Abstimmung fort.

(Auszählen der Stimmen)

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/1404-3, der im Betragsteil Mittelerhöhungen und im Stellenteil zusätzliche Stellen für Grundschullehrerinnen und -lehrer fordert, die für die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern sowie für ergänzende Angebote eingesetzt werden sollen. Auch hier stelle ich Abschnitt I und Abschnitt II des Änderungsantrags gemeinsam zur Abstimmung. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Auch dieser Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 0405. Wer Kapitel 0405 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0405 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 6 auf:

Kapitel 0408

Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ), Staatliche SBBZ und Staatliche SBBZ mit Internat

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1404-8, vor, der im Betragsteil eine Mittelkürzung und im Stellenteil eine Reduzierung von Lehrerstellen fordert, weil das Inklusionsprojekt und das in diesem Zusammenhang entstandene Doppelprofil von Sonderschullehrern sowie Lehrern an Haupt-, Real- und Werkrealschulen abgelehnt werden. Ich stelle Abschnitt I und Abschnitt II des Änderungsantrags gemeinsam zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0408 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0408 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 7 auf:

Kapitel 0410
Realschulen

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegen ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD und ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD vor.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/1404-5, der im Betragsteil eine Erhöhung der Mittel und im Stellenteil aufgrund weiter steigender Schülerzahlen zusätzliche Stellen für Realschullehrer fordert. Auch hier stelle ich Abschnitt I und Abschnitt II des Änderungsantrags gemeinsam zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1404-9, zur Abstimmung, der im Betragsteil keine Änderung vorsieht, aber im Stellenteil verlangt, dass die im Realschulbereich bisher vorhandenen Stellen in vollem Umfang weiter erhalten bleiben. Wer Abschnitt I und Abschnitt II dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 0410. Wer Kapitel 0410 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0410 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 8 auf:

Kapitel 0416

Gymnasien und Staatliche Gymnasien in Aufbauform mit Internat

Hierzu wurden zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD und ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD eingebracht. Außerdem liegt noch ein Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP vor.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1404-10, zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten –, der im Betragsteil eine Erhöhung der Mittel und im Stellenteil mehr Lehrerstellen fordert. Wer diesem Änderungsantrag mit Abschnitt I und Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/1404-6, zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – zur Abstimmung, der im Betragsteil eine Erhöhung der Mittel und im Stellenteil mehr Lehrerstellen verlangt. Ich stelle Abschnitt I und Abschnitt II des Antrags gemeinsam zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 428 01 – Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten) – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1404-11, vor, der im Betragsteil wegen der geforderten Anpassung an die realen Gehälter eine Reduzierung der Mittel und im Stellenteil zusätzliche Lehrerstellen verlangt. Wer diesem Änderungsantrag mit den

Abschnitten I und II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 0416. Wer Kapitel 0416 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0416 ist mehrheitlich zugestimmt.

Zu Kapitel 0416 liegt noch der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/1404-1, vor, den ich nun zur Abstimmung stelle. Dieser Entschließungsantrag betrifft auch Kapitel 0420 – Berufliche Schulen (Berufsschulen, Berufsfachschulen, Berufskollegs, Berufliche Gymnasien, Berufsoberschulen, Fachschulen). Es wird gefordert, den Schulversuch mit zwei Geschwindigkeiten zum Abitur an allgemeinbildenden Gymnasien auslaufen zu lassen und die dadurch frei werdenden Lehrerstellen den beruflichen Gymnasien zukommen zu lassen. Ich beabsichtige, den Entschließungsantrag insgesamt zur Abstimmung zu stellen. – Sie sind damit einverstanden. Wer stimmt dem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe die Nummer 9 auf:

Kapitel 0418

Gemeinschaftsschulen

Hierzu wurden zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD eingebracht. Außerdem liegt noch ein Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP vor.

Zunächst stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1404-12, zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – zur Abstimmung, der im Betragsteil eine Kürzung der Mittel und im Stellenteil Stellenreduzierungen enthält. Sind Sie auch hier damit einverstanden, dass ich die Abschnitte I und II des Antrags gemeinsam zur Abstimmung stelle? – Dies ist der Fall. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 428 01 – Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten) – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1404-13, vor, der im Betragsteil Mittelkürzungen und im Stellenteil Stellenreduzierungen und -streichungen verlangt. Ich stelle die Abschnitte I und II des Antrags gemeinsam zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 0418. Wer Kapitel 0418 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0418 ist mehrheitlich zugestimmt.

Zu Kapitel 0418 liegt noch der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/1404-2, vor, den ich nun zur Abstimmung stelle. Dieser Entschließungsantrag betrifft auch Kapitel 0436 – Allgemeine Schulangelegenheiten. Hier

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

wird in drei Ziffern gefordert, verschiedene Vorhaben aus dem Bildungsbereich zum Schuljahr 2017/2018 umzusetzen. Ich schlage Ihnen vor, den Entschließungsantrag insgesamt zur Abstimmung zu stellen. – Sie sind damit einverstanden. Wer stimmt dem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe die Nummer 10 auf:

Kapitel 0420

Berufliche Schulen (Berufsschulen, Berufsfachschulen, Berufskollegs, Berufliche Gymnasien, Berufsoberschulen, Fachschulen)

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/1304. Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1404-14, vor, der im Betragsteil Mittelkürzungen und im Stellenteil Stellenerhöhungen verlangt. Ich stelle Abschnitt I und Abschnitt II gemeinsam zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0420 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0420 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 11 auf:

Kapitel 0428

Staatliche Berufliche Schulen

Wer Kapitel 0428 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0428 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 12 auf:

Kapitel 0435

Förderung von Schulen in freier Trägerschaft

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/1304. Hierzu liegen acht Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Wir starten mit dem Änderungsantrag zu Titel 684 01C – Zuschüsse an Realschulen in freier Trägerschaft –, Drucksache 16/1404-15, der eine Erhöhung der Mittel verlangt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 684 01D – Zuschüsse an Gymnasien und Aufbau-gymnasien in freier Trägerschaft – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1404-16, vor, der eine Erhöhung der Mittel begehrt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 684 01E – Zuschüsse an Gemeinschaftsschulen in freier Trägerschaft – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1404-17, vor, der ebenfalls eine Erhöhung der Mittel fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 684 02 – Zuschüsse an freie Waldorfschulen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1404-18, vor, der höhere Mittel begehrt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 684 03 – Ersatz der persönlichen und laufenden sächlichen Schulkosten von privaten Bekenntnisschulen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1404-19, vor, der ebenfalls höhere Mittel fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 684 05 – Zuschüsse an sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) mit Internat in freier Trägerschaft – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1404-20, vor, mit dem höhere Mittel gefordert werden. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 684 06 – Zuschüsse an berufliche Schulen in freier Trägerschaft – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1404-21, vor, mit dem höhere Mittel begehrt werden. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 684 07 – Zuschüsse an gemeinnützige Abendgymnasien und Kollegs in freier Trägerschaft – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1404-22, vor, mit dem eine Mittelerhöhung verlangt wird. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 0435. Wer Kapitel 0435 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0435 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 13 auf:

Kapitel 0436

Allgemeine Schulangelegenheiten

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/1304. Hierzu liegen ein gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP sowie zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1404-23, vor, der fordert, im Betragsteil die Erläuterung zu ändern und im Stellenteil Stellenstreichungen und -kürzungen vorzunehmen. Ich stelle die Abschnitte I und II des Antrags gemeinsam zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 422 03 – Bezüge der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und dgl. – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1404-24, vor, der fordert, im Betragsteil eine Erhöhung und im Stellenteil Umschichtungen vorzunehmen, um den Status quo des Haushaltsjahrs 2016 beizubehalten. Wer diesem Änderungsantrag mit den Abschnitten I und II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zur Titelgruppe 95 – Zur Förderung der staatsbürgerlichen Erziehung in den Schulen – liegt der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/1404-31, vor, mit dem bei Titel 685 95 – Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke – Mittelerhöhungen gefordert werden, um sie dem Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ zugutekommen zu lassen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Diesem Änderungsantrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 0436. Wer Kapitel 0436 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0436 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 14 auf:

Kapitel 0439

Vorschulische Bildung und Betreuung

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/1304. Wer Kapitel 0439 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0439 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 15 auf:

Kapitel 0440

Bildungsplanung und überregionale Angelegenheiten

Wer Kapitel 0440 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0440 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 16 auf:

Kapitel 0441

Überregionale und internationale Kulturpflege und Bildungshilfe für Entwicklungsländer

Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegt der Änderungsantrag der AfD, Drucksache 16/1404-25, vor, mit dem eine Mittelkürzung gefordert wird. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 686 92 – Zuschüsse für laufende Zwecke – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1404-26, vor, mit dem eine Streichung der Mittel verlangt wird. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel 0441. Wer Kapitel 0441 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0441 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 17 auf:

Kapitel 0442

Landesinstitut für Schulentwicklung, Landesmedienzentrum und Medienförderung

Wer Kapitel 0442 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0442 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 18 auf:

Kapitel 0445

Staatliche Seminare für Didaktik und Lehrerbildung sowie Pädagogische Fachseminare

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1404-27, vor, mit dem zusätzliche Stellen gefordert werden.

(Zuruf von der AfD: Fleißig, fleißig!)

Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0445 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0445 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Nummern 19 und 20, Kapitel 0448 – Zentrale Lehrerfortbildung und Akademie Schloss Rotenfels – und Kapitel 0453 – Weiterbildung –, zusammenzufassen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Ich rufe die Kapitel 0448 und 0453 daher gemeinsam auf:

Kapitel 0448 und Kapitel 0453

Wer diesen beiden Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Den Kapiteln 0448 und 0453 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Ich rufe die Nummer 21 auf:

Kapitel 0455

Pauschalleistungen an die Kirchen und Aufwendungen für andere Religionsgemeinschaften und sonstige kirchliche Zwecke

Wer Kapitel 0455 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0455 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 22 auf:

Kapitel 0460

Sportförderung

Zu Titel 684 76 – Sonstige Zuschüsse – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1404-28, vor, mit dem eine Streichung der Mittel für Integration und Inklusion gefordert wird. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zur AfD: Mann, ist das peinlich!)

Wer Kapitel 0460 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0460 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 23 auf:

Kapitel 0465

Jugend und kulturelle Angelegenheiten

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/1304. Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Zu Titel 684 72 – Zuschüsse an sonstige Träger – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1404-29, vor, mit dem die Erläuterung geändert werden soll. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 633 79 – Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1404-30, vor, der eine Mittelerhöhung für qualifizierte Musikpädagogen fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 0465. Wer Kapitel 0465 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0465 ist mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt haben wir noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen in Ziffer 1, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 23. November 2016, Drucksache

16/1120, soweit diese den Einzelplan 04 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

In Ziffer 2 empfiehlt Ihnen der Ausschuss für Finanzen, von der Mitteilung der Landesregierung vom 12. Dezember 2016 – 47. Landesjugendplan für das Haushaltsjahr 2017 –, Drucksache 16/1100, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Zu der Mitteilung der Landesregierung vom 15. November 2016 – 25. Landessportplan für das Haushaltsjahr 2017 –, Drucksache 16/1000, empfiehlt Ihnen der Ausschuss in Ziffer 3 seiner Beschlussempfehlung Kenntnisnahme. – Sie stimmen auch dem zu.

In Ziffer 4 schlägt Ihnen der Ausschuss für Finanzen vor, von dem Schreiben des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 28. November 2016 – Übersichten zum Schulhausbau und zum Sportstättenbau – Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Meine Damen und Herren, jetzt habe ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/1404-4, bekannt zu geben:

An der Abstimmung haben sich 131 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 15 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 116 Abgeordnete gestimmt;
enthaltend hat sich kein Abgeordneter.*

Damit ist der Änderungsantrag Drucksache 16/1404-4 abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

SPD: Sascha Binder, Wolfgang Drexler, Dr. Stefan Fust-Blei, Reinhold Gall, Gernot Gruber, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Gerhard Kleinböck, Georg Nelius, Martin Rivoir, Gabi Rolland, Rainer Stickelberger, Andreas Stoch, Dr. Boris Weirauch, Sabine Wölfe.

Mit N e i n haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Susanne Bay, Beate Böhlen, Andrea Bogner-Unden, Sandra Boser, Martina Braun, Jürgen Filius, Josef Frey, Martin Grath, Petra Häffner, Martin Hahn, Wilhelm Halder, Thomas Hentschel, Winfried Hermann, Hermann Katzenstein, Manfred Kern, Petra Krebs, Daniel Andreas Lede Abal, Bettina Lisbach, Brigitte Lösch, Manfred Lucha, Alexander Maier, Thomas Marwein, Bärbl Mielich, Dr. Bernd Murschel, Jutta Niemann, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Daniel Renkonen, Barbara Saebel, Alexander Salomon, Alexander Schoch, Andrea Schwarz, Andreas Schwarz, Ulli Hockenberger, Sabine Seemann, Edith Sitzmann, Franz Untersteller, Thekla Walker, Jürgen Walter, Dorothea Wehinger, Elke Zimmer.

CDU: Norbert Beck, Thomas Blenke, Klaus Burger, Andreas Deuschle, Thomas Dörflinger, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Sylvia Felder, Marion Gentges, Fabian Gramling, Friedlinde Gurr-Hirsch, Manuel Hagel, Raimund Haser, Peter Hauk, Ulli Hockenberger, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Karl Klein, Wilfried Klenk, Joachim Kößler, Sabine Kurtz, Dr. Bernhard Lasotta, Siegfried Lorek, Winfried Mack, Paul Nemeth, Christine Neumann, Claus Paal, Dr. Patrick Rapp, Nicole Razavi, Dr. Wolfgang Reinhart, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Felix Schreiner, Dr. Albrecht Schütte, August Schuler, Stefan Teufel, Georg Wacker, Tobias Wald, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

AfD: Dr. Rainer Balzer, Anton Baron, Dr. Christina Baum, Lars Patrick Berg, Klaus Dürr, Dr. Heinrich Fiechtner, Dr. Bernd Grimmer, Stefan Herre, Rüdiger Klos, Dr. Jörg Meuthen, Thomas Axel Palka, Dr. Rainer Podeswa, Stefan Räßle, Daniel Rottmann, Emil Sänze, Hans Peter Stauch, Udo Stein, Klaus-Günther Voigtmann, Carola Wolle.

FDP/DVP: Dr. Gerhard Aden, Dr. Friedrich Bullinger, Andreas Glück, Dr. Ulrich Goll, Jochen Haußmann, Klaus Hoher, Jürgen Keck, Gabriele Reich-Gutjahr, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Dr. Erik Schweickert, Nico Weinmann.

Fraktionslos: Dr. Wolfgang Gedeon, Claudia Martin.

*

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 04 angelangt.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der AfD, der SPD und der FDP/DVP – Zurufe: Bravo!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind noch nicht ganz fertig.

(Heiterkeit)

Bevor wir in die Mittagspause eintreten, darf ich Sie darauf aufmerksam machen, dass wir jetzt gleich die Liga der freien Wohlfahrtspflege begrüßen dürfen. Unsere Gäste von der Liga möchten uns bei der heutigen Begegnung die Vielfalt des ehrenamtlichen Engagements der freien Wohlfahrtspflege näherbringen. Gern bieten wir den Organisationen die Gelegenheit, sich mit uns bei einem kleinen Imbiss – die Einladung geht von den Organisationen aus – an den jeweiligen Infoständen im Foyer auszutauschen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn möglichst viele von Ihnen daran teilnehmen, sich dem wichtigen Thema widmen, und darf Sie herzlich zu dieser Begegnung einladen.

Für die Mitglieder des Ständigen Ausschusses gebe ich noch folgenden Hinweis: In zehn Minuten – also um 13:25 Uhr – findet eine Sondersitzung des Ausschusses im Eugen-Bolz-Saal statt.

Ich unterbreche jetzt die Sitzung. Wir setzen die Sitzung um 14:15 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:14 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:17 Uhr)

Präsidentin Muhterem Aras: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen unsere Sitzung fort.

Ich rufe **Punkt 2 c** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 07: Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/1307

Berichterstatterin: Abg. Susanne Bay

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 07 – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau – eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Wünscht die Berichterstatterin das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir gleich zur Aussprache. Ich darf für die Fraktion GRÜNE Herrn Abg. Hahn das Wort erteilen.

Abg. Martin Hahn GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Seit Mai letzten Jahres haben wir ein neues Ministerium, das Wirtschaftsministerium; alles drin von Arbeit bis Zukunftstechnologie, alles, was wir im Land tun müssen, alles, was wir flankieren müssen, damit es unserem Land weiter gut geht. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir da dranbleiben.

Das Ganze spielt sich in einer Zeit ab, in der es um uns herum massive politische Veränderungen gibt. Egal, ob wir in die Vereinigten Staaten oder nach England schauen: Die Welt dreht sich, und für Baden-Württemberg als ein Land, das im Außenhandel stark ist, sind das, glaube ich, schon starke Signale, die auf uns zukommen. Wir müssen sicher bleiben bei dem, was wir tun, und gleichzeitig schauen, was z. B. in Frankreich passiert und in den Niederlanden passieren wird. Wir werden schauen, was das mit uns macht. Wichtig ist, dass wir es genau beobachten und dranbleiben. Große Partner im Außenhandel werden sich unter Umständen verändern.

Ich glaube, wir können und dürfen keine Vogel-Strauß-Politik machen, sondern wir müssen schauen, was passiert, müssen es annehmen und dann das Beste daraus machen, und zwar auf den Grundlagen unserer Werte. Gandhi hat einmal gesagt – wenn ich zitieren darf –:

Wir müssen der Wandel sein, den wir in der Welt zu sehen wünschen.

Der Fokus in Baden-Württemberg liegt auf einem starken Mittelstand. Die Fortführung zentraler Expertenkreise wie Fachkräfteallianz, Wohnraum-Allianz und Weiterentwicklung der Allianz Industrie 4.0 zur Initiative Wirtschaft 4.0, das alles sind wichtige Dinge, und für uns, die Grünen, liegt natürlich immer der Dreiklang aus Ökonomie, Ökologie und sozialer Gerechtigkeit im Fokus.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Die Besonderheiten der baden-württembergischen Wirtschaft, geprägt von einem starken Mittelstand, geprägt aber auch von einer starken Automobilindustrie mit knapp 19 % aller Arbeitsplätze dort und im nachgelagerten Bereich, sind Grundlagen, die man gut beobachten muss. In Baden-Württemberg gibt es einen Arbeitsmarkt, bei dem man in vielen Regionen nahezu von Vollbeschäftigung reden kann.

Wenn man das mitbetrachtet, weiß man, dass das, was uns derzeit begegnet, ein rasanter Wandel, ein Strukturwandel ist, bei dem unsere Flaggschiffe wie Daimler, Audi oder Porsche, aber auch mittelständische Zulieferer wie ZF oder die kleinen Zulieferer in den Dörfern unserer Wahlkreise und Landkreise in einem Veränderungsprozess sind, der sich gewaschen hat.

(Martin Hahn)

Die Landesregierung unterstützt diesen Wandlungsprozess aktiv. Ziel ist, die Ideen, Produktion und Wertschöpfung in Baden-Württemberg zu halten und unser heutiges Autoland zum Land nachhaltiger Mobilität von morgen zu machen – das ist eine zentrale Aufgabe für uns – und dort – das ist wohl das, was wir zurzeit beobachten können – die Antriebstechnologie in den Fokus zu nehmen. Wir sehen, die Hybrid- und die Wasserstofftechnologie kommen. Die E-Mobilität haben wir jetzt als zentrales Thema im Haushalt festgelegt – mit über 8 Millionen € an Projektmitteln in der Elektromobilität III und mit dem, was wir hoffentlich nachher noch beschließen werden, der Verpflichtungsermächtigung für die Haushalte 2018/2019 –, damit dieses Thema gut weitergeführt werden kann. Das sind wichtige Impulse, um diesen Wandel in diesen Technologien zu flankieren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Im Innovations- und Gründerland Baden-Württemberg ist es klar und eindeutig: Das Kapital und der „Rohstoff“ sind die Menschen in den Unternehmen, die Köpfe, die das Land vorantreiben. Wenn wir das für uns verinnerlichen und die Welt betrachten, wie sie sich in den letzten Jahren verändert hat, ist klar: Es ist eine zentrale Aufgabe, die guten Ideen, die es gibt, sogenannte Start-ups, positiv zu begleiten. Ich sage einmal ganz ehrlich: Das fällt uns wegen unserer Kultur nicht so leicht. Wir sind eher die, die alles abgesichert haben wollen. Das sieht man auch an den Erfolgszahlen; unsere Start-ups sind die langlebigen. Aber wir sind nicht die, die gleich die erste Idee nehmen.

Auch bei meiner Bank – ich bin im Aufsichtsrat einer kleinen Bank – fällt es uns schwer, Risikokapital in solche Ideen, in solche Unternehmen zu stecken und sie zu unterstützen. Das ist eine Herausforderung für uns alle, für uns als Gesellschaft, auch mit einer Fehlerkultur umzugehen – wenn wir da in die Vereinigten Staaten schauen – und uns gleichzeitig zu motivieren, der Zukunft befreit entgegenzugehen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Eine tragende Säule der baden-württembergischen Wirtschaft ist das Handwerk. Die Ökologisierung der vergangenen Jahre hat massiv zum Wandel im Handwerk beigetragen. Man sah die Innovationskraft des Handwerks. Man sah das, was das Handwerk bei dieser Ökologisierung etwa in der Energiewende eingebracht hat, wie es die Impulse aus der Politik aufgenommen und so zur Modernisierung im Land beigetragen hat. Das war beispielhaft. Ich bin stolz auf die Handwerker in Baden-Württemberg, die unser Land voranbringen. Das ist eine tolle Leistung.

Wir versuchen, das zu flankieren, und zwar mit einer eigentlich bescheidenen Mittelausstattung von 1 Million € im Handwerksprogramm von 2017. Aber wir begleiten es; wir sind dran. Wir wissen, dass dies wichtige Akteure in unserer Gesellschaft sind, die wir brauchen, um das Land von morgen weiterhin zu gestalten.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Zum Arbeitsmarkt brauchen wir in Baden-Württemberg nicht viel zu sagen. Wir sind nahe an der Vollbeschäftigung. Der erste Arbeitsmarkt ist geprägt von Unternehmen, die Fach-

kräfte, Akteure für sich suchen. Die brauchen wir. Deshalb helfen Programme wie die Kontaktstellen „Frau und Beruf“, neue Fachkräfte zu gewinnen, aber auch die Unterstützung der Flüchtlinge auf dem Weg in den Arbeitsmarkt. Das sind wohl wichtige Bestandteile, um voranzukommen und die Vollbeschäftigung zu halten.

Nicht vergessen möchte ich aber auch den sogenannten zweiten Arbeitsmarkt, den es aus meiner Sicht immer gegeben hat. Ich selbst bin auf einem Bauernhof aufgewachsen. Auch dies ist ein Beispiel für den zweiten Arbeitsmarkt: Mein Vater hat auf seinem Hof einen Onkel übernommen, der am ersten Arbeitsmarkt nicht unterzubringen war. Er hat bei uns auf dem Hof immer seinen Teil zur Wertschöpfung beigetragen. Das war bei uns ein wichtiges Element.

Das, was wir früher und über die Generationen in kleinen sozialen Einheiten leisten konnten, müssen wir, glaube ich, jetzt und in Zukunft mit Beispielen wie dem Passiv-Aktiv-Tausch in der sozialen Arbeit gewährleisten. Es ist wichtig, dass die Leute nicht nur unterstützt, sondern auch wertgeschätzt werden. Das ist eine der zentralen politischen Aufgaben unserer Zeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ein weiteres zentrales Element ist der Wohnungsmarkt. Das ist für mich ein Punkt, bei dem ich sage: Ja, wir sind mit großen Programmen im Wohnungsmarkt aktiv. Wir unterstützen, wir flankieren, wir gehen voran. Dies betrifft sowohl den Bereich der Eigenheime, der wichtig war,

(Abg. Anton Baron AfD: Sie haben das doch verteuert!)

als auch den sozialen Wohnungsbau. Es ist ganz wichtig, dass wir diesen entlasten. Es ist für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land wichtig, dass wir Probleme beim sozialen Wohnungsmarkt beseitigen. Ich persönlich bin froh über das, bei dem wir unterwegs sind. Wenn wir es Ende des Jahres geschafft haben, das Geld in Wohnungen, in Quadratmeter an neuem Wohnraum umzusetzen, dann bin ich stolz auf das, was wir geschafft haben. Daran müssen wir weiterhin arbeiten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

– Wir nehmen einmal dieses Jahr, das Jahr 2017.

Ich möchte eine Schwierigkeit in Bezug auf den Wohnungsbau ansprechen. Ich hatte zentral auf die Abschreibungsunterstützung aus Berlin gehofft.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie können die Grunderwerbsteuer senken!)

Ich muss das ganz klar sagen: Das ist ein großer Mangel. Wir wissen: Wir haben das Kapital, wir haben die Bauträger, wir haben die Leute, die das können. Aber wir haben die Unterstützung hinsichtlich der Rentabilität durch zusätzliche Abschreibungshilfen nicht bekommen. Das ist ein großer Mangel. Das hätte einen Schub auslösen können.

(Abg. Anton Baron AfD: Grunderwerbsteuer!)

(Martin Hahn)

Jetzt arbeiten wir an diesem Thema weiter, wenn auch nicht in der Geschwindigkeit, in der wir es wollten.

(Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Zum Schluss möchte ich zusammenfassend sagen: Der Haushalt für das Wirtschaftsministerium steht, ist gut aufgestellt. Wir arbeiten mit dem Wind der Veränderung; wir sind da dran und verstecken uns nicht. Die Segel stehen. Wir halten die Richtung und geben so den Akteuren in der Wirtschaft in Baden-Württemberg die Sicherheit, dass wir zu ihnen stehen, weil sie diejenigen sind, die unser Land voranbringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Paal.

Abg. Claus Paal CDU: Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich ebenso wie Kollege Hahn, dass wir heute endlich wieder über den Haushalt eines eigenständigen Wirtschaftsministeriums sprechen können. Dies ist ein, wie wir, die CDU-Fraktion, finden – aber da schließen sich die Grünen garantiert an –, wegweisender und zukunftsorientierter Haushalt. Denn wir setzen mit diesem Etat ganz klare und wichtige Akzente: Technologie, Talente und Innovationen.

In Zeiten, in denen wir vermehrt von Disruption, digitaler Transformation, Big Data und vor allem von vielen neuen Geschäftsmodellen sprechen, in Zeiten, in denen eine große Dynamik unser tägliches Arbeiten bestimmt, in Zeiten, in denen wir jeden Tag aufs Neue überlegen müssen, ob und wo Rahmenbedingungen nachjustiert werden müssen, ist klar: Wir müssen den Aufbruch in die Zukunft dieses neuen Arbeitslebens, dieser neuen Arbeitswelt optimal begleiten. Und dies können wir jetzt wieder, mit einem bestens aufgestellten Wirtschaftsministerium, das seine ganze Kraft und Aufmerksamkeit der Wirtschaftspolitik zuwenden kann, und mit einer Ministerin, die weiß, wovon sie spricht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Der CDU-Fraktion ist dabei wichtig, alle im Blick zu haben, und zwar Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer genauso wie kleine und mittlere Unternehmen, wie die Handwerksbetriebe und auch wie die Konzerne sowie – die nehmen wir besonders in den Fokus – auch Menschen, die neue Unternehmungen wagen und gründen. Alle gemeinsam sind die Basis unseres Erfolgs hier in Baden-Württemberg.

Baden-Württemberg ist das Land der Tüftler, der Schaffer und der Erfinder. Genau das bilden wir mit dem Einzelplan 07 auch ab.

Neue Ideen, neue Innovationen, neue Technologien kann man nicht erzwingen. Aber wir schaffen die richtigen Rahmenbedingungen, um sie zu ermöglichen. Wir wollen, dass Menschen Mut bekommen, Neues zu wagen. Wir wollen mehr Start-ups den Erfolg ermöglichen. Wir wollen, dass Träume wahr werden und Ideen Realität werden können.

So steigen wir zunächst mit 5 Millionen €, mit einem neuen Innovationsfonds, in die Finanzierung der Start-ups ein. Dies

ist ein Anfang, der hoffentlich – das sage ich ganz offen – nicht genügt, da der Abruf hoffentlich größer ist, als wir es zunächst geplant haben. Wir wollen diesen Fonds über eine Hebelung deutlich vergrößern und freuen uns auch über das große Interesse aus der Wirtschaft, dabei mitzumachen.

Außerdem unterstützen wir erstmalig landesweite Erfindermessen, Herr Hofelich,

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

und wir bauen Innovationsgutscheine als erfolgreiches Förderinstrument weiter aus, indem wir auch die Start-ups dabei in den Fokus nehmen. Wir wollen, dass angehende Unternehmerinnen und Unternehmer erkennen, dass sich eine Gründung in Baden-Württemberg lohnt und – dafür müssen wir immer Werbung machen – sich unsere Gesellschaft freut, wenn Menschen bereit sind, große persönliche Verantwortung zu übernehmen.

Wir unterstützen die berufliche Ausbildung, die berufliche Bildung insgesamt massiv mit sehr viel Geld. Wir werden zusätzlich notwendige Unterstützung für Fachkräfte gewähren, die aus dem Ausland zu uns kommen sollen, indem wir wichtige Bausteine in der Ansiedlungs- und Willkommenskultur in Baden-Württemberg finanzieren. Hierzu stellen wir die Finanzierung der Fachkräfteallianzen, der regionalen Fachkräfteallianzen und der Welcome Center sicher.

Ein sehr wichtiger Baustein ist, wie Kollege Hahn gerade ausführte: Wir schauen nach bezahlbarem Wohnraum und vor allem auch nach genügend Wohnraum, der automatisch auch bezahlbar sein sollte,

(Abg. Anton Baron AfD: Aha, aha! Das ist das Gespenst!)

nicht nur für Fach- und Führungskräfte, sondern auch für junge Familien mit Kindern, für Studenten sowie für geflüchtete Menschen. Quer durch alle Bevölkerungsschichten wird der Bedarf an Wohnraum steigen.

(Abg. Anton Baron AfD: Sozialer Wohnraum sollte günstig sein!)

Hierfür haben wir im Haushalt 2017 eine Viertelmilliarde Euro bereitgestellt, übrigens eines der größten Wohnraumförderungsprogramme in der Geschichte dieses Landes, und zwar ein Förderprogramm ohne Abgrenzung zwischen der hiesigen Bevölkerung und den zu uns Geflüchteten, ohne Abgrenzung zwischen Stadt und ländlichem Raum.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Tobias Wald CDU: Endlich! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Die dafür eingesetzte Wohnraum-Allianz hat sehr gute Grundlagen geschaffen, die jetzt natürlich politisch diskutiert werden müssen. Die CDU-Fraktion dankt allen, die sich mit großem Engagement an dieser Wohnraum-Allianz beteiligt haben.

Wir werden auch die Herausforderungen der Digitalisierung angehen; denn klar ist: Kompetenz- und Qualifikationsanforderungen verschieben sich. Der Arbeitsalltag verändert sich.

(Claus Paal)

Das Thema „Arbeit 4.0“ muss in den Fokus rücken. Die CDU-Fraktion hat damit begonnen. Es geht um die Zusammenarbeit von Mensch und Maschine, um die Flexibilisierung der Arbeit und natürlich um das Thema Aus- und Weiterbildung. Wir werden die Herausforderungen angehen, aber gleichzeitig auf die Menschen schauen, die mit dieser neuen Welt ihre Probleme haben und mit der Flexibilisierung nicht zurechtkommen.

In all unseren Branchen werden immer schneller Innovationen kommen und auch notwendig sein. Ich habe vorhin bereits erwähnt, dass es zu Transformationen kommt. Vor allem beim Handwerk und bei den KMUs müssen wir dafür sorgen, dass wir sie eng begleiten und sie beraten. Hier haben wir eine neue Innovationswerkstatt ins Leben gerufen, die auch neue Wege erproben soll. Sie soll vor allem die KMUs in den Blick nehmen, die wir seither mit unseren Fördermaßnahmen noch nicht erreicht haben, die dringend vernetzt werden müssen und wissen sollten, welche Trends und Entwicklungen auf sie zukommen. Der neue Technologiebeauftragte, übrigens ein ausgewiesener Fachmann, wird hierbei eine zentrale Rolle spielen.

(Abg. Anton Baron AfD: Was für Stellen wollen Sie noch schaffen? Das ist unglaublich!)

Wir fördern auch den Wirtschaftszweig der Mobilität, hier vor allem – heute kommt noch einmal ein zusätzlicher Antrag – die Elektromobilität.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen eine Begeisterung für das, was den Erfolg unserer Region, der Wirtschaft, der Arbeit und der Menschen ausmacht. Dazu gehört die Identifikation mit den Unternehmen und Produkten, aber auch die Aufgeschlossenheit gegenüber technischen Neuerungen.

Hierfür müssen wir bei den Kleinsten das Interesse wecken. Deshalb unterstützen wir eine Modelleinrichtung einer Forschungsfabrik für Kinder und Jugendliche, starten einen Modellversuch mit ganz neuen Bildungspartnerschaften MINT, in denen Schulen und Vereine, die sich mit MINT-Themen beschäftigen, kooperieren sollen. Wir wollen eine Aufgeschlossenheit für Technik erreichen. Auch das Tüfteln soll sich vom Kindergarten über die Schule, die Ausbildung und das Studium und später auch gern in den Beruf hinein oder auch in den Ruhestand ziehen.

Die Landtagsfraktion der CDU wird nicht müde werden, Innovationstreiber für die Wirtschaftspolitik im Land zu sein. Wir sind zugegebenermaßen kein Start-up, aber wir sind mindestens genauso aktiv, dynamisch und kreativ.

(Abg. Anton Baron AfD: Alt, aufgebläht und träge!)

Wer Neues schaffen will, der muss auch bereit sein, neue Wege zu erproben.

Der Koalitionsvertrag mit den Grünen gibt hier wirklich eine gute wirtschaftspolitische Basis vor. Ich danke den Kolleginnen und Kollegen der Grünen, dass wir diesen Weg für die Menschen, für die Wirtschaft hier im Land gehen. Zusammen mit dem hervorragend aufgestellten Wirtschaftsministerium packen wir die Herausforderungen an. Ich freue mich darauf. Mit diesem Haushalt geht es los.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Wolle.

Abg. Carola Wolle AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie schon der gesamte Haushaltsplan, strotzt auch dieser Einzelplan des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau von haushaltspolitisch falsch gesetzten Prioritäten der Landesregierung. In Zeiten von Rekordsteuereinnahmen ist es ein großes Versäumnis, keine Schulden zu tilgen und somit künftige Generationen überproportional stark zu belasten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Auch in diesem Einzelplan gibt es ein massives Einsparpotenzial in Höhe von über 3 Millionen €. Kann es sein, dass Sie nur von Wahlperiode zu Wahlperiode denken? Frei nach dem Motto: Nach mir die Sintflut. Unter der Titelgruppe mit der Überschrift „Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Wirtschaft“ werden fast 2,6 Millionen € in Genderprojekte investiert.

(Oh-Rufe von den Grünen)

Wie ich es auch in meinem eigenen beruflichen Leben erfahren durfte, läuft die sogenannte „Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern“ in der Realität auf eine Privilegierung der Frauen und eine Diskriminierung der Männer hinaus.

(Beifall bei der AfD – Oh-Rufe von den Grünen – Abg. Martin Hahn GRÜNE: Richtig! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Schrecklich!)

Um diese einseitige Bevorzugung der Frauen durchzusetzen, werden Staatseingriffe gefordert, die Frauen um jeden Preis in die Erwerbstätigkeit drängen.

(Unruhe)

Die Einführung der gesetzlichen Frauenquote, wie sie natürlich auch von manchen von Ihnen gefordert wird, ist an Absurdität nicht mehr zu überbieten. Damit werden Frauen in männliche Karrieremuster gedrängt, ob sie wollen oder nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Bereits heute werden Mütter schief angeschaut, wenn sie nicht wenigstens halbtags arbeiten. In einem freien Staat müssen Mütter die Freiheit der Wahl haben. Als Frau kann ich die Phrase von der geschlechtsspezifischen Diskriminierung nicht mehr hören.

(Beifall bei der AfD)

Viele selbstbewusste und fähige Frauen lehnen deswegen die Frauenquote ab.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Jawohl! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Norwegen ist hier im Übrigen einen Schritt weiter. Dort zeigt Harald Eia mit seinem Film zum Genderismus anschaulich auf, dass trotz diverser Chancengleichheitsprojekte Frauen

(Carola Wolle)

nach wie vor eher weibliche und Männer eher männliche Berufe wählen.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Die Konsequenz war, dass dort alle Gender-Lehrstühle geschlossen wurden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr gut!)

Vielleicht sollten auch Sie einmal darüber nachdenken, dass es tatsächlich einen Unterschied zwischen Männern und Frauen gibt.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Ach was! – Abg. Anton Baron AfD: Das hat die SPD noch nicht verstanden! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Diesen genderistischen Subventionsorgien des hier vorliegenden Haushaltsplans stellen wir uns mit aller Entschiedenheit entgegen.

Was können wir stattdessen machen? Nicht nur aus Sicht der Wirtschaft, sondern auch aus familienpolitischer Sicht wäre eine Wiedereingliederungshilfe der Unternehmen für Menschen, die sich der langjährigen Erziehung ihrer Kinder widmen, sehr sinnvoll.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

Neben Ihrer verfehlten Familienpolitik investieren Sie zu wenig in gute Schulen und in die Ausbildung der Jugend in unserem Land. Die sich verschärfende Überalterung der Bevölkerung kann durch die Rekrutierung ausländischer Fachkräfte lediglich in quantitativer Hinsicht behoben werden. Die Ausbildung der nachfolgenden Generationen ist durch diese Politik keinesfalls sichergestellt. Die Höhe des Haushalts – hier wurde ausgeführt, dass sehr viel Geld für Bildung ausgegeben wird – hat nichts mit der Qualität der Ausbildung zu tun.

Erschwerend kommt hinzu, dass jährlich ca. 140 000 junge und hoch qualifizierte deutsche Ärzte, Ingenieure und auch Facharbeiter unser Land verlassen.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja! Auswanderungsproblem! – Abg. Claus Paal CDU: Und wie viele kommen zurück?)

Doch unsere Bundesregierung in Berlin und unsere Landesregierung in Stuttgart sehen die Lösung unseres demografischen Problems in der bewussten Hinnahme von unkontrollierter Zuwanderung.

Auch sollte hier einmal klargestellt werden: Flüchtlinge genießen nur ein Aufenthaltsrecht auf Zeit, nämlich nur, solange der Fluchtgrund vorliegt. Es ist geradezu menschenverachtend, diesen Menschen unter dem Deckmantel der Integration vorzugaukeln, dass ihnen ein längeres Bleiberecht zustünde.

(Beifall bei der AfD)

Anstelle von Integrationshilfe wäre es daher sinnvoller, diese Menschen wieder auf die Rückkehr in ihre Heimat vorzubereiten und sie für den Wiederaufbau fit zu machen.

Ebenso muss klargestellt werden, dass nur gut die Hälfte der Asylbewerber tatsächlich echte Flüchtlinge sind, die vor Folter, Terror und Krieg fliehen. Seien wir doch einmal ganz ehrlich: Aus volkswirtschaftlicher Perspektive kann man doch nur von einem schlechten Deal sprechen, was im Übrigen durch renommierte Forschungsinstitute bestätigt wird.

Nein, wir brauchen keine geförderten Welcome Center, wir brauchen „Good-bye Center“, die für die schnellere Abschiebung der vielen nicht aufenthaltsberechtigten Menschen, Migranten sorgen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Claus Paal CDU: Welcome Center haben nichts mit Flüchtlingen zu tun! Das ist völlig falsch! – Abg. Reinhold Gall SPD: Keine Ahnung! So eine Verhöhnung! Unglaublich!)

Nein, wir brauchen keine sozialpädagogischen Praktika, welche das Land mit 500 000 € unterstützt.

Durch die Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes von 3,5 auf 5 % und die ideologisch verblendete Aufblähung der Landesbauordnung durch die vorherige grün-rote Landesregierung haben sich die Baukosten deutlich erhöht. Das Ergebnis sind sowohl für Privatpersonen als auch für Unternehmen deutlich gestiegene Mieten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Jetzt kommen Sie von der SPD und wollen das alles wieder rückgängig machen. Wer glaubt Ihnen das denn?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Werte Frau Hoffmeister-Kraut, am 31. Januar haben Sie gesagt, dass insbesondere die Politik von Donald Trump negative Auswirkungen auf die Wirtschaft in unserem Ländle hat. Haben wir Einfluss auf Entscheidungen in den USA? Sind wir die USA? Wir haben aber sehr wohl Einfluss auf Entscheidungen im Bund und auch in der EU.

Die Kommunen sind im Zuge der völlig verantwortungslosen Politik der offenen Grenzen mit zuvor noch nie gekannten Herausforderungen konfrontiert. Es waren nicht die Kommunen, die mit Merkel-Selfies verzierte Einladungen an die Welt geschickt und um Einwanderung gebeten haben. Nein, es war die Bundesregierung, flankiert durch die Landesregierung in Baden-Württemberg. Der finanzielle Ausgleich für Kommunen reicht bei Weitem nicht aus.

Darüber hinaus wollen Sie die sogenannte Vorwegentnahme auf mindestens das 2,5-Fache, auf 700 Millionen € erhöhen mit der Konsequenz, dass Gemeinden und Kommunen – wie das Beispiel Heilbronn zeigt – gezwungen sind, die Grund- und die Gewerbesteuer zu erhöhen – ein wahrer Mittelstandskiller. Denn nicht nur die Mieten für Mietwohnungen, sondern auch die Mieten für Büroräume steigen. In Heilbronn hat sich gezeigt, dass 50 % der Unternehmen bereits fest einge-

(Carola Wolle)

plante Investitionen mit hoher Wahrscheinlichkeit zurücknehmen. 35 % der Unternehmen denken gar über einen Standortwechsel nach.

(Abg. Anton Baron AfD: Mittelstandskiller, die Grünen! – Abg. Claus Paal CDU: Was ist denn das für eine Statistik? – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD)

Meine sehr verehrten Kollegen der Konsensparteien – der CDU und auch der SPD –, Sie sind in der Regierungsverantwortung, Sie tragen die Verantwortung für diese Situation.

Kommen wir zur Auswirkung der EU auf die Wirtschaft in unserem Ländle. In Deutschland werden im Gegensatz zu fast allen anderen Ländern der EU immer noch ca. 80 % der Reisen in Reisebüros gebucht. Bisher waren diese als Reisevermittler tätig. Durch die neue Richtlinie werden Reisebüros z. B. nur durch die Ergänzung einer Reiserücktrittsversicherung zum Veranstalter – mit allen Konsequenzen. Denn sie sind jetzt in der Haftung. Ein großes Reisebürosterben steht uns wahrscheinlich bevor mit Konsequenzen auch auf die Wirtschaft hier im Ländle und auf den hier vorliegenden Haushalt.

Meine werten Kollegen der Konsensparteien,

(Abg. Thomas Dörflinger CDU: „Konsensparteien“? – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Besser als Nonsensparteien! – Vereinzelt Heiterkeit)

Sie alle vertreten uns in der EU, und Sie hätten die Möglichkeit gehabt, die Reisebüros in der EU mit zu vertreten.

(Beifall bei der AfD)

Nein, meine Damen und Herren, diesem Einzelplan des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau können wir so nicht zustimmen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Sänze, irgendwann ist Sense! – Vereinzelt Heiterkeit)

Hart erarbeitetes Steuergeld wird für obskure, teilweise stark ideologisch motivierte Absurditäten ausgegeben, sodass man eigentlich nur noch von einer Respektlosigkeit gegenüber dem Steuerzahler reden kann. Steuergeldverschwendung ist kein Kavaliersdelikt, sondern eines der zentralen Probleme unseres Staates, ein Problem, dem wir, die AfD, den Kampf ansagen.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Weirauch.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Eine starke Wirtschaft, sichere Arbeitsplätze und bezahlbare Wohnungen sind Themen, die für die hart arbeitenden Menschen in Baden-Württemberg von zentraler Bedeutung sind. Aufgabe staatlichen Handelns ist hierbei aus Sicht der SPD die Setzung verlässlicher Rahmenbedingungen und, falls erforderlich, eine regulatorische Steuerung sowie der Anschlag und die Aufrechterhaltung einer Förderkulisse, um etwa Fehlentwicklungen wie im Wohnungsbau zu korrigieren.

Wenn man den Einzelplan anschaut, muss stark bezweifelt werden, dass die Landesregierung genug tut, um in diesem Zusammenhang die richtigen, die entscheidenden Weichenstellungen vorzunehmen, damit unser Land die vor uns liegenden Herausforderungen meistern kann.

Erlauben Sie mir einige kurze Ausführungen. Gestern haben Sie, Grüne und CDU, sich für stabiles Wachstum feiern lassen. Minister Hauk hat sich als Wachstumsfan geoutet. Sie haben betont, wie wichtig Ihnen stabiles Wachstum ist.

Jetzt muss ich Sie, insbesondere die Kollegen von der CDU, aber schon einmal fragen, ob Sie gelegentlich einmal einen Blick in Publikationen der Landesregierung werfen.

(Der Redner hält die Broschüre „Indikatorenbericht 2016 – Statusindikatoren einer nachhaltigen Entwicklung in Baden-Württemberg“ hoch.)

Ich habe hier den Indikatorenbericht 2016 vom Dezember 2016. Er enthält standesgemäß ein Vorwort des Ministerpräsidenten, viele schöne Bilder, viel Text. Enthalten sind darin insbesondere Definitionen und Beschreibungen von 47 Statusindikatoren für die nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg. Die Landesregierung bewertet die Entwicklung eines jeden dieser Indikatoren anhand von Ampelfarben – also Grün, Gelb oder Rot – positiv oder negativ.

Zu dem auf Seite 55 aufgeführten Indikator Bruttoinlandsprodukt – für uns alle, glaube ich, ein wesentlicher Wachstumsindikator bzw. Wachstumsfaktor – ist uns etwas aufgefallen. Dargestellt ist in dieser Publikation – schauen Sie nachher hinein, Einsichtnahme bei mir am Platz –, dass das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Baden-Württemberg von 1995 bis 2015 um gut 30 % und im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr um 2,1 % angestiegen ist. Die Wirtschaft in unserem Land wächst stabil und stetig. Eigentlich müsste es doch hier parteiübergreifend Konsens sein, dass man dies positiv bewertet.

Das sieht die grün-schwarze Landesregierung offenbar anders. Denn was müssen wir auf Seite 55 dieses Indikatorenberichts lesen? Nichts! Denn während bei anderen Indikatoren deutliche Bewertungen erfolgen, steht zum Bruttoinlandsprodukt:

Vor dem Hintergrund der aktuellen Wachstumsdebatte wird auf eine Trendbewertung des Indikators verzichtet.

Die Landesregierung kann sich offenbar nicht dazu durchringen, Wachstum in Baden-Württemberg insgesamt positiv zu bewerten. Ober gibt es gar in Ihren Reihen mittlerweile schon Ansätze, wirtschaftliches Wachstum in Zukunft negativ bewerten zu wollen?

Auf die angekündigte Wachstumsdebatte, Frau Ministerin, sind wir sehr gespannt. Vielleicht erläutern Sie in Ihrem Redebeitrag die Haltung Ihres Hauses zu dieser Publikation und zur Nichtbewertung des zentralen Wachstumsbegriffs für die wirtschaftliche Entwicklung in Baden-Württemberg.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Die Abkehr vom klassischen Wachstumsbegriff bei den Grünen ist aus unserer Sicht nichts Neues und verwundert uns nicht. Aber dass ein CDU-geführtes Wirtschaftsministerium zulässt, dass solche Broschüren tausendfach im Land verteilt

(Dr. Boris Weirauch)

werden, muss selbst geneigte Betrachter aufs Äußerste verwundern.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: Schauen Sie mal, was Frau Hendricks so herausgibt!)

Wir sollten uns in diesem Haus einig sein, dass ein stabiles Wirtschaftswachstum Grundlage unseres Wohlstands in Baden-Württemberg ist, Garant für ein gutes und auskömmliches Leben der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land.

Zum Haushaltsplan erlauben Sie mir folgende Ausführungen. Der mit der Digitalisierung einhergehende Wandel bringt für viele Veränderungen mit sich: für Unternehmen, aber auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir hier in Baden-Württemberg sind unzweifelhaft gut aufgestellt, haben eine starke Industrie, einen starken Mittelstand, gut ausgebildete Beschäftigte und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der Sozialpartner. Wo, wenn nicht hier bei uns in Baden-Württemberg, können die Herausforderungen der Digitalisierung gemeistert werden?

Aber hierfür bedarf es neben der Erkenntnis und der Bereitschaft zur Annahme dieser Herausforderungen aufseiten der Wirtschaft und der Gewerkschaften auch einer verlässlichen Setzung von Rahmenbedingungen und Unterstützung von staatlicher Seite. Wenn wir uns die Lage genau ansehen, ist es doch so: Die Arbeitsprozesse verändern sich, die Wettbewerbssituationen von Unternehmen verändern sich, Entwicklungszyklen werden kürzer, die Dynamik in der Wirtschaft nimmt zu. Während große Unternehmen in der Regel Ressourcen haben, diese Veränderungsprozesse aktiv zu gestalten, kommen kleine und mittlere Unternehmen da schnell an ihre Grenzen. Das betrifft auch die durch die Digitalisierung zwingend notwendige berufliche Weiterbildung.

Genau da setzt ein Haushaltsantrag von uns, der sozialdemokratischen Fraktion, an, den Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und Grünen, im Finanzausschuss abgelehnt haben. Wir haben 10 Millionen € für die Einrichtung eines Weiterbildungsfonds beantragt. Mit diesem Fonds wollen wir kleine und mittlere Unternehmen und deren Beschäftigte unterstützen, wenn Weiterbildungsmaßnahmen in engem Zusammenhang mit der Fortbildung im Bereich der Digitalisierung anstehen. Unser Ziel ist es, die Beschäftigungsfähigkeit, die Employability der Beschäftigten in Baden-Württemberg zu sichern und zu stärken. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen in die Lage versetzt werden, den digitalen Wandel, insbesondere im Bereich der Produktion, aber auch im Dienstleistungsgewerbe, zu meistern. Wir müssen den Menschen klarmachen, dass Digitalisierung keine Bedrohung darstellt, sondern auch mit Chancen und einer flexibleren Lebensgestaltung einhergehen kann. Das ist aber nur dann redlich, wenn man die Beschäftigten nach besten Kräften unterstützt.

(Beifall bei der SPD)

Im Schulterschluss mit Gewerkschaften, Arbeitgebern und Wirtschaftsverbänden wollen wir ein Signal setzen und der beruflichen Weiterbildung einen kräftigen Schub verpassen.

Unser Haushaltsantrag war dabei bewusst so formuliert, dass die divergierenden Interessenansätze im parlamentarischen

Prozess noch hätten angeglichen werden können. Wirtschaft und Beschäftigte in diesem Land dürften wenig begeistert davon sein, wie Grüne und CDU im Finanzausschuss quasi zwischen Tagesschau und Wetterkarte diesen Antrag vom Tisch gewischt haben. Wir stellen den Antrag zum Weiterbildungsfonds heute erneut zur Abstimmung, und wir fordern Sie auf, ihm zuzustimmen.

Und noch etwas lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Sie lassen die Gründerszene in Baden-Württemberg im Stich. Herr Paal hat das ein bisschen prosaisch ausgeführt, aber im Prinzip ist das eine ganz andere Geschichte. Sie, Frau Ministerin, haben ja selbst eingeräumt, wie stark die Gründerszene der Unterstützung im Land bedarf. Bayern wurde immer wieder als Vorbild genannt. In Bayern liegen 100 Millionen € im Wachstumsfonds; mit Mitteln von privater Seite ist es noch wesentlich mehr.

Auch in Baden-Württemberg war ein Fonds im Gespräch mit 100 Millionen € insgesamt, davon 50 Millionen € von öffentlicher und 50 Millionen € von privater Seite. Dieser Fonds hatte sogar schon einen Namen: der Cleverlefonds. Wir gehen davon aus – jetzt im Nachgang, nachdem wir das alles gesehen haben –, dass es eine Art verunglückter Hommage an den ehemaligen Ministerpräsidenten Lothar Späth darstellte. Denn ich kann Ihnen eines sagen: Lothar Späth hätte diese Geschichte anders angepackt und hätte dies erfolgreich gemacht. Mit Verlaub, das war noch wirtschaftspolitisches Hochreck zu der damaligen Zeit, der Zeit von Lothar Späth. Heute ist bei der CDU in diesem Bereich eher Bodenturnen angesagt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Denn besonders clever haben Sie mit Ihrem grünen Koalitionspartner nicht verhandelt. Das muss man an dieser Stelle konstatieren. Sie haben gerade einmal 5 Millionen € für diesen Innovationsfonds vorgesehen. Das ist entschieden zu wenig, wenn man das mit Ihren Ankündigungen und dem tatsächlichen Bedarf für die Gründerszene in Baden-Württemberg vergleicht.

Bezeichnend ist nicht nur, dass Sie diesen Antrag von uns abgelehnt haben, die Mittel auf insgesamt 15 Millionen € zu erhöhen, sondern auch, dass Sie in der Regierungspressekonferenz Ende Januar verkündet haben, dass Sie ein Konzept für den Gründerstandort Baden-Württemberg erarbeiten wollen. Früher wurden Regierungspressekonferenzen dazu genutzt, Konzepte vorzustellen. Die grün-schwarze Regierung nutzt Regierungspressekonferenzen, um zu erklären, womit sie sich irgendwann einmal befassen will. Das ist definitiv zu wenig – wahrscheinlich nicht nur aus unserer Sicht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Und zwar in jedem Themenfeld!)

Lassen Sie mich abschließend zu einem Thema kommen, das der SPD naturgemäß am Herzen liegt und das auch gestern in der Haushaltsrede unseres Fraktionsvorsitzenden Andreas Stoch eine zentrale Rolle gespielt hat, nämlich zum Wohnungsbau. Wir haben in unserer Regierungszeit die soziale Wohnraumförderung ausgebaut und nach Jahren des Rückgangs unter einer CDU-geführten Regierung für mehr Woh-

(Dr. Boris Weirauch)

nungsbau im Land gesorgt. 2010, vor dem Regierungswechsel, waren es 24 000 neue Wohnungen in Baden-Württemberg,

(Abg. Tobias Wald CDU: Ein völliger Flop!)

2015 waren es unter SPD-Ägide dann schon 35 000 neue Wohnungen. Nun feiert sich die Landesregierung dafür, dass sie die Wohnraumförderung auf 250 Millionen € erhöht hat, vergisst dabei aber, zu sagen, dass davon 150 Millionen € vom Bund kamen. Sie sollten also in erster Linie der SPD und der Wohnungsbauministerin im Bund, Barbara Hendricks, danken, dass der Wohnungsbau weiter angeschoben werden kann.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Leider ist es offenkundig so, dass sich die Landesregierung hier in erster Linie mit fremden Federn zu schmücken versucht, faktisch aber selbst kaum etwas dafür tut.

Wir Sozialdemokraten setzen uns für eine Wohnraumoffensive ein, die ihren Namen verdient, und haben daher beantragt, die Wohnraumförderung auf insgesamt 300 Millionen € aufzustocken. Sie werden im Nachhinein Gelegenheit haben, uns auch persönlich zu unterstützen. Wir werden in diesem Zusammenhang eine namentliche Abstimmung beantragen.

(Abg. Claus Paal CDU: Im Geldausgeben waren Sie schon immer gut!)

Sie haben begründet, dass nicht mehr gebraucht wird. Im Finanzausschuss wurde gesagt, es gebe nicht genug Nachfrage bei den Fördermitteln. Ist das Ihr Ernst? Wollen Sie das jungen Familien in Baden-Württemberg erklären, dass es zu wenig Bedarf, zu wenig Abfrage bei den Fördermitteln gibt?

Der Mieterbund fordert 330 Millionen € für die Wohnraumförderung, weil er sagt, es muss in den nächsten Jahren in Baden-Württemberg mehrere Hunderttausend neue Wohnungen geben. Da werden Sie nun sagen: Ja, klar, der Mieterbund muss auch nicht bauen. Aber dann lassen Sie mich auch noch den Präsidenten der Landesvereinigung Bauwirtschaft, Thomas Schleicher, zitieren. Er sagte in der vergangenen Woche zur Landeswohnraumförderung 2017, die zusätzlichen Mittel seien „bei Weitem nicht ausreichend“.

Nicht unerwähnt bleiben sollte in diesem Zusammenhang, dass Sie selbst, Frau Ministerin, mit Ihren Entscheidungen die Bauwirtschaft im geförderten Wohnungsbau blockieren, indem Sie das Instrument der mittelbaren Belegung proaktiv und ohne Not in Brüssel auf Vereinbarkeit mit EU-Recht prüfen lassen. Damit versetzen Sie dem sozialen Wohnungsbau einen harten Schlag. In meinem Wahlkreis in Mannheim haben Sie damit schon helle Aufregung verursacht, da die mittelbare Belegung eines der entscheidenden Instrumente bei der sozial ausgewogenen Entwicklung der Konversionsflächen darstellt. Ihr Ansatz ist fatal, aber in dieser Fatalität auch konsequent. Mit Ihrer Politik würgen Sie die Nachfrage ab, die Förderung sinkt, und am Schluss reichen natürlich auch die 250 Millionen €.

Abschließend kann ich nur sagen: Die SPD hat in der vergangenen Woche ein ganzes Bündel von Maßnahmen für den Wohnungsbau vorgelegt: Entschlackung der Landesbauordnung, Halbierung der Grunderwerbsteuer beim Ersterwerb

(Abg. Tobias Wald CDU: Und vorher erhöht!)

selbst genutzten Wohnraums oder die Einrichtung einer Ideenwerkstatt für Wohnen.

(Abg. Tobias Wald CDU: Scheinheilig! – Abg. Anton Baron AfD: Unglaublich! – Zuruf des Abg. Claus Paal CDU)

Nehmen Sie sich daran ein Beispiel. Packen Sie den Wohnungsbau im Land beherzter an. Dazu besteht auch in diesem Haushalt die Gelegenheit. Stimmen Sie der Erhöhung der Wohnungsbau Mittel auf 300 Millionen € zu.

(Beifall bei der SPD)

Tun Sie etwas für die Menschen, für die jungen Familien hier im Land, die dringend auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind.

Einen letzten Satz bitte noch. Ich zitiere nicht Mahatma Gandhi, ich mache es ein bisschen bodenständiger. Ich erlaube mir, den Bundesdirektor des Deutschen Mieterbunds, Lukas Siebenkotten, abschließend zu zitieren, der am 2. Februar bei einer Veranstaltung in Mannheim zum Wohnungsbau gesagt hat:

Es ist notwendig, dass sich irgendwann auch einmal der Ministerpräsident ... mit dem Thema Wohnen beschäftigt.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Abg. Anton Baron AfD: Unglaublich! geht es nicht!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Frau Abg. Reich-Gutjahr.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! – Es sind nicht mehr alle da, aber doch noch einige.

Dieser Haushalt steht im Zeichen der wiederhergestellten Eigenständigkeit des Wirtschaftsministeriums, nun mit der Zuständigkeit für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau. Mit 939 Millionen € verfügt es über 2 % des Landeshaushalts. Ein kleiner Betrag, und doch ein so wichtiges Ministerium. Ist es doch für uns ein Ausdruck dafür, dass es in diesem Land, in Baden-Württemberg, auf die Wirtschaft ankommt und dass sie es ist, die dafür sorgt, dass es uns, und zwar jedem, in diesem Land gut geht.

(Beifall der Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP und Anton Baron AfD)

Man merkt allerdings, dass dieser Haushalt noch vom Neubeginn geprägt ist. Er ist in erster Linie eine Fortführung bestehender Programme mit kleinen Erweiterungen und Akzenten. Die rund 65 Millionen €, die für Fachkräfte angedacht sind, und die Schwerpunkte, die in der Fachkräfteallianz gesetzt werden, sind sicherlich richtig und wichtig – ich will sie hier nicht wiederholen –, aber ein wichtiger Punkt ist aus meiner Sicht nicht deutlich genug herausgearbeitet worden, nämlich dass wir ausländische Fachkräfte gewinnen müssen, die im

(Gabriele Reich-Gutjahr)

Bereich der Digitalisierung über entsprechende Qualifikationen und über entsprechendes Wissen verfügen. Diesen Bedarf werden wir weder durch Höherqualifizierung noch durch Umschulung von Bestandsmitarbeitern decken können. Hier braucht es Ideen. Da, glaube ich, können wir aus dem Ausland mehr holen als das, was wir an Bord haben.

(Zurufe)

Damit sind wir beim Technologietransfer. Der Technologietransfer bekommt etwa 90 Millionen €, davon sind allerdings 8,2 Millionen € im Bereich der Digitalisierung im Einzelplan 12 ausgewiesen. 3 Millionen € sind für E-Mobilität extra eingestellt worden, 1 Million € für den Aufbau einer Innovationswerkstatt sowie die Berufung eines Technologieberaters. Ob von diesen Aktivitäten die nötigen Impulse ausgehen, die wir im Land für unseren Strukturwandel brauchen, wage ich im Moment zu bezweifeln.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja!)

Wir brauchen neue Ideen, die über das hinausgreifen, was wir heute denken können. Unser Denken ist immer noch extrem verhaftet im Umfeld der Autoindustrie und der erneuerbaren Energien.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir brauchen nicht nur Ideen, wir brauchen auch Macher. Deswegen sind Existenzgründungen natürlich ein elementarer Teil dieser Entwicklung. Mit 5 Millionen € Risikokapital, die das Land jetzt eingestellt hat – Herr Weirauch sagte es gerade schon –, sind wir natürlich nicht gerade Vorreiter und nach außen nicht entsprechend sichtbar.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Gerade in Baden-Württemberg ist bei Existenzgründungen zu wenig am Laufen. Das hat seinen Ursprung ein Stück weit auch darin, dass wir eine starke Großindustrie haben und junge Leute deswegen immer vor der Frage stehen: Mache ich selbst etwas, oder werde ich Angestellter? Vor diesem Hintergrund müssen wir es den jungen Leuten schmackhaft machen, etwas zu riskieren und ihre Ideen zu unser aller Nutzen vorzubringen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Die Förderung von Ideen ist nicht nur eine Sache der neuen, sondern auch der bestehenden Unternehmen, denn gute Ideen entstehen natürlich auch im Mittelstand. Insofern freuen wir uns, dass die einst von der FDP/DVP eingerichteten Innovationsgutscheine mit 2,1 Millionen € fortgeführt werden – zur Förderung kleiner Unternehmer und jetzt auch Gründer.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Genau! – Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Sehr gut, ja!)

Auch die Förderung des Handwerks mit 1 Million € ist gut investiertes Geld, damit das Projekt „Handwerk 2025“ und die Vorschläge, von denen wir kürzlich gehört haben, weiter vorgebracht werden können. Handwerker, die im Alltag selbst stark eingebunden sind, brauchen Impulse von außen, um ihre Möglichkeiten zu erkennen und diese Wege zu gehen.

Erfreulich ist auch, dass die CDU unseren wiederholt eingebrachten Antrag zur Förderung örtlicher Leistungsschauen nun mit einem Betrag von 150 000 € aufgegriffen und eingeplant hat, sodass wir Veranstaltungen vor Ort unterstützen können; denn gerade in Zeiten der Digitalisierung ist die Stärkung des lokalen Gewerbes und Handels wichtig. Das passiert durch Begegnung von Mensch zu Mensch.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Claus Paal CDU: Aber ihr habt euren Antrag zurückgezogen!)

– Ja, deswegen. Wir wurden gefragt, ob wir unseren Antrag zugunsten Ihres Antrags zurückziehen. Da vom Betrag her das Gleiche drinstand, haben wir keine Eitelkeiten, das nicht zu tun.

Die beste Wirtschaftspolitik besteht darin, es den Menschen einfach zu machen. Ein Staat, der es den Bürgern leicht macht, ihre Ideen zu realisieren, und der Bürokratie begrenzt, betreibt die beste Wirtschaftspolitik.

Im Bundesrat wurden im vergangenen Jahr leider eine Vielzahl von Gesetzen beschlossen – die von Baden-Württemberg mitgetragen worden sind – wie das Entgeltgleichheitsgesetz. Früher schon gab es das Thema Mindestlohnüberwachung, die Frage eines überbordenden Brandschutzes. All das sind natürlich Themen, die wir in Baden-Württemberg nicht originär lösen können. Aber ich würde doch darum bitten, dass Sie Ihre Möglichkeiten im Bundesrat nutzen und vor allem das große Versprechen „one in, one out“ einfordern, damit nicht noch mehr Bürokratie unternehmerische Aktivitäten behindert.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Das Schöne ist: Bürokratieabbau kostet nicht einmal Geld; im Gegenteil, er spart Geld auf allen Ebenen.

Kommen wir zu einem Thema, das letztlich mit dem großen Posten von 455 Millionen € und damit fast der Hälfte des Haushaltsvolumen im Wirtschaftsministerium eigentlich die Dominanz hat: die Wohnraumschaffung. 250 Millionen € für den Wohnungsbau, 205 Millionen € für die Städtebauförderung – klar, das ist ein wichtiger Punkt. Wenn man möchte, dass eine Region wächst und Arbeitskräfte kommen und bleiben, braucht man Wohnraum.

Wir stellen allerdings fest, dass die zusätzlichen Mittel ausschließlich vom Bund kommen und dass an dieser Stelle auch gefragt werden muss, ob sie so, wie sie jetzt verplant sind, richtig eingesetzt sind. Wir sind der Meinung, dass die Förderung von selbst genutztem Wohneigentum die deutlich bessere Alternative zur Förderung von Mietwohnraum ist. Alle Untersuchungen zeigen, dass Folgeeffekte, die aus der Förderung von Eigentum kommen, dazu führen, dass Altbestand frei wird; dort ist günstiger Wohnraum vorhanden. Neubauten sind in der heutigen Situation überhaupt nicht mehr unter einem Mietpreis von 12,50 € pro Quadratmeter darstellbar. Deswegen ist der Weg, zu glauben, man könne über den Neubau Leuten, die sozial schwach sind, Wohnraum verschaffen, nicht realistisch.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Gabriele Reich-Gutjahr)

Natürlich können wir durch die Abschaffung mancher hinderlicher Regelungen in der LBO und anderer Kostentreiber dafür sorgen, dass sich die Preise verbessern. Aber wir kommen ja nicht voran. Die Einrichtung einer Wohnraum-Allianz hatte uns Hoffnung gemacht, dass diese Kostentreiber nun zügig angegangen werden.

Ich hatte die Befürchtung, dass sich ein solcher runder Tisch manchmal im Kreis dreht; das war aber nicht richtig. Denn die Teilnehmer der Wohnraum-Allianz haben intensiv gearbeitet, und bereits Mitte November lagen dem Ministerium die Vorschläge der vier Arbeitskreise vor. Den Teilnehmern gingen diese aber erst am 6. Dezember zu für eine Sitzung, die am 8. Dezember stattfand, und zwar mit der Überschrift „Beschlussvorschläge“. Am Sitzungstag selbst erhielten wir eine neue Version mit der Überschrift „Empfehlungen“. Gott sei Dank hat die SPD nachgefragt, woran dies denn lag, und wir haben erfahren, dass die grüne Landtagsfraktion die Umbenennung wünschte, damit deutlich wird, dass die Ergebnisse nicht bindend sind. So kann man doch mit Fachleuten nicht umgehen!

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Die Grünen kassieren die Ergebnisse und reduzieren sie auf das, was ihnen genehm ist.

Gleiches ist auch für den angedachten runden Tisch mit der Automobilindustrie zu befürchten, Frau Hoffmeister-Kraut. Wenn die Ergebnisse nicht dem Ideal der E-Mobilität entsprechen, werden sie wahrscheinlich ebenso kassiert.

Um den Strukturwandel im Land begleiten zu können, wäre die Wiedereinsetzung eines Innovationsrats, wie wir ihn schon einmal hatten, sinnvoll,

(Zuruf von der FDP/DVP: Sehr richtig!)

damit wir ergebnisoffen mit den Fachleuten aus Forschung, Industrie und Politik besprechen können, wo es in unserem Land langgehen soll und muss – frei von ideologischem Wunsdenken.

Liebe Frau Hoffmeister-Kraut, geben Sie Gas, bringen Sie die PS der Wohnraumallianz auf die Straße, und ziehen Sie den Fuß Ihres grünen Koalitionspartners von der Bremse! Das wäre eine gute Sache.

Danke.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut das Wort.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ganz kurz mit einem Ausblick auf die Lage Baden-Württembergs starten. Es gab hier wohl einige Unstimmigkeiten.

Herr Dr. Weirauch, es gibt nicht nur eine Publikation, über die man sich informieren kann, wie es der Wirtschaft in Baden-

Württemberg geht. Das Wirtschaftsministerium hat hier ganz klar Position bezogen. Die baden-württembergische Wirtschaft wächst. Sie hat eine hohe Wettbewerbsfähigkeit, und die Resultate des Aufschwungs – das freut mich ganz besonders – kommen auch in der breiten Bevölkerung, bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, an. Die Löhne und auch die privaten Einkommen steigen.

Die öffentliche Hand profitiert von wachsenden Steuereinnahmen. Das Geld, das wir ausgeben, muss die Wirtschaft verdienen – jeder Einzelne von uns, jeder Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin.

Wir verzeichnen mittlerweile einen sehr hohen Stand bei den Erwerbstätigen – darauf können wir stolz sein –, die höchste jemals erfasste Zahl von Erwerbstätigen in Baden-Württemberg. Es ist ein wirklich erfreuliches Zeichen, dass bis zum Jahresende sogar die Zahl der Langzeitarbeitslosen um 8 % gesunken ist.

Lassen Sie mich noch einige Fakten und Zusammenhänge nennen. Die Zahlen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung liegen noch nicht abschließend vor. Aber das Wirtschaftsministerium, Herr Dr. Weirauch, geht für 2016 von einem Wachstum in der Größenordnung von 1,8 % aus. Das Wachstum der baden-württembergischen Wirtschaft lag 2016 im Bundesdurchschnitt, während es – darauf möchte ich jetzt noch einmal hinweisen; das ist ein ganz wichtiger Aspekt – 2015 mit 3,1 %, so wie es normalerweise üblich war, den Bundesdurchschnitt überstiegen hat.

Der Grund liegt darin, dass 2016 das exportgetriebene Wachstum eingebrochen ist; es stagniert. 2016 hatten wir fast ausschließlich binnenwirtschaftlich getragenes Wachstum, begünstigt durch die niedrigen Zinsen, die gute Beschäftigungslage und den entsprechend hohen Konsum.

Auf der Basis der aktuell verfügbaren Rahmendaten rechnen wir für Baden-Württemberg im Jahr 2017 mit einem Wirtschaftswachstum von 1,5 bis 1,8 %, das dann wieder signifikant über dem Bundesdurchschnitt liegen dürfte.

Die Auftragslage in der Industrie im letzten Quartal 2016 war sehr gut. Die Auftragsbücher sind gefüllt. Für 2017 können wir gute Prognosen abgeben.

Das ist aber kein Grund, sich entspannt zurückzulehnen. Die Risiken in der Weltwirtschaft nehmen zu; wir sind gefordert. Die Lage derzeit ist gut, aber es bestehen große Unsicherheiten. Und Unsicherheiten – wer etwas von Wirtschaft versteht, weiß das – bedeuten Investitionszurückhaltung, und Investitionszurückhaltung bedeutet, dass die Wirtschaft in ihrem Wachstum gehemmt wird.

Wir haben drei große Bereiche. Zum einen: Wie geht es weiter mit Europa, wie geht es weiter mit der Welt? Baden-Württemberg hängt vom Export ab. Jeder dritte Arbeitsplatz in Baden-Württemberg hängt direkt oder indirekt vom Export ab. 42 % des Bruttoinlandsprodukts in Baden-Württemberg stammen aus dem Export. So, wie es sich derzeit abzeichnet, befinden wir uns weltweit nach einer langen Phase der Öffnung der Märkte und einer globalen Integration jetzt in einer neuen Phase der Abschottung. Die Befürchtungen sind leider begründet. Manche sprechen sogar schon vom Aufstand gegen die Globalisierung.

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

Freihandelsabkommen haben einen schweren Stand, auch in Deutschland. In den letzten drei Jahren wurden weltweit ca. 1 800 neue Handelsbarrieren gezählt. Was das vor dem Hintergrund der globalen Diskussion über den Freihandel bedeutet, dazu kann jeder für sich selbst Schlüsse ziehen. Nun kommt auch noch Gegenwind von einem wichtigen Partner Baden-Württembergs, von den USA. Der amerikanische Präsident positioniert sich. Amerika ist unser wichtigster Absatzmarkt, unser größter Handelspartner. Das muss uns bewusst sein.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Frau Wolle offensichtlich nicht!)

– Ich weiß nicht. Frau Wolle? Ich kann ja noch einmal nachfragen.

Es bleibt jetzt wirklich zu hoffen, dass die Vernunft nicht auf der Strecke bleibt. Die Geschichte hat uns gezeigt, dass nationaler Protektionismus auf lange Sicht nur Verlierer hervorgebracht hat. Wir müssen uns hier starkmachen; wir aus Baden-Württemberg müssen uns darauf einstellen und müssen hier unsere Positionen in Deutschland, in Europa, in der Welt entsprechend vertreten.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Andere Fragestellungen ergeben sich im Zuge eines von manchen – auch von vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – als rasant empfundenen technologischen Wandels. Viele sprechen von der vierten industriellen Revolution. Was bedeutet die Digitalisierung für die unzähligen kleinen und mittleren Betriebe im Land? Was bedeutet der Umstieg auf alternative Antriebe in der Automobil- und Zuliefererindustrie? Das ist bisher nicht angesprochen worden. Ich denke, wir müssen etwas dafür tun, um die guten Voraussetzungen für Wertschöpfung und Arbeitsplätze vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen in Baden-Württemberg zu erhalten bzw. zu schaffen.

Wir kümmern uns um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir haben eine Studie in Auftrag gegeben, die sich mit Arbeit 4.0 beschäftigt. Wir haben eine Digitalisierungsoffensive in der Weiterbildung gestartet. Ich trete in die Diskussion mit den verantwortlichen Akteuren in der Automobil- und der Zuliefererbranche zu diesem Transformationsprozess ein. Wir tun alles, was in unserer Macht steht, um diese Entwicklung von politischer Seite aus positiv zu begleiten.

Das wird ergänzt durch den Aspekt Gründerland Baden-Württemberg. Wir müssen hier wieder aktiver werden, um die vorhandenen Potenziale noch besser zu nutzen. Innovation und technischer Fortschritt waren und sind die Stärken Baden-Württembergs, und auf diese Schwerpunkte ist der Haushalt des Wirtschaftsministeriums auch ausgerichtet. Wir müssen die mittelständischen Unternehmen unseres Landes darin unterstützen, die technologischen Strukturwandelprozesse, insbesondere in den Bereichen der Digitalisierung und der Elektromobilität, hier anzuführen, zu bewältigen, zu meistern.

Aus diesem Grund nimmt die Technologie- und Innovationsförderung im Haushalt des Wirtschaftsministeriums mit rund 126 Millionen € eine ganz exponierte Stellung ein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Hinzu kommen weitere Mittel in Höhe von 8,2 Millionen € für spezielle Digitalisierungsprojekte. Der Technologietransfer wird intensiviert und optimiert. Hierzu werden wir unsere wirtschaftsnahen Forschungsinstitute der Innovationsallianz, der Fraunhofer-Gesellschaft und des Deutschen Luft- und Raumfahrtzentrums nachhaltig stärken und noch besser vernetzen. Der Landesanteil an der Grundfinanzierung der Fraunhofer-Gesellschaft – die Kofinanzierung zur Bundesförderung – beträgt 1,2 Millionen €. Ich freue mich, dass wir die Finanzierung dieses Anteils hier in den Haushaltsberatungen noch hingebraucht haben. Das ist ein ganz wichtiges Signal. Denn – ich habe es gerade schon gesagt – der technologische Fortschritt ist eine der Stärken Baden-Württembergs. Der Technologietransfer ist eine unserer großen Stärken. Wir sind hier dezentral aufgestellt und ganz nah dran an den kleinen und mittleren Unternehmen. Da investieren wir das Geld an der richtigen Stelle.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

In der Initiative Wirtschaft 4.0 werden wir alle relevanten Akteure in einem konstruktiven Dialogprozess einbinden und gemeinsam eine Digitalisierungsstrategie für das Land Baden-Württemberg entwerfen. Wir sind mit der Allianz Industrie 4.0 hier schon sehr weit vorangeschritten und werden das jetzt auf die Bereiche Handel, Handwerk, Dienstleistungen, freie Berufe ausweiten. Wir werden den Bereich Arbeit als Querschnittsfunktion entsprechend mit einbeziehen.

Wir haben auch schon erste Akzente gesetzt, Beratungsangebote im Bereich der Industrie, und haben auch schon Beratungsangebote über die Fraunhofer-Institute im Bereich der Elektromobilität. Hier passiert also viel. Schön, dass ich auch einmal die Gelegenheit habe, darüber zu reden.

(Abg. Anton Baron AfD: Es muss auch etwas dabei herauskommen!)

Die Innovationsgutscheine sind in der Tat ein bewährtes und erfolgreiches Instrument. Wir werden den Innovationsgutschein B Hightech für kleine Unternehmen weiter stärken und ausbauen.

Vor diesem Hintergrund bin ich auch froh und stolz, dass wir als Technologiebeauftragten der Landesregierung Professor Dr. Wilhelm Bauer gewinnen konnten, einen profunden und anerkannten Kenner der Materie. Er wird diese Bemühungen noch weiter unterstützen. Ich bringe hier PS auf die Straße, Frau Reich-Gutjahr. Ich denke, das ist auch ganz arg wichtig; wir müssen überall Präsenz zeigen. Er wird Ansprechpartner für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sein. Er wird die Interessen der technologiepolitischen Akteure bündeln, und er wird für die Technologiepolitik des Landes wichtige Impulse geben.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels – eine der weiteren großen Herausforderungen für Baden-Württemberg, für Deutschland – ist die Fachkräftesicherung ein ganz wichtiges Thema, und zwar zum einen, weil aufgrund von zu wenigen Fachleuten vor allem auch in den kleinen und mittleren Unternehmen Wachstumspotenziale fehlen. Hier haben wir schon jetzt einen Fachkräftemangel, und wir tun alles, um dem entgegenzusteuern.

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

Andererseits ist es auch ganz wichtig, hier den gesellschaftlichen Zusammenhalt weiter zu stärken, indem wir vielen Menschen eine neue Perspektive aufzeigen und sie entsprechend unterstützen. Wir haben hier verschiedene Foren: die Fachkräfteallianz, das Bündnis für die duale Ausbildung, wo wir aktiv auch Programme anstoßen –

(Abg. Anton Baron AfD: In welchen Bereichen?)

mit den verantwortlichen Entscheidungsträgern in diesem Bereich. Wir sprechen die Qualifizierung leistungsschwächerer Schüler ganz gezielt an. Wir gehen in die Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, wir investieren Mittel in die vermehrte Gewinnung und die verbesserte Qualifizierung von Frauen für den Arbeitsmarkt – Frauen, die aufgrund unterschiedlicher Gegebenheiten eben auch lange aus dem Beruf draußen waren und die wieder fit gemacht werden für den Arbeitsmarkt. Da passiert viel. – Auch das ist Familienpolitik; das möchte ich an dieser Stelle nur einmal erwähnen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie der Abg. Sabine Wölflé SPD)

Die Qualifizierung und Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt ist ein weiteres Thema. Ich habe gerade gesagt, dass die Quote der Langzeitarbeitslosen im letzten Jahr rückläufig war. Ferner wollen wir vermehrt ausländische Fachkräfte anwerben. Da haben wir einige Anstrengungen unternommen; zu nennen sind u. a. unsere Welcome Center, die qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland anwerben. Sie dienen als Ansprechpartner. Sie haben auch schon einige Erfolge vorzuweisen.

Die Instrumente hierzu werden in der Fachkräfteallianz dann auch konkretisiert. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir investieren hier Mittel in Höhe von 40 Millionen € für Maßnahmen der Fachkräftesicherung. Ich denke, das ist ein ganz klares Statement auch an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land.

Ich möchte ganz kurz, weil Herr Dr. Weirauch den Weiterbildungsfonds angesprochen hat, ausführen, was wir in diesem Bereich tun. Wir haben hier eine breit aufgestellte Förderlandschaft, und ich kann nur warnen vor großem Aktionismus. Wir investieren – ich habe es nur über den Daumen gepeilt hochgerechnet – ca. 30 Millionen € in Bereiche, die sich allein mit den Themen der Digitalisierung befassen. Die Fachkursförderungen im Rahmen der ESF-Mittel haben speziell einen Fokus auf den Bereich Digitalisierung, der hier mit einfließt.

Wir haben innovative Weiterbildungsprojekte, die wir gerade auf den Weg bringen. Im Herbst 2016 haben wir einen Förderaufruf zu Digitalisierung und Weiterbildung mit einem Antragsvolumen von rund 2 Millionen € herausgegeben. Der SPD kann ich nur zurufen: So etwas hätte man auch schon früher machen können.

Zur beruflichen Ausbildung wollen wir auch ein Projekt zum Thema „Digitalisierung, Innovation“ starten – sehr wichtig: überbetriebliche Ausbildungslehrgänge, Investitionen in überbetriebliche Bildungsstätten, die auf den neuesten Stand gebracht werden, dann die Lernfabriken, die nach und nach fertig werden und in die Umsetzung gehen. Wir sind ganz nah dran; es passiert viel. Wir sind zukunftsorientiert aufgestellt.

Mit dem Gespräch, das ich jetzt mit den Verantwortlichen aus der Industrie führen werde über die Transformationsprozesse, im Automobilbereich geprägt natürlich durch die neuen Antriebssysteme, aber auch durch Digitalisierung, werden wir die PS auf die Straße bringen und für die Menschen in Baden-Württemberg etwas tun. Ich denke, es ist jetzt höchste Zeit.

Ich komme zur Gründungsförderung. Hier setzt der Haushalt 2017 einen seiner Schwerpunkte. Wir haben den Venture-Capital-Fonds ins Leben gerufen. Sie fordern jetzt mehr Mittel. Ich kann nur sagen: Man hätte das auch früher machen können. Wenn man vor drei Jahren gestartet wäre und jeweils 5 Millionen € eingestellt hätte, hätte man hier schon einen anderen Aufwuchs.

Vor dem Hintergrund der Konsolidierung des Haushalts haben wir damit ein positives Zeichen gesetzt. Es ist ja auch die Aufgabe der Regierung, Impulse zu setzen – Impulse für eine neue Investitionskultur in Baden-Württemberg, um auch hier Venture-Capital noch besser in das Bewusstsein der Menschen zu bringen, auch in den kleinen und mittleren Unternehmen. Das Konzept beruht auf einer Kofinanzierung mit privatem Kapital. Wir wollen Impulse für eine Investitionskultur setzen, wie es im amerikanischen Raum üblich ist; die haben hier ganz andere Strukturen. Für junge Start-ups ist es unheimlich schwierig, einen Bankkredit zu bekommen. Wir haben keine Beschaffung über den Kapitalmarkt, sondern über Kredite, über Banken. Hier müssen wir Zeichen setzen, um ein Umdenken zu erreichen.

(Abg. Anton Baron AfD: Geld ist meist das kleinste Problem!)

Ich weiß nicht, ob das den meisten von Ihnen überhaupt bewusst ist. Vielleicht beschäftigen Sie sich mal intensiv mit diesem Thema, um zu verstehen, wovon hier die Rede ist.

Zum Schluss möchte ich – darauf bin ich ganz besonders stolz – auf das Handwerk zu sprechen kommen. Wir haben bei dem Projekt „Dialog und Perspektive Handwerk 2025“ vor zwei Wochen die Handlungsempfehlungen verabschiedet. Auch hier habe ich Druck gemacht. Wir werden Ende März erste Maßnahmen definiert haben und in diesem Jahr in die Umsetzung gehen. Wir lassen uns nicht viel Zeit. Die Million muss direkt in diese Kanäle fließen, damit wir für das Handwerk konkret etwas tun und nicht noch ewig lang beraten, was man machen könnte. Da wird also etwas passieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Zur Wohnraumförderung: Die Wohnraumförderung und das Landeswohnraumförderungsprogramm basieren auf einem engen Abstimmungsprozess mit den Akteuren und Mitgliedern der Wohnraum-Allianz. Es ist das erste große Erfolgsprojekt der Wohnraum-Allianz, das wir hier präsentieren können und das jetzt in die Umsetzung geht. Wir haben eine Öffnung auf die gesamte Gebietskulisse erreichen können. Bisher gab es eine Konzentration auf Ballungszentren. Wir stärken auch den ländlichen Raum.

Das ist ein ganz wichtiges Signal. Wir haben die Bindungsdauer auf 30 Jahre erhöht. Vor allem: Wir haben das Programm zusammengefasst.

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist Sozialismus pur!)

– Nein, nicht Sozialismus pur. – Wir haben hier einen großen Bedarf. Es ist ein Programm für sozial schwache Menschen, für Flüchtlinge, für Menschen, die hier Unterstützung brauchen.

Auch die Höhe – 250 Millionen € – ist mit den Verantwortlichen vor Ort abgestimmt, die direkt an der Basis sind. Das kann ich Ihnen versichern. Ich habe schon mehrfach gesagt: Sollten die Mittel nicht ausreichen, sollte mehr abgerufen werden – wir haben ja im Grunde ganz andere Probleme, und zwar in Bezug auf die Fläche –, werden wir uns noch einmal neue Gedanken machen. Wir gehen derzeit davon nicht aus.

Eine weitere Behauptung ist – das liegt immer wieder in der Luft –, dass wir die Bundesmittel nicht vollumfänglich weiterreichen. Das ist nicht korrekt.

(Abg. Anton Baron AfD: Das macht nur der Herr Hermann nicht!)

Die Entflechtungsmittel in Höhe von 83 Millionen € und zusätzliche Bundesmittel in Höhe von 65 Millionen € fließen vollumfänglich in die Wohnraumförderung. Die Landesmittel, die liquiden Mittel haben wir jetzt schon um 10,5 Millionen € erhöht. Wir haben hier einen Schwerpunkt für das Jahr 2017 gelegt, um den Wohnraum zu fördern. Ich bin mir sicher, wir werden hier auch Akzente setzen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Was ist mit der Landesbauordnung?)

Herr Dr. Weirauch, Sie haben die mittelbare Belegung angesprochen. Darauf möchte ich ganz kurz eingehen. Es geht nicht um die mittelbare Belegung über Belegungsrechte – die gibt es nach wie vor, wie in den bisherigen Wohnraumförderungsprogrammen –, sondern es geht um die anfängliche mittelbare Belegung. Hier gab es bei den Akteuren am Markt eine große Unstimmigkeit. Wir waren, um Rechtssicherheit herzustellen, gezwungen, hier konkrete Aussagen auch vonseiten der EU zu haben, um dieses Förderinstrument so weiter – –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Es hat Sie niemand gezwungen!)

– Doch. Es wurden Klagen angedroht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Super! Das passiert tagtäglich!)

Wir sind da in einem engen Austausch.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ich denke, es ist ganz wichtig, dass wir den Förderungsnehmern auch Rechtssicherheit bieten. Denn was würde passieren, wenn es hier in diesem Punkt zu Gerichtsverhandlungen kommt? Dies würde das ganze Landeswohnraumförderungsprogramm blockieren. Wir wollen im April 2017 in die Umsetzung gehen. Wir werden dieses Mittel dann getrennt vom bisherigen Programm entsprechend ergänzen, je nachdem, wie die Rückmeldung vonseiten der EU ausfallen wird.

Stellen Sie sich nur einmal vor, die Förderungsnehmer müssten Millionen an Fördergeldern zurückzahlen. Das würde viele ruinieren. – Wir sind hier auf einem guten Weg.

Die Wohnraum-Allianz wurde schon mehrfach angesprochen. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wir befinden uns hier in einem sehr guten Austausch, in einem effizienten Austausch. Wir werden in der nächsten Woche weitere neue Initiativen aus der Diskussion voranbringen. Wir gehen davon aus, dass wir das sehr schnell umsetzen können, um die Wohnraumschaffung zu beschleunigen und günstiger zu gestalten. Wir sind hier auf einem guten Weg. Dass dieser nicht ganz einfach ist, ist klar.

Herr Dr. Weirauch, sich jetzt hier hinzustellen und über die Grunderwerbsteuer zu diskutieren,

(Abg. Anton Baron AfD: Ja! Danke schön!)

die Sie erst in der letzten Legislaturperiode erhöht haben, das finde ich schon etwas

(Abg. Anton Baron AfD: Unwürdig! Sagen Sie es einfach! Unwürdig!)

widersprüchlich. Ich kann nur sagen: Da sollten Sie sich vielleicht für die nächsten Verbesserungsvorschläge andere Gedanken machen und andere Ansatzpunkte definieren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der AfD)

Also: Wir sind hier auf einem guten Weg. Wir sind jetzt alle gespannt, wie dann die Auswertung des Programms ausfallen wird. Ich bin mir sicher: Die guten Argumente sind auf unserer Seite.

Der Einzelplan 07 wurde im Spannungsfeld zwischen Haushaltskonsolidierung und den wirtschaftlichen Herausforderungen, die derzeit bestehen, erstellt. Wir haben die richtigen Schwerpunkte gesetzt.

Ich würde mich freuen, wenn Sie dem Einzelplan 07 zustimmen würden. Wir haben uns sehr viele Gedanken gemacht. Ich denke, wir haben hier ein Erfolgsmodell für Baden-Württemberg im Bereich Wirtschaft aufgestellt. Ich kann Ihnen nur sagen: Darüber hinaus war es auch sinnvoll, wieder ein eigenständiges Wirtschaftsministerium in der Landesregierung aufzustellen. Denn die Stimme der Wirtschaft in der Landesregierung ist eine sehr wichtige. Es ist unsere Stärke in Baden-Württemberg, und diese verkörpere ich auch in der Landesregierung, in engem Austausch mit anderen Ressorts, und ich kann Ihnen nur sagen: Wir sind dabei auf einem sehr guten Weg.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der zweiten Runde erteile ich das Wort Herrn Abg. Dörflinger von der CDU-Fraktion.

Ich habe eine Bitte: Es ist die erste Rede des Kollegen. Daher bitte ich Sie um etwas mehr Ruhe und vor allem auch darum, von Zwischenfragen abzusehen. – Vielen Dank.

Abg. Thomas Dörflinger CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Wirtschaftsministerin hat gerade zu Recht auf die besondere Bedeutung des Handwerks hingewiesen. Uns, der CDU-Landtagsfraktion, ist das Handwerk ein wichtiges Anliegen, weshalb ich hier noch einige Aspekte hervorheben möchte.

Dem Handwerk geht es grundsätzlich gut, dennoch steht die Wirtschaftsmacht von nebenan – wie übrigens andere Branchen ebenfalls – vor großen Herausforderungen. Ich nenne die Digitalisierung, die Energiewende und den demografischen Wandel. Das sind nur drei Stichworte für die Megatrends der heutigen Zeit.

Damit das Handwerk diese Herausforderungen erfolgreich meistert, hat das Land zusammen mit dem Baden-Württembergischen Handwerkstag das Projekt „Dialog und Perspektive Handwerk 2025“ initiiert.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut gemacht! – Abg. Claus Paal CDU: Unser Handwerk! Sehr gut!)

Ich bin froh und glücklich darüber, dass dieses sehr wichtige Projekt von unserer Wirtschaftsministerin weiter vorangetrieben wird und dass dafür jetzt auch im Haushalt 1 Million € verankert sind. Das ist eine gute Nachricht für die Zukunftsfähigkeit des Handwerks in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr guter Sprecher!)

Auf dem Weg in eine gute Zukunft leisten auch die überbetrieblichen Bildungsstätten einen sehr wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung. Dies ist übrigens auch unter dem Gesichtspunkt zu sehen, dass in den kommenden fünf Jahren ca. 18 000 Handwerksbetriebe eine Nachfolge suchen.

Dem früheren SPD-Wirtschafts- und Finanzminister Dr. Schmid scheint die Bedeutung der überbetrieblichen Bildungsstätten aber nicht ganz bekannt zu sein.

(Abg. Anton Baron AfD: Dem ist gar nichts bekannt!)

Weshalb sonst hätte er die Förderung dieser Bildungsstätten um jährlich eine halbe Million Euro auf 3 Millionen € kürzen wollen?

Geschätzter Kollege Dr. Weirauch, bei der SPD komme ich mir gerade so vor wie bei dem Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“. Bei jedem Einzelplan, den wir gerade im Plenum beraten, fordern Sie genau das Gegenteil dessen, was Sie in Regierungsverantwortung selbst beschlossen hatten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Claus Paal CDU: Genau! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das ist ja Wahnsinn! – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch Unfug! Das ist gar nicht wahr, das stimmt einfach nicht! Das können Sie doch gar nicht wissen! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD – Zuruf von der SPD)

– Herr Gall, Sie machen sich hier für einen Bildungsfonds stark, tatsächlich aber haben Sie die Axt an die Finanzierung der überbetrieblichen Bildungsstätten gelegt. So sieht Ihr Beitrag zur Fachkräftesicherung im Handwerk aus.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Meine sehr geehrte Damen und Herren, das Handwerk braucht keine wohlformulierten Sonntagsreden, sondern es braucht einen verlässlichen Partner in der Politik. Deshalb wollen wir in der Koalition gemeinsam die für 2017 geplanten Kürzungen bei den überbetrieblichen Bildungsstätten wieder rückgängig machen

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut!)

und weiterhin 5,8 Millionen € zur Verfügung stellen. So sieht gute Handwerkspolitik aus.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Claus Paal CDU: Sehr gut! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: So sieht es aus!)

Ich komme zum Schluss. Baden-Württemberg ist Automobil-land, Innovationsland,

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Tourismusland, und es ist auch Handwerksland. Deshalb wird diese Regierungskoalition dem Handwerk ein verlässlicher Partner sein.

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut!)

Der Haushalt 2017 ist ein guter Beleg hierfür.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Schweickert.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Von der Landesregierung, Frau Hoffmeister-Kraut, erwarte ich, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, Sie möchten PS auf die Straße bringen, dass es die PS eines Mercedes oder eines Porsche sind. Aber das, was hier vorgestellt wurde, reicht maximal für einen Trabi.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: Auf welche Straßen überhaupt? – Gegenruf des Abg. Claus Paal CDU)

Wenn Sie sich überlegen, dass in diesem Haushalt 12 Millionen € zur Förderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen enthalten sind, dann können Sie diese nur effizient und effektiv einsetzen, wenn sich diese Regierungskoalition insbesondere auch zum Außenhandel bekennt. Da, Frau Hoffmeister-Kraut, muss ich Ihnen zurufen: Wir hören von den Außenwirtschaftspolitikern der CDU ein Bekenntnis zum Freihandel, und von den Grünen hören wir nur die Bedenken. Oder wie wollen Sie sich beim Thema CETA positionieren? Da gibt es eine Ablehnung in diesem Haus in einem engen Schulterschluss zwischen Grünen und AfD; die CDU befürwortet es. Meine Damen und Herren, so sieht keine stringente Außenwirtschaftspolitik aus.

(Dr. Erik Schweickert)

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Boris Weirauch SPD – Abg. Claus Paal CDU: Lesen Sie einmal den Koalitionsvertrag!)

– Wenn Sie, lieber Herr Kollege Paal, damit nicht einverstanden sind,

(Abg. Claus Paal CDU: Das steht im Koalitionsvertrag! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: In welchem? – Abg. Reinhold Gall SPD: Märchenbuch!)

dann dürfen Sie eben nicht so viele Ankündigungen machen.

(Abg. Claus Paal CDU: Das steht im Koalitionsvertrag! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: In welchem?)

Das geht weiter beim Thema Arbeitszeit. Auch dort gibt es permanent Ankündigungen vonseiten der CDU, was man ändert. Wenn dann direkt vonseiten der FDP nachgefragt wird, dann werden im Ausschuss die Themen abgelehnt. Dann heißt es: „Jawohl, der Fraktionsvorsitzende Reinhart reist wieder zum DEHOGA; da muss man etwas tun.“ Da reichen Ankündigungen nicht aus, da müsst ihr irgendwann auch einmal liefern.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Denn, meine Damen und Herren, es reicht nicht, den Stapel der Ankündigungen von Frau Hoffmeister-Kraut, der zu erledigen ist, immer weiter anwachsen zu lassen. Ich möchte sehen, dass aus diesem Berg von Ankündigungen irgendwann einmal ein kleineres Häufchen mit Taten wird und wir dann auch tatsächlich sehen können, was sich in der Wirtschaftspolitik getan hat. Wir, die Opposition, werden da genau hinschauen.

Mit dem Haushalt haben Sie alle Möglichkeiten. Nutzen Sie diese, und lassen Sie sich nicht permanent einbremsen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Anton Baron AfD und Dr. Boris Weirauch SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 07 – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/1307.

Zunächst rufe ich Abschnitt I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf. Die hierzu vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln zur Abstimmung stellen.

Ich rufe die Nummer 1 auf:

Kapitel 0701

Ministerium

Wer Kapitel 0701 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0701 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

Kapitel 0702

Allgemeine Bewilligungen

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/1307.

Zu Titel 684 01 – Zuschuss an das UWC Robert Bosch College – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1407-3, vor, der fordert, die Mittel zu streichen. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0702 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0702 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 3 auf:

Kapitel 0703

Arbeit und Sozialversicherung

Zu Titel 684 80 N – Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1407-4, vor, der fordert, die Mittel für sozialpädagogisch begleitete betriebliche Praktika zur Integration von Flüchtlingen zu streichen. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0703 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0703 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 4 auf:

Kapitel 0705

Baurecht, Städtebau und Landesplanung

Wer Kapitel 0705 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0705 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 5 auf:

Kapitel 0707

Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft

Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Zu Titel 546 70 – Aufwendungen für Veranstaltungen u. a. im Bereich Wirtschaft und Demografie – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1407-5, vor, der eine Mittelkürzung fordert. Wer diesem Änderungsantrag der

(Präsidentin Muhterem Aras)

AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 684 70 – Zuschüsse für Maßnahmen im Bereich der Wirtschaft und Demografie – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1407-6, vor, der eine Mittelkürzung verlangt. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0707 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0707 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 6 auf:

Kapitel 0708

Innovation und Technologietransfer

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/1307. Hierzu liegen ein Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU und drei Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1407-7, zu Titel 534 75 abstimmen, der fordert, das Budget für Dienstleistungen Dritter zu streichen. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 547 75 – Sonstiger Sachaufwand – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1407-8, vor, der eine Mittelstreichung verlangt. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Das machen wir nicht!)

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 686 75 – Zuschüsse für Förderprogramme zur Gleichstellung in der Wirtschaft, z. B. für das Landesprogramm Kontaktstellen „Frau und Beruf“ – liegt der Änderungsantrag der AfD-Fraktion, Drucksache 16/1407-9, vor, der begehrt, die Mittel zu streichen.

(Abg. Claus Paal CDU: Chancengleichheit!)

Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Chauvies! – Abg. Sabine Wölfle SPD: Keine Ahnung! – Weitere Zurufe)

– ich bitte um etwas Ruhe –, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 686 82 N – Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke – liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/1407-12, vor, der eine Ver-

pflichtungsermächtigung neu einfügt. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Änderungsantrag mehrheitlich zugestimmt.

Wer Kapitel 0708 mit den soeben beschlossenen Änderungen in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0708 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 7 auf:

Kapitel 0710

Mittelstandsförderung

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/1307. Hierzu liegen ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD und ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD vor.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/1407-1, abstimmen, der fordert, einen neuen Titel 683 72 N aufzunehmen, um Mittel für die Einrichtung eines Weiterbildungsfonds bereitstellen zu können. Wer diesem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 687 75 – Zuschüsse für internationale Maßnahmen der Berufsbildung – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1407-10, vor, der eine Mittelkürzung verlangt. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0710 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0710 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 8 auf:

Kapitel 0711

Wohnungswesen

Zu Titel 892 76 – Zuschüsse für Mietwohnraum – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/1407-2, vor, der eine Mittelserhöhung zur Aufstockung des Landeswohnraumförderungsprogramms begehrt.

Meine Damen und Herren, hierzu ist eine namentliche Abstimmung beantragt. Hat der Antrag die in § 99 der Geschäftsordnung vorgeschriebene Unterstützung durch fünf Abgeordnete? –

(Abg. Claus Paal CDU: Hat er eine Gegenfinanzierung?)

Das ist der Fall.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Das waren keine fünf! Das waren nur vier! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

(Präsidentin Muhterem Aras)

– Ich darf um Ruhe bitten. – Der Antrag hat fünf Unterstützer. Damit sind die Voraussetzungen für die namentliche Abstimmung erfüllt.

(Unruhe)

– Ich darf um Ruhe bitten!

Meine Damen und Herren, wer dem Antrag Drucksache 16/1407-2 zustimmt, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer den Antrag ablehnt, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthält, der antworte mit „Enthaltung“.

(Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind mitten in der Abstimmung. Ich bitte Sie einfach um Ruhe, damit wir die Abstimmung durchführen können.

Herr Schriftführer Hoher, nehmen Sie bitte den Namensaufruf vor. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben K.

(Namensaufruf – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Befinden sich noch Personen im Saal, die noch nicht abgestimmt haben oder nicht aufgerufen wurden? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Abstimmung geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Abstimmungsergebnis festzustellen.

Wir müssen kurz warten, bis das Ergebnis festgestellt ist, weil auch zum nächsten Punkt eine namentliche Abstimmung beantragt ist; das ist der letzte Punkt. Aber es geht sicher schnell.

(Auszählen der Stimmen)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir fahren fort. Bitte nehmen Sie Ihre Plätze wieder ein. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt mir nun vor:

Beteiligt haben sich 129 Abgeordnete.

*Mit Ja haben 15 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 112 Abgeordnete gestimmt;
enthaltend haben sich zwei Abgeordnete.*

Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

SPD: Sascha Binder, Wolfgang Drexler, Dr. Stefan Fulst-Blei, Reinhold Gall, Gernot Gruber, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Gerhard Kleinböck, Georg Nelius, Martin Rivoir, Gabi Rolland, Rainer Stickelberger, Andreas Stoch, Dr. Boris Weirauch, Sabine Wölffe.

Mit N e i n haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Susanne Bay, Beate Böhlen, Andrea Bogner-Unden, Sandra Boser, Martina Braun, Jürgen Filius, Josef Frey, Martin Grath, Petra Häffner, Martin Hahn, Wilhelm Halder, Thomas Hentschel, Winfried Hermann, Hermann Katzenstein, Manfred Kern, Petra Krebs, Bettina Lisbach, Brigitte Lösch, Alexander Maier, Thomas Marwein, Bärbl Mielich, Dr. Bernd Murschel, Jutta Niemann, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Daniel Renkonen, Dr. Markus Rösler, Barbara Saebel, Alexander Salomon, Alexander Schoch, Andrea Schwarz, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Sckerl, Stefanie Seemann, Edith Sitzmann, Franz Untersteller, Thekla Walker, Jürgen Walter, Dorothea Wehinger, Elke Zimmer.

CDU: Norbert Beck, Thomas Blenke, Klaus Burger, Andreas Deuschle, Thomas Dörflinger, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Sylvia Felder, Marion Gentges, Fabian Gramling, Friedlinde Gurr-Hirsch, Manuel Hagel, Raimund Haser, Peter Hauk, Ulli Hockenberger, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Karl Klein, Wilfried Klenk, Joachim Köbler, Sabine Kurtz, Dr. Bernhard Lasotta, Siegfried Lorek, Winfried Mack, Paul Nemeth, Christine Neumann, Claus Paal, Dr. Patrick Rapp, Nicole Razavi, Dr. Wolfgang Reinhart, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Felix Schreiner, Dr. Albrecht Schütte, August Schuler, Stefan Teufel, Georg Wacker, Tobias Wald, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

AfD: Dr. Rainer Balzer, Anton Baron, Dr. Christina Baum, Lars Patrick Berg, Klaus Dürr, Dr. Bernd Grimmer, Stefan Herre, Dr. Jörg Meuthen, Thomas Axel Palka, Dr. Rainer Podeswa, Stefan Räßle, Daniel Rottmann, Hans Peter Stauch, Udo Stein, Klaus-Günther Voigtmann, Carola Wolle.

FDP/DVP: Dr. Gerhard Aden, Dr. Friedrich Bullinger, Andreas Glück, Dr. Ulrich Goll, Jochen Haußmann, Klaus Hoher, Jürgen Keck, Gabriele Reich-Gutjahr, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Dr. Erik Schweickert, Nico Weinmann.

Fraktionslos: Dr. Wolfgang Gedeon, Claudia Martin.

Der Stimme e n t h a l t e n haben sich:

AfD: Rüdiger Klos, Emil Sänze.

*

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über das Kapitel.

(Abg. Anton Baron AfD: Nein, nein!)

– Der Antrag ist abgelehnt. Wir fahren mit der Abstimmung über das Kapitel fort.

(Abg. Anton Baron AfD: Entschuldigung!)

Wer Kapitel 0711 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0711 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 9 auf:

Kapitel 0712

Städtebauliche Erneuerung und Denkmalpflege

Zu Titel 883 71 – Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1407-11, vor, der die Förderung des Baus von Gedenksteinen an historischen Friedhöfen und Gedenkstätten in Baden-Württemberg fordert.

Hierzu wurde eine namentliche Abstimmung beantragt. Jetzt geht es genau um die gleiche Frage wie vorhin: Hat dieser Antrag die nach § 99 der Geschäftsordnung erforderliche Unterstützung? – Gut. Es gibt fünf Unterstützer. Damit liegen die Voraussetzungen für die Durchführung einer namentlichen Abstimmung vor.

Meine Damen und Herren, wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1407-11, zustimmt, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer den Änderungsantrag ablehnt, antworte mit Nein. Wer sich der Stimme enthält, der antworte mit „Enthaltung“.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Ich darf nun Frau Abg. Seemann als Schriftführerin bitten, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben L.

(Namensaufruf)

Gibt es noch jemanden im Saal, der noch nicht abgestimmt hat? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Abstimmung geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Abstimmungsergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir fahren fort. Das Abstimmungsergebnis der namentlichen Abstimmung liegt mir jetzt vor.

(Unruhe)

– Ich darf um etwas Ruhe bitten!

Beteiligt haben sich 128 Abgeordnete.

*Mit Ja haben 17 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 110 Abgeordnete gestimmt;
enthaltene hat sich ein Abgeordneter.*

Damit ist der Antrag abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

AFD: Dr. Rainer Balzer, Anton Baron, Dr. Christina Baum, Klaus Dürr, Dr. Bernd Grimmer, Stefan Herre, Rüdiger Klos, Dr. Jörg Meuthen, Thomas Axel Palka, Dr. Rainer Podeswa, Stefan Räßle, Daniel Rottmann, Emil Sänze, Hans Peter Stauch, Udo Stein, Klaus-Günther Voigtmann, Carola Wolle.

Mit N e i n haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Susanne Bay, Beate Böhlen, Andrea Bogner-Unden, Sandra Boser, Martina Braun, Jürgen Filius, Josef Frey, Martin Grath, Petra Häffner, Martin Hahn, Wilhelm Halder, Thomas Hentschel, Winfried Hermann, Hermann Katzenstein, Manfred Kern, Petra Krebs, Bettina Lisbach, Brigitte Lösch, Alexander Maier, Thomas Marwein, Bärl Mielich, Dr. Bernd Murschel, Jutta Niemann, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Daniel Renkonen, Dr. Markus Rösler, Barbara Saebel, Alexander Salomon, Alexander Schoch, Andrea Schwarz, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Scerl, Stefanie Seemann, Edith Sitzmann, Franz Untersteller, Thekla Walker, Jürgen Walter, Dorothea Wehinger, Elke Zimmer.

CDU: Norbert Beck, Thomas Blenke, Klaus Burger, Andreas Deuschle, Thomas Dörlinger, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Sylvia Felder, Marion Gentges, Fabian Gramling, Friedlinde Gurr-Hirsch, Manuel Hagel, Raimund Haser, Peter Hauk, Ulli Hockenberger, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Karl Klein, Wilfried Klenk, Joachim Köbler, Sabine Kurtz, Dr. Bernhard Lasotta, Siegfried Lorek, Winfried Mack, Paul Nemeth, Christine Neumann, Claus Paal, Dr. Patrick Rapp, Nicole Razavi, Dr. Wolfgang Reinhart, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Felix Schreiner, Dr. Albrecht Schütte, August Schuler, Stefan Teufel, Georg Wacker, Tobias Wald, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

SPD: Sascha Binder, Wolfgang Drexler, Dr. Stefan Füst-Blei, Reinhold Gall, Gernot Gruber, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Gerhard Kleinböck, Georg Nelius, Martin Rivoir, Gabi Rolland, Rainer Stickelberger, Andreas Stoch, Dr. Boris Weirauch, Sabine Wölfe.

FDP/DVP: Dr. Gerhard Aden, Dr. Friedrich Bullinger, Andreas Glück, Dr. Ulrich Goll, Jochen Haußmann, Klaus Hoher, Jürgen Keck, Gabriele Reich-Gutjahr, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Dr. Erik Schweickert, Nico Weinmann.

Fraktionslos: Claudia Martin.

Der Stimme e n t h a l t e n hat sich:

Fraktionslos: Dr. Wolfgang Gedeon.

*

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel 0712. Wer Kapitel 0712 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0712 mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 23. November 2016, Drucksache 16/1120, soweit diese den Einzelplan 07 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 07.

Ich rufe **Punkt 2 d** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/1310

Berichterstatter: Abg. Dr. Markus Rösler

Berichterstatter: Abg. Andreas Glück

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 10 – Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Wünschen die Berichterstatter das Wort? –

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Nein!)

Das ist nicht der Fall. Danke.

(Unruhe)

Wir kommen zur Allgemeinen Aussprache. Hier erteile ich für die Fraktion GRÜNE das Wort Frau Abg. Lisbach.

(Abg. Bettina Lisbach GRÜNE begibt sich zum Rednerpult.)

– Warten Sie bitte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind jetzt in der Allgemeinen Aussprache. Ich weiß, es ist spät. Aber es wird noch

(Präsidentin Muhterem Aras)

später, wenn wir weiter so verfahren. Daher bitte ich Sie um etwas mehr Ruhe. Wer unbedingt Gespräche – –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Herr Abg. Katzenstein und andere! – Wer dringende Gespräche zu führen hat, der möge diese bitte nach außerhalb des Plenarsaals verlagern. Wir würden hier gern die Aussprache führen.

(Beifall des Abg. Rüdiger Klos AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Bravo! Sehr gut!)

Wir kommen zur Aussprache.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Lisbach.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Erste Rede, oder was?)

Abg. Bettina Lisbach GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Einzelplan 10, der Haushaltsplan des Umweltministeriums, zeigt sehr schön auf, wo wir im Umwelt-, Klima- und Naturschutz in diesem Jahr und in den nächsten Jahren hinwollen. Mit diesem Haushalt werden Mittel für viele Vorhaben verstetigt, die wir in den letzten Jahren schon auf den Weg gebracht haben. Es werden aber auch neue Schwerpunkte gesetzt und wichtige Weichenstellungen vorgenommen.

Trotz des Konsolidierungsbeitrags – er war auch vom Umweltministerium gar nicht so ganz einfach zu erbringen – ist es gelungen, mit diesem Einzelplan auch neue Akzente zu setzen. So werden verschiedene Klimaschutzaktivitäten neu aufgesetzt. Die Ressourceneffizienz kommt als wichtiges Schwerpunktthema neu hinzu. Der Hochwasserschutz wird kontinuierlich gestärkt und auch weiter ausgebaut. Es ist auch gelungen, den Naturschutz nochmals mit zusätzlichen Mitteln auszustatten.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Paul Nemeth CDU)

Natürlich würden wir, gerade wir grünen Umweltpolitiker und -politikerinnen, in manchen Punkten einiges gern schneller machen, und manches Wünschenswerte können wir erst in den kommenden Jahren angehen. Aber für uns ist vor allem wichtig, dass wir Schritt für Schritt das umsetzen, was im Koalitionsvertrag verankert ist. Dabei sind wir mit diesem Einzelplan auch wirklich auf einem guten Weg.

Nach wie vor ist eines unserer wesentlichen Ziele, die Energiewende in Baden-Württemberg voranzubringen. Der effiziente Um- und Ausbau der Strom- und Wärmeerzeugung ist hier ein ganz wichtiger Punkt. Ein weiterer Eckpfeiler ist die Sanierung des Gebäudebestands im Land. So werden in diesem Haushalt auch zusätzliche Mittel für die Förderung energetisch hochwertigen Bauens und Sanierens veranschlagt. Auch für den Ausbau der erneuerbaren Energien sind wieder zusätzliche Mittel eingestellt, beispielsweise knapp 2 Millionen € für eine Solaroffensive des Landes, für die Förderung der großen Solarthermie und für den Ausbau von Wärmenetzen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Mit der Energiewende verbinden wir ja immer auch das Ziel, Baden-Württemberg zur führenden Klimaschutzregion zu machen. Hier gibt es zusätzlich 1,8 Millionen € für Förderprogramme, die fortgesetzt oder auch neu aufgelegt werden, beispielsweise für die Fortführung der bewährten Programme „Klimaschutz mit System“ und „Klimaschutz-Plus“, die ganz stark den Kommunen für ihre Projekte zugutekommen, oder auch für das „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“. Dieses Programm wird auf der Basis einer Wirkungskontrolle und auf den bisher durchgeführten Maßnahmen neu aufgesetzt werden.

Natürlich ist auch das Thema „Klimaanpassung, Klimaanpassungsmaßnahmen“, beispielsweise über das Förderprogramm KLIMOPASS, weiterhin ein ganz wichtiger Schwerpunkt in diesem Haushalt.

Eng mit diesen Fragestellungen der Klimaanpassung verbunden ist auch das Thema Hochwasserschutz. Hier haben uns die Ereignisse im letzten Jahr noch mal sehr deutlich die laufende Verschärfung der Gefahrenlage drastisch aufgezeigt. Für uns Grüne hat der Hochwasserschutz nicht erst im letzten Jahr Priorität bekommen; für uns hat er schon lange Priorität.

Das Land hat die pro Jahr bereitgestellten Mittel seit 2011 bereits verdoppelt und auch den Zufluss der Mittel abgesichert und verstetigt. Das ist auf jeden Fall ganz wichtig und spiegelt sich auch in diesem Haushalt wider. So enthält dieser Haushaltsplan für den Hochwasserschutz wieder ein umfangreiches Maßnahmenpaket, Mittel für bauliche Maßnahmen, die Ertüchtigung von Dämmen, den Bau von Regenrückhaltebecken. Auch ganz wichtig ist die Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms, die weiter vorangebracht werden muss. Außerdem gilt der Fokus verstärkt dem Thema „Prävention und Risikominderung“, gerade wenn es um die Vorbereitung auf Starkregen- und Hochwasserereignisse geht.

Im Bereich Gewässer ist für uns außerdem die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie sehr wichtig. Hier wird auch von der EU ein guter Zustand von Oberflächengewässern und Grundwasser bis 2027 verlangt. Um dies zu erreichen, sind noch dringend zusätzliche Anstrengungen auch in Baden-Württemberg nötig. Das ergibt sich auch aus der Stellungnahme zu einem Antrag, den unsere Fraktion gestellt hat. Deshalb sind zusätzliche Mittel notwendig, und diese werden auch im Haushaltsplan berücksichtigt.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Andreas Deuschle CDU)

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt für die gesamte Wahlperiode ist, wie im Koalitionsvertrag verankert, das Thema Ressourceneffizienz. Hier werden Forschungsvorhaben, Pilotvorhaben und beispielhafte Unternehmen gefördert, die sich in diesem Bereich engagieren. Unterstützend für die Umsetzung der Landesstrategie Ressourceneffizienz sind knapp 3 Millionen € im Haushalt eingestellt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Last, but not least ist natürlich das Thema Naturschutz, der Erhalt der biologischen Vielfalt nach wie vor ein zentrales Anliegen der grün-schwarz geführten Landesregierung. Der Mi-

(Bettina Lisbach)

nisterpräsident hat gestern bereits den dramatischen Rückgang bei Insekten und Vogelarten angesprochen,

(Abg. Anton Baron AfD: Aha! Vielleicht haben das Ihre Windräder zu verantworten!)

der zunehmend ins Bewusstsein rückt und von den Naturschutzverbänden zu Recht angeprangert und angemahnt wird. Hier liegt noch viel Arbeit vor uns.

(Abg. Anton Baron AfD: Fledermausschreddermaschine!)

Dies spiegelt sich auch im Einzelplan 10 wider. Der Naturschutz ist neu beim Umweltministerium angesiedelt. Hier gibt es viele Schnittstellen – dies ist auch wichtig, wenn man das Thema strategisch angeht – zur Landwirtschaft und zum Thema „Ländlicher Raum“.

(Abg. Anton Baron AfD: 250 000 Fledermäuse!)

Es ist uns hierbei wichtig, in den nächsten Jahren gut voranzukommen, den Rückgang der biologischen Vielfalt zu stoppen und uns hier zu engagieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Nach einer Verdopplung der Mittel für den Naturschutz in den letzten Jahren ist es auch jetzt gelungen, erneut einen Mittelaufwuchs in diesem Haushaltsplan zu verankern. Er ist unter dem Strich wegen der gleichzeitig erfolgenden Konsolidierung etwas weniger hoch als ursprünglich geplant. Aber es sind auch weitere Erhöhungen für die nächsten Jahre vorgesehen, wie es auch im Koalitionsvertrag verankert ist. Hier wird also der Aufwuchs verstetigt, und auch dieses Mal ist wieder ein spürbarer Mittelaufwuchs im Haushaltsplan vorhanden.

Schwerpunkte im Naturschutz werden u. a. sein: die Umsetzung der Managementpläne für die Natura-2000-Gebiete im Rahmen des europäischen Schutzgebietsnetzes und Maßnahmen zur Verbesserung und Stärkung des Biotopverbunds sowie der Vernetzung, die alle dem Naturschutz zugutekommen.

Im Bereich Nationalpark werden der Bau und die Einrichtung des Besucherinformationszentrums im Fokus stehen. Hierfür sind Mittel im Haushaltsplan verankert und Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden Jahre hinterlegt. Außerdem ist Geld für Waldentwicklungs- und Naturschutzmaßnahmen sowie für ein Monitoring dessen eingestellt, was dort vor sich geht, sodass auch dies auf einem guten Weg ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich denke, der Einzelplan 10 macht deutlich, welchen Weg das Umweltministerium und die Landesregierung im Jahr 2017 und in den Folgejahren einschlagen werden. Als Fraktion haben wir an manchen Punkten moderat nachgebessert, auch mit Anträgen im Finanzausschuss, insbesondere bei dem Thema „Aufstockung der Landschaftspflegemittel“ und bei der Förderung der freien Umweltzentren, die uns ein besonderes Anliegen war.

Was die Anträge der FDP/DVP betrifft, die heute noch auf dem Tisch liegen: Sie widersprechen diametral unserem An-

liegen, den Naturschutz zu stärken, denn Sie wollen hier noch einmal Mittel abbauen. Das ist natürlich nicht in unserem Sinn. Deshalb können wir dem nicht zustimmen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Zu den Anträgen der AfD muss ich sagen: Hier entsteht der Eindruck, als wollten Sie den Klima- und den Naturschutz in unserem Land am liebsten komplett abschaffen. Ich glaube, dazu erübrigen sich alle weiteren Kommentare, was dies betrifft.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Wir wollen eine vernünftige, eine bezahlbare Energiepolitik!)

Für uns, die Fraktion GRÜNE, ist dieser Einzelplan 10 jedenfalls eine sehr gute Grundlage, um den Umweltschutz, den Naturschutz und die Klimapolitik bei uns im Land voranzubringen. Ich möchte mich herzlich bei unserem Umweltminister Franz Untersteller sowie bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Umweltministeriums für die geleistete Arbeit bedanken.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Selbst die CDU will das 2021 abschaffen! Ein Milliardengrab! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was? – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: 2021 wird das von der CDU abgeschafft!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Nemeth.

Abg. Paul Nemeth CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Haushalt 2017 im Bereich des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – der Naturschutz ist noch neu hinzugekommen – will und wird im Wesentlichen drei Themen voranbringen. Das ist erstens die Energiewende, dieses große gesamtgesellschaftliche Projekt, das wir in Baden-Württemberg mit Grün-Schwarz weiter voranbringen wollen.

(Abg. Anton Baron AfD: Ach du meine Güte!)

Zweitens geht es darum, den Klimaschutz zu leben und im Klimaschutz Vorbild zu sein. Denn wir haben, was von vielen häufig negiert wird, die Energiewende nicht wegen der Katastrophe in Fukushima begonnen – das hat sie nur beschleunigt –,

(Abg. Anton Baron AfD: Natürlich! Das ist doch Quatsch!)

sondern wir haben sie begonnen, weil wir im Klimaschutz etwas leisten müssen, um Gutes für die Welt zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Das ist doch ein Quatsch!)

Drittens wollen wir die Umwelt bewahren. Wir wollen den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen, Naturschutz und Landnutzung optimieren.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

(Paul Nemeth)

Bewahrung der Schöpfung, das ist ein Thema, das die grün-schwarze Koalition zusammengebracht hat, und das ist ein Bereich, in dem das Land Baden-Württemberg wahrscheinlich und hoffentlich mehr tun kann als andere Länder. Denn wir wollen dem Ziel „Bewahrung der Schöpfung“ mit Technik, mit Innovation dienen. Das ist ein großer Auftrag und ein großes Versprechen dieser Koalition.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Anton Baron AfD: Ein Windrad soll eine Innovation sein? Ein Windrad?)

Wir, die CDU, haben bei der Energiewende von Anfang an gesagt: „Wer aussteigt, muss auch einsteigen.“ Das heißt, die Zukunft gehört Wind, Wasser, Sonne und Biomasse in einem Mix. Die gute Nachricht, meine Damen und Herren, ist, dass wir bei der Fotovoltaik, beim Sonnenstrom, weltweit den Durchbruch geschafft haben. Im letzten Jahr wurden 76 GW weltweit neu installiert. Das sind vom Volumen her sozusagen 76 Kohlekraftwerke, 76 Kernkraftwerke. Das ist ein Plus von 48 %.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das zeigt, dass der Solarstrom – das ist eine ganz erfreuliche Nachricht – weltweit den industriellen Durchbruch geschafft hat.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist doch Geschwätz!)

Das ist deswegen gut für uns, weil wir mit dem Koalitionsvertrag wieder eine neue Episode beginnen wollen. Berlin folgt uns auf diesem Weg, nämlich dem Weg, auch Mietersolarstrom anzubieten. Da haben wir wirklich etwas Innovatives, etwas Neues geschaffen. Und – hört, hört – der Bund will uns dort folgen. Wir erledigen damit auch ein Stück weit einen Designfehler. Die SPD sagt immer: „Das EEG kommt von Hermann Scheer.“ Ich war nicht dabei. Auf jeden Fall hat er die Mieter vergessen und nur die Eigentümer in den Vordergrund gezogen.

(Abg. Anton Baron AfD: Das sollte ein Warnsignal sein, wenn es von der SPD kommt!)

Wir erledigen damit diesen Designfehler. Wir werden Mietersolarstrom hier in Baden-Württemberg voranbringen – 50 000 neue Solardächer für Baden-Württemberg.

Der vielleicht wichtigste Bereich für Baden-Württemberg ist, dass wir bei den Netzen etwas tun: intelligente Netze, intelligente Messgeräte, Smart Grids, Smart Metering – eine langjährige Forderung der CDU-Landtagsfraktion aus harten Oppositionszeiten –, 2 Millionen € in diesem Jahr aus unserem Haushalt und 200 Millionen € vom Bund.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen
– Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Auch das muss man einmal sagen: 200 Millionen € vom Bund sind ganz erheblich.

Wir machen aber nicht nur bei der Energiewende Dampf, wir machen auch Dampf bei der Ressourcen- und Materialeffizienz. Schauen Sie sich diesen Haushalt an. Er ist wirklich innovativ. Thinktank für Ressourcenpolitik, Landesstrategie

Ressourceneffizienz, Ultraeffizienzfabriken – das sind Themen, die Sie kaum in einem anderen Landeshaushalt finden.

Wir gehen da voran, weil wir glauben, dass Baden-Württemberg mit den innovativen Firmen, mit den Industriefirmen, aber auch mit der Wissenschaft, mit den Hochschulen und mit den Menschen, unter denen viele Daniel Düsentrübs sind, da besonders gut ist. Deswegen glauben wir, dass das Umweltministerium und das Wirtschaftsministerium hier moderne Wege gehen, um eine internationale Wettbewerbsfähigkeit von Baden-Württemberg gerade für unsere mittelständische Wirtschaft zu stärken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ich will auch daran erinnern, dass wir hier dem McKinsey-Gutachten „Baden-Württemberg 2020“ folgen, das damals schon gesagt hat: Wir brauchen eine fokussierte Wirtschaftsförderung und gerade im Bereich der Umwelttechnik eine Technik, die die natürlichen Ressourcen schont und die Umwelt möglichst wenig belastet.

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Windmühlen!)

Das werden die Erfolgsfaktoren für unsere exportorientierte Wirtschaft in den nächsten Jahrzehnten sein. Das wird sogar nicht einmal die AfD verhindern können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Das werden Sie schon selbst verhindern!)

Das ist auch gut für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land. Denn hier liegt ein Potenzial von 30 Milliarden bis 45 Milliarden € pro Jahr.

Auch im Umweltbereich, meine Damen und Herren, gehen wir voran, vor allem im Hochwasserschutz. Sie wissen, Baden-Württemberg hat viel Wasser. Wir haben den Rhein, den Neckar, die Donau, den Kocher, die Jagst, die Tauber, die Enz, die Murr, aber auch den Nesenbach und viele andere.

(Zuruf von der AfD)

Baden-Württemberg ist deswegen – jeder weiß das aus den Wahlkreisen – ein Risikogebiet. Deswegen machen wir viel für den klassisch technischen Hochwasserschutz.

Wir machen jetzt aber auch mehr vorbeugenden, präventiven Hochwasserschutz. Meine Damen und Herren, auch hier erhöhen wir mithilfe der Bundesregierung und des Bundesfinanzministers die Mittel von 2,4 Millionen € pro Jahr auf 21,3 Millionen € pro Jahr. Das ist eine sagenhafte Leistung. Damit tun wir viel Gutes für unser Land.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Felix Schreiner CDU: Bravo! Wir bringen unser Land voran!)

Schließlich noch der Naturschutz: Der Naturschutz ist in diesem Haushalt bedeutend. 25 Millionen € mehr Geld für die Landschaftspflege, mehr Qualität, Erhalt und Entwicklung unserer einzigartigen Kulturlandschaft im Zusammenspiel von Naturschutz und Landnutzung.

(Paul Nemeth)

Wer weiß denn in Baden-Württemberg, dass 33 % unserer Fläche schon jetzt Naturparks sind? Wir haben aber auch Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Biosphärengebiete und auch – wenn auch nur auf 0,1 % der Landesfläche – einen Nationalpark.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Raimund Haser CDU)

Wir wollen, dass dieser Nationalpark die Speerspitze dieser Entwicklung ist.

(Abg. Raimund Haser CDU: Wenn, dann machen wir es richtig!)

Wir, die CDU, wollen auch, dass jede Schülerin und jeder Schüler einmal im Leben im Nationalpark gewesen ist,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der AfD – Abg. Felix Schreiner CDU: Bravo, Paul!)

genauso wie jede Schülerin und jeder Schüler einmal einen Bauernhof besucht haben sollte.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Was ist daran eigentlich so verwunderlich?

(Heiterkeit – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das kommentiere ich jetzt nicht!)

Meine Damen und Herren, Sie sehen daran: Wir haben hier einen kompakten Haushalt, der unser Land voranbringt. Deswegen werben wir schon heute in der zweiten Lesung für Zustimmung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Gernot Gruber SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Voigtmann.

Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Offensichtlich fällt der AfD immer die Rolle zu, ein bisschen Wein –

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: In das Wasser zu gießen! – Heiterkeit)

– Genau, damit das Ganze wieder etwas Substanz bekommt.

Nach den vielen bisherigen Äußerungen fange ich einmal von der anderen Seite an, damit auch einmal eine oppositionelle Stimme in diesen Raum hier dringt.

Alle Welt schaut ja derzeit ganz gebannt nach Amerika, insbesondere natürlich auf die Politik des neuen Präsidenten Donald Trump. Warum wohl? Er wagt es doch tatsächlich, nach einer gewonnenen Wahl das umzusetzen, was er vorher versprochen hat.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Frechheit!)

Das ist nach Meinung unserer Medien – so stellt man fest, wenn man ein bisschen querliest – absolut unglaublich und an Frechheit überhaupt nicht zu überbieten, wenn jemand so etwas tut.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das gab es in der deutschen Geschichte auch schon!)

Hier haben sich alle daran gewöhnt, dass es umgekehrt ist, nämlich dass zunächst Versprechungen gemacht werden, dann gewählt wird und anschließend die Versprechungen einkassiert werden.

(Abg. Dr. Stefan Furst-Blei SPD: Das ist der AfD-Weg! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Und der von der SPD!)

Das Gegenteil davon wird dann in die praktische Politik umgesetzt.

(Abg. Raimund Haser CDU: Ihre Versprechen könnten Sie nicht mal halten, wenn Sie gewinnen würden! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die wissen gar nicht, was ein Versprechen ist!)

Wie gern erinnern wir uns noch an die Kugel Eis im Monat, die uns die tolle Energiewende nach den damaligen Versprechungen kosten sollte. Da hat sich doch niemand besonders lange bitten lassen. Da haben alle gern mitgemacht. Inzwischen wissen wir aber schon gar nicht mehr, wohin mit dem vielen Eis, das um uns herum aufgestapelt wird.

Damit sind wir schon mitten im Thema. Die Bewahrung der Schöpfung – das habe ich heute mindestens schon viermal gehört – und die Erhaltung der Kulturlandschaften sind ja die vorrangigen Ziele des Umweltministeriums Baden-Württemberg seit seiner Errichtung im Jahr 1987. Das sind immerhin schon 30 Jahre. Das heißt, in diesem Jahr feiern wir das 30-jährige Bestehen dieses Ministeriums. Da frage ich mich: Wo stehen wir heute?

Das Jubiläumsjahr 2017 hat gerade begonnen, und im schönen fränkischen Boxberg und darum herum stehen die Zeichen auf Sturm, und zwar nicht etwa wegen des Wetters, sondern weil riesige Harvester – das sind merkwürdige Maschinen; man nennt sie auf Deutsch Walderntemaschinen oder auch Holzvollernter – dort durch den Wald rauschen und Tausende von Bäumen entsorgen, nicht etwa weil diese erntereif sind, sondern weil sie einem Windradprojekt im Weg stehen. Dieses Projekt wurde genau am 30. Dezember 2016 positiv beschieden – mit heißer Nadel gestrickt, von den zuständigen Verwaltungsbehörden durchgewinkt und für sofort vollziehbar erklärt.

Noch bevor eigentlich die Widerspruchsfrist oder Ähnliches abgelaufen war, wurde mit der Abholzung begonnen. Das riecht ein bisschen – wenn man sich an andere Abholzaktionen in der Geschichte der Bundesrepublik erinnert – nach Frankfurter Flughafen, Startbahn West, Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf. Dort war es dasselbe Vorgehen: Kurz genehmigt, und dann ging es los mit dem Bäumefällen. Das letzte Beispiel für die Jüngeren, die es hier vielleicht erlebt haben, ist die Baumfällaktion für Stuttgart 21. Das sind immer die gleichen Vorgänge: Es wird kurz genehmigt,

(Abg. Paul Nemeth CDU: Kurz? Jahre!)

(Klaus-Günther Voigtmann)

dann werden vollendete Tatsachen geschaffen, und anschließend wird die Rechtslage geklärt, wird geklärt, ob das alles ganz richtig war, dem man da zugestimmt hat.

Umso erstaunlicher ist das auch, weil eine der die Regierung bildenden Fraktionen noch vor einem Jahr hat verlauten lassen – das darf ich jetzt mal wörtlich zitieren –, „dass Baden-Württemberg weder ein Windland ist noch jemals ein Windland sein wird“,

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

und diese Partei den von der grün-roten Landesregierung befürworteten Ausbau der Windkraft deshalb ablehne.

(Zuruf von den Grünen: Warum eigentlich?)

Bei diesem Windpark geht es nämlich gar nicht so sehr um irgendwelche Energien, die in nächster Zeit irgendwo gebraucht werden.

(Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Es geht allein um die Sicherung höherer Erlöse. Dafür war auch der Stichtag 31. Dezember 2016 wichtig.

(Beifall bei der AfD)

Denn durch die EEG-Novelle, die zum 1. Januar 2017 in Kraft trat, wurden die Erlöse für Windkraftanlagen abgesenkt, und man wollte verhindern, dass da möglicherweise Negativeffekte auf die Wirtschaftlichkeitsrechnungen ausgelöst würden. Das heißt, der Bescheid musste unbedingt am 31. Dezember erteilt werden. Ich weiß nicht, wie viele Leute am 30. Dezember zur Arbeit gegangen sind.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Jetzt kommen Sie doch mal zum Haushalt!)

– Das gehört zum Haushalt. Die Anträge, die wir gestellt haben, werden eh alle abgelehnt. Also bringt es doch gar nichts, wenn ich Ihnen jetzt wunderschöne Anträge vorlese.

(Beifall bei der AfD)

Naturschutz, Landschaftsschutz und Tierschutz, das alles war sekundär, wurde routiniert geprüft, abgehakt, und es wurde kein Änderungsgrund erkannt, obwohl es sogar die Spatzen vom Dach pfeifen, dass in dieser Gegend z. B. dauerhafte Bestände an streng geschützten Rotmilanpopulationen vorhanden waren. Das wird sich ja möglicherweise herausstellen, wenn man sich später einmal das sogenannte avifaunistische Gutachten genauer anschaut, wenn man sich ansieht, woher die Daten gekommen sind und weshalb es nicht gelungen ist, diese allseits bekannten Bestände an geschützten Tierarten aufzudecken und entsprechend die Genehmigung nicht zu erteilen.

Wie gesagt, es ging ja auch gar nicht um den erzeugten Strom, sondern um die Sicherung von gewissen Einkünften aus der Stromerzeugung, die natürlich dann fließen, wenn die Windräder errichtet worden sind.

In der Praxis sieht es in Deutschland inzwischen so aus, dass wir vom Gesamtbestand der erneuerbaren Energien, also Solarstrom und Windstrom zusammengenommen – wenn beide

einmal, wohlgeerntet, zusammen funktionieren, das heißt, wenn sowohl der Wind weht als auch die Sonne scheint, was ja selten unbedingt parallel läuft –, dann inzwischen rund 120 bis 150 % Erzeugungskapazität am Netz haben – mehr, als tatsächlich gebraucht wird. Wie die Elektrotechniker wahrscheinlich wissen, kann ein Netz nur so viel Leistung aufnehmen, wie es auch an Leistung abgibt. Das heißt, es kann nicht speichern, sondern die überflüssige Leistung muss zwangsläufig entsorgt werden.

(Abg. Raimund Haser CDU: Und trotzdem funktioniert es!)

– Es funktioniert, indem man z. B. den Strom, der zu viel hereinkommt, verschenkt oder sogar noch für Geld zusätzlich ins Ausland verkaufen muss. Nur so funktioniert es.

(Beifall bei der AfD)

Eine weitere Methode, um das Ganze zum Funktionieren zu bringen, ist, dass man die Windräder schlichtweg abstellen muss, aber natürlich den Strom, der nicht erzeugt worden ist, trotzdem bezahlt. Das macht ja die EEG-Umlage so spannend, und deswegen hat sie sich inzwischen auch auf 7 Cent pro Kilowattstunde erhöht.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Das ist grüne Finanz- und Umweltpolitik!)

Dabei sei nur am Rande erwähnt, dass die sogenannten Aschenputtel, wie man sie in der Literatur nennt, die Aschenputtel der Stromerzeugung seit Jahren stiefmütterlich behandelt werden, was sich am Zustand der großen EVUs, wenn man sich die Bilanzen von RWE, E.ON und hier der Staatsbeteiligung an der EnBW anschaut, ablesen lässt. Dann stellt sich natürlich zwangsläufig die Frage, wer im zukünftigen Energieszenario Baden-Württembergs die dringend benötigten Gaskraftwerke bauen und betreiben soll, um den Mangel an kontinuierlich erzeugten erneuerbaren Energien zu beheben. Denn das ist kein besonders lukratives Geschäftsfeld, wenn die nur stundenweise oder mal tageweise arbeiten dürfen, aber ansonsten gefälligst immer die erneuerbaren Energien zwangsläufig Vorfahrt im Netz haben. Das wird niemanden von denen dazu bringen, in dieses Geschäft einzusteigen. Am Schluss muss also Baden-Württemberg z. B. seine Gaskraftwerke selbst bauen und betreiben.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Wird wieder abgebaut! – Zuruf von der CDU: So ein Quatsch!)

– Das ist kein Quatsch, sondern das ist einfach Tatsache, denn ein Unternehmer rechnet sich vorher aus, ob er in ein Geschäft einsteigt.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Reden Sie doch mal mit den Versorgern! – Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

Schon 2013 hat das Fraunhofer-Institut klargemacht, dass eine ständige Zunahme von Strom aus Sonne und Wind nicht zwangsläufig zur Grundlastfähigkeit der erneuerbaren Energien führen wird. Vielmehr resultiert daraus, dass die Leistungsspitzen noch weiter in die Höhe schnellen

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

(Klaus-Günther Voigtmann)

und damit die zu entsorgende Energie zulasten der EEG-Umlage ansteigt. Im Übrigen bleibt die Tatsache bestehen, dass bei der Energiegewinnung in Schwachwindgebieten wie in Baden-Württemberg nahezu zwangsläufig auch die besser Positionierten, da der Wind ja nicht plötzlich vom Himmel fällt, sondern von irgendwoher kommt – im Zweifel kommt er im überwiegenden Fall von Norden oder von Westen –, sowieso immer mehr Wind und damit mehr Windstrom als Baden-Württemberg haben. Insofern werden wir immer das Problem haben, dass wir letztendlich die Spitzen liefern, die in den günstigen Windtagen anfallen. Das heißt, unser Strom wird im Wesentlichen

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Sondermüll!)

zu verschleudern sein – zwangsläufig; aber das ist einfach so. Aber das interessiert die Investoren nicht allzu sehr. Ihr Einkommen ist ja praktisch gesichert. Sie haben ihre garantierte Vergütung, und alles andere kann im ersten Moment jetzt nicht so sehr ihr Problem sein.

(Abg. Anton Baron AfD: Die kleinen Bürger zahlen es!)

Wenn die Landesregierung von Baden-Württemberg nun versucht, über sogenannte Mietersolarstrommodelle den Kreis der Investoren für PV-Projekte weiter zu vergrößern, dann verkennt sie offenbar die weitreichenden Probleme, welche dadurch aus steuerlichen und sonstigen Fragen bezüglich der Zumessung der EEG-Umlage, der Netzkosten und der Konzessionsabgaben entstehen. Denn der damit ausfallende Strom, der nicht mehr über die Netze abgerechnet wird, ist von der Umlage befreit, und dadurch werden den restlichen Teilnehmern des Netzes natürlich mehr Kosten aufgebürdet. Das heißt, die Basis wird immer kleiner und die EEG-Umlage praktischerweise immer größer.

Alarmiert hat in diesem Zusammenhang in der Energiewende auch eine Vorabmeldung des Bundesrechnungshofs, der sich die Abläufe im Bundeswirtschaftsministerium einmal genauer angeschaut hat und dabei zu der Feststellung gekommen ist – dazu zitiere ich jetzt wieder einmal den Rechnungshof –, dass eine mangelhafte Steuerung und schwerwiegende Mängel bei der Kontrolle der Energiewende vorkämen. Er führt weiter aus, weder hausintern noch in der Regierung oder mit den Bundesländern fänden ausreichend koordinierte Absprachen zur Energiewende statt. Doppelarbeit und doppelte Förderungen seien somit eine Folge.

Diese Gesichtspunkte waren es vor allem, die uns, die AfD-Fraktion, dazu bewegen haben, den Etat des Umweltministeriums besonders kritisch unter die Lupe zu nehmen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Lieber Kollege, jetzt sollen Sie allmählich zum Ende kommen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD: Ja. – Was uns im wesentlichen Zusammenhang fehlt – Ich wollte noch kurz zur – Ja, lassen wir es weg.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall – Abg. Paul Nemeth CDU: Vielleicht noch ein Satz zum Haushalt!)

Ja, wunderbar.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Lieber Kollege Nemeth, Sie erteilen hier nicht das Wort. – Lieber Kollege Voigtmann, Ihre Redezeit ist jetzt abgelaufen. Finden Sie einen Schlusssatz.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ein Satz! – Unruhe)

Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD: Die AfD-Fraktion kann dem vorgelegten Haushaltsplan des Umweltministeriums von Baden-Württemberg weder im Ganzen noch in einzelnen Teilen zustimmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Gruber.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Jetzt kommt Sachverstand ins Haus!)

Abg. Gernot Gruber SPD: Lieber Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Keine Angst, ich werde im Wesentlichen zum Haushalt reden. Dafür sind wir heute ja auch da.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU)

Gestatten Sie mir vielleicht eine Minute vorab zu den vorherigen Reden. Ich war kürzlich zu Erhard Eppers 90. Geburtstag beim Symposium in Bad Boll. Ich glaube, dass Erhard Eppler, der in den Siebzigerjahren hier im Parlament, im Stuttgarter Landtag, als Erster, denke ich, das Thema Energiewende eingeführt hat, sich gefreut hätte, wenn heute ein Christdemokrat am Rednerpult das Thema „Bewahrung der Schöpfung“ und im Kern die Fortführung der grün-roten Politik der letzten fünf Jahre von den Grundzügen her befürwortet hätte.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das machen wir seit 30 Jahren! Bewahrung der Schöpfung! – Widerspruch bei den Grünen und der SPD – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wer denn sonst, wenn nicht wir? – Vereinzelt Beifall – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich hätte auch 2011, als ich in den Landtag kam, noch nicht gedacht, dass ich es noch einmal erlebe, dass Hermann Scheer – fast von Grün oder von Links – von der CDU kritisiert wird, dass er damals beim 100 000-Dächer-Programm angeblich Mieterdächer vergessen hat. Das weiß ich gar nicht; das müssen wir noch einmal recherchieren. Beim EEG war die CDU damals im Bund leider nicht dabei. 1990, als es einmal um den Vorrang des Einspeisegesetzes ging, hat die CDU das ja mit initiiert. Daher gibt es immer verschiedene Väter des Erfolgs.

Was ich 2011, als ich in den Landtag kam, aber auch nicht gedacht hätte, ist, dass man sich hier zehn Minuten hinstellen kann und nichts zum Haushalt sagt und im Kern den einen

(Gernot Gruber)

Satz sagt: „Atomkraft ja, Energiewende nein.“ Das ist doch recht dürftig.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Ich komme zum Haushalt. Im vorliegenden Haushalt des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft sind wichtige Aufgaben für die Energiewende hinterlegt, etwa das Programm „Klimaschutz-Plus“, die Trinkwasserversorgung vor Ort, der Hochwasserschutz oder die Unterstützung einer effizienten Strom- und Wärmeerzeugung. Die Kollegin Lisbach und der Kollege Nemeth haben dazu schon einige Details ausgeführt.

Aufgrund dieser wichtigen Grundaufgaben stimmen wir dem Haushalt insgesamt zu – das möchte ich gleich vorweg sagen –, wenngleich wir etwas enttäuscht darüber sind, dass unsere drei Haushaltsanträge im Finanzausschuss allesamt abgelehnt worden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Sie sind nicht allein! – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Wir sind auch enttäuscht!)

Ich komme auf unsere Haushaltsanträge noch zu sprechen.

Zunächst möchte ich aber kritisch anmerken, dass beim Haushalt des Umweltministeriums auch das Thema „Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit“ von der Opposition angesprochen werden darf, ja, ich meine fast, angesprochen werden muss. Frau Lisbach, Sie haben hervorgehoben, dass es zusätzliche Mittel für den Naturschutz gebe und wie schwer es gewesen sei, Einsparungen im Umweltministerium vorzunehmen. Da haben wir uns doch ein bisschen gewundert, dass auf unseren Antrag auf strukturelle Einsparungen zunächst ausgewiesen war, dass das Ministerium, dass die grüne Finanzministerin beim Naturschutz 4,8 Millionen € strukturell eingespart habe. Gleichzeitig hat die Regierung die Mittel für den Naturschutz aber um 7 Millionen € erhöht.

Ich zitiere die „Stuttgarter Nachrichten“ vom 17. Oktober 2016:

Am Montagmorgen sind die Beteiligten erleichtert und voll des Lobes. „Die 370 Millionen € Konsolidierung aus den Ressorts sind geschafft. Das war nicht einfach für uns, aber meine Kolleginnen und Kollegen haben diese schwierige Aufgabe konstruktiv angepackt“, erklärt Finanzministerin Edith Sitzmann. Auch Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) spricht „von einem harten Stück Arbeit“.

Und weiter:

Künftig sollten auch Ressourceneffizienz, Klima- und Naturschutz eine größere Rolle spielen, kündigt er an. 2017 sind für den Naturschutz 7 Millionen € zusätzlich eingeplant.

Ich denke, es passt nicht, einerseits rund 5 Millionen € beim Naturschutz einzusparen und das den einen zu sagen, sich andererseits aber für eine Erhöhung der Mittel um 7 Millionen € zu loben. Hier wurde, zusammenfassend gesagt, nicht „kon-

struktiv angepackt“, wie die Ministerin behauptet. Sitzmann und Kretschmann haben aus meiner Sicht kreativ den einen Einsparungen und den anderen Zuwächse beim Naturschutz angeboten. Ich denke, Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit sehen anders aus. Hier ist mehr Redlichkeit gefordert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Ein transparenter Haushalt – ich komme abschließend zu diesem Punkt – ist auch eine Stilfrage. Daran sollte das erfolgreiche Wahlplakat des Ministerpräsidenten, der heute abwesend ist, erinnern.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Das damals erfolgreiche Wahlplakat!)

– Danke für den Hinweis. Ich glaube, bei der nächsten Wahl wird es schwierig, dieses Plakat noch einmal herauszuhängen – angesichts geheimer Nebenabsprachen und angesichts dieser Punkte, die nicht immer von Klarheit und Wahrheit zeugen.

(Zuruf von der AfD)

Bedenklich stimmt uns auch, dass die Mittel zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie um knapp 3 Millionen € gekürzt worden sind. Wegen globaler Minderausgaben ist sogar mit noch höheren Kürzungen zu rechnen. In den letzten Jahren war eigentlich klar, dass diese Mammutaufgabe eher mehr als weniger Mittel erfordern würde.

Lassen Sie mich kurz noch auf unsere drei abgelehnten Haushaltsanträge zu sprechen kommen, die wir nicht erneut ins Parlament eingebracht haben, die aber vorliegen und im Finanzausschuss beraten worden sind. Unsere Anträge sind relativ schnell abgelehnt worden: Anträge zum freiwilligen ökologischen Jahr, zur Förderung des Geoparks Schwäbische Alb und zur Erhöhung der Mittel angesichts der PFC-Belastung in Baden.

Zunächst zu unserem ersten Antrag zur Erhöhung der Mittel für FÖJ-Stellen: Alle Träger sind sich einig, dass die Nachfrage viel größer ist als das Angebot. Um diese erfreuliche Nachfrage zu befriedigen, ging es darum, die Mittel maßvoll um 160 000 € zu erhöhen. Vielleicht nutzt unser Antrag dem Umweltminister bei der Finanzministerin, um da noch mehr herauszuholen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das glaube ich nicht!)

Ich denke, gerade für junge Leute wäre es eine gute Sache, wenn mehr Stellen angeboten werden könnten – ohne in Abrede zu stellen, dass der Umweltminister an dieser Stelle in den vergangenen Jahren schon viel getan hat. Trotzdem: Schaut man sich an, über welche Haushaltsmittel wir hier sonst beraten, wären 160 000 € für diese Aufgabe sicherlich nicht zu viel gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Antrag: Erhöhung der Mittel für den Geopark Schwäbische Alb um 200 000 €. Der Geopark Schwäbische Alb – seit letztem Jahr international anerkannt – ist ein Schmuckstück unseres Landes. Es gilt, unser Naturerbe zu bewahren,

(Gernot Gruber)

wissenschaftlich zu betreuen und Angebote für Touristen zu schaffen. Mit diesen bescheidenen Mitteln hätte man einiges tun können. Wenn wir sehen, wie beispielsweise der Nationalpark ausgestattet ist, müssen wir feststellen, dass die 200 000 € beim Geopark gut investiert gewesen wären.

(Zurufe der Abg. Wolfgang Drexler SPD und Dr. Patrick Rapp CDU)

Dritter Antrag: Erhöhung der Mittel für Altlastenbereinigung bei Wasser und Böden um 3 Millionen € auf 18,5 Millionen €. Das ist ein etwas kompliziertes Thema; mit ihm wird nicht jeder vertraut sein. Es geht um Baden, um eine Verseuchung von Grundwasser und Böden mit PFC, per- und polyfluorierten Chemikalien. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Die Trinkwasserverbände, die Kommunen sind schon aktiv. Von der Regierung wurde auch nicht bestritten, dass dort Handlungsbedarf besteht. Aus der Sicht der Regierung ist nur die Frage, wann.

Wir denken, wir sollten da das erste Signal an Unterstützung senden, und haben 3 Millionen € zusätzlich beantragt. Die Regierung hat argumentiert, die 3 Millionen € seien viel zu wenig, die Aufgabe werde noch viel mehr Mittel erfordern. Dann hätte man aber auch durchaus sagen können: „3 Millionen € sind ein erster Schritt, um auch vor Ort Unterstützung zu signalisieren.“ Vielleicht denken Sie noch einmal darüber nach, und vielleicht kommt unser Haushaltsantrag ja einmal als Antrag der Regierungsfraktionen in den Ausschuss. Warten wir es einmal ab.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend möchte ich sagen: Aufgrund der Ablehnung unserer Anträge im Finanzausschuss werden wir die Kapitel 1005, 1007 und 1008 im Haushalt des Umweltministeriums ablehnen. Aber, wie eingangs gesagt, wir betreiben nicht Opposition um der Opposition willen. Wir stimmen dem Haushalt des Umweltministeriums insgesamt zu, weil wir auch die wichtigen Aufgaben im Umweltschutz und für die Energie- wende unterstützen wollen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich dem Kollegen Glück das Wort.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Wir sprechen heute über den Einzelplan 10. Er ist mit einem Anteil von 1,1 % am Gesamthaushalt ein relativ kleiner Einzelplan. Mal ganz ehrlich: Bei den meisten Haushaltstiteln – deswegen ist das für die Opposition vielleicht auch etwas undankbar – geht es nicht wirklich darum, ob diese Mittel tatsächlich ausgegeben werden sollen oder nicht. Vielmehr können wir als Opposition die Frage stellen, ob sie effizient eingesetzt werden und ob die richtigen Schwerpunkte gesetzt werden. Darüber kann man sich politisch sehr wohl streiten.

Der geplante Umweltetat 2017 ist letztlich ein durch und durch grüner Haushalt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl!)

In Anlehnung an eine Aussage von Minister Strobl könnte man sogar sagen, dass Minister Untersteller hier ohne allzu viele Störfeuer von der CDU regieren kann.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Ach was!)

Eines muss man vielleicht sagen: Die CDU hat es hinbekommen, dass die Infokampagne 50-80-90 jetzt tatsächlich eingestampft wurde. Das ist mit Sicherheit auch das Verdienst der CDU. Da wollte ich jetzt eigentlich den Kollegen Nemeth lobend erwähnen. Nur sehe ich ihn gerade leider nicht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er kommt gleich wieder!)

Das ist schade. Ich habe ihm nämlich zugehört.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ich wollte ihn jetzt gerade loben und sagen,

(Abg. Felix Schreiner CDU: Ich sage es ihm!)

dass er maßgeblich zur Aufklärung dieser völlig abstrusen, 2,7 Millionen € teuren Imagekampagne 50-80-90 aus der letzten Legislaturperiode beigetragen hat. Ich erwarte jetzt schon, wenn das Ministerium eine neue Imagekampagne vorbereitet, dass der Kollege Nemeth als Teil der Regierungsfraktionen bitte darauf achtet, dass mehr dabei herauskommt als der Spruch von der letzten Kampagne: „Gemeinsam weniger erreichen“. Ich setze da ganz schwer auf den Kollegen Nemeth.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: Ich setze auf den Zimmermann!)

Das ist vielleicht ein kleiner Sieg für die CDU gewesen, aber dafür hat Minister Untersteller jetzt einen Staatssekretär. Insgesamt hat er jetzt also keinen schlechten Deal gemacht.

Wie wenig aber die CDU insgesamt in diesem Bereich zu melden hat, sieht man exemplarisch vielleicht im Bereich der Windenergie, der Windkraft. Wenn man sich das Wahlprogramm der CDU anschaut, liest man: „Das Ausbauziel der Windkraft im Land soll auf 5 % reduziert werden.“ Im Koalitionsvertrag: Fehlanzeige.

Das Landesplanungsgesetz und der Windkrafte rlass sollten laut Wahlprogramm der CDU überarbeitet werden. Was ist im Koalitionsvertrag? Fehlanzeige.

Die CDU wollte sich im Bundesrat für eine neue Länderöffnungsklausel im Baugesetzbuch einsetzen, damit die Länder wieder gesetzliche Mindestabstände definieren können. Das war Ihr Wahlprogramm. Im Koalitionsvertrag: Fehlanzeige.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?)

Minister Hauk wurde selbst schon zurückgepfiffen, als er es probiert hat, als er den Gemeinden einen Brief hat schreiben lassen, wonach ein Abstand von Windkraftanlagen zur Wohn-

(Andreas Glück)

bebauung von 1 000 m jetzt rechtssicher sei. Selbst der ist von Minister Untersteller einkassiert worden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das war Absicht!)

Echt schade. Sie haben da wirklich auf der ganzen Linie keinen einzigen Punkt gescheit durchgebracht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Ich möchte an dieser Stelle sagen – weil nachher sonst mit Sicherheit wieder dieser Vorwurf kommt –: Die FDP verwehrt sich nicht dem Thema Energiewende. Aber ich sage ganz klar und deutlich: Baden-Württemberg kann und muss einen besseren Beitrag leisten als das vereinzelt Aufstellen von hohen Windkraftanlagen an Schwachwindstandorten, die die meiste Zeit im Jahr eben doch stillstehen. Der Beitrag Baden-Württembergs muss ein besserer sein, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Zuallererst muss die Politik einmal damit aufhören, so zu tun, als wüsste sie, was die bessere Technologie von morgen ist. Wir im Land Baden-Württemberg, dem Land der Tüftler, dem Land der Erfinder, müssen jetzt schauen, dass wir technologieoffene Ansätze bekommen. Dann kann sich die Technologie von morgen und übermorgen entwickeln.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD
– Abg. Dr. Christina Baum AfD: Bravo! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Ich habe gesehen: Herr Nemeth ist jetzt da – leider ein bisschen verspätet. Das Lob hast du jetzt leider verwirkt, lieber Kollege. Aber das macht nichts. Den Dienstauftrag werde ich dir nachher noch weitergeben.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das ist gefährlich, Lob von der FDP! Das ist vergiftet!)

Ich möchte zum Schluss noch zum Thema Naturschutz kommen. Die Grünen haben das MLR abgegeben, wollten aber nach wie vor den Daumen auf ihrem Prestigeobjekt, dem Nationalpark, behalten. Das Biosphärengebiet wurde vom MLR ins grüne Umweltministerium umressortiert. Die Naturparke allerdings, die für unser Land mindestens genauso wichtig sind und übrigens ungefähr 30 % der Landesfläche umfassen,

(Zuruf der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

sollten weiterhin im Zuständigkeitsbereich des MLR bleiben. Der Naturschutz wurde jetzt gewissermaßen aufgeteilt und aufgerissen in ein grünes Spielwieschen

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ganz schlecht!)

und ein schwarzes Spielwieschen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen an dieser Stelle ganz klar: Offensichtlich sind für Sie Spielwieschen deutlich wichtiger als eine inhaltlich sinnvolle Aufgabenverteilung.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Dieser Riss durch den Naturschutz, Herr Kollege, stellt sich eben auch nicht besser dar, indem man jetzt einen Staatssekretär ins Umweltministerium setzt, der den Steuerzahler 140 000 € im Jahr kostet; hinzu kommen Nebenkosten für Büro und Reisekosten. Dass der Nationalpark den Schwarzen vielleicht doch nicht so ganz geheuer ist, sagt mir das Unterbewusstsein des Kollegen Nemeth.

(Heiterkeit der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Er hat den Nationalpark vorhin nämlich noch kleiner gemacht, als er tatsächlich ist. Er sagte, der Nationalpark umfasse ungefähr 0,1 % der Landesfläche.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Ja!)

Wenn ich aber davon ausgehe, dass das Land eine Fläche von 35 751 km² hat und der Nationalpark 10 062 ha umfasst, dann komme ich zumindest auf knapp 0,3 %. Dieser Anteil ist etwas größer als der, den Sie genannt haben. Offensichtlich machen Sie Ihren eigenen Nationalpark ein bisschen kleiner, noch kleiner, als er tatsächlich ist.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die CDU macht das nicht so genau!)

Wir, die FDP/DVP-Fraktion, möchten den Naturschutz in der Fläche haben. Aus diesem Grund möchten wir mit unseren Änderungsanträgen Mittel für den Nationalpark zu den Naturparks umschichten. Deswegen wollen wir Ihre Struktur, die Sie jetzt aufgebaut haben – den Zerriss des Naturschutzes –, nicht akzeptieren. Wir wollen Geld aus dem Umweltministerium wieder ins MLR übertragen und die dort ressortierenden Naturparke stärken. Denn die Naturparke machen 30 % der Landesfläche aus, während der Nationalpark ungefähr 0,28 % der Landesfläche umfasst.

Frau Kollegin Lisbach, ich darf Ihnen zum Schluss noch einmal sagen: Es ist nicht so, dass die FDP/DVP nach ihrem Änderungsantrag den Naturschutz nicht will. Vielmehr wollen wir bloß die Politik des Spielwieschens nicht verfolgen. Wir wollen einen gescheiterten Naturschutz, und dies am besten aus einem Haus.

Vielen Dank, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Untersteller das Wort.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Zwei Bemerkungen vorweg.

Ob der Anteil des Nationalparks an der Landesfläche 0,1 % oder 0,3 % beträgt, ist, finde ich, nicht entscheidend. Entscheidend ist vielmehr, dass wir mittlerweile – dafür bin ich dankbar – ein gemeinsames Verständnis über die Bedeutung des Nationalparks in Baden-Württemberg haben und dieses Projekt in der Koalition gemeinsam voranbringen.

(Zuruf: Sehr gut!)

(Minister Franz Untersteller)

Eine zweite Bemerkung möchte ich an dieser Stelle noch machen: Ein Windrad bringt nur dann Geld, wenn es sich vorn dreht.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha! Wie oft dreht es sich hier?)

Deshalb könnte man sich einfach einmal überlegen, dass jemand 5 Millionen € dann für eine Investition in die Hand nimmt, wenn er eine ziemlich hohe Sicherheit hat, dass sich diese 5 Millionen € in absehbarer Zeit wieder refinanzieren. Nur dann macht er das nämlich.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Zurufe der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP und Anton Baron AfD)

Zu diesem einfachen Gedankengang sollte auch eine AfD fähig sein.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist doch völliger Unsinn!)

Meine Damen und Herren, ein Haushalt muss sich aus meiner Sicht letztlich an zwei Kriterien messen lassen. Erstens: Werden wir den Herausforderungen gerecht, die an uns, an die Politik gestellt werden? Und zweitens: Kommt dieser Haushalt den Menschen in unserem Land, den zukünftigen Generationen hier bei uns im Land zugute, und macht das, was wir in diesem Haushalt verankert haben, insbesondere auch für die zukünftigen Generationen Sinn? Das sind die Punkte, die letztendlich entscheidend sind.

Die Herausforderungen in meinem Bereich, meine Damen und Herren, sind klar. Ich will sie kurz nennen: erstens Klimawandel, zweitens Ressourcenknappheit, drittens der Schutz unserer Natur und unserer Kulturlandschaften und schließlich viertens der Bau einer, wie ich sie immer nenne, neuen Energiewelt, die die alte Energiewelt ablöst, sprich die Energiewende.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Frage, liebe Kolleginnen und Kollegen, lautet: Werden wir dem mit diesem Haushalt gerecht?

Ich will das einmal anhand der vier Punkte, die ich gerade genannt habe, durchgehen.

Ich beginne mit dem Klimaschutz. Wir sind, liebe Kolleginnen und Kollegen, die erste Generation, die die Folgen des Klimawandels zu spüren bekommt,

(Abg. Anton Baron AfD: Quatsch! Es gibt keinen Klimawandel!)

aber wir sind gleichzeitig die letzte Generation, die den Klimawandel noch auf ein beherrschbares Maß begrenzen kann. Ich will auch einmal eines sagen: Wenn sich 194 Staaten – Industrieländer, Schwellenländer, Entwicklungsländer, Öl exportierende Länder – in Paris im Dezember 2015 einig sind,

(Abg. Anton Baron AfD: Da muss man eben etwas machen!)

dass wir diesen Klimawandel bekämpfen müssen – 194 Staaten! –, und man dann hier in Haushaltsanträgen Mittel für den Klimaschutz mit der Begründung infrage stellt, ob es einen Klimawandel gebe, wisse man nicht so recht, dann ist das, meine ich, schon gewagt. Das ist schon gewagt. Das muss man schon einmal sagen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Wir haben in Baden-Württemberg im Jahr 2013 mit einer großen Mehrheit aus CDU, SPD und Grünen das Klimaschutzgesetz verabschiedet. Das bildet für uns den Rahmen, um in Baden-Württemberg unsere Klimaschutzziele zu erreichen. Der mit dem Gesetz eingeführte Monitoringprozess zeigt, dass wir heute bereits 70 % des CO₂-Minderungsziels geschafft haben,

(Lachen des Abg. Anton Baron AfD – Abg. Anton Baron AfD: Was ist denn das für eine Aussage? Postfaktisch!)

das wir für 2020 angepeilt haben.

Um das einmal konkret an Zahlen festzumachen: 15 Millionen t CO₂ konnten bislang eingespart werden. 22,5 Millionen t CO₂ sind das Ziel, das wir bis zum Jahr 2020 erreichen müssen. Weil wir jedoch schon viele Maßnahmen umgesetzt haben, wird es in den kommenden Jahren natürlich immer schwieriger, die restlichen 30 % CO₂ einzusparen, um unsere Klimaschutzziele, die ja gesetzlich verankert sind, zu erreichen.

Deshalb sind in diesem Haushalt – ich bin dankbar, dass sich die Koalitionsfraktionen darauf verständigt haben – für weitere Aktivitäten im Klimaschutz 1,8 Millionen € zusätzlich vorgesehen und verankert.

Ein Beispiel: Mit einem „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“ werden wir unsere Anstrengungen gezielt dort verstärken, wo besonders effektive Maßnahmen bereits etabliert sind, die Nachfrage mit den bislang zur Verfügung stehenden Mitteln jedoch noch nicht gedeckt werden konnte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir bauen – ich habe es erwähnt – an einer neuen Energiewelt, an einer auf Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien, auf Energieeffizienz aufbauenden Energiewelt, an einer in weiten Teilen auf Dezentralität aufbauenden Energiewelt – sauberer Strom, umweltverträglich, generationengerecht und mittelfristig so weit wie möglich unabhängig von fossilen Rohstoffen. Diese Energiewende gelingt nur, wenn wir die erneuerbaren Energien in den kommenden Jahren weiter ausbauen. Auf Bundesebene lag der entsprechende Anteil Ende 2016 im Stromsektor bei 32,3 bis 32,4 %. Hier in Baden-Württemberg kommen wir ebenfalls voran, wenn auch sehr unterschiedlich: bei dem Thema Windenergie im letzten Jahr mit 120 neuen Anlagen recht gut.

(Beifall bei den Grünen)

Wir haben gleichzeitig etwa 200 neue Genehmigungen erteilt und haben im Moment 170 Verfahren in Bearbeitung. Das zeigt: Auch unter den neuen Bedingungen – der Ausschreibung, die ab dem 1. Januar 2017 gilt –, die mit Sicherheit dazu führen werden, dass die Vergütungen noch einmal sinken,

(Minister Franz Untersteller)

haben wir in Baden-Württemberg weiterhin eine Chance, beim Thema Windenergie mit dabei zu sein.

(Abg. Anton Baron AfD: Gehen Sie noch auf Tiere ein?)

Schwieriger war es in den letzten Jahren beim Thema Fotovoltaik. Obwohl die geografischen Voraussetzungen bei uns – eine relativ hohe Sonneneinstrahlung – gut waren, ist seit der letzten EEG-Novelle 2014 der Zubau in allen Bundesländern erheblich zurückgegangen. Das hängt natürlich mit den damaligen Festlegungen zusammen, wonach auch bei den Anlagen über 10 kW rund 40 % EEG-Umlage zu zahlen ist. Das hat es insbesondere etwa für Industriebetriebe, für Gewerbebetriebe uninteressant gemacht, sich Anlagen auf die Dächer zu legen.

Allerdings bin ich zuversichtlich, dass sich das in den nächsten Jahren wieder ändern wird. Die Preise für Module sind weiter gesunken. Ich würde mir wünschen, dass mit den Mindestpreisen, die bislang noch auf EU-Ebene verankert sind, Schluss gemacht wird. Denn wozu führen sie? Sie führen dazu, dass wir von den immer günstiger werdenden Preisen der Module, die nun einmal weitgehend aus Asien kommen, derzeit nur unzureichend profitieren. Wenn wir diese Mindestpreispolitik nicht hätten, würden die Vergütungen, glaube ich, noch einmal um etwa 15 % bis 20 % sinken.

Dass es in diese Richtung geht, können Sie heute sehen. Die Bundesnetzagentur hat heute die Ergebnisse der neuen Ausschreibungsrunden für große Fotovoltaikanlagen veröffentlicht. Mittlerweile liegt der Preis bei 6,5 Cent. Die günstigsten Vergütungen an der Untergrenze liegen bereits bei 6 Cent. Das heißt, wir sind hier bei Stromerzeugungskosten, die unterhalb der Stromerzeugungskosten neuer konventioneller Anlagen liegen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Speicherung!)

Das ist eine Entwicklung, die keiner von uns – mich eingeschlossen – noch vor wenigen Jahren angenommen hätte.

Paul Nemeth hat es angesprochen: Wir wollen beim Thema Fotovoltaik in Baden-Württemberg einiges voranbringen, beispielsweise das Thema Mietersolarstrom. Das ist eine Chance insbesondere zur Urbanisierung der Energiewende, um da, wo die großen Mietshäuser stehen, die Dächer zu nutzen und den kostengünstigen Solarstrom auch Mieterinnen und Mietern zugänglich zu machen.

Das ist nicht ganz einfach; aber – Kollege Nemeth hat es angesprochen – wir haben mittlerweile im Bund einiges bewirken können. Ich gehe davon aus, dass wir innerhalb der nächsten ein bis zwei Wochen wissen, ob der Bund von den Verordnungsmöglichkeiten, die er sich im EEG geschaffen hat, in dieser Legislaturperiode selbst Gebrauch macht. Dann müssen wir uns das angucken. Wenn nicht, werden wir hier im Land aktiv. Dafür haben wir in diesem Haushalt mit entsprechenden Mitteleinstellungen Vorsorge getroffen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Ich bin auch dankbar, dass wir uns mit unserem Koalitionspartner verständigt haben, die Öffnungsklausel im EEG wahr-

zunehmen – auch für die größeren Flächen-PV-Anlagen. Der Bund schreibt nun mal ab diesem Jahr 600 MW an großen Freiflächen-PV-Anlagen aus. Jetzt kann man sagen: „Nein, das wollen wir nicht.“ Dann werden sich andere freuen. Diese Stellungnahmen kenne ich auch.

Wir sind zurzeit in der Anhörungsphase, aber ich finde, wir sollten die Chancen in einem überschaubaren Rahmen nutzen. Wir haben uns auf 100 MW pro Jahr verständigt, die ausgeschrieben werden. Dafür sind etwa 150 bis 200 ha notwendig. Niemand muss Angst haben, dass z. B. gute Ackerböden darunterfallen, weil wir letztendlich mit sehr kostengünstigen Flächen in Ostdeutschland und in Norddeutschland – mit großen Konversionsflächen – konkurrieren. Das heißt, unsere Chancen, hier überhaupt zum Zug zu kommen, werden überschaubar sein. Aber ich denke, wir sind uns einig, dass das mit ein Baustein sein sollte, um das Thema Fotovoltaik bei uns in Baden-Württemberg voranzubringen.

Ebenfalls vom Kollegen Nemeth wurde das Thema Stromnetze angesprochen. Letztendlich: Energiewende ist mehr als nur ein Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir müssen hier natürlich schauen, dass wir die Netze ausbauen, und zwar sowohl im Bereich der Übertragungsnetze als auch im Bereich der Verteilnetze. Wir haben in diesem Haushalt auch nochmals weitere Mittel vorgesehen, um das Thema „Smart Grids“ – intelligente Netze – voranzubringen.

(Lachen der Abg. Anton Baron und Dr. Rainer Podewas AfD)

Wir haben ein Förderprogramm für die kommenden Jahre in Höhe von insgesamt 10 Millionen €, mit dem wir pro Jahr 2 Millionen € voranbringen.

Ich will einmal ein Beispiel nennen, wo wir schon sehr erfolgreich waren. Wir haben hier in Baden-Württemberg vor drei Jahren gemeinsam mit der Industrie, mit Forschungseinrichtungen die Smart-Grid-Plattform entwickelt.

(Abg. Anton Baron AfD: Wer zahlt die?)

Letztendlich war diese Smart-Grid-Plattform sozusagen der Nukleus für ein Konsortium von 50 Unternehmen und Forschungseinrichtungen, die Ende letzten Jahres mit einem 50 Millionen € schweren Antrag beim Bundeswirtschaftsministerium erfolgreich waren und mit dem C/sells-Projekt durchgekommen sind. Das Investitionsvolumen beträgt insgesamt 100 Millionen €. Dass dafür bei der AfD kein Verständnis besteht, lasse ich einfach links liegen.

(Abg. Anton Baron AfD: Was kosten die Dinger?)

Aber ich denke, wir sind uns einig, dass das eine Chance für den Industriestandort Baden-Württemberg ist, bei diesen wichtigen Themen „Smart Grids“ – intelligente Netze – und „Digitalisierung der Energiewirtschaft“ wirklich ein Leitmarkt zu werden.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Ganz Europa lacht uns aus!)

Ein drittes Thema habe ich angesprochen – das will ich noch kurz ausführen –, nämlich das Thema Ressourceneffizienz. In Baden-Württemberg wird im technologischen Bereich sehr

(Minister Franz Untersteller)

vieles produziert. Baden-Württemberg ist einer der wichtigsten Automobilstandorte, hier ist Zulieferindustrie angesiedelt, Maschinenbau, Anlagenbau, Elektrotechnik, Elektronik, IT, und Baden-Württemberg exportiert sehr viel. Aber auf der anderen Seite ist Baden-Württemberg ein sehr rohstoffarmes Land. Wir haben Steine, wir haben Holz, wir haben Kies, und wir haben Salz. Das sind die Rohstoffe, die es in diesem Land gibt. Alle anderen Rohstoffe importieren wir.

Jetzt gibt es für den Industriestandort Baden-Württemberg zwei Möglichkeiten, damit umzugehen. Die erste Möglichkeit ist, dass wir immer mehr Ressourcen importieren und uns damit von den Rohstofflieferanten immer abhängiger machen, und dies in einer immer unsicherer werdenden Welt. So kann es durchaus sein, dass manche Rohstoffe für die Herkunftsländer eine strategische Bedeutung haben, weil nur diese sie exportieren. Das ist die eine Möglichkeit.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Die andere Möglichkeit – das ist die, die wir präferieren – ist, dass wir ressourceneffizient wirtschaften, dass wir bei ressourceneffizienten Technologien Marktführer werden und uns dann als Exportregion Baden-Württemberg auf dem Weltmarkt mit diesen Technologien wiederum zukünftig zusätzliche Exportchancen verschaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Die Landesregierung gibt hier eine klare Antwort: Wir setzen auf das Thema Ressourceneffizienz. Wir haben hierfür im Haushalt beispielsweise für die Umsetzung der Ressourceneffizienzstrategie nochmals 1,8 Millionen € eingestellt. Diese Strategie haben wir gemeinsam mit der Industrie, mit Wissenschaft und Forschung entwickelt. Jetzt geht es natürlich darum, dies umzusetzen.

Wir wollen hier auch bundes- und europaweit Impuls- und Ideengeber sein. Aber letztendlich wollen wir auch das sein, was ich eben angesprochen habe, nämlich ein Leitmarkt und ein Leitanbieter von Ressourceneffizienztechnologie.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang vielleicht noch mal kurz zwei Leuchtturmprojekte nennen. Eines wurde bereits genannt, nämlich der Thinktank „Ressourceneffizienz“. Dies ist eine Art Denkfabrik, die wir hier gemeinsam mit der Industrie voranbringen wollen, übrigens auch gemeinsam finanzieren wollen, nämlich indem wir einen Beitrag bringen und die Industrie einen Beitrag bringt. Damit wollen wir Lösungsstrategien und neue Impulse für eine ressourcenschonende und wettbewerbsfähige Umwelt- und Industriepolitik entwickeln.

Das zweite Thema – auch dafür haben wir Mittel in den Haushalt eingestellt – ist das wichtige Thema Ultraeffizienzfabrik. So haben wir es überschrieben. Dies ist auch ein Leuchtturmprojekt. Worum geht es? Es geht darum, die Produktionsanlagen der Zukunft zu entwickeln, sodass wir es zukünftig wieder leichter haben, Industrieanlagen in Städten zu haben, sodass Wohnen und Produzieren auch wieder besser zusammengehen, als das heute der Fall ist. Heute bestehen immer wieder Konfliktsituationen zwischen Wohnen, Freizeit und Industrie. Ich glaube, dass das ein ganz wichtiges Thema ist und wir in Deutschland dabei eine Leitfunktion haben. Wir wer-

den deshalb digitale Effizienztechnologien erproben und die Ultraeffizienzfabrik als ein Leuchtturmprojekt in die Digitalisierungsstrategie des Landes einbringen.

Ein Beispiel, das wir ebenfalls weiter voranbringen wollen und das auch im Haushalt verankert ist, möchte ich noch nennen. Das ist die Idee: 100 ressourceneffiziente Betriebe als Leuchttürme, mit denen wir in Baden-Württemberg zeigen, was heute bereits in den kleinen und mittleren Betrieben passiert – beispielhaft für andere, die davon lernen können und einiges in ihren Unternehmen übernehmen können.

Einen vierten Punkt, der ebenfalls bereits angesprochen wurde, möchte ich noch ansprechen: den Naturschutz. Baden-Württemberg ist ein Land, das Gott sei Dank reich an Kulturlandschaften ist. Das sind die meisten; denn manchmal spricht man ja nur von Naturschutzgebieten, aber es sind eigentlich Kulturlandschaften. Aber wir haben auch noch eine wunderschöne Natur und Landschaft zu erhalten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Noch, noch! Wenn Sie Ihre Windräder bringen! – Heiterkeit – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Noch! – Beifall bei der AfD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zurufe – Glocke des Präsidenten)

– Herr Kollege Zimmermann, ich mache Ihnen einfach einmal eine Rechnung auf: Rechnen Sie für eine Anlage mit 1 ha, und dann machen wir eine theoretische Rechnung, wie viele Hektar für tausend Anlagen notwendig sind. Dann kommen Sie auf 1 000 ha. Überlegen Sie sich dann, wie groß Baden-Württemberg ist, dann sind Sie weit unter 1 % der Landesfläche, die Sie dafür brauchen. Daher brauchen wir uns gemeinsam um die Kulturlandschaften in Baden-Württemberg

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Hinstellen tun sie die mit Hubschraubern! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

keine Gedanken zu machen. Natur und Landschaft und die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, das bedeutet auch – und das ist mir sehr ernst –: Wir erhalten die Heimat der Menschen in unserem Land. Trotz der notwendigen Haushaltskonsolidierung – es ist vorhin angesprochen worden und ich werde gleich noch darauf eingehen – konnte erreicht werden, dass im Planentwurf 2017 für den Naturschutz und die Landschaftspflege 55,5 Millionen € veranschlagt worden sind. Dies zeigt, dass der Naturschutz in Baden-Württemberg einen sehr hohen Stellenwert hat, und er hat auch für diese Koalition einen sehr hohen Stellenwert.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Naturschutz und Windkraft schließen sich aus!)

Es konnten wichtige Meilensteine wie das zweite Biosphärengebiet im Südschwarzwald realisiert werden, und durch die nahezu flächendeckende Einrichtung von Landschaftserhaltungsverbänden können wir unsere attraktive Kulturlandschaft und ihre einzigartigen Schutzgebiete noch besser pflegen. Außerdem finanzieren wir aus dem Naturschutzetat die Natura-2000-Managementpläne, mit denen das Land seiner Verantwortung für den Erhalt des europäischen Naturerbes nachkommt.

(Minister Franz Untersteller)

Nun gab es in den letzten Tagen einige Diskussionen um Bauernregeln bzw. Ministerinnen, die wegen vermeintlicher Bauernregeln zurücktreten sollten oder nicht.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sag uns etwas dazu! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Jetzt mal im Ernst: Ich will mich nicht an der Debatte über richtige und falsche Bauernregeln beteiligen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Schade, arg schade!)

Aber eines möchte ich sagen: Fakt ist doch, dass die Landwirtschaft Milliardenbeträge aus Brüssel, aus Berlin und aus den Ländern bekommt, und zwar zu Recht, weil sie z. B. einen wichtigen Beitrag zum Erhalt unserer Kulturlandschaften sowie für die Erzeugung gesunder Lebensmittel leistet.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Trotzdem muss sich – deshalb mache ich niemandem einen Vorwurf –, wie ich finde, so mancher Bauernfunktionär einmal mit der Frage auseinandersetzen: Ist es, wenn man so viele öffentliche Gelder bekommt, dann richtig, anschließend noch einmal die Öffentlichkeit zu belangen, und zwar bundes- und europaweit gesehen, in Milliardenhöhe, wenn es darum geht, mit zu hohen Nitratwerten im Boden,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Gabi Rolland SPD: Im Trinkwasser!)

mit dem Rückgang der Artenvielfalt in unserer Landschaft oder auch mit zu hohen Rückständen in unseren Fließgewässern umzugehen? Ich weiß, wovon ich spreche, wenn ich sehe, wie viele Mittel wir noch in die Hand nehmen müssen, beispielsweise bei den Themen

(Abg. Gabi Rolland SPD: Glyphosat!)

Abwasserreinigung, Wasserversorgung oder „Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie“, bei der es darum geht, einen guten chemischen und ökologischen Zustand unserer Fließgewässer herzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Daher muss man schon einmal sagen: „Ohne Blumen auf der Wiese geht's der Biene richtig miese.“ Da ist schon etwas dran.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich glaube, deswegen muss man sich auch ernsthaft mit diesen Themen auseinandersetzen.

(Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, Sie nähern sich allmählich dem Zeitpunkt, an dem ich einen Aufschlag erteilen muss.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Ich will nur noch eines zum Schluss sagen: Der Etat meines Hauses umfasst lediglich 1 % des gesamten Haus-

haltsvolumens. Es ist vorhin bereits angesprochen worden. Es handelt sich um ein kleines Haus. Aber wir erbringen 3,4 % des Sanierungsbeitrags; wir erbringen einen Sanierungsbeitrag von beinahe 15 Millionen €. Das verlangt uns auch im Naturschutz etwas ab. Daran sieht man: Wir nehmen das Thema Konsolidierung bei uns ernst. Trotzdem investieren wir auch wiederum im Jahr 2017.

So manche Anträge – beispielsweise von Ihnen, Herr Kollege Glück – kann ich nicht nachvollziehen. Sie werfen uns vor, wir hätten 7 Millionen € zusätzlich im Naturschutz zur Verfügung und könnten von diesen noch einmal abzwacken. In Wirklichkeit ist es so: Wir können leicht in diesem Haushalt zulegen, weil wir auch unseren Konsolidierungsbeitrag erbringen. Aber ich kann nicht erkennen, dass wir hier in Geld schwimmen würden.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Soll ich dann noch einmal rausgehen, um es Ihnen zu erklären?)

Es geht auch nicht, wie Sie in Ihrem Antrag behaupten, um Klientelpolitik, sondern es geht darum, dass wir Mittel für die Landschaftspflege bereitstellen. Die Landschaftspflege wird nun mal zum Großteil von den Landwirtinnen und Landwirten über den Vertragsnaturschutz bereitgestellt. Daher habe ich den Eindruck, da kommt einiges durcheinander.

Das gilt auch für das Thema FÖJ. Dazu will ich noch sagen: 2012 gab es einen doppelten Abiturjahrgang. Da haben wir auf 210 Stellen aufgestockt. In der letzten Regierungskoalition wurde vereinbart, anschließend wieder abzubauen. In der mittelfristigen Finanzplanung waren keine Mittel vorgesehen. Wir haben jetzt, unter Grün-Schwarz, vereinbart, diese Mittel neu einzustellen, damit wir bei den 210 Stellen bleiben können. Daher bitte ich darum, dies nicht zu kritisieren, sondern das zu goutieren, was wir da gemacht haben, und zu unterstützen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/1310.

Zunächst rufe ich Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe die Nummer 1 auf:

Kapitel 1001

Ministerium

Wer Kapitel 1001 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1001 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Ich rufe die Nummer 2 auf:

Kapitel 1002

Allgemeine Bewilligungen

Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Zu Titel 546 69 liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1410-4, vor, mit dem begehrt wird, das Budget für sonstigen Sachaufwand zu reduzieren. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 547 80 – Sachaufwand für Lehrschauen usw. – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1410-5, vor, der eine Mittelkürzung für Werbe- und Präsentationsmaßnahmen fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 1002. Wer Kapitel 1002 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1002 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 3 auf:

Kapitel 1005

Wasser und Boden

Zu Titel 534 90 liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1410-6, vor, der begehrt, das Budget für Dienstleistungen Dritter zu kürzen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 1005. Wer Kapitel 1005 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1005 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 4 auf:

Kapitel 1006

Immissionsschutz, Kreislaufwirtschaft, Marktüberwachung

Wer Kapitel 1006 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1006 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 5 auf:

Kapitel 1007

Grundsatz, Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Umwelttechnik

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/1310. Hierzu liegen elf Änderungsanträge der AfD-Fraktion vor.

(Zuruf: Bloß? – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE:
Kann man das auch zusammenfassen?)

Zunächst stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1410-7, zu Titel 534 74 zur Abstimmung, mit dem das Budget für Dienstleistungen Dritter gekürzt werden soll. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 683 74 – Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1410-8, vor, mit dem eine Mittelkürzung verlangt wird. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 892 74 N – Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1410-9, vor, der eine Kürzung der Mittel fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 893 74 N – Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1410-10, vor, der eine Mittelkürzung fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 534 85 liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1410-11, vor, der fordert, das Budget für Dienstleistungen Dritter zu streichen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 685 85 N – Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1410-12, vor, der eine Streichung der Mittel begehrt, die für die Umsetzung und Weiterentwicklung der Klimaschutzziele des Landes vorgesehen sind. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 893 85 – Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1410-13, vor, der eine Mittelkürzung fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 547 86 N – Sachaufwand – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1410-14, vor, der eine Kürzung der Mittel für Werkverträge verlangt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1410-15, zu Titel 683 86 – Zuweisungen an Sonstige –, der eine Kürzung der Fördermittel für Nichtregierungsorganisationen fordert. Wer stimmt diesem Änderungs-

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

antrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 534 96 liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1410-16, vor, der fordert, das Budget für Dienstleistungen Dritter zu reduzieren. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 685 98 – Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1410-17, vor, der begehrt, die Mittel für den großtechnischen Einsatz von Wasserstoff zu streichen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel 1007. Wer Kapitel 1007 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Kapitel 1007 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 6 auf:

Kapitel 1008

Naturschutz und Landschaftspflege

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/1310. Hierzu liegen ein Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD und zwei Änderungsanträge der Fraktion der FDP/DVP vor.

Zunächst stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1410-18, zu Titel 685 01 N – Zuschuss an die Stiftung Naturschutzfonds –, mit dem eine Mittelkürzung verlangt wird, zur Abstimmung. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die AfD ist gegen Naturschutz!)

Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 429 91 N – Personalaufwand – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/1410-1, vor, der eine Begrenzung des Aufwuchses an Personal fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 544 91 N – Entschädigung für Pflege- und Unterhaltungsmaßnahmen in Schutzgebieten und Biotopschutzflächen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/1410-2, vor, der eine Begrenzung des Mittelaufwuchses fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 686 91B N – Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke – liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE

und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/1410-27, vor, der eine Neufassung der Verpflichtungsermächtigungen vorsieht. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Änderungsantrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 1008. Wer Kapitel 1008 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Kapitel 1008 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 7 auf:

Kapitel 1009

Energiewirtschaft

Hierzu liegen acht Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

(Zurufe der Abg. Hans-Ulrich Sckerl und Beate Böhlen GRÜNE)

Zunächst stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1410-19, zu Titel 534 01, mit dem das Budget für Dienstleistungen Dritter gekürzt werden soll, zur Abstimmung. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Qualitativ zu wenig und quantitativ zu viel! Viel Masse, keine Klasse!)

Zu Titel 427 70 – Personalaufwand – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1410-20, vor, mit dem eine Mittelstreichung verlangt wird. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 534 70 liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1410-21, vor, der eine Reduzierung des Budgets für Dienstleistungen Dritter fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 661 70 – Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1410-22, vor, der eine Mittelkürzung begehrt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1410-23, zu Titel 683 70 – Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen –, der eine Mittelkürzung verlangt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Zu Titel 892 70 – Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1410-24, vor, der eine Kürzung der Mittel begehrt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 682 71 N – Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1410-25, vor, der eine Mittelkürzung fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 685 71 – Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1410-26, vor, der eine Reduzierung der Zuschüsse im Zusammenhang mit der Energiewende fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Anton Baron AfD: Unbedingt!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 1009. Wer Kapitel 1009 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Kapitel 1009 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 8 auf:

Kapitel 1010

Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg

Wer Kapitel 1010 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Kapitel 1010 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 9 auf:

Kapitel 1011

Kernenergieüberwachung, Strahlenschutz

Wer Kapitel 1011 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Kapitel 1011 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 10 auf:

Kapitel 1012

Nationalpark Schwarzwald

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – und zu Titel 428 01 – Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten) – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/1410-3, vor, der aus zwei Abschnitten – einem Betrags- und einem Stellenteil – besteht und Kürzungen bei den Personalkosten und Stellen fordert. Sind Sie damit einverstanden, dass ich diesen Änderungsantrag insgesamt zur Abstimmung

stelle? – Dies ist der Fall. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 1012. Wer Kapitel 1012 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Kapitel 1012 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben nun noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 23. November 2016, Drucksache 16/1120, soweit diese den Einzelplan 10 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 10 angelangt.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Und ein großes Glas Wasser für den Präsidenten bitte! – Abg. Anton Baron AfD: Einen Kurzen für den Präsidenten!)

Meine Damen und Herren, bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, darf ich auf der Besuchertribüne recht herzlich eine Delegation aus der Autonomen Provinz Vojvodina in Serbien unter der Leitung von Herrn Landwirtschaftsminister Radojevic begrüßen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die serbischen Gäste sind nach Baden-Württemberg gekommen, um die engen Beziehungen zwischen unserem Land und der Vojvodina im Bereich der Landwirtschaft zu pflegen und zu vertiefen.

Gestern und heute haben sie die Bäuerliche Erzeugergemeinschaft in Schwäbisch Hall besichtigt und Gespräche mit Herrn Regierungspräsident Reimer, dem Bioland-Verband sowie dem Bauernverband geführt. Nachher findet noch ein Gespräch mit Mitgliedern unseres Landwirtschaftsausschusses und Frau Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch statt. Morgen Abend wird der Besuch enden.

Sehr geehrter Herr Minister Radojevic, sehr geehrte Gäste aus der Vojvodina, ich heiße Sie in der Plenarsitzung des Landtags von Baden-Württemberg sehr herzlich willkommen und wünsche Ihnen weiterhin einen informativen und erfolgreichen Aufenthalt in unserem Land. Herzlich willkommen!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, wir fahren in der Tagesordnung fort.

Ich rufe **Punkt 2 e** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 13: Ministerium für Verkehr

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/1313

Berichterstatter: Abg. Winfried Mack

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 13 – Ministerium für Verkehr – eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Wünscht der Herr Berichterstatter das Wort? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE dem Kollegen Katzenstein.

(Zuruf: Jawohl!)

Herr Abg. Katzenstein, ich bitte um Entschuldigung. Mir wurde eben gesagt, das ist Ihre erste Rede. Dann bitte ich die Kolleginnen und Kollegen, das entsprechend zu berücksichtigen.

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Vielen Dank, Herr Präsident. – Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Mobilität der Zukunft – nachhaltig und modern“, so ist das einschlägige Kapitel unseres Koalitionsvertrags überschrieben. In der Einleitung heißt es weiter:

Unser Ziel ist eine neue Mobilität, die umwelt- und klimaverträglich, sozial, bezahlbar und wirtschaftlich effizient ist und Lebensqualität sichert.

Und:

Wir wollen Baden-Württemberg zum Wegbereiter einer modernen und nachhaltigen Mobilität der Zukunft machen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

„Zum Wegbereiter“, also nicht zu einem, sondern zu dem Wegbereiter.

Mit dem Einzelplan 13 – Ministerium für Verkehr – legen wir dafür die Grundlagen. Dabei haben wir, wie bei allen Einzelplänen, den Spagat zwischen dem Konsolidieren des Haushalts auf der einen Seite – also keine neuen Schulden machen – und den gewachsenen Aufgaben und Erfordernissen wie Sanieren und Investieren auf der anderen Seite zu bewältigen. Aber wir sind der Überzeugung, dass uns dies gut gelungen ist. Wir setzen Akzente für eine nachhaltige, für eine moderne Mobilität.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Felix Schreiner CDU: So ist es!)

Ich beginne mit dem Schienenverkehr. Im Bereich der Regionalisierungsmittel, also der Mittel, die der Bund für den regionalen Schienenverkehr an die Länder weiterreicht, gibt es endlich Licht am Ende des Bahntunnels. In den letzten Jahren sind die Ausgaben durch galoppierende Stations- und Trassenpreise und durch steigende Energiekosten auf der einen Seite sehr viel schneller gestiegen als die Regionalisierungsmittel auf der anderen Seite.

Deshalb hat das Land eigene Mittel in beträchtlicher Höhe zusätzlich aufgebracht, um das Angebot für die Menschen aufrechterhalten zu können und keine Züge abbestellen zu müssen. Hier kommen wir allmählich aus den roten Zahlen heraus. Allerdings sind wir noch nicht am Ziel. Denn die Neure-

gelungen – Stichwort „Kieler Schlüssel“ – greifen in Gänze erst ab 2020.

Dies und vor allem die erfolgreichen Ausschreibungen ermöglichen es uns, für eine deutliche Angebotsverbesserung zu sorgen. Mit den neuen Verträgen bekommen wir attraktivere Züge mit modernem Wagenmaterial, mit kostenlosem WLAN und funktionierenden Klimaanlage. Wir können das Angebot ausbauen und die Takte verdichten – Stichwort Mobilitätsgarantie.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Gestatten Sie mir an dieser Stelle auch noch einmal einen ausdrücklichen Dank an Ministerpräsident Kretschmann für das gute Ergebnis der Verhandlungen mit dem Bund und an Verkehrsminister Hermann für die erfolgreichen wettbewerblichen Vergabeverfahren, die den Ausbau des SPNV erst ermöglichen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Thomas Dörflinger CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Guter Minister!)

Das ist moderne Verkehrspolitik, das sind Investitionen in nachhaltige Mobilität.

Nach über zehn Jahren wird es in diesem Jahr wieder eine Förderung der Beschaffung von Schienenfahrzeugen – gemeint sind die Straßenbahnen und die kommunalen Eisenbahnen – geben. In diesem Jahr stehen 20 Millionen € zur Verfügung. Wir beschließen zudem Verpflichtungsermächtigungen in gleicher Höhe für die Jahre 2018 und 2019. Insgesamt stehen also 60 Millionen € zur Verfügung. Damit unterstützen wir Städte und kommunale Verkehrsbetriebe, ihren großen Sanierungsbedarf im ÖPNV abzubauen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Schließlich eint uns das Ziel, mehr Menschen in Busse und Bahnen zu bekommen, mehr Menschen, die nachhaltig und modern mobil sind.

Wie gesagt, eine derartige Förderung gab es seit zehn Jahren nicht mehr. Ein gewichtiger Akzent, den wir hier gemeinsam mit der CDU setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Ich komme zum Straßenverkehr.

(Zuruf von der CDU: Wichtig! Ja!)

– Ja, das ist wichtig. – Ca. 80 % des Verkehrs findet auf den Straßen statt.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Wir haben hier eine große Verantwortung, und der werden wir unter den gegebenen Rahmenbedingungen auch gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

(Hermann Katzenstein)

Aufgrund der begrenzten Mittel und aus grüner Überzeugung gilt daher weiterhin der Grundsatz: Erhalt vor Ausbau vor Neubau.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

– He! Meine Redezeit! – Ursprünglich standen für die Sanierung nur die Mittel im Einzelplan 13 zur Verfügung. Diese 80 Millionen € konnten wir noch durch Mittel aus dem Sanierungstopf des Einzelplans 12 beinahe verdoppeln. Zusätzlich 70 Millionen € stellen wir für die dringende Sanierung von Landesstraßen und Brücken zur Verfügung. Wir sichern so unser Staatsvermögen und bauen implizite Schulden ab.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Aber Aus- und Neubau fallen natürlich nicht unter den Tisch. Auch hierfür haben wir 40 Millionen € im Haushalt bereitgestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Heiterkeit der Abg. Nicole Razavi CDU)

– Das freut die Kollegin.

Wir stehen bei der Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans und der bereits angelaufenen höheren Mittelzuweisung und größeren Projektfreigabe des Bundes vor einer großen Herausforderung. Wir haben vereinbart, dass wir die zahlreichen Projekte aus dem Bundesverkehrswegeplan in Abstimmung mit dem Bund in eine ordentlich priorisierte Reihenfolge bringen, denn alle Planungen auf einmal sind nicht zu leisten. Erschwerend kommt hinzu, dass der Bund die Planungskosten nur zu einem kleinen Teil erstattet.

Aber nicht nur finanziell, sondern auch personell ist diese Aufgabe eine Herausforderung. Dieser begegnen wir mit der Bereitstellung von 50 zusätzlichen Personalstellen.

An dieser Stelle sei mir ein Dank an die Straßenbauverwaltung im Land erlaubt, die in den vergangenen Jahren Rekordumsätze geleistet hat, damit die Menschen im Land weiterhin auf einer vernünftigen Infrastruktur unterwegs sein können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Die Elektromobilität ist im Kommen. Da müssen gerade wir in Baden-Württemberg aktive Politik betreiben – mit Infrastrukturmaßnahmen und der Unterstützung unserer Automobilindustrie. Diese muss und wird sich zu modernen Mobilitätsanbietern wandeln.

Die grüne Fraktion lebt die Politik des Gehörtwerdens. Im regelmäßigen Austausch mit den Autoherstellern und Zulieferbetrieben im Land verstärken wir die strategische Partnerschaft und unterstützen den laufenden und anhaltenden Strukturwandel in diesem Bereich.

Der Klimawandel und die internationalen Vereinbarungen zum Klimaschutz machen aber klar, dass gerade der Verkehr seinen Beitrag zur Reduzierung von CO₂- und anderen Emissionen leisten muss. Deshalb müssen die Autoindustrie und die innovativen Zulieferbetriebe in unserem Land hier noch ein paar Gänge hochschalten. Sie müssen beschleunigen wie ein Tesla oder eine ZOE. Andere Hersteller haben die Nase noch vorn – noch.

Dies greifen wir auf mit der Fortsetzung der Landesinitiative Elektromobilität III. Wir leisten unseren Beitrag: 40 Millionen € stellen wir in den Haushalt ein, davon 8 Millionen € schon 2017. Damit wollen wir endlich ein deutlich dichteres Netz von Ladesäulen im Land mit aufbauen, innovative Fahrzeugflotten unterstützen und den Markthochlauf der Elektromobilität deutlich beschleunigen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wir sichern die kontinuierliche Begleitung unserer Partner durch die Landesagentur e-mobil BW. Mit zwei Mal 2 Millionen € als Verpflichtungsermächtigungen für 2018 und 2019 geben wir der e-mobil BW, unserem beispielhaften Kompetenzzentrum mit seinen hoch qualifizierten und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Planungssicherheit – ein weiterer Akzent für moderne Mobilitätspolitik.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Uns Grünen ist der ländliche Raum wichtig;

(Abg. Felix Schreiner CDU: Der CDU aber auch!)

und wir schätzen das Ehrenamt. – Ja, sicher. Das ist ja kein Widerspruch. Das habe ich nicht bestritten.

Viele Menschen sind aktiv geworden und haben Bürgerbusprojekte gestartet. Das Kompetenzzentrum für innovative ÖPNV-Projekte im ländlichen Raum bei der NVBW unterstützt diese Initiativen mit Informationen und Beratung landauf und landab.

Für Bürgerbusinitiativen sind die Kosten bei der Anschaffung von Fahrzeugen allerdings nicht leicht zu stemmen. Zusammen mit dem Koalitionspartner unterstützt die grüne Fraktion diese sinnvolle Ergänzung des ÖPNV mit 200 000 €.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dabei kann aber was rauskommen! Mein lieber Mann!)

– Entschuldigung?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das wird der große Wurf!
– Gegenruf des Abg. Felix Schreiner CDU: Größer als eurer!)

– Das ist erst einmal ein kleiner Wurf, aber man muss ja auch erst einmal anfangen. – Diese stehen für die Förderung barrierefreier Fahrzeuge und für die nötigen Personenbeförderungsscheine der Fahrerinnen und Fahrer zur Verfügung.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Geradezu lächerlich!)

Zum Thema Lärm: Lärm bedeutet Stress, Lärm macht krank. Noch nicht alle Kommunen haben Lärmaktionspläne aufgestellt.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Gerade für die kleineren Kommunen sind die Kosten ein Hindernis. Auch hierfür stellen wir Geld zur Kofinanzierung zur Verfügung. Auch dafür setzt sich der neue Lärmschutzbeauftragte der Regierung, unser Kollege Thomas Marwein, tatkräftig ein – mit unserer vollen Unterstützung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Wo ist er denn?)

(Hermann Katzenstein)

Jetzt noch zu einer ganz persönlichen Herzensangelegenheit, dem Radverkehr. Mit dem Fahrrad ist man innerorts oft am schnellsten. Aber auch außerorts wollen wir den Pendlerinnen und Pendlern, die mit einem normalen Rad oder Elektrorad unterwegs sind, die nötige Infrastruktur zur Verfügung stellen, wie es beim motorisierten Verkehr seit Jahrzehnten Usus ist. Daher gibt es erstmals einen eigenen Haushaltstitel für Radschnellwege.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Eijejei!)

In diesem Jahr stehen 3 Millionen € für die Förderung von Planungen zur Verfügung.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

– Sie können sich gern melden. Dann können Sie eine Frage stellen. Aber bitte nicht dazwischenrufen.

In diversen Regionen im Land gibt es zum Teil schon recht konkrete Projekte und Machbarkeitsstudien. Mit uns können diese Regionen nun einen Gang hochschalten – also Kette rechts –, und wir setzen wieder einen Akzent für die moderne und nachhaltige Mobilität.

In der Raumschaft des heutigen Baden-Württembergs wurde nicht nur das Auto erfunden, sondern vor 200 Jahren auch das Fahrrad, eine der brilliantesten Erfindungen aus diesem Raum.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Karlsruhe!)

In diesem Jahr feiern wir im ganzen Land und besonders in Mannheim, Karlsruhe und der Rhein-Neckar-Region dieses Jubiläum. Das Verkehrsministerium steuert eine Landesausstellung, eine Jubiläumstour und einen Jubiläumswettbewerb bei. Wir haben die Menschen im Wettbewerb „Dein Radprojekt“ nach Ideen gefragt, und sie haben viele tolle Vorschläge gemacht.

Auf Initiative der grünen Fraktion konnten zur Umsetzung dieser Projekte zusätzlich 500 000 € im Haushalt des Verkehrsministeriums zur Verfügung gestellt werden. Ich danke der CDU-Fraktion für die konstruktive Zusammenarbeit und Unterstützung unserer Projekte.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Lieber Kollege Katzenstein, Sie haben das bislang ganz gut gemacht. Aber damit Sie von vornherein ein Zeitgefühl dafür bekommen: Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Kommen Sie also bitte zum Schluss.

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. Aber die Dankesworte möchte ich schon noch loswerden.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Redezeit!)

– Ich weiß, die Redezeit. Ich habe es ja gesehen. Ich mache es kurz. – Ich lade Sie auch noch einmal ein: Kommen Sie nach Mannheim zur Sonderausstellung „200 Jahre Fahrrad“. Es lohnt sich.

Ich danke der Landesregierung, vor allem der Finanzministerin, die uns tatkräftig unterstützt hat.

(Vereinzelt Beifall)

Ich danke dem grünen Verkehrsminister und seinem Haus für die Erstellung des Haushaltsplans und den Einsatz für eine moderne Mobilität

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Und der CDU-Fraktion!)

und wünsche als Sprecher für Radverkehr stets „Sonne in den Speichen“.

Ihnen allen danke ich nach fast zwei Tagen durchgehender Debatte für die hohe und geschätzte Aufmerksamkeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Schreiner das Wort.

Abg. Felix Schreiner CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe neulich einen Spruch gelesen. Ich möchte ihn kurz vortragen.

(Zuruf: Eine Bauernregel!)

– Ja, genau, eine Bauernregel.

(Vereinzelt Heiterkeit)

– Nein, nein, passt. – Der Spruch lautet: „Von Jahr zu Jahr braucht man weniger Zeit, um über den Ozean, aber mehr Zeit, um ins Büro zu kommen.“

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Mit diesem Spruch möchte ich heute die Premiere in der Landespolitik einleiten. Diejenigen, die schon länger diesem Haus angehören, können es ja gar nicht glauben. Ja, ich gebe zu: In der Vergangenheit gab es vielleicht auch einmal ein paar heftige Diskussionen in der Verkehrspolitik.

(Zuruf von der SPD: Was? – Abg. Anton Baron AfD: Bei dem Minister wundert mich das nicht!)

Wir haben gezankt, und das Ergebnis, das wir Ihnen heute präsentieren können, kann sich sehen lassen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Alles mit Geld zugeschüttet! – Abg. Reinhold Gall SPD: Alles mit Geld geregelt!)

Deswegen beginne auch ich mit einem Dank an die Kollegen der grünen Fraktion, an das Verkehrsministerium für die Beratungen in den vergangenen Wochen.

(Felix Schreiner)

Der wirtschaftliche Erfolg Baden-Württembergs, der zu unserem Wohlstand geführt hat und einen großen Anteil dazu beiträgt, hängt ganz eng mit einer guten Infrastruktur zusammen.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr eng!)

Die Infrastruktur in Ballungszentren, aber auch im ländlichen Raum muss ausgebaut und verbessert werden. Schon in den Koalitionsberatungen und in den Haushaltsverhandlungen haben wir uns intensiv mit der Finanzierung befasst. Zuerst haben wir eine Bestandsaufnahme gemacht, haben geschaut, wie viel Geld noch in der Staatskasse ist. Ja, ich gebe zu: Die Bilanz, das, was wir da gesehen haben, hat ein sehr ernüchterndes Ergebnis hervorgebracht. Obwohl die Steuereinnahmen seit Jahren sprudeln: Wir haben ein schweres Erbe übernommen.

Vor allem der Umstand, dass in der mittelfristigen Finanzplanung, im Straßenbau und insbesondere bei den Planungsmitteln die Ansätze nicht dem Bedarf entsprechen, ist ein Defizit. Diesem Defizit stellen wir uns, denn wir möchten es beheben. Aber dazu gleich mehr.

Im Koalitionsvertrag haben wir einen aus unserer Sicht guten Weg gefunden, um die Infrastruktur in den nächsten Jahren zu verbessern und bei den verschiedenen Verkehrsträgern deutlich voranzukommen.

Oft habe ich in den letzten Jahren hier an dieser Stelle den Satz gehört: „Wir würden ja gern, aber der Bund gibt kein Geld.“ Aber ich sage Ihnen gleich: In den kommenden Jahren wird es daran nicht scheitern. Denn die Signale, die wir aus Berlin bekommen, sind eindeutig, und sie sind eindeutig positiv.

Ja, die CDU-geführte Bundesregierung gibt uns mit dem Bundesverkehrswegeplan ein starkes Planungs- und Finanzierungsinstrument an die Hand. Er hat ein Volumen von 270 Milliarden €. Am Geld wird es also kaum mangeln, sondern was wir brauchen, sind vor allem fertig geplante Bauprojekte.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Von diesem Gesamtvolumen entfällt die Hälfte auf den Straßenbau. Das ist auch richtig. Wie Hermann Katzenstein zu Recht gesagt hat, werden 80 % des Verkehrs über den Verkehrsträger Straße abgewickelt. Dieser Realität dürfen wir uns nicht verschließen.

Aber auch die Schiene kommt mit einem Anteil von rund 41 % am Gesamtvolumen sehr positiv davon. Das muss man dann auch denen sagen, die den Bundesverkehrswegeplan immer wieder als eine Straßenbauorgie kritisiert haben. Das stimmt einfach nicht. Wenn wir nach Baden-Württemberg schauen, stellen wir fest: Allein 550 Millionen € werden für den Ausbau der Gäubahn bereitgestellt. Ich finde das großartig. Deshalb müssen wir an diesem Projekt auch weitermachen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Das Ergebnis vorweg: In den nächsten Jahren wird viel Geld vom Bund nach Baden-Württemberg kommen, und wir müs-

sen – dazu haben wir uns in diesem Koalitionsvertrag verpflichtet – alles daransetzen, um die Maßnahmen, die im Bundesverkehrswegeplan stehen, auch umzusetzen. Man kann schon sagen: Im Grunde sind wir zum Erfolg verdammt. Es ist eine historische Chance, und wir sollten sie nutzen, um die Mobilität und die Verkehrsinfrastruktur in diesem Land voranzubringen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Für die Planungen, meine Damen und Herren, ist das Land zuständig. Deshalb ist für uns klar: Es darf sich nicht wiederholen, dass Mittel liegen gelassen werden. Wir, die Regierungsfractionen, haben uns der Verantwortung gestellt und schon im Vorfeld zu den Haushaltsberatungen unsere Hausaufgaben gemacht und dafür gesorgt, dass zusätzlich 60 Millionen € für den Straßenbau eingeplant werden. Weil das aus unserer Sicht immer noch zu wenig ist, haben wir im Januar gemeinsam mit der Fraktion GRÜNE ein Paket geschnürt, das weitere 30 Millionen € für die Sanierung und Planung von Straßen vorsieht. Das kann sich wirklich sehen lassen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Dabei haben wir auch immer den Wunsch der Kommunen aufgegriffen, ein Förderprogramm für die Ersatzbeschaffung von Schienenfahrzeugen aufgelegt und leisten einen Beitrag zur Erhaltung und zum Ausbau des Schienenverkehrs. Ja, wir wollen im Rahmen des Förderprogramms natürlich auch die Stadtbahnen in den größeren Städten unterstützen, aber auch an die Bahnen kommunaler Netze denken.

Insgesamt sind in Kapitel 1304 – Straßenverkehr – Ausgaben von 465 Millionen € vorgesehen. Das ist eine merkliche Steigerung. Wir gehen davon aus, dass die Straßenbauverwaltung gut gerüstet ist, um diese Aufgaben in Angriff zu nehmen.

Wir müssen dabei auch die Standards insbesondere im Naturschutz auf den Prüfstand stellen. Wir bekennen uns zum Naturschutz. Verantwortung für die Natur zu übernehmen bedeutet aber auch, dass man in vielen Fällen eine Abwägung treffen muss. Dabei lehnen wir es ab, dass Standards übererfüllt werden. Aus unserer Sicht sind hier Augenmaß und gesunder Menschenverstand gefragt.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP)

Eine positive Nachricht gibt es bei der Finanzierung des Schienenverkehrs. Durch die Revision der Regionalisierungsmittel bekommt Baden-Württemberg künftig deutlich mehr Geld für Nahverkehrsleistungen. In diesem Jahr fließen allein 882 Millionen € ins Land, was die Spielräume endlich wieder größer werden lässt. Aber ich sage an dieser Stelle auch ganz klar: Was die Deutsche Bahn in diesen Wochen abliefern

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

und was wir als Abgeordnete allesamt von Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land betreffend Qualität und Verspätung hören, das können wir uns auch nicht gefallen lassen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

(Felix Schreiner)

Wir setzen seitens der Fraktionen einen eigenen Schwerpunkt, was die Förderung der Bürgerbusse angeht.

(Beifall des Abg. Manuel Hagel CDU)

Wir fördern damit – sehr richtig – ehrenamtliches Engagement und leisten einen Beitrag, dass mancherorts Lücken im ÖPNV-Angebot geschlossen werden können. Wir fördern die Beschaffung von barrierefreien Fahrzeugen und unterstützen auch den Erwerb der notwendigen Führerscheine für die ehrenamtlich tätigen Fahrer.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut!)

Auch bei den Zukunftsthemen Elektromobilität und „Digitalisierung im Verkehr“ stehen die notwendigen Mittel bereit. Das sind die Megathemen, die unsere Mobilität der Zukunft unglaublich verändern werden, ob wir wollen oder nicht. Deshalb müssen wir uns dieser Herausforderung stellen und müssen ein Teil von dieser Revolution sein.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will es ganz offen sagen: Beim Geld kann es immer ein bisschen mehr sein. Wir von der CDU-Fraktion wären die Letzten, die sich mehr Geld für Infrastruktur widersetzen würden. Aber wir alle haben hier auch eine Verantwortung gegenüber den Finanzen, gegenüber dem Staatshaushalt, einem soliden Wirtschaften, und ich glaube wirklich: Unter den gegebenen Voraussetzungen und den gegebenen Rahmenbedingungen, ja auch angesichts eines strukturellen Defizits können wir uns mit diesem Einzelplan wirklich sehen lassen. Wir haben einen guten Weg gefunden, die Infrastruktur in diesem Land gemeinsam nach vorn zu bringen.

Ich möchte schon ein Wort zur SPD, zu Ihnen, lieber Herr Gall, sagen, weil Sie gesagt haben, ein großer Wurf sehe anders aus.

(Abg. Reinhold Gall SPD benutzt ein Tablet.)

– Sie lesen es wahrscheinlich gerade nach. – Aber man kann der Opposition im Hohen Haus ja förmlich anmerken, wie begeistert sie ist, wie sie sieht, was wir auf den Weg bringen.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Mein Angebot insbesondere an die Kollegen von der SPD, lieber Herr Rivoir, lautet: Bringen Sie sich noch ein, helfen Sie mit, gestalten Sie mit, und hören Sie auf, über all das zu nörgeln, was Sie in fünf Jahren nicht umgesetzt haben.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Nicole Razavi CDU:
Bravo! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Schiene, Straße, ÖPNV, die Aspekte der E-Mobilität, die Digitalisierung – all dies steht auf der Agenda der grün-schwarzen Regierung. Ja, mit dem ersten grün-schwarzen Haushalt haben wir eine sehr gute Grundlage geschaffen, um unser Land in diesen Bereichen voranzubringen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit, bedanke mich für die Zusammenarbeit. Wir wollen unser Land bewegen, und das Ergebnis liegt bei Ihnen auf dem Tisch.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Baron.

Abg. Anton Baron AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Unsere Straßen verfallen. Experten haben errechnet, dass für den fortlaufenden Erhalt und die notwendigen Investitionen in die Substanz des Verkehrsträgers Straße jährlich etwa 4,7 Milliarden € fehlen. Marode Brücken und Tunnel verursachen einen enormen volkswirtschaftlichen Schaden. Das Gleiche gilt für den Bahnverkehr mit veralteten und überlasteten Trassen.

Der Haushaltsentwurf 2017 der grün-schwarzen Landesregierung umfasst 47,67 Milliarden €. Davon nimmt der Verkehrshaushalt, der Einzelplan 13, lediglich 1,917 Milliarden € oder ganze 4 % ein. Betrachtet man jedoch den Umstand, dass es sich beim Löwenanteil der Verkehrsausgaben – etwa 1,145 Milliarden € – um durchgereichte Mittel des Bundes handelt, reduzieren sich die vom Land Baden-Württemberg selbst aufgebrauchten Eigenmittel im Verkehrsressort auf 771,3 Millionen €.

Bei einem jährlichen Steueraufkommen in Baden-Württemberg von 35,7 Milliarden € handelt es sich gerade einmal um 2,15 %, die das Land selbst für Verkehrsbelange ausgibt. Für ein dicht besiedeltes, wirtschaftlich hoch entwickeltes Flächenland erscheint dies bemerkenswert bescheiden.

Schlüsselt man weiter auf, sieht man: Die Mittel für den nicht straßengebundenen Verkehr insgesamt in Kapitel 1303 betragen 1,5 Milliarden €, davon ca. 1,1 Milliarden € Bundesmittel. Für den Straßenverkehr hingegen sind es ganze 375,45 Millionen €. Das sind gerade einmal 1,05 % des Steueraufkommens von Baden-Württemberg oder 0,79 % des Landeshaushalts.

Zum Vergleich: Der Haushaltsposten des Landes für Soziales und Integration – Einzelplan 09 – beträgt 1,679 Milliarden €, davon 1,624 Milliarden € an eigenen Landesmitteln. Das Land gibt damit 4,55 % seiner Steuereinnahmen für Soziales und Integration aus, mehr als doppelt so viel wie für Verkehr.

(Zuruf: Aha!)

Hier wird schlicht unsere Zukunft ausverkauft, wenn verantwortungslose Politiker von einem angeblich so reichen und so großzügigen Land reden und ihre moralischen Befindlichkeiten über das realpolitisch Gebotene stellen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Felix Schreiner CDU:
Der Vergleich hinkt aber!)

Die Sicherung und Erweiterung der Mobilität ist eines der herausragendsten Themen überhaupt, wenn wir Baden-Württemberg als Wirtschafts-, Industrie- und Dienstleistungsstandort zukunftsfest machen wollen. Die Entwicklung zukunftsweisender Technologien und die Generierung von Gewinnen und Steuern obliegen der Wirtschaft. Für die infrastrukturellen Voraussetzungen, insbesondere bei Verkehr und Bildung, steht indes die öffentliche Hand in der Verantwortung.

Unsere sachlich begründeten Änderungsanträge wurden samt und sonders abgeschmettert – diskussionslos. Wir haben gefordert, die veranschlagten Kosten für Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten im Umfeld von Stuttgart 21 und

(Anton Baron)

der Neubaustrecke Wendlingen–Ulm von 1 Million € um 484 600 € auf 515 400 € wie bereits im Jahr 2015 zurückzuführen. All das wurde von Ihnen abgelehnt.

Wir haben beantragt, die Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen von 1,273 Millionen € um 1,227 Millionen € auf 2,5 Millionen € zu erhöhen. Unser Antrag wurde von Ihnen abgelehnt.

Im Sinne unideologischer Sachpolitik haben wir beantragt, die Dienstleistungen Dritter und dergleichen von 1 Million € auf 150 000 € – das entspricht etwa dem 2015 eingesetzten Betrag – zurückzuführen. Auch das ist natürlich von Ihnen wieder abgelehnt worden.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: „Unideologisch“! – Abg. Felix Schreiner CDU: Unideologisch war das aber nicht!)

Der Antrag Drucksache 16/1413-6 betrifft die Dienstleistungen Dritter bei der Durchführung von Brücken- und Tunneluntersuchungen, für Brückenübersichtspläne, für Untersuchungen und Gutachten im Zusammenhang mit dem Straßenbau und dergleichen. Zwar wurden hier die Ausgaben für Externe gegenüber dem Vorjahr bereits um ca. zwei Drittel stark heruntergefahren, aber wir sind der Ansicht, dass 1,39 Millionen € in diesem Zusammenhang immer noch zu viel sind und maximal 693 000 € für solche Dienstleistungen bereitgestellt werden sollten.

Es handelt sich hier um Leistungen, die ein Fachministerium überwiegend mit eigenem Fachpersonal erbringen können muss. Die eingesparten Gelder sollen – wo immer möglich – für Planung, Bauüberwachung und Ausführungen von Straßenbauvorhaben umgewidmet bzw. zur Schuldentilgung eingesetzt werden. Dieser Antrag wurde wie all unsere anderen Anträge diskussionslos beiseitegeschoben.

Ein besonders wichtiges Anliegen ist uns die im Änderungsantrag Drucksache 16/1413-8 vorgesehene Erhöhung der Erstattung an die Stadt- und Landkreise für die Unterhaltung der Landesstraßen von 72,6 Millionen € auf 80 Millionen €.

(Beifall bei der AfD)

Der augenfällige Verfall vieler ländlicher Strecken erfordert zumindest genügend Mitteleinsatz für die Kreise, um die Strecken verkehrssicher zu erhalten, da das Land seiner Pflicht zum Erhalt der Landesstraßen nur ungenügend nachkommt.

Gestatten Sie mir zum Ende meiner Rede noch ein Wort an den zuständigen Verkehrsminister. Eigentlich wäre der Verkehrsminister gefordert, das Land infrastrukturell fit zu machen und sich im Kabinett und bei den Koalitionsfraktionen politische Unterstützung zu holen. Doch das Gegenteil ist der Fall. Im Hause Hermann regiert offenbar das Chaos.

(Beifall bei der AfD – Lachen – Zurufe, u. a. Abg. Felix Schreiner CDU: Nicht mehr! Jetzt sind wir dabei! – Zuruf von den Grünen: Waren Sie schon mal da?)

Wenn ich lese, dass das Land Baden-Württemberg im letzten Jahr 25 Millionen € an Bundesmitteln für den Fernstraßenbau ungenutzt ließ, weiß ich nicht, ob ich lachen oder weinen soll über so viel Wirrwarr und Inkompetenz,

(Beifall bei der AfD – Zuruf von den Grünen: Einfach mal hingucken!)

zumal es nicht das erste Mal war, dass Bundesmittel einfach nicht abgerufen worden sind.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Ja, genau!)

Es ist ein Unding, dass Minister Hermann nun schon zum wiederholten Mal dringend benötigte Infrastrukturprojekte des Landes hintertreibt, indem er bewusst oder aus Schlampigkeit auf das Abrufen von Bundesmitteln für Baumaßnahmen von Fahrbahnen, Tunneln oder Brücken verzichtet.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Felix Schreiner CDU)

Da bereits im Jahr 2013 6 Millionen € für den Bundesfernstraßenbau nicht verbaut werden konnten, nährt dieses neuerliche Versagen den Verdacht, dass Herr Hermann entweder mit der Straßenbauverwaltung seines Hauses restlos überfordert ist oder aber willentlich und wissentlich seine eigene Agenda verfolgt – zum Schaden dieses Landes.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Das ist doch eine Frechheit!)

Obleich im Doppelhaushalt 2015/2016 insgesamt 100 zusätzliche Stellen geschaffen wurden, hinken die Straßenbauverwaltungen mit den Planungen hoffnungslos hinterher. Es ist mir völlig unbegreiflich, wie ein Verkehrsminister Gelder für wirklich notwendige Investitionen in die Lebensadern unseres Landes einfach liegen lassen kann.

(Beifall bei der AfD)

Ein solches Nichthandeln ist mindestens grob fahrlässig. Diese Gelder sind unwiederbringlich verloren, Herr Minister, wie uns ja auch das Bundesverkehrsministerium noch einmal ganz klar bestätigt hat. Um von Ihrem Versagen auf ganzer Linie abzulenken, nützt es nichts, hier die Unwahrheit zu sagen, und auch nichts, dass nun auf einmal von 30 Millionen € an zusätzlichen Landesmitteln in diesem Jahr die Rede ist. Wen wollen Sie eigentlich für dumm verkaufen?

Ich sage Ihnen voraus: Sie werden es – wie schon in den Jahren zuvor – wieder nicht schaffen, die Straßenbauverwaltung mit den Planungen auf Vordermann zu bringen. Wäre ich an Ihrer Stelle, Herr Minister, dann wüsste ich, was ich zu tun hätte.

(Beifall bei der AfD)

Statt die Mobilität im Land zu stärken, hält es die grün-schwarze Landesregierung anscheinend mit dem französischen Aufklärer Blaise Pascal, der nur leider alles andere als ein Mobilitätsphilosoph war. Herr Präsident, ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis:

Alles Unheil dieser Welt

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Kommt von der AfD! – Heiterkeit – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD zu Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Ja, das ist so Ihre schlichte Denke!)

rührt allein daher, dass die Menschen nicht still in ihrer Kammer sitzen können.

(Anton Baron)

Wir, die AfD, sehen das anders: Baden-Württemberg braucht Tempo, unser Land braucht moderne Verkehrswege, benötigt leistungsfähige Infrastruktur. Darum werden wir Ihrem Haushaltsplan nicht zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erlaube ich das Wort dem Kollegen Rivoir.

(Abg. Martin Rivoir SPD fährt das Rednerpult nach unten. – Abg. Felix Schreiner CDU: Ein bisschen runter! Ist klar!)

Abg. Martin Rivoir SPD: Ein bisschen runter, ja. – Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Vorab: Es ist schon bemerkenswert, wenn der geschätzte Kollege Schreiner in Oppositionsmanier auf die letzten fünf Jahre unserer grün-roten Regierung schimpft und in diesem Parlament das Gejohle über die beiden jetzigen Koalitionsfraktionen hinweggeht. Wo wart ihr denn in der Regierung in den letzten fünf Jahren?

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ja, wo wart ihr in der Regierung in den letzten fünf Jahren?)

Wer war denn hier der Minister? Warum haben Sie jetzt alle gejoht und geschrien, als er die letzten fünf Jahre kritisiert hat? Wo sind wir denn hier?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das habe ich mir jetzt echt aufmalen müssen, um das zu begreifen, wer das sozusagen –

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wo wart ihr denn in der Regierung in den letzten fünf Jahren?)

– Nicole Razavi, du bist nachher auch noch dran. Also bitte zurückhalten.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Nicole Razavi CDU: Au ja!)

Meine Damen und Herren, vorhin wurde ja schon aus dem Koalitionsvertrag zitiert. Vollmundig steht darin: „Zukunftsfähiges Mobilitätsland“. Eine „Zukunftsoffensive für Bahnen und Busse“ wurde versprochen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Schön, gell?)

So steht es in dem edlen Papier, dem Koalitionsvertrag. Nach wenigen Wochen und Monaten haben Sie sozusagen schon die Mühen der Ebene erreicht.

In dem Haushaltsentwurf, den wir heute hier diskutieren, wird der Unterschied zwischen dem schwarz-grünen Anspruch in Papier und der schwarz-grünen Realität in diesem Haushaltsentwurf ganz klar.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Die Reihenfolge ist gut!)

Ich nenne Ihnen einige Beispiele. So wurde z. B. der Erhalt von Landesstraßen jetzt zwar mehrfach gelobt, aber Sie ha-

ben es gerade einmal geschafft, auf einen Haushaltsansatz in einer Höhe zu kommen, wie wir sie ungefähr schon hatten. Sieht so die in Ihrem Koalitionsvertrag angekündigte Investitionsoffensive Straße aus? Wir sehen nicht, dass da irgendeine besondere Investitionsoffensive gestartet wurde.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Jetzt hatte der Verkehrsminister, weil der Bund Mittel in großer Höhe gibt, auf einmal die Chance, diese zu verbauen und sich mal so richtig als Straßenbauminister zu präsentieren. Trotzdem gelang es im letzten Jahr halt wieder nicht – das wurde schon kritisiert –, all diese Straßenbaumittel zu verbauen. Dann ist es übrigens völlig unerheblich, ob der Bund das jetzt so gestaltet hat, dass man die Mittel übertragen kann. Denn die sind ja in diesem Jahr da.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das Problem in dieser Sache ist ja nicht nur, dass wir zu wenige Mittel haben, sondern auch die Planungen sind das Problem. Wir haben schlichtweg das Problem in den letzten Jahren – zur Lösung haben wir schon eine erste Grundlage gelegt –, dass wir zu wenig Personal haben.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Wo?)

Wir haben viele Personalstellen geschaffen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ihr habt sie erst mal abgeschlossen!)

– Nein, nein. Wir haben sie geschaffen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ihr habt sie 2011 und 2012 erst mal abgeschlossen!)

Es wurde gerade gefordert, dass man konstruktive Beiträge bringen soll. Das Problem ist schlichtweg, die Stellen, die neu geschaffen wurden, zu besetzen. Die Stellen sind da, die Köpfe fehlen. Das ist das, was wir Ihnen vorwerfen: dass Sie keine Personalentwicklungsstrategie haben, keine Strategie, wie wir diese Köpfe in die Landesverwaltung bekommen, um die vorhandenen Gelder abzurufen. Wir waren es, die in der letzten Legislaturperiode in Mosbach den Studiengang für die Straßenbauverwaltung, für öffentliches Bauingenieurwesen gestartet haben. Das war ein Beitrag dazu.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Und das Ergebnis?)

– 60 Studierende, die dort sind und die bald irgendwo in der Straßenbauverwaltung im Land oder in den Kommunen zugehen werden. Solche Initiativen erwarten wir eigentlich von Ihnen.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha! Das will ich einmal sehen!)

Sie fehlen in diesem Haushaltsentwurf völlig.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, selbst der von den Grünen gepriesene und von uns für richtig gehaltene Ausbau von Radwegen

(Martin Rivoir)

zählt offensichtlich nicht mehr zu den Herzensangelegenheiten des Verkehrsministers. Oder wie ist es sonst zu erklären, dass die Investitionssumme von 13 Millionen € im Jahr 2015 auf nur noch 4,2 Millionen € gesunken ist? Das unter SPD-Regierungsbeteiligung aufgelegte dringend notwendige Radweglückenschlussprogramm findet offensichtlich keine Fortsetzung mehr in diesem Haushaltsentwurf. Statt die Lücken im Bestand zu schließen und bestehende Planungen für ein Landesradwegenetz umzusetzen wird nun in ein Radschnellwegenetz investiert,

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Wir machen beides!)

dessen Sinn und Zweck sich – zumindest auf den ersten Blick – nicht wirklich erschließt.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Dann sollten Sie mal Fahrrad fahren!)

Am deutlichsten wird dieser Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit beim öffentlichen Personennahverkehr. „Zukunftsoffensive für Bahnen und Busse“, so steht es im Koalitionsvertrag. Der geneigte Leser könnte denken: „Respekt, da hat sich der Herr Verkehrsminister auf der ganzen Linie durchgesetzt.“ Aber wie sieht denn die Realität aus? Zuerst einmal werden die Mittel im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, dem LGVFG, für den ÖPNV zugunsten des Straßenbaus gekürzt. Das ist, denke ich einmal, das erste Armutszeugnis, diese angebliche „Zukunftsoffensive für Bahnen und Busse“.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Beweise! Fakten! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Davon wissen wir nichts!)

Wie geht es überhaupt weiter mit dem LGVFG? Der Bund hat über die Zukunft des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes des Bundes entschieden. Das ist über das Jahr 2019 hinaus gesichert. Im Land erkennen wir keine Aktivitäten. Wir fordern Sie deshalb auf, schnell eine Nachfolgeregelung für das LGVFG zu treffen,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das werden wir machen!)

damit die Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg ab dem Jahr 2020 eine verlässliche Finanzierungsgrundlage für den dringend notwendigen Ausbau des ÖPNV haben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Meine Damen und Herren, Sie haben sich hier mehrfach selbst gelobt, dass Sie eine Schienenverkehrsfinanzierung auf den Weg gebracht haben. Das ist grundsätzlich löblich und findet auch unsere Unterstützung. Sie haben fingergehakelt,

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

und dann wurde großartig ein Programm angekündigt, mit dem die Straßenbahnwagen und die Stadtbahnwagen im Land wieder gefördert werden sollen. Die Oberbürgermeister der betroffenen Städte – hier Stuttgart, Ulm u. a. – haben einen Brandbrief an den Ministerpräsidenten geschrieben: Sie sehen bei den Fahrzeugen einen Finanzierungsbedarf von 100 Millionen € im Jahr.

Die Regierung – ich sagte es bereits – hat ein Förderprogramm in Aussicht gestellt. Es ist auch etwas im Haushalt eingestellt. Aber wenn man genau hinschaut, erweist es sich als Mogelpackung. Denn es werden lediglich Ersatzinvestitionen für alte und marode Straßenbahnen gefördert. Neubeschaffungen sind ausgeschlossen. Sie verweigern also die Finanzierungsunterstützung des dringend notwendigen Ausbaus des ÖPNV mit mehr Bahnen auf mehr Strecken in dichteren Takten. Städte, die massiv in den Ausbau des Straßenbahnnetzes investieren, lassen Sie mit dieser Regelung im Regen stehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich kenne eine Stadt – Sie werden schon wissen, welche es ist –, dort sind zehn Straßenbahnen bestellt und sollen 13 alte, stinkende Dieselsebusse außer Betrieb gestellt werden. Sie ist von Ihrem Förderprogramm nicht betroffen, sie bekommt kein Geld dafür.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Weil sie schon bestellt sind! Nachträglich geht nicht!)

– Nein. Auch andere Städte, die jetzt erst bestellen würden, würden von diesem Förderprogramm ebenfalls nicht betroffen sein. Sie können nach Ihren Regeln diese Förderung nicht in Anspruch nehmen. Es wird nur Ersatzbeschaffung finanziert.

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, auch beim regionalen Schienenpersonennahverkehr gibt die Landesregierung ein Bild des Jammers ab. Seit einem halben Jahr ist der regionale Schienenverkehr in einem katastrophalen Zustand. Bei den Regionalverkehren, vor allem auf der Franken-, der Rems-, der Murrbahn, der Filstal- und der Neckartalbahn, sind massive Verspätungen und haufenweise Zugausfälle an der Tagesordnung. Die Fahrgäste steigen aus Verzweiflung schon wieder auf das Auto um.

Was macht der Verkehrsminister? Er lobt noch immer die vermeintlichen Erfolge seiner Ausschreibung

(Abg. Nicole Razavi CDU: Aber die habt ihr doch mitgetragen!)

und benennt jetzt einen Qualitätsbeauftragten. Herr Minister, so ein Thema delegiert man nicht an einen Qualitätsbeauftragten. Das muss täglich Chefsache sein.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: Genau so ist es!)

Wo sind Ihre konkreten Vorschläge zur Behebung dieser Misere? Wo ist Ihr Beitrag,

(Abg. Anton Baron AfD: Er ist völlig überfordert!)

um den Fahrgästen auf den am meisten betroffenen Strecken – ich habe sie genannt – zumindest eine gewisse Kompensation in Form von Infrastrukturverbesserungen oder eines verbesserten Angebots zugutekommen zu lassen? Wir sehen nichts von alledem in diesem Haushalt.

(Zuruf des Abg. Felix Schreiner CDU)

(Martin Rivoir)

Ich sage aber auch einmal: Wo ist denn die CDU, wenn es um die Interessen der Fahrgäste geht, die von ausgefallenen oder verspäteten Zügen betroffen sind? Was sagen Sie zur aktuellen Situation?

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wir kämpfen für die schon seit mehr als sechs Monaten!)

Ich kann mich erinnern: In den letzten fünf Jahren haben Sie jeden kleinen Anlass genutzt, um auf den Verkehrsminister einzuhausen. Jetzt haben wir ein bisschen den Eindruck, dass allmählich die Kreide ausgeht – so viel, wie Sie davon bereits gegessen haben.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Nein! Die Fehler haben Sie vor fünf Jahren gemacht!)

Alles ist auf einmal friedlich.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Die Fehler habt ihr gemacht!)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Ende. Die SPD-Fraktion wird diesen Verkehrshaushalt, der bei Weitem nicht den ambitionierten Ansprüchen aus Ihrem Koalitionsvertrag entspricht, ablehnen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD – Abg. Felix Schreiner CDU: Das war eine langweilige Rede! – Abg. Nicole Razavi CDU: Harmlos!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Haußmann.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Es kann nur besser werden! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Ihr habt es halt nicht verstanden!)

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mobilität ist nicht nur ein unverzichtbares Element persönlicher Freiheit, sondern die verkehrliche Infrastruktur ist die Lebensader für die Erhaltung unserer Wirtschaftskraft, unseres Wohlstands und der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Das sollte die Leitlinie unserer Verkehrspolitik sein.

Ich möchte hier nur eine Zahl anführen. Das Bruttoinlandsprodukt in Baden-Württemberg ist von 2009 bis 2015 um 30 % auf 461 Milliarden € angewachsen. Dafür brauchen wir natürlich auch eine leistungsfähige Infrastruktur, die nicht nur aus Radschnellwegen in Baden-Württemberg bestehen kann, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

Die FDP/DVP hat im Landtagswahlprogramm angekündigt, in dieser Legislaturperiode 1 Milliarde € für den Straßenbau vorzusehen. Die CDU hat diese Botschaft gelesen und auch in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Man muss anerkennen, dass jetzt immerhin alle Anstrengungen unternommen wurden, um rechnerisch für das laufende Jahr auf einen Wert von knapp 200 Millionen € – genauer gesagt auf 190 Millionen € – zu kommen. Das wird die Basis für die nächsten vier Jahre sein, lieber Herr Schreiner, diese knapp 200 Millionen € pro

Jahr für den Neubau, für den Ausbau und für die Sanierung der Landesstraßen bereitzustellen. Es war ein schwerer Kampf. Man muss fast detektivisch vorgehen, um zu sehen, wo Sie die Beträge hernehmen. Aber immerhin 190 Millionen € sind für den Landesstraßenbau vorgesehen. Das ist mehr, als es bisher der Fall war. Das darf ich hier auch anerkennen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Felix Schreiner CDU: Danke! Er hat uns gelobt! – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Aktuell beschäftigt uns in Baden-Württemberg, insbesondere in Stuttgart, natürlich das Thema Feinstaub. Da frage ich mich, wo eigentlich die Stimme der CDU ist. Die hat hierzu überhaupt keine Position. Man hört von der CDU nichts zum Thema Feinstaub.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wir haben schon viel dazu gesagt!)

Man will keine blaue Plakette, man will keine Fahrverbote, aber man bleibt sehr im Ungefähren. Allein schon die Begrifflichkeit „Feinstaubalarm“ füge laut dem Umweltminister dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart Schaden zu,

(Zuruf: Genau!)

wenn man immer das Wort „Feinstaubalarm“ mit dieser negativen Signalwirkung verwendet.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Da braucht man nicht zu fragen: Was macht die Opposition? Denn die FDP/DVP hat drei Anträge dazu eingebracht und auch Vorschläge gemacht. Inzwischen gibt es auch innovative Möglichkeiten wie Feinstaubabsaugungen. Wir haben vorgeschlagen, Mooswände aufzustellen. Das wurde vom Verkehrsminister abgelehnt. Die Stadt Stuttgart bewegt sich jetzt in diese Richtung. Wenn die DEKRA das sagt, ist es natürlich besser, als wenn es die FDP/DVP sagt. Das soll uns recht sein.

(Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Genau! So ist es!)

Aber so, wie man hier mit diesem Thema umgeht, schadet man dem Wirtschaftsstandort Stuttgart massiv. Man schädigt nicht nur das Image, den Tourismus und den Handel, sondern man erreicht im Grunde genommen überhaupt nichts damit.

Wenn man 200 000 € für Fahnen für den Feinstaubalarm ausgibt, muss es auch möglich sein, innovative Dinge am Neckartor zu testen, die der Verkehrsminister hier in Baden-Württemberg aber regelmäßig ablehnt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Oder die Messstelle versetzen!)

Hätte man nicht massiv interveniert, dann wären zu Beginn des Jahres alle Kaminöfen verboten worden. So hat man den Eingriff wenigstens reduziert, weil man irgendwann erkannt hat, dass zumindest die neuen Kaminöfen Feinstaubfilter haben. Trotzdem konnte mir noch niemand erklären, wie sich ein Kaminofen, der in Degerloch betrieben wird, am Neckar-

(Jochen Haußmann)

tor auswirkt. Diese Ergebnisse sind mir bis jetzt noch nicht präsentiert worden.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Das spielt keine Rolle bei der Diskussion. Hauptsache, man kann hier ohne wissenschaftliche Grundlagen querbeet gehen. So kann man Verkehrspolitik in Baden-Württemberg nicht machen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

Wo ist die CDU bei dem Thema Entflechtungsmittel? Von den 165 Millionen €, die wir vom Bund für die kommunalen Straßenbauprojekte, den ÖPNV und den Radverkehr bekommen, gibt es einen Vorwegabzug von 15 Millionen € für die Radverkehrsprojekte – da habt ihr euch die Butter vom Brot nehmen lassen –,

(Abg. Anton Baron AfD: Oje! – Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

und der Anteil für den kommunalen Straßenbau wurde von ursprünglich 60 % jetzt auf 50 % reduziert. Über den Zeitraum der Legislaturperiode fehlen dem kommunalen Straßenbau – und das bei Hunderten von notwendigen Maßnahmen – Mittel in Höhe von 82,5 Millionen €. Da fehlt die Handschrift einer innovativen Verkehrspolitik für den kommunalen Straßenbau, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Klaus Dürr AfD)

Wenn man jetzt das Kapitel 1306 – Nachhaltige Mobilität – betrachtet, stellt man fest, dass von den 32 Millionen € 75 % für Rad- und Fußverkehr vorgesehen sind – 75 % der Mittel in Baden-Württemberg, in unserem Hightech- und Tüftlerland für nachhaltige Mobilität für Rad- und Fußverkehr.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Gut so!)

Da frage ich mich schon, ob die Prioritäten in unserem Land in der Verkehrspolitik – ich habe vorhin auf das Bruttoinlandsprodukt hingewiesen – richtig gesetzt werden. Ich habe große Zweifel daran.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Gehen Sie einmal in die Fußgängerzone!)

Wo sind denn die innovativen Projekte des Verkehrsmanagements, von Zukunftstechnologien und Mobilitätsdiensten, die wir an unserem Automobilstandort mit unseren Automobilunternehmen haben? Da vermissen wir gemeinsame Linien. Bei dieser Thematik hilft wenigstens die Wirtschaftsministerin ein Stück weit, wenn diese Impulse, die für uns wichtig sind, schon nicht aus dem Verkehrsministerium kommen.

Auch in diesem Titel werden viele Gelder für Beratung und Gutachten ausgegeben. Der Rechnungshof hat schon 2013 deutliche Kritik an der Gutachtenvergabe geübt. Das Highlight vom letzten Jahr ist das Helmgutachten, für das 200 000 € für die Erkenntnisse ausgegeben wurden, dass es sich um Bundesrecht handelt, das Land nicht zuständig ist und man durch Helme einen besseren Unfallschutz erreicht.

(Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Oh, super!)

Das ist immerhin ein Ergebnis, das man auf 300 bis 400 Seiten lesen kann. Wir haben es bisher noch nicht bekommen. Offensichtlich hat es sich aber gelohnt, dafür 200 000 € auszugeben. Nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen Impulse für eine innovative Verkehrspolitik in Baden-Württemberg setzen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Mehrfach wurde schon die Situation des Regionalverkehrs angesprochen. Ich darf aus dem Flyer zum Übergangsvertrag für die Fahrgäste unseren Verkehrsminister zitieren:

Die Ausschreibung und die Vergabe der Leistungen ... gestalten wir in „Ihrem“ Sinne, ... Gute Verbindungen im Nahverkehr, moderne Fahrzeuge, in denen Sie sich wohlfühlen – damit wollen wir Sie vom Bahnfahren überzeugen. ... Mit der Vergabe des Übergangsvertrages konnten wir sowohl technisch wie auch finanziell spürbare Verbesserungen erzielen. Vielerorts werden Sie, die Fahrgäste, in den Genuss besserer und neuerer Fahrzeuge kommen.

Lieber Herr Verkehrsminister, ich weiß nicht, wo Sie in Baden-Württemberg unterwegs sind.

(Heiterkeit des Abg. Anton Baron AfD)

Ich war mehrfach im Land unterwegs – nicht nur mit der Remsbahn, sondern auch mit anderen Bahnen – und habe mit Fahrgästen gesprochen. Wenn ich Sie wäre, würde ich diesen Flyer ganz schnell von der Homepage und ganz schnell aus dem Verkehrsministerium nehmen; denn ich glaube, das schadet dem Image der Verkehrspolitik in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

Für die Vertragsvergaben bei den Übergangsverträgen haben Sie Millionen für Beratungsleistungen ausgegeben. Auch die Deutsche Bahn ist da in der Verantwortung. Aber da kann man nicht nur auf die Deutsche Bahn zeigen. Vielmehr trifft die Art und Weise dieser Übergangsverträge auch die Verantwortung des Verkehrsministeriums. Damit trifft es eben auch genau das, was Sie erreichen wollen, Herr Katzenstein, was Sie aber eben nicht erreichen. Sie haben auch beschrieben, wie toll das mit den Übergangsverträgen und dem Regionalverkehr sei. Vielleicht fahren auch Sie ab und zu mit dem Zug.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Täglich! – Zuruf der Staatssekretärin Bärtl Mielich)

Dann merken Sie es. Ich glaube, die Fahrgäste sehen es auf jeden Fall anders.

Wichtig ist uns – dazu haben wir einen Haushaltsantrag in diese Beratung eingebracht –, dass wir einen eigenen Haushaltsposten zum Thema Barrierefreiheit vorsehen. Wir haben die Aufgabe – Sie selbst haben es sich auch zum Ziel gesetzt –, unsere Bahnhöfe barrierefrei zu gestalten. Wir vermissen eine eigene Haushaltsposition dafür. Es ist nur eine Mischposition hierzu enthalten. Deswegen wollen wir einen Akzent für Barrierefreiheit der Bahnhöfe und Bahnsteige in Baden-Württemberg setzen. Ich glaube, das ist eine wichtige, eine ganz zentrale Landesaufgabe.

(Jochen Haußmann)

Das ist übrigens auch in Ihrem Mobilitätspapier enthalten, das Sie am Freitag, dem 13. Januar 2017, veröffentlicht haben. Mich wundert nicht, warum dieses Papier unsere Verkehrspolitik nicht nach vorn bringt. Denn Sie haben eines zum Ziel – Herr Katzenstein, Sie haben es noch einmal gut ausgeführt –: Sie wollen ein Umdenken, und zwar ein zwangsweises Umdenken in Richtung Fuß- und Radverkehr. Auch wir wollen Fuß- und Radverkehr. Aber wir wollen eine sinnvolle Nutzung aller Verkehrsträger, während Sie ideologisch umschwenken wollen, was nicht gut für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Das stimmt so nicht!)

In dem erwähnten Mobilitätspapier schreiben Sie, das Ziel sei die Verlagerung auf ÖPNV und Fahrrad.

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Da steht nichts von der Notwendigkeit, moderne Zukunftstechnologien im Straßenverkehr einzusetzen; dazu lese ich nichts. Dieses Papier sollten Sie schnell auf die Seite räumen und schauen, was wir in diese Richtung schon 2013 mit unserer Mobilitätsoffensive in Baden-Württemberg getan haben.

Sie von den Grünen schrieben zum Thema „Fahrradland Baden-Württemberg – Jubiläumsjahr 2017: 200 Jahre Fahrrad“:

Wir geben dem Fahrrad als Alltagsverkehrsmittel den nötigen Rückenwind.

Nun weiß schon Ihr Energie- und Umweltminister, dass es mit dem Wind in Baden-Württemberg nicht so weit her ist.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der AfD)

Sie sollten also nicht nur auf den Radverkehr in Baden-Württemberg setzen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Hermann.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ja jetzt doch noch eine muntere Debatte geworden. Ich möchte mich für die kritischen Beiträge bedanken. Denn diese geben mir die Möglichkeit, einiges klarzustellen oder zu beantworten und auch zu argumentieren.

Klar geworden ist, dass alle Fraktionen der Meinung sind, dass Verkehrspolitik, Mobilität und die dazugehörige Infrastruktur zentral wichtig sind für ein modernes Land wie Baden-Württemberg, für die Bürgerinnen und Bürger wie auch für die Wirtschaft. Da gibt es einen breiten Konsens. Wenn man aber den Reden im Detail zugehört hat und diese analysiert hat, merkt man schon Unterschiede.

Wir, die Koalition, haben uns zu Beginn dieser Haushaltsberatungen die wichtigen Fragen gestellt: Wo wollen wir hin? Was sind die großen Herausforderungen, die wir mit diesem

Haushalt angehen wollen? Wie sehen diese aus? Wie können wir die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung – und zwar aller Teile der Bevölkerung, in Stadt und Land, arm und reich – befriedigen? Wie können wir es schaffen, dass der Verkehr auf der Straße wie auf der Schiene und auch beim ÖPNV funktioniert? Wie schaffen wir den Strukturwandel, der sich offenkundig ankündigt? Manche haben ja schon – zu Recht, wie ich finde – von Revolution gesprochen. Da bewegt sich sehr viel, in der Technologie wie auch in den Konsum- und Verhaltensmustern der Menschen. Und schließlich ist die Grundsatzfrage zu beantworten: Wie schaffen wir die Verkehrswende zu nachhaltiger Mobilität?

Ich glaube, dass wir mit diesem Haushalt eine gute Antwort auf diese Fragen geben können und gut zeigen können, wie wir diese Fragen systematisch abarbeiten.

Jetzt kommen wir einmal zu den Zahlen, damit die Basis klar ist. Herr Baron hat ja den Anschein erweckt, als könne er rechnen. Aber die Prozentsätze sind immer falsch, wenn man das falsche Basismaterial verwendet. Halten wir einmal fest: 1,9 Milliarden € hat das Land Baden-Württemberg im Bereich Verkehr. Da sind die Regionalisierungsmittel drin, da sind auch die Entflechtungsmittel drin. Das sind keine Bundesmittel, sondern das sind Mittel, die nach dem Grundgesetz und nach gesetzlichen Regelungen der Arbeitsteilung zwischen Bund und Land Landesmittel sind, die wir haben. Das wird uns zugerechnet, und da kann man nicht klagen: „Ihr gebt nichts aus.“ Das sind ziemlich viele Mittel.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wir bearbeiten im Sinne des Bund-Länder-Föderalismus und der Arbeitsteilung zusätzlich rund 800 Millionen € Bundesfernstraßenmittel, die wir umsetzen müssen. Das sind Jahr für Jahr Höchstsummen, übrigens sehr viel mehr als in den vergangenen Jahren, und wir tun alles, um das zu schaffen. Auch dazu werde ich noch einiges sagen, weil einige Laienadministratoren da schon etwas bescheidene Vorstellungen haben, wie Straßenbau und Straßenbauverwaltung funktionieren.

Wir haben in diesem Haushalt noch dazu 116 Millionen € aus Sanierungsfondsmitteln. Das heißt, wer beim Haushalt nur den Einzelplan zum Verkehr betrachtet, kommt allein deshalb zu den falschen Zahlen. Denn das Ministerium für Verkehr hat wesentlich davon profitiert, dass die Koalition sich entschieden hat, viel zu tun, um den Vermögensverzehr aufzuhalten, um Investitionen in Infrastrukturen, die in den vergangenen Jahren – wie zum Teil ja zu Recht gesagt worden ist – zu wenig saniert, zu wenig erneuert worden sind, nachzuholen.

Ich rede jetzt nicht von den letzten fünf Jahren, Martin Rivoir. Wir haben schon vor fünf Jahren angefangen. Wir haben genau diesen Sanierungskurs systematisch und konsequent fortgesetzt. Wenn man das alles zusammenzählt, Herr Baron, dann kommt man halt auf 2,7 Milliarden €. Das ist schon eine ganz andere Summe als die, die Sie errechnet haben.

(Abg. Felix Schreiner CDU: So ist es!)

Wir tun viel, und ich möchte ganz herzlich Dank an die Koalitionsfraktionen sagen, die wirklich dafür gesorgt haben, dass wir diese Mittel in diesem Bereich haben. Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

(Minister Winfried Herrmann)

Da haben die Fraktionen gut zusammengearbeitet.

(Abg. Anton Baron AfD: Das macht es nicht besser, Herr Verkehrsminister!)

Übrigens, weil manche gedacht haben, wir vernachlässigten oder wir versäumten den Blick zurück: Wir haben auch in den vergangenen Jahren regelmäßig im Bereich des Verkehrshaushalts ringen müssen, damit wir genügend Geld bekommen. Das war mit der SPD nicht anders, als es in der jetzigen Situation ist, aber am Ende waren wir meist erfolgreich.

Ich glaube, es hat sich auch die Erkenntnis durchgesetzt, dass eine rigide Sparpolitik im Bereich Infrastruktur fatale Konsequenzen hat, weil dann der öffentliche Verkehr systematisch schlechter wird und nicht ausgebaut wird oder weil die Straßen schlechter werden. Wir können aber ganz klar zeigen, dass wir durch unsere engagierte Sanierungspolitik der letzten Jahre deutliche Verbesserungen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur erreicht haben. Daher hätte Ihre Rede, Herr Baron, wenn Sie sie vor fünf Jahren gehalten hätten, ja noch getaugt,

(Abg. Anton Baron AfD: Aber da leben Sie auf einem anderen Kontinent!)

aber heute, muss ich sagen, haben wir deutlich mehr Mittel auf Landesebene und vom Bund. Das sind ganz andere Zeiten, weil es inzwischen einen Konsens darüber gibt, dass man deutlich mehr für die Verkehrsinfrastruktur tun muss, als das etwa in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts der Fall war.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ich will das am Beispiel Straßenverkehr einmal deutlich machen.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja!)

Wir haben etwa 9 500 km Landesstraßen, wir haben 3 200 Brücken. Das ist richtig viel. Dafür haben wir 80 Millionen € zum Erhalt und zur Sanierung im Haushalt des Verkehrsministers und 70 Millionen € im Einzelplan 12. Das sind zu Recht Sanierungsmittel. Damit kommen wir auf 150 Millionen €. Da muss ich leider den Genossen sagen: So viel hatten wir unter Grün-Rot nie.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Hört, hört! Das kommt ins Protokoll!)

Trotzdem: Wir bleiben seit Jahren auf einem hohen Niveau. Das ist auch berechtigt, weil es einen Sanierungsstau gab, und gerade die, die am lautesten schreien, waren beteiligt am Aufbau des Sanierungsstaus in den Jahren zuvor, als sie in der Regierung waren. Diesen Stau bauen wir gerade jetzt ab.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Da waren Sie noch nicht im Landtag, glaube ich!)

Wir haben trotz allem auch noch Mittel für Aus- und Neubau von Landesstraßen. Das sind 40 Millionen €. Zweifellos haben sich viele da etwas mehr gewünscht. Aber das muss man u. a. zur FDP/DVP halt auch sagen: Man kann nicht alles fi-

nanzieren und zusätzlich finanzieren und gleichzeitig sagen: Wir müssen sparen. Da müsst ihr euch auch einmal überlegen, wie das zusammenpasst. Nicht immer sagen: „Sparen, sparen, sparen“, aber dann das Geld ausgeben, wo es einem passt. Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Die AfD hat ja angemahnt, scheinbar sachkundig, dass die Kommunen zu wenig Geld für den Unterhalt der Straßen bekommen.

(Zuruf von der AfD: Ja!)

Sie will den Kommunen frivol ein paar Millionen € mehr geben. Da kann ich nur sagen: Wir haben mit den Kommunen einen Vertrag. Im Haushalt steht exakt das drin, was wir mit den Kommunen für die Zeit bis 2018 ausgehandelt haben. Sie wollen denen freiwillig Millionen rüberschieben, die wir vertraglich gar nicht vereinbart haben, die die Kommunen auch nicht gefordert haben. Das halte ich für eine ausgesprochen interessante Art von Sparpolitik.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie können alles immer schönreden! Aber schauen Sie sich die derzeitige Situation doch an! – Gegenruf: Jetzt hören Sie mal auf!)

Meine Damen und Herren, wir hatten in den vergangenen Jahren immer Probleme bei Planungsmitteln; das muss ich ganz offen sagen. Wir hatten regelmäßig zu wenig Planungsmittel; wir mussten aus dem Sanierungstopf Geld herausholen, damit wir Straßen planen konnten. Diesmal haben wir die Planungsmittel von vornherein deutlich erhöht. Wir haben sie verdoppelt. Wir sind jetzt bei 40 Millionen €, damit wir in der Lage sind, möglichst viele Straßen zu planen und damit auch möglichst viele Bundesmittel abzurufen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Das nimmt Ihnen doch keiner ab!)

Ich will aber all denen, die da noch nicht so ganz zu Hause sind, wie das alles funktioniert, schon einmal erklären, dass es ziemlich kompliziert ist. Es gibt komplexe Straßenbaumaßnahmen, die etwa 100 Millionen € oder 200 Millionen € kosten, und da kann man nicht kurz sagen: „Jetzt baue ich mal“, sondern da sind zum Teil jahrelange Planungen Voraussetzung. Und jetzt kommt die AfD und sagt: „Dazu brauchen wir ja nicht so viele Mittel für Beratung, Experten; das kann der Staat alles selbst machen.“

Das ist sozusagen der Ansatz: nicht, dass der Staat schlank ist, sondern dass der Staat dumm ist. Denn es ist ja völlig klar, dass z. B. eine normale Verwaltung gar nicht in der Lage ist, komplizierte Fachplanungen z. B. von Brücken oder Wasserbaumaßnahmen durchzuführen. Dafür beschäftigen das Land und die Regierungspräsidien Experten, Privatbüros. Die Verwendung von weit mehr als der Hälfte unseres Budgets wird über solche Maßnahmen abgesichert.

(Abg. Anton Baron AfD: Das erklären Sie mir mal! Um zwei Drittel haben Sie die gekürzt! Wie geht das?)

(Minister Winfried Hermann)

Nur so können wir es überhaupt schaffen, dass wir die Mittel abrufen. Würden wir Ihrem Vorschlag folgen, hätten wir am Ende noch größere Probleme,

(Abg. Anton Baron AfD: Warum haben Sie das dann um zwei Drittel gekürzt?)

das Geld überhaupt abzurufen.

Wir – die Landesverwaltung und die Regierungspräsidien – tun alles, um die Mittel abzurufen. Wir haben im letzten Jahr wieder eine Rekordsumme umgesetzt. Aber man muss auch einmal sehr deutlich sagen: Der Bund hat uns über Jahre hinweg gesagt: „Kommt uns nicht mit euren Straßenbauprojekten, es gibt kein Geld, es wird gespart.“ Wir haben gesagt: „Ihr könnt nicht irgendwann einmal den Hebel umlegen.“ Was hat der Bund gemacht? Bis vor zwei Jahren Sparpolitik gepredigt, und vor zwei Jahren hat er gesagt: „Jetzt gibt es Geld.“

Aber Straßenbau ist eben nicht von heute auf morgen möglich, genauso wenig wie der Bau von Schienenwegen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wir haben eine gute Regierung in Berlin!)

Es muss geplant werden, es muss ein Planfeststellungsverfahren geben. Deswegen wird es immer schwierig sein, sich, wenn zu schnell zu viel Geld bereitgestellt wird, seitens der Verwaltung, der Planer und übrigens auch der Baufirmen umzustellen, um entsprechend mehr zu bauen. Das will ich all denen sagen, die sich das so ziemlich einfach vorstellen wie Sie, Herr Baron.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Die anderen Länder haben es auch hibekommen!)

Nebenbei gesagt: Es ist nicht der Verkehrsminister, der die Züge im Land fährt. Er baut auch nicht die Straßen. Dafür gibt es Bauunternehmen und Straßenbauverwaltungen. Das ist eine ziemlich naive Darstellung, als würde moderne Politik so funktionieren, dass sich der Verkehrsminister morgens am Schreibtisch überlegt, welche Straße er gerade nicht bauen will oder welche vielleicht doch. Das ist ja wirklich eine lächerliche Form von Politikdarstellung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Kommen wir zur Personalpolitik. Das Land Baden-Württemberg hat über viele Jahre im Bereich der Straßenbauverwaltung Personal abgebaut. Wir haben in der letzten Legislaturperiode angefangen, diesen Abbau zu stoppen, und wir haben ab 2014 Jahr für Jahr neue Stellen geschaffen, was dringend notwendig war und ist. Das ziehen wir auch konsequent durch. Dafür haben wir auch eine Strategie.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ach! Jetzt! Raus damit! – Vereinzelt Heiterkeit und Beifall – Zuruf von der SPD)

Wir werben auch dafür. Wir gehen sogar in die Werbung, ja. Es stellt sich aber heraus: Wenn man halt über Jahre z. B. niemanden mehr eingestellt hat und plötzlich wieder anfängt einzustellen, dann wird auf einmal klar, dass es gar nicht so viele Angebote auf dem Markt gibt,

(Zurufe von der SPD und der AfD)

weil halt erstens nicht so viele Ingenieure verfügbar sind und zweitens die Privatwirtschaft besser zahlt als die öffentliche Hand. Es ist gar nicht so leicht, die Stellen, die wir haben, zu besetzen. Trotzdem haben wir es bisher immer geschafft und werden weiterhin daran arbeiten, dass es auch in Zukunft dazu kommt.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das war jetzt Ihre Strategie, oder?)

Kommen wir zum Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – ein stolzer Begriff, lieber Martin Rivoir,

(Zuruf von der SPD)

wie wir gehört haben. Da sollten wir einmal über die Wahrheit reden. Wir bleiben bei der gleichen Summe von 165 Millionen €. 75 Millionen € davon gehen in den Straßenbau – das haben wir leicht erhöht –, 75 Millionen € gehen in den ÖPNV und 15 Millionen € gehen in den Radverkehr. Du hast geklagt, wir würden zu wenig ausgeben. Jetzt geben wir mehr aus. Also bitte die Zahlen genauer anschauen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Klar ist, dass wir in allen Bereichen etwas tun müssen. Wenn Herr Haußmann sagt, auch er sei für Radverkehr, muss ich immer grinsen; denn bei jeder Maßnahme sind Sie dagegen.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Genau!)

Entweder ist man für alle Verkehrsträger – dann muss man für alle etwas tun: für Fußverkehr, Radverkehr, Straße, Schiene –, aber Sie meckern ja immer nur am Radverkehr herum. Das spricht Bände dahin gehend, was Sie unter allgemeiner Verkehrspolitik verstehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Da paaren Sie sich übrigens mit der AfD, der Alternative der Ahnungslosen.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Die AfD hat einen schweren Kampf aufgenommen gegen die Radschnellwege.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Sie schreibt in ihrem Antrag, es sei frivol, Radschnellwege zu bauen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Frivol! Das wäre ja etwas!)

Wie heißt es wörtlich? Ich darf das einmal zitieren:

Eine Förderung kommunaler Radschnellwege in derartiger Höhe stellt angesichts des Zustands der Straßen- und Brückeninfrastruktur in Baden-Württemberg ein frivoles, hauptsächlich ideologischen Motiven geschuldetes Ansinnen dar.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es doch! Reden Sie einmal mit den Bürgern!)

(Minister Winfried Herrmann)

Jene, die andere Ideologen nennen, sind meist selbst die größten Ideologen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Zurufe von der AfD, u. a. Abg. Anton Baron: Fragen Sie doch die Bürger!)

Wo leben Sie eigentlich? Sie haben im Bereich Migrationspolitik eine Vorstellung von vorgestern, vom letzten Jahrhundert,

(Beifall des Abg. Manuel Hagel CDU)

aber leider auch in der Verkehrspolitik.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Zurufe von der AfD, u. a. Abg. Anton Baron: Sie haben gar nichts im Griff! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Kommen wir zum öffentlichen Verkehr. Ich glaube, hier ist unbestritten, dass der öffentliche Verkehr das Rückgrat nachhaltiger Mobilität ist. Der Straßenverkehr würde nicht funktionieren, wenn wir keinen funktionierenden öffentlichen Verkehr hätten. Deswegen wollen wir ihn attraktiv machen – auf der Straße wie auf der Schiene. Wir wollen beides modernisieren und haben einiges an Investitionsmitteln in die Hand genommen.

Das ist vielen zwar zu wenig, aber immerhin mehr, als wir bisher zu Verfügung hatten. Es gab bisher keine Schienenfahrzeugförderung. In fünf Jahren unter Grün-Rot haben wir es nicht geschafft, eine Schienenfahrzeugförderung anzustoßen. Jetzt haben wir es im ersten Jahr geschafft. Meckern seitens der SPD ist hier nicht mehr angesagt, Martin.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Doch! Neufahrzeuge!)

Da musst du auf dich selbst zeigen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Jetzt müssen wir erklären, was Ersatzinvestitionen sind.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Ersatzinvestitionen sind der Kauf von Neufahrzeugen als Ersatz für alte Fahrzeuge. Da wird nicht einfach nur repariert,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Logo!)

sondern das kann auch ein Neufahrzeug sein, eine Sanierung oder eine grundständige Sanierung. Wir werden dazu umgehend die Förderrichtlinie erarbeiten. Aber eines ist auch klar: Ihr habt 50 Millionen € gefordert, in bar, für dieses Jahr. Das kann man jedoch kurzfristig gar nicht ausgeben.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Klar!)

Denn man kann ja nicht einfach in einen Laden gehen und eine Straßenbahn kaufen, sondern sie muss bestellt werden, und dann wird sie gebaut. Wir haben drei Mal 20 Millionen € – das ist sozusagen der Beginn eines Förderprogramms; das sind zusammen 60 Millionen € – deutlich günstiger angelegt und vernünftig geplant. Hier hätte ich eher Lob erwartet als Mäkelei. Das ist nicht angesagt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Felix Schreiner CDU: Genau! Da kann man mal loben! Wir machen es!)

Kommen wir zum Schienenpersonennahverkehr, den hier alle in dem Duktus kritisiert haben: Der Verkehrsminister müsste einmal Zug fahren, und im Übrigen sei er schuld daran, dass die Züge nicht pünktlich sind, und überhaupt.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Na ja!)

Jetzt will ich eines einmal deutlich sagen: Die Züge im Übergangsvertrag fährt die Deutsche Bahn Regio. Sie hat in einem Ausschreibungsverfahren, an dem sich auch andere Unternehmen beteiligt haben, am Ende gewonnen und hat eine Zusage gemacht. Sie hat für die Vertragserfüllung sogar viel Geld pro Kilometer bekommen.

Die wichtigste Zusage in dem Vertrag war: Ihr dürft alles so weitermachen wie bisher – was sie übrigens seit Jahrzehnten getan haben –, nur dürft ihr die allerältesten Fahrzeuge, die Silberlinge, deren Einsatz mir hier oft vorgeworfen wurde, als hätte ich sie selbst bestellt, nicht mehr nutzen, sondern neuere Gebrauchtfahrzeuge. Das war die Auflage.

(Abg. Anton Baron AfD: Vom Osten haben wir jetzt irgendwelches Material bekommen! Das ist peinlich!)

Und was hat die Bahn geliefert? Sie hat aus der ganzen Republik jüngere Gebrauchte geliefert, die aber schlechter waren als die ältesten, die in Baden-Württemberg gefahren sind.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Reingelegt! Da hat man den Verkehrsminister reingelegt!)

Was für ein Unternehmen ist das? Was für ein Management ist das? Da kann ich nicht verstehen, wie man hier im Landtag den Verkehrsminister angreift statt die eigentlich Schuldigen bei der Bahn. Das ist es doch.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen – Zurufe von der SPD und des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Was für ein Unternehmen ist das, bei dem die Töchter – –

(Zurufe der Abg. Martin Rivoir SPD und Jochen Haußmann FDP/DVP – Unruhe)

– Das hört ihr nicht gern, weil es die Wahrheit ist.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Was für ein Unternehmen ist das, bei dem eine Tochtergesellschaft einer anderen Tochter nicht funktionierende Fahrzeuge schickt? Was für ein Management ist das, bei dem man versucht, Fahrzeuge, die technisch nicht zusammenpassen, zusammenzukoppeln,

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

sodass deswegen die Züge nicht kommen? Und was für ein Management ist das, das beispielsweise vergisst,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

(Minister Winfried Hermann)

die Lokführer zum Gesundheitscheck zu schicken, weswegen die Lokführer zum 1. Januar keinen neuen Ausweis zum Fahren mehr bekommen? Was für Managementfehler sind das? Das greifen wir an, und das kritisieren wir – übrigens seit drei Monaten und nicht erst hier.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ich bin der erste Verkehrsminister in der ganzen Republik, der die Bahn jede Woche zum Rapport ins Ministerium bittet.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ergebnis? Null!)

Da wird durchgesprochen: Warum ist es schiefgegangen? Welche Züge sind spät gekommen? Was ist besser zu machen, und wie ist es besser zu machen? Es ist phasenweise besser geworden und phasenweise schlechter geworden.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Übrigens will ich nur einmal sagen: Die schlechtesten Strecken sind die Filstalbahn, die Frankenbahn und die Remsbahn. Aber es ist nicht so, dass es im ganzen Land schlecht wäre.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Man muss schon aufpassen, wenn man da schilt. Die Situation ist nämlich offenbar unterschiedlich.

Was haben wir erreicht? Kunden, die Netzfahrkarten oder Jahreskarten haben, werden entschädigt – wenigstens teilweise.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist ja lächerlich!)

Die Bahn hat uns bestimmte Zusagen gemacht. Wir haben Pönalen ausgesprochen, wir haben ausgefallene Züge nicht bezahlt. Wir haben jetzt einen Beauftragten eingesetzt,

(Abg. Anton Baron AfD: Der wird viel ändern!)

weil wir merken, dass es die Bahn selbst nicht hinbekommt. Wir werden die Schrauben systematisch anziehen.

(Abg. Anton Baron AfD: Abmahnen! – Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Wir werden natürlich alle Mittel überprüfen, wie wir die Bahn dazu bringen. Aber das ist gar nicht so einfach. Denn machen Sie sich doch einmal klar: Wenn ich jetzt sagen würde: „Wir kündigen den Vertrag wegen schlechter Leistung“, wer soll dann stattdessen die ganzen Leistungen erbringen? Denn schließlich fahren in den Übergangsverträgen – das entspricht etwa zwei Dritteln des Netzes – ausschließlich DB-Nahverkehrszüge.

Wir sind also eigentlich darauf angewiesen, dass die Deutsche Bahn es kann. Ich muss darauf bestehen, dass ein solch großes Unternehmen, das diesen Verkehr so lange gefahren hat, in der Lage sein muss, einen solchen Vertrag – für viel Geld – auch zu erfüllen.

Meine Damen und Herren, das ist ein Bereich, der uns sehr beschäftigt hat, den wir aber weiterhin verfolgen. Ich verspreche Ihnen: Ich lasse da bei der Bahn auch nicht locker. Aber ich erwarte von Ihnen, dem Landtag, dass Sie mich in der Po-

litik gegen die Bahn unterstützen und nicht den Falschen angreifen. So viel Verstand muss ich doch erwarten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ich möchte noch etwas zum Grundthema „Nachhaltige Mobilität“ und zu der Frage sagen, was wir darunter verstehen und was wir dabei machen. Wir verstehen unter Nachhaltigkeit auch Straßenverkehrspolitik und ÖPNV-Politik, aber auch andere Themen.

Das Thema Lärmschutz wird in der Verkehrspolitik generell zu gering geachtet, obwohl sich so viele Menschen betroffen und belastet fühlen. Deswegen haben wir glücklicherweise auch jetzt wieder einen Lärmschutzbeauftragten. Wir unterstützen die Kommunen dabei, Lärmaktionspläne aufzustellen. Ein großer Teil, weit über 200 Kommunen, hat es nicht geschafft – obwohl gesetzlich dazu verpflichtet –, Lärmaktionspläne zu machen. Wir unterstützen sie, dass sie das schaffen. Denn dies liegt im Interesse der Bewohner, und es ist sozusagen auch eine moderne Form von Subsidiarität, möchte ich einmal sagen, dass wir die Kommunen nicht alleinlassen, sie aber auch bei ihrer Verantwortung packen. Das müssen sie machen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Kommen wir zum Thema Feinstaub

(Abg. Anton Baron AfD: Ach du meine Güte!)

und Stuttgart und zur blauen Plakette. Herr Haußmann, die Mooswand wird kommen.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Die wollten Sie ja nicht!)

– Weil wir dafür nicht zuständig sind. Das macht die Stadt Stuttgart. Die macht das jetzt. Wir haben eine Reihe von anderen Maßnahmen umgesetzt – Stichwort Feinstaubticket. Wir stärken den ÖPNV, wir bauen die Stadtbahn aus, wir verstärken die Busse. Wir haben übrigens ein ganzes Konzept, das wir in nächster Zeit noch weiter vorstellen werden.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Das habe ich noch nicht gesehen! – Gegenruf des Abg. Felix Schreiner CDU: Wir arbeiten noch daran!)

Eines ist aber zentral – das haben Sie in Ihrer Diskussion nicht wahrgenommen –: Wir haben in Stuttgart noch etwa 4 km, auf denen wir die Grenzwerte bei Stickoxid reißen, aber wir haben 70 km, auf denen wir die Grenzwerte bei Stickstoffdioxid reißen. Beides sind Grenzwerte, die wir einhalten müssen, und bei beidem geht es um Belastungen, die der Gesundheit der Menschen schwer schaden.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Herz-Kreislauf-Erkrankungen bis hin zum Herzinfarkt, aber auch Krebs werden durch solche Luftschadstoffe ausgelöst. Deswegen finde ich es ziemlich ärgerlich, in welcher Lächerlichkeit Sie immer wieder über das Thema sprechen, aber keinen einzigen Vorschlag machen, wie man dem Problem nä-

(Minister Winfried Herrmann)

herkommt. Wir haben einen Vorschlag. Der heißt blaue Plakette. Saubere Diesel, saubere Fahrzeuge dürfen einfahren, aber die dreckigen eben nicht.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Martin Rivoir SPD: Ist das Koalitionsmeinung? – Abg. Anton Baron AfD: Schaffen Sie die ganzen Umweltzonen ab! Die braucht kein Mensch!)

Da wünsche ich mir die Unterstützung des ganzen Hauses. Denn das ist das Anliegen aller, und die Gesetze gelten übrigens auch für alle.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Sie haben die auch, die blaue Plakette! – Unruhe)

Ich möchte noch etwas zur Transformation sagen. Es ist von vielen gesagt worden, dass wir in einem Umbruchprozess sind. Das gilt insbesondere für das Auto. Wir fördern deswegen neue Antriebstechnologien, aber auch die Durchsetzung dieser Technologien. Deswegen ist es so wichtig, dass wir z. B. die Infrastruktur, also die Ladesäulen ausbauen. Die Installation von 2 000 Ladesäulen wollen wir in unserem Elektromobilitätsprogramm vorantreiben. Wir tun aber auch im Bereich der Lehrlingsausbildung etwas, weil wir glauben, dass auch da eine Veränderung stattfinden wird.

Dann unterstützt auch die Wirtschaftsministerin den Transformationsprozess im Bereich der kleinen und mittleren Betriebe, die diesen Wandel ebenso schaffen müssen. Wir haben sozusagen das ganze Spektrum des Transformationsprozesses im Blick und arbeiten auch gut zusammen. Denn wir wissen: Wenn die baden-württembergische Automobilindustrie diesen Transformationsprozess nicht rechtzeitig schafft, dann ist dies zum Schaden sehr vieler Menschen in Baden-Württemberg, am Ende des ganzen Landes.

(Abg. Anton Baron AfD: Und Sie glauben, Sie sind schlauer als die ganze Wirtschaft!)

Deswegen werden wir alles tun, dass wir da gut vorankommen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Zu dieser neuen Mobilität gehören nicht nur neue Antriebe, sondern natürlich auch die Nutzung der digitalen Technologien, die Verknüpfung mit dem Netz, die Vernetzung der Verkehrsträger untereinander. Das ist moderne Verkehrspolitik, und nicht einseitig der Blick auf einzelne Fortbewegungsarten und auf einzelne Verkehrsträger.

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Das wäre sozusagen gestrige Verkehrspolitik spektrumspezifisch betrachtet, aber halt nicht ganzheitlich. Sie ist völlig unmodern.

Ich war diese Woche in Brüssel.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ach nee!)

Da können Sie einmal sehen, wie sich die Zeiten ändern.

(Der Redner hält eine Broschüre hoch.)

Das ist eine Broschüre vom ACEA. Der ACEA ist der europäische Automobilverband. Da sind alle europäischen und nicht europäischen Anbieter organisiert, alle, die auf dem europäischen Markt ihre Fahrzeuge, ihre Automobile anbieten, eine Broschüre, in der kein Wort zum Straßenbau drinsteht, sondern in der nur drinsteht, wie man etwa die neuen Technologien voranbringt, wie man die Digitalisierung nutzt, wie man zu Nachhaltigkeit kommt,

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

wie man den neuen Mobilitätsmustern entspricht, dass man Carsharing machen kann, man ein Auto also nicht besitzen muss, dass man auch Rad fährt und zu Fuß geht. Herr Haußmann, selbst der Automobilverband ist da inzwischen weiter als Sie von der FDP/DVP.

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Moderne Mobilitätspolitik sieht so aus. Das finde ich hochgradig interessant. Man merkt, dass jetzt gerade ein epochaler Wechsel stattfindet, nicht nur technologisch, sondern auch in den Köpfen der Menschen, bei Unternehmen wie in der Politik – leider nicht bei allen Fraktionen, aber das kann ja noch kommen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss und will noch einmal deutlich machen: Wir fühlen uns als Wegbereiter einer modernen Mobilitätspolitik. Wir schreiten da Schritt für Schritt voran, wir verstehen das auch als soziale Herausforderung. Wir wollen alle mitnehmen. Wir wollen auch seitens der Landesregierung unsere Vorreiterrolle weiter wahrnehmen. Wir wollen Mobilitätsbedürfnisse nicht zulasten zukünftiger Generationen und des Klimas befriedigen, sondern eben klimaneutral, umweltfreundlich, gesundheitsschonend.

(Abg. Anton Baron AfD: Was ist mit den 25 Millionen?)

Das ist unser Leitbild. Wir wollen dabei auch das Landesvermögen erhalten.

Sie sehen: Wir haben mit diesem Haushalt nicht nur einen großen Wurf gemacht, sondern ich finde, wir haben einen richtig ambitionierten Entwurf vorgelegt, eine gute Grundlage. Ich will mich noch einmal ganz herzlich beim Parlament bedanken, das im Wesentlichen auch dafür gesorgt hat, dass es so eine gute Grundlage gibt. Ich hoffe übrigens auch, dass die eine oder andere intelligentere Oppositionsfraktion dem Haushalt zustimmt, weil sie gemerkt hat,

(Lachen des Abg. Anton Baron AfD)

wir haben vieles von dem schon drin, was sie erst noch fordert. Sie können an diesem Beispiel auch sehen, dass ein kleines Haus – wir sind das kleinste Haus unter all den Ministerien – richtig viel Großes leisten kann.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und Unterstützung.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 13 – Ministerium für Verkehr. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/1313.

Zunächst rufe ich Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Weil für die ersten beiden Nummern bzw. Kapitel keine Änderungsanträge vorliegen, schlage ich vor, die Abstimmung über die Nummern 1 und 2, Kapitel 1301 – Ministerium – und Kapitel 1302 – Allgemeine Bewilligungen –, zusammenzufassen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall.

Ich stelle daher die Kapitel 1301 und 1302 gemeinsam zur Abstimmung:

Kapitel 1301 und Kapitel 1302

Wer den Kapiteln 1301 und 1302 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Den Kapiteln 1301 und 1302 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 3 auf:

Kapitel 1303

Verkehr

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/1313. Hierzu liegen vier Änderungsanträge der Fraktion der AfD und ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP vor.

Zunächst stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1413-2, zu Titel 526 78 – Kosten für Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten – zur Abstimmung, der fordert, die Kosten für Gutachten und gegebenenfalls für gerichtliche Auseinandersetzungen auf den Stand von 2015 zurückzuführen, nachdem der Bau der Infrastrukturprojekte Stuttgart 21 und Neubaustrecke Wendlingen–Ulm bereits weit vorangeschritten ist. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 891 86A N – Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1413-3, vor, der eine Mittelserhöhung begehrt, um die unter diesem Haushaltstitel genannten vielfältigen Ziele besser erreichen zu können. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 534 99 – Dienstleistungen Dritter und dgl. – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1413-4, vor, der fordert, das Budget für Dienstleistungen Dritter zu kürzen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 671 99 – Erstattungen an die Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1413-5, vor, der eine Kürzung der Mittel begehrt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 891 99 – Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/1413-1, vor, der weitere Mittel für die Herstellung der Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehrssektor fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 1303 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen. Wer Kapitel 1303 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1303 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 4 auf:

Kapitel 1304

Straßenverkehr

Hierzu liegen sechs Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

(Oh-Rufe – Gegenruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen
AfD: Die sind nicht so fleißig, die Kollegen! – Unruhe)

Zunächst stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1413-6, zu Titel 534 01 – Dienstleistungen Dritter u. dgl. – zur Abstimmung, der fordert, das Budget für Dienstleistungen Dritter zu kürzen. Wer diesem Änderungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 534 03 – Dienstleistungen Dritter u. dgl. für die Planung, Bauüberwachung und Ausführung von Straßenbauvorhaben – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1413-7, vor, der eine Mittelserhöhung für die Durchführung der notwendigen Planungen fordert, um die Bundesmittel für den Straßenbau vollständig abrufen zu können. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 633 77 – Erstattung an Stadt- und Landkreise – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1413-8, vor, der höhere Mittel für den Unterhalt der Landesstraßen zur Sicherstellung einer hochwertigen Verkehrsinfrastruktur begehrt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 781 79 – Erhaltung – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1413-9, vor, der eine Mittelserhöhung für Straßensanierungsmaßnahmen entsprechend dem Stand der beiden Vorjahre fordert.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Meine Damen und Herren, hierzu ist eine namentliche Abstimmung beantragt. Der Antrag hat die nach § 99 der Geschäftsordnung vorgeschriebene Unterstützung durch fünf Abgeordnete.

Meine Damen und Herren, wer dem Antrag Drucksache 16/1413-9 zustimmt, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer den Antrag ablehnt, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthält, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte Herrn Schriftführer Dr. Weirauch, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben M.

(Namensaufruf)

Sind noch Kolleginnen und Kollegen im Saal, die noch nicht abgestimmt haben? – Wenn dies nicht der Fall ist, dann ist die Abstimmung geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Abstimmungsergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Wir fahren in der Abstimmung fort.

Ich stelle den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1413-10, zu Titel 783 79 – Einfacher Ausbau – zur Abstimmung, der verlangt, die Mittel – –

(Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt werden wir es doch vollends miteinander hinbekommen.

(Zuruf: Genau!)

Der Antrag verlangt, die Mittel für den einfachen Ausbau der Landesstraßen auf das Niveau im Haushaltsjahr 2015 zu erhöhen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Schließlich kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1413-11, zu Titel 786 79 – Radwege an Landesstraßen –, der eine Mittelkürzung begehrt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist unser Lieblingsantrag!)

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel 1304. Wer Kapitel 1304 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1304 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 5 auf:

Kapitel 1305

Baurecht, Städtebau, Landesplanung

Wer stimmt Kapitel 1305 zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Kapitel 1305 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 6 auf:

Kapitel 1306

Nachhaltige Mobilität

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/1313. Hierzu liegen ein Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU sowie sieben Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Zunächst stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1413-12, zu Titel 429 80 – Personalkosten – zur Abstimmung, der eine Mittelkürzung fordert. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 883 84D N – Planung und Bau von Radschnellverbindungen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1413-13, vor, der eine Streichung der Mittel begehrt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die AfD kann nicht einmal Radfahren!)

Zu Titel 534 88 N – Kosten für Dienstleistungen Dritter und dgl. – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1413-14, vor, der eine Streichung der Mittel begehrt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 546 88 N – Sonstiger Sachaufwand – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1413-15, vor, der fordert, die eingestellten Mittel zu streichen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 686 88A N, Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1413-16, vor, der eine Streichung der Subventionen für bestimmte Fahrzeugtechnologien begehrt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 686 88B N – Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland – liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/1413-19, vor, der eine neue Verpflichtungsermächtigung einfügt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Diesem Änderungsantrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Zu Titel 526 90 N – Kosten für Sachverständige, für Mitglieder von Fachbeiräten u. dgl. – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1413-17, vor, der eine Streichung der Mittel fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Zu Titel 546 90 N – Sonstiger Sachaufwand – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1413-18, vor, der eine Streichung der Mittel für behördliches und betriebliches Mobilitätsmanagement verlangt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 1306. Wer Kapitel 1306 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1306 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 23. November 2016, Drucksache 16/1120, soweit diese den Einzelplan 13 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu.

Jetzt muss ich mich zu meinen Schriftführern umdrehen: Gibt es schon ein Ergebnis? –

(Zuruf: Ja!)

Dann geben Sie es mir.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion, Drucksache 16/1413-9, lautet wie folgt:

An der Abstimmung haben sich 125 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 16 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 107 Abgeordnete gestimmt;
zwei Abgeordnete haben sich enthalten.*

Damit ist der Antrag abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

AfD: Dr. Rainer Balzer, Anton Baron, Dr. Christina Baum, Lars Patrick Berg, Klaus Dürr, Dr. Bernd Grimmer, Stefan Herre, Rüdiger Klos, Dr. Jörg Meuthen, Thomas Axel Palka, Dr. Rainer Podeswa, Stefan Räßle, Daniel Rottmann, Hans Peter Stauch, Klaus-Günther Voigtmann, Carola Wolle.

Mit N e i n haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Susanne Bay, Beate Böhlen, Andrea Bogner-Unden, Sandra Boser, Martina Braun, Jürgen Filius, Josef Frey, Martin Grath, Petra Häffner, Martin Hahn, Wilhelm Halder, Thomas Hentschel, Winfried Hermann, Hermann Katzenstein, Manfred Kern, Petra Krebs, Daniel Andreas Lede Abal, Bettina Lisbach, Brigitte Lösch, Alexander Maier, Thomas Marwein, Bärbl Mielich, Dr. Bernd Murschel, Jutta Niemann, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Daniel Renkonen, Dr. Markus Rösler, Barbara Saebel, Alexander Salomon, Alexander Schoch, Andrea Schwarz, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Sckerl, Stefanie Seemann, Edith Sitzmann, Franz Untersteller, Thekla Walker, Dorothea Wehinger, Elke Zimmer.

CDU: Norbert Beck, Thomas Blenke, Klaus Burger, Andreas Deuschle, Thomas Dörflinger, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Sylvia Felder, Marion Gentges, Fabian Gramling, Friedlinde Gurr-Hirsch, Manuel Hagel, Raimund Haser, Peter Hauk, Ulli Hockenberger, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Karl Klein, Wilfried Klenk, Joachim Kößler, Sabine Kurtz, Dr. Bernhard Lasotta, Siegfried Lorek, Winfried Mack, Paul Nemeth, Christine Neumann, Claus Paal, Dr. Patrick Rapp, Nicole Razavi, Dr. Wolfgang Reinhart, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Felix Schreiner, Dr. Albrecht Schütte, August Schuler, Stefan Teufel, Georg Wacker, Tobias Wald, Karl Zimmermann.

SPD: Wolfgang Drexler, Dr. Stefan Fulst-Blei, Reinhold Gall, Gernot Gruber, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Gerhard Kleinböck, Georg Nelius, Martin Rivoir, Gabi Rolland, Rainer Stickelberger, Andreas Stoch, Dr. Boris Weirauch, Sabine Wölfe.

FDP/DVP: Dr. Gerhard Aden, Dr. Friedrich Bullinger, Andreas Glück, Dr. Ulrich Goll, Jochen Haußmann, Klaus Hoher, Jürgen Keck, Gabriele Reich-Gutjahr, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Dr. Erik Schweickert, Nico Weinmann.

Der Stimme e n t h a l t e n haben sich:

AfD: Dr. Heinrich Fiechtner.

Fraktionslos: Claudia Martin.

*

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Beratung des Einzelplans 13. Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Jetzt eine Kanne Tee für den Präsidenten! – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Wieso Tee, Herr Kollege? – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Hier im Hohen Hause, mein lieber Kollege!)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, ich rufe Punkt 2 f der Tagesordnung auf.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Ich darf um Ruhe bitten. Es ist keine Pause. Wir fahren fort.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: CDU, mehr Disziplin!)

Ich rufe **Punkt 2 f** der Tagesordnung auf:

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/1314

Berichterstatter: Abg. Alexander Salomon

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst – eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Wünscht der Berichterstatter das Wort? Ich nehme an, das ist nicht der Fall. – Genau.

In der Aussprache erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE Herrn Abg. Salomon.

Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, meine werten Kolleginnen und Kollegen! Wir reden in letzter Zeit viel über Bauernregeln; ich habe jetzt einmal eine „Bauer-Regel“ für Sie mitgebracht: „Wächst die Grundfinanzierung eminent, geht’s den Hochschulen exzellent.“

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: In dem Alter! – Heiterkeit)

Eigentlich wäre es in diesem Fall damit getan. Es gibt nicht viel mehr zu sagen. Ich formuliere es aber in diesem Fall doch weiter aus.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wie geht der Schüttelreim weiter? – Weitere Zurufe)

– Ich habe den Nerv getroffen; ich merke es. Um diese Uhrzeit noch so viel Erregung, das ist selten.

Ich habe es bereits im Finanzausschuss gesagt, und ich wiederhole es sehr gern im Plenum. Der Einzelplan 14 ist für Baden-Württemberg besonders wichtig. Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur, das sind Aufgaben, die in die Zukunft weisen, die uns voranbringen, die – jetzt denke ich besonders an die Kultureinrichtungen, aber auch an die Wissenschaft mit ihrer ganz selbstverständlichen Internationalität – einen ganz großen Beitrag dazu leisten, unser Land zusammenzuhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

– Da darf man ruhig einmal klatschen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Jetzt aber, mein Lieber! Das entscheiden wir schon noch selbst!)

– Sehr gern.

Innovation und Zusammenhalt, Offenheit für Neues und Erschließung der Vergangenheit, das ist die Klammer, die den Einzelplan 14 umreißt. Vor diesem Hintergrund und der weiter wachsenden Forschungsstärke der baden-württembergischen Hochschulen in Verbindung mit Rekordstudierendenzahlen wäre es eine ganz schlechte Idee, bei den Hochschulmitteln des Landes zu kürzen.

Einschnitte in der Forschungsförderung oder bei Kunst und Kultur sind ebenfalls nicht darstellbar. Gleichzeitig ist es unbestritten, dass wir ein strukturelles Defizit – ich betone es, da Herr Hofelich auch anwesend ist und wir im Finanzausschuss auch einmal darüber gesprochen haben, besonders –, ein strukturelles Delta im Haushalt haben.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Man kann sich nun – wie Sie, liebe SPD – von jeglicher seriöser Haushaltsführung verabschieden. Sie wollten in den Haushaltsberatungen im Finanzausschuss sogar noch weitere Ausgaben in Millionenhöhe ohne Deckung verabschieden.

Meine Fraktion und ich halten es dagegen für richtig, auf zusätzliche Einnahmen zu setzen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Studiengebühren!)

– Über die zusätzlichen Beiträge werden wir im Kontext der baldigen Gesetzeseinbringung, Herr Kollege Drexler, noch ausführlich diskutieren.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Indienbesuch des Ministerpräsidenten!)

– Genau.

Deshalb an dieser Stelle nur der Hinweis, dass wir zum Prinzip der Gebührenfreiheit für das Erststudium stehen, egal, welchen Popanz Sie da aufbauen und wie oft Sie das Gegenteil behaupten, meine liebe SPD.

(Beifall bei den Grünen)

Der Einzelplan 14 ist nämlich ein Haushalt der Verantwortung. Er spannt den Bogen zwischen Vergangenheit und Zukunft und stellt sich den Herausforderungen unserer Zeit. Im Konkreten gehört dazu die Exzellenzstrategie, die mit 11 Millionen € an zusätzlichen Mitteln für die Antragstellung unterlegt ist.

Übrigens bekommen auch die Hochschulen für angewandte Wissenschaften, die gerade im ländlichen Raum vorhanden sind, für deren Bewerbung im kommenden Programm „Innovative Hochschule“ eine Förderung. Auf unseren Vorschlag hin wurde diese um eine Erfolgspremie ergänzt. Ich drücke allen antragstellenden Universitäten und Hochschulen die Daumen, dass wir in Baden-Württemberg weiterhin einen so großen Erfolg im bundesweiten Wettbewerb haben.

An dieser Stelle möchte ich nicht nur dem Ministerium, sondern auch allen Beschäftigten an den Hochschulen meinen herzlichen Dank aussprechen. Dass Baden-Württemberg als Wissenschaftsland da steht, wo es steht, wäre ohne ihr Engagement in Forschung und Lehre sowie in der Verwaltung nicht möglich. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Gabi Rolland SPD)

Ein ressortübergreifender Schwerpunkt dieses Haushalts ist die Digitalisierung. Darüber habe ich in den letzten Tagen wenig gehört. Deshalb will ich das hier noch einmal betonen. Auch wenn diese Mittel überwiegend im Einzelplan 12 ressortieren, lässt sich doch festhalten, dass das Wissenschaftsministerium mit Maßnahmen wie Cyber Valley – ich rufe es gern noch einmal für alle ins Gedächtnis, damit Sie, wenn Sie nicht bei der Eröffnungsveranstaltung waren, das auch einmal nachschlagen, falls Sie das noch nicht gemacht haben; denn das ist hier in diesem Land das Flaggsschiff der digitalen Zukunft – beim Thema Digitalisierung Verantwortung übernimmt und Baden-Württemberg im internationalen Wettbewerb sehr weit voranbringt.

Zum Stichwort „Verantwortung für die Zukunft“: Nur mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen lassen sich die großen globalen Herausforderungen angehen. Ganz besonders wird das im Themenfeld „Wissenschaft für Nachhaltigkeit“ sichtbar.

(Alexander Salomon)

Deswegen freut es mich, dass der Haushalt hier mit der Landesinitiative Elektromobilität, mit dem Forschungsprogramm Bioökonomie und mit dem innovativen Forschungsformat „Reallabore“ gleich drei Akzente setzt. Der Haushalt 2017 ist ein Haushalt der Verantwortung, wie ich bereits erwähnt habe.

Ein letztes Beispiel ist das Thema Hochschulbau, insbesondere die Sanierung. Ich hoffe, Sie sind mit mir einig, dass es wichtig ist – das werden wir auch noch besprechen –, auch diesen Teil des Landesvermögens instand zu halten und dafür Geld in die Hand zu nehmen. Denn auch das ist Schuldenabbau. Das muss man immer wieder betonen. Gerade die Hochschulen in unserem Land, gerade die Kultureinrichtungen profitieren massiv davon, wenn wir etwas in die Gebäude und in die Instandhaltung investieren. Das ist ein wichtiger Punkt für unsere Hochschulen und für unsere Kultureinrichtungen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Abschließend möchte ich noch auf einen Punkt eingehen, der mir besonders wichtig ist, nämlich auf das Thema „Baden-Württemberg Fonds für verfolgte Wissenschaftler“. Gerade gestern kam die Erfolgsmeldung, dass wir zwei Iranern und einem Syrer, nachdem sie nicht in die USA einreisen dürfen, die Chance bieten, nach Baden-Württemberg zu kommen. Das ist gelebter Brückenbau anstatt Mauerbau, wie es in Amerika geschieht. Daher ein großer Dank an die Ministerin, dass sie dieses Programm aufgelegt hat.

(Beifall bei den Grünen)

Mir bleibt nicht mehr viel zu sagen.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Gute Idee!)

Ich ende, wie ich begonnen habe: Der Haushalt ist gut, die Ministerin ist gut, alles ist gut.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Kurtz.

(Abg. Manfred Kern GRÜNE begibt sich zum Rednerpult.)

– Es ist nicht vereinbart, dass die Redezeit in der ersten Runde aufgeteilt wird. Das ist mein Kenntnisstand. Es sei denn, Sie haben das so vereinbart.

(Abg. Manfred Kern GRÜNE: Ich dachte, das wäre der Fall, aber ich kann auch in der zweiten Runde sprechen!)

– Wenn Sie das so vereinbart haben, dann können Sie auch jetzt sprechen. Mein Kenntnisstand war, dass es innerhalb der Fraktion nicht vereinbart war. Aber bitte, Herr Abg. Kern.

Abg. Manfred Kern GRÜNE: Ich bitte um Entschuldigung. Das war ein Missverständnis.

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich vor fünf Jahren mein Amt als kulturpoli-

tischer Sprecher antrat, begann ich, in allen Grußworten und Reden überall im Land zu betonen, wie wichtig kulturelle Bildung ist, wie musisch-ästhetische Erziehung junge Menschen formt und wie wichtig niederschwellige Kunst- und Kulturangebote sind, wenn wir das Wort „Teilhabe“ wirklich ernst meinen und wenn uns der gesellschaftliche Zusammenhalt wirklich etwas bedeutet.

Das sehe ich heute noch ganz genauso. Deshalb ist es richtig, dass die kulturelle Bildung nunmehr im Kunsthaushalt mit einer eigenen Titelgruppe erscheint, und zwar mit der schönen Erläuterung im Bericht des Ministeriums zum Staatshaushaltsplan:

Kulturelle Bildung stellt ein zentrales Schwerpunktthema der Kulturpolitik des Landes Baden-Württemberg dar ...

Sie zielt darauf ab, „allen Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft den Zugang zu Kunst und Kultur zu verschaffen.“

Mehr als eine halbe Million Euro sind 2017 hierfür vorgesehen. Wir werden nicht nur Theaterpädagogik machen, sondern Kindern und Jugendlichen Teilhabe auf allen Gebieten der Kunst ermöglichen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wenn ich sage: „Kultur für alle, ohne Rücksicht auf den Geldbeutel“, dann wünsche ich mir natürlich auch, dass denjenigen, die sich dies nicht ohne Weiteres leisten können, der Eintritt in unsere Museen ermöglicht wird. Wenn wir neue Zielgruppen für Kunst und Kultur gewinnen möchten, dann ist das ein wichtiger Schritt.

Doch freier Eintritt allein genügt nicht. Die Welt hat sich verändert, und so muss sich auch die Kulturvermittlung ein Stück weit verändern. Es geht jetzt darum, ein Gesamtkonzept zu erarbeiten, wie wir junge Menschen nachhaltig und mithilfe moderner Medien an Kunst und Kultur heranführen.

Ich gehe davon aus, dass uns hierbei auch in den kommenden Jahren die von der Kulturstiftung des Bundes und der Stiftung Mercator im Zusammenhang mit dem Kultusressort finanzierten Kulturagenten unterstützen werden. Ich hoffe auch, dass es keine weiteren Mittelkürzungen aufseiten des Kultusministeriums im Bereich der kulturellen Bildung geben wird, weil dies unsere Anstrengungen im Bereich Wissenschaft und Kunst konterkarieren würde. Ich danke Ihnen jetzt schon dafür.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Sind Sie sich da mit dem Koalitionspartner einig? – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– Ich hoffe es einfach.

Ein Blick auf den Haushalt insgesamt: Brutto belaufen sich die Ausgaben für den Kunstbereich im Jahr 2017 auf fast 488 Millionen €. Damit sorgen wir u. a. dafür, dass das Personal in den Kulturinstitutionen anständig bezahlt wird. Wir verstetigen die Förderung für zahlreiche kleinere Einrichtungen, die wir in der letzten Legislaturperiode begonnen haben. Wir staten die Württembergische Landesbibliothek neu aus und vieles mehr.

(Manfred Kern)

Mittels entsprechender Verpflichtungsermächtigungen tragen wir Sorge dafür, dass die Amateurmusik im Land in Zukunft wieder in der Lage sein wird, ihre Jugend in modernen, zeitgemäßen und gut ausgestatteten Zentren in Theorie und Praxis auszubilden. Wir erwarten hier aber im Gegenzug von den Verbänden, dass sie uns ein schlüssiges Gesamtkonzept

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Das liegt vor!)

für die musikalische Aus- und Weiterbildung vorlegen, bei dem auch die bereits im Land vorhandenen Kapazitäten, wie z. B. die ebenfalls mit Landesmitteln geförderte und qualitativ hervorragende Bundesakademie in Trossingen, berücksichtigt werden.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Kern, lassen Sie eine Zwischenfrage der Abg. Rolland zu?

Abg. Manfred Kern GRÜNE: Selbstverständlich.

Abg. Gabi Rolland SPD: Herr Kollege Kern, wir haben uns sehr gefreut, dass wir gestern Abend bzw. letzte Nacht einen Antrag von Ihnen und Ihrem Koalitionspartner zum Thema

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Blasmusik!)

Blasmusik bekommen haben. Die vorgesehene Unterstützung der Akademien in Staufen und Plochingen in Höhe von immerhin 16 Millionen €

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Mehr! 18 Millionen!)

ist eine gute Investition. Aber sagen Sie uns doch bitte: Warum war es nicht möglich, dass Ihre Ministerin das schon im Haushalt darstellt? Warum erst gestern Nacht?

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Abg. Manfred Kern GRÜNE: Soweit ich das beantworten kann, kann ich Folgendes sagen: Ich habe keine tiefen Kenntnisse von der Zahlenwelt in den Ministerien. Aber ich habe einmal einen Antrag

(Zurufe)

– darf ich das ausformulieren? – vom Blasmusikverband Baden-Württemberg gelesen, in dem, wenn ich mich richtig erinnere, davon die Rede war, dass er nur 3,8 Millionen € oder 4 Millionen € von uns gebraucht habe. Wieso sollten wir dann 18 Millionen € einstellen? Um diese Erhöhung ist erst später gebeten worden. Da muss man sich halt entsprechend flexibel zeigen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

wenn man möchte, dass die Sache auch finanziert wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Gut erklärt! Ich habe es verstanden! – Zuruf: Sehr gute Antwort!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir reden jetzt drei Tage lang hier im Plenum über Einnahmen und Ausgaben in Millionenhöhe. Die Erfolge künstlerischer Beschäftigung und kultureller Bildung lassen sich eigentlich nicht in Zahlen be-

messen. Aber der Gewinn für unsere Gesellschaft ist enorm, wenn wir Menschen an musisch-ästhetische Bildung heranzuführen, gleich, ob es sich dabei um Kinder oder Jugendliche handelt, um Menschen mit Handicaps, um Senioren oder um Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Wenn wir es schaffen, Traditionen zu vermitteln und dabei modern und offen für Neues zu bleiben, wenn wir es schaffen, kulturelle Werte zu vermitteln und dabei die Vielfalt zu preisen, wenn wir neugierig bleiben, ohne unsere kulturellen Wurzeln zu vernachlässigen, und wenn wir uns als heterogene, vielfältige Gesellschaft begreifen, dann leisten wir einen wichtigen Beitrag für das Zusammenleben in einer guten Zukunft.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Kurtz.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der Studierenden in Baden-Württemberg um 40 % gestiegen. Wir haben im Moment 360 000 Studierende an unseren Hochschulen. Gleichzeitig hat sich die Zahl der sogenannten Drittmittel verdoppelt. Das sind die Gelder, die die Hochschulen selbstständig und im Wettbewerb in Förderprogrammen oder bei der Wirtschaft einwerben können. Diese Entwicklung zeigt, dass es sich bei dem Bereich Wissenschaft, Forschung und Lehre um einen sehr dynamischen und stark wachsenden Bereich handelt, der für unser ganzes Land wie auch für unsere Wirtschaft wirklich eine sehr hohe Bedeutung hat.

Die Ausgaben im Bereich des Wissenschaftsministeriums steigen in diesem Haushalt um 3,4 %. Im Vergleich dazu: Der Gesamthaushalt steigt um 2 %. Wir müssen dabei aber auch feststellen, dass es ganz stark die Bundesmittel sind, die das Ausgabenvolumen mit prägen. 500 Millionen € sind es voraussichtlich in diesem Jahr, die vom Bund in den Haushalt des Wissenschaftsministeriums fließen. Ich will hier noch einmal in Erinnerung rufen: Im Jahr 2015 wurde das Grundgesetz geändert, das sogenannte Kooperationsverbot wurde gelockert. Durch die Änderung von Artikel 91 b des Grundgesetzes wurden mehr und vielfältigere Kooperationsmöglichkeiten zwischen Bund und Ländern eröffnet.

Erfreulich ist natürlich für uns in Baden-Württemberg, dass wir auch die Mittel, die Finanzkraft haben, um die Programme, die vom Bund angeboten werden, entsprechend mitzufinanzieren, sodass wir diese Gelder abrufen können. Es gibt aber sogar Programme vom Bund, für die wir gar nichts dazugeben müssen. Das ist z. B. bei dem Programm zur Berufs- und Studienorientierung so, über das der Bund fast 50 Millionen € in fünf Jahren nach Baden-Württemberg gibt – Geld, das wir gar nicht mitfinanzieren müssen. Verschiedene Ministerien sollen sich jetzt der Berufs- und Studienorientierung widmen, eben auch das Wissenschaftsministerium.

Für die CDU will ich ganz deutlich sagen: Uns ist es ganz wichtig, dass hier eine gleichwertige Beratung sowohl in Bezug auf die duale Berufsausbildung als auch auf das Studium

(Sabine Kurtz)

erfolgt. Denn wir sind davon überzeugt, dass die Wissenschaftsgesellschaft nicht allein über akademische Bildung erreicht werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU:
So ist es!)

Wir brauchen eine Gleichwertigkeit der verschiedenen Berufe, und wir brauchen eine möglichst hohe Durchlässigkeit und Vernetzung. Ohne eine solide berufliche Ausbildung im gewerblichen, industriellen und handwerklichen Bereich wird uns das nicht gelingen.

Meine Damen und Herren, die frühere Landesregierung hatte sich eine Steigerung der Studierendenzahlen auf die Fahnen und ins Koalitionsprogramm geschrieben. Wir von der CDU haben immer kritisiert, dass man 50 % eines Jahrgangs einer akademischen Ausbildung zuführen wollte. Aber wir müssen nun der Realität ins Auge schauen, und wir haben die Verantwortung für diese 360 000 Studierenden, deren Zahl ich eben schon genannt habe, aber auch für das Personal, für die Lehrenden, für die Forschenden an unseren Hochschulen. Wir haben die Verpflichtung, für all diese Personen die passenden Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen.

Mit ihrer finanziellen Ausstattung sind die Hochschulen im Großen und Ganzen zufrieden. Ihre Klagen beziehen sich momentan weniger auf das Geld als auf Räume und auf Flächen. Sie sagen, sie haben da einfach nicht genügend zur Verfügung. In allen Gesprächen werden wir auf dieses Manko hingewiesen.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Zahl der Beschäftigten an der Universität Tübingen ist seit 2005 um 31 % gewachsen. Es ist klar: Wir waren sehr erfolgreich bei der Exzellenzinitiative. Es gibt die Ausbauprogramme, die zu mehr Studierenden geführt haben. Der Drittmittelbereich ist gewachsen. Das alles ist natürlich ohne zusätzliches Personal nicht zu bewältigen. Aber diese Leute brauchen dann natürlich auch einen Arbeitsplatz, sie brauchen einen Computer, Labore und vieles mehr. Aber die Flächen an der Universität Tübingen sind im gleichen Zeitraum nur um 6 % gewachsen.

An der Universität Heidelberg, höre ich, sieht es noch schlechter aus. Dort sind einige Labore im Moment gar nicht mehr nutzbar. Und die Hochschulen für angewandte Wissenschaften sagen uns, sie haben einen Bedarf an zusätzlichen Flächen von ungefähr 200 000 m².

Es kann uns nicht trösten, meine Damen und Herren, dass es in anderen Bundesländern nicht besser aussieht. Das Thema beschäftigt ja auch die Kultusministerkonferenz. Sie stellte vor exakt einem Jahr fest, dass wir einen bundesweiten Sanierungsstau von 35 Milliarden € haben. Wohlgedenkt: Da geht es nur um die Sanierung im Bestand. Dazu kommt natürlich noch der Bedarf für Neubauten.

Man sieht also auch hier: Auch die Verschleppung von Sanierungsaufgaben ist eine Art Verschuldung. Der Kollege Salomon hat das ja eben schon angesprochen. Es ist nicht gut, wenn diese Aufgaben immer auf später vertagt werden. Es ist gut, dass diese Landesregierung die implizite Verschuldung anerkannt hat und jetzt die Sanierungsrücklagen gestärkt hat.

Uns ist es wichtig, dass da gerade die kleineren Hochschulen, wenn es um kleinere Maßnahmen geht, schnell und flexibel bedient werden, sodass die größte Not gelindert werden kann.

Für uns, die CDU, kann ich auch sagen, dass wir durchaus noch einmal das Thema „Begrenzte Bauherrenreife von Universitäten“ prüfen wollen, weil uns doch scheint, dass wir mehr Flexibilität und Schlagkraft in diesem Problembereich brauchen.

Wichtig ist uns aber auch, dass wir die Universitäten bei einer anderen Herausforderung gut unterstützen, nämlich bei der jetzt neu ausgeschriebenen Exzellenzstrategie. Derzeit arbeiten sie mit Hochdruck an ihren Antragsskizzen. Wir haben versprochen, dass wir sie auch in dieser Bewerbungsphase, die sehr kostenintensiv ist, unterstützen. Dafür sind jetzt einmal 12 Millionen € in diesen Haushalt eingestellt. Außerdem müssen wir auch die jetzt auslaufende Exzellenzinitiative begleiten, weil der Bund sich da ja zurückzieht. Dafür müssen wir 26,5 Millionen € beisteuern.

Auch das landesweite Thema Digitalisierung, das eben schon angesprochen wurde, wird das Ministerium beschäftigen. Dafür sind 15,9 Millionen € vorgesehen. Für die CDU will ich ganz deutlich sagen: Uns ist es wichtig, dass wir die Möglichkeiten der Digitalisierung für den Kulturbereich nutzen, z. B. für die Kulturvermittlung. Wir wollen, dass neue Zugänge zu Kunst und Kultur eröffnet werden; auch im Bereich des Films können wir uns da einiges vorstellen. Es geht aber auch und vor allem um die Sicherung von wertvollen Beständen in unseren Bibliotheken und Archiven.

Für uns ist aber auch klar: Digitalisate und virtuelle Kunsträume können und dürfen die praktische Kunstausbildung nicht ersetzen. Ich möchte hier ganz deutlich betonen, dass uns die vielfältige und breit gefächerte Kulturlandschaft in Baden-Württemberg, vor allem wenn sie von Ehrenamtlichen, von Vereinen und Verbänden erbracht wird, ein ganz großes Anliegen ist. Es war uns immer ein Anliegen, das zu stärken. Denn für uns ist klar: Ohne Breite keine Spitze.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Insofern bitte auch ich Sie hier bei diesem Änderungsantrag, den Sie, Frau Rolland, offensichtlich erst letzte Nacht gelesen haben –

(Abg. Gabi Rolland SPD: Erst bekommen! Gestern!)

aber vielen Dank, dass Sie sich die Mühe gemacht haben –, um Unterstützung. Ich freue mich, dass es gelungen ist, jetzt auf der Zielgeraden für diese Neubauvorhaben der beiden Blasmusikverbände doch noch die Mittel in den Haushalt hineinzuschreiben.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Beate Böhlen und Martina Braun GRÜNE)

Sie wissen, es handelt sich um hohe Summen; das gebe ich zu. Es sind Verpflichtungsermächtigungen für die zukünftigen Haushalte. Aber ich glaube, diese 18 Millionen €, auf die wir uns hier festlegen wollen, sind gut angelegt.

(Sabine Kurtz)

Der Kollege Kern hat die kulturelle Bildung angesprochen. Ja, aber wir müssen dafür nicht immer das Rad neu erfinden. Ich finde, wir sollten die vorhandenen und gewachsenen und in unserem Land so gut verankerten Strukturen, wie gerade über diese Blasmusikverbände, ausdrücklich für kulturelle Bildung nutzen. Deswegen brauchen diese Verbände und die Ehrenamtlichen unsere Unterstützung.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Beate Böhlen und Martina Braun GRÜNE)

Insgesamt können wir, glaube ich, feststellen, dass der Kulturbereich in diesem Haushalt keinen Grund zur Klage hat. Es gibt keine Einschnitte. Alle Bereiche erfahren moderate Erhöhungen, die Tarifsteigerungen werden wiederum ausgeglichen. Es gibt eine breite Palette von Angeboten, auf die wir wirklich stolz sein können.

Auch ich will es nicht versäumen, darauf hinzuweisen, welche Anträge die AfD im Finanzausschuss und auch hier wiederum gestellt hat. Wenn diesen stattgegeben würde, hätten wir einen Flächenbrand im ganzen Land. Mit dem Rasenmäher wollen Sie durch die Kulturlandschaft gehen. Sie wollen die Mittel für Kunstvereine auf null setzen, Sie wollen die Popakademie schröpfen, die Kulturinitiativen, die soziokulturellen Zentren, alles halten Sie für überflüssig.

(Abg. Anton Baron AfD: Alles überflüssig!)

Mittel für die kulturelle Bildung wollten Sie in ganz starkem Maß beschneiden. Auch so etwas wie das Institut für Auslandsbeziehungen ist Ihnen offensichtlich ein Dorn im Auge.

(Abg. Anton Baron AfD: Wir wollen Schulden tilgen!)

Meine Damen und Herren, wir als verantwortungsbewusste Fraktionen, die wir uns der Bedeutung von Kunst und Kultur für unser Land und für unsere Wirtschaft wirklich bewusst sind, werden dem keinesfalls zustimmen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Ich bin wirklich sehr dankbar für diesen Konsens der verantwortungsbewussten Fraktionen hier in diesem Haus und kann nur appellieren, dass wir das weiterhin so halten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Balzer das Wort.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Einzelplan 14: 5,26 Milliarden €, ein Zuwachs von 174 Millionen €, eine Steigerung von 3,4 % gegenüber dem Vorgängerhaushalt 2016.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wenn Sie jetzt Schluss machen, bekommen Sie Beifall!)

– Ich mache aber nicht Schluss. Vielleicht bekomme ich ja trotzdem Beifall. Manchmal gelingt das ja.

(Beifall des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Das ist, gelinde gesagt, unambitioniert. Herr Salomon, Sie haben vorhin die Verantwortung angesprochen. Das ist unambitioniert, wenn man sich überlegt, dass uns eine Schuldenbremse vor Augen gehalten worden ist.

Andreas Schwarz hat gestern noch gesagt, das sei innovative Finanzpolitik. Das scheint mir eher der passende Ausdruck dafür zu sein, denn dieser Einzelplan 14 bietet so viel linksgrüne Ideologie wie kaum ein anderer Haushaltsentwurf.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Allein schon deshalb lässt sich sehr viel Einsparpotenzial finden, aber, liebe Frau Kollegin Kurtz, natürlich nicht mit dem Rasenmäher.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Mit der Sense und dem Flammenschwert!)

Das mache ich vielleicht daheim, aber hier bestimmt nicht. Wir unterstützen natürlich die Förderung der Kunst: Wunderbare Theater, Opernhäuser und Museen wären ohne staatliche Förderung nicht überlebensfähig.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Warum wollen Sie dann kürzen?)

Das lehnen wir auch nicht ab. – Vielleicht warten Sie einfach einmal einen Moment; das wäre nicht schlecht.

Unsinnige vermeintliche Kunstprojekte auf Kosten des Steuerzahlers

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Wer sagt denn, dass das unsinnig ist?)

oder Kunst als Vehikel zur Durchsetzung von Ideologie lehnen wir wiederum ab.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sie bewerten Kunst! Das kommt noch!)

Welches Ziel hat der Bachelorstudiengang Weltmusik an der Popakademie in Mannheim? Im Bericht zum Staatshaushaltsplan steht wörtlich, er sehe – ich darf zitieren –

... die Integration dreier Instrumente aus dem türkisch-arabischen Raum vor.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen – Unruhe)

Dieser Studiengang kostet das Land 350 000 € jährlich. Dieser Haushaltstitel gehört unserer Meinung nach schlicht und ergreifend gestrichen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Manfred Kern GRÜNE: Verbieten Sie auch das Rondo alla turca?)

Könnte es sein, dass vielleicht manch einer von den Grünen ein gespaltenes Verhältnis zur Kultur des eigenen Landes hat? Ich vermute es ja nur.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Zurufe von den Grünen und der CDU)

(Dr. Rainer Balzer)

Weltmusik heißt ja vermutlich deshalb so, weil sie vom anderen Ende der Welt kommt.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Die Welt ist rund! Da gibt es kein Ende! – Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Sie wird von Ihnen eher gefördert als die eigene Musik – selbige zumindest mit sehr viel Verzögerung.

(Abg. Winfried Mack CDU: So ein Blödsinn, wirklich! – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das basiert alles auf Vermutungen! – Unruhe)

Jetzt sind wir bei der Blasmusik, also aktuell. Blasmusik gilt eher als Provinzmusik,

(Vereinzelt Beifall – Abg. Sabine Kurtz CDU: Wer sagt das denn?)

obwohl diese Musik von Tausenden Bürgern in unserem Land, von Laien mit großer Freude und auf hohem musikalischen Niveau ausgeübt wird. Die beiden großen baden-württembergischen Blasmusikverbände benötigen ca. 20 Millionen € für Bauprojekte, und wir gedenken das zu unterstützen.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Sehr gut!)

Ich freue mich, dass es vorhin hieß, das stehe auf einem breiten Fundament.

Nächster Punkt: Für das Internationale Filmfestival Mannheim-Heidelberg wurde ein neuer Wettbewerb für internationale Fernsehserien geschaffen: 30 000 € Landesmittel. Wir meinen: Glatt streichen!

Meine Damen und Herren, wir fordern stabile Finanzen und unterstützen deswegen den Hochschulfinanzierungsvertrag 2020. Wir unterstützen nicht unsinnige und pseudowissenschaftliche Forschungsbereiche.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von den Grünen und des Abg. Peter Hofelich SPD)

Es gibt im Land sage und schreibe 16 Lehrstühle für Gender-Studien – jährliches Einsparpotenzial in Millionenhöhe. Diese Gender-Lehrstühle multiplizieren eine links-grüne Ideologie, die auf dem besten Weg ist, unser Land in den gesellschaftlichen Abgrund zu führen.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Leider stehen Teile der CDU hier Spalier.

Wir haben gestern gehört – und vorgestern vom Ministerpräsidenten –: Baden-Württemberg ist ein Exportland, stark und wirtschaftlich erfolgreich. Wir müssen eigentlich das fördern, was uns stark macht. Ich frage mich, welches Gutachten eines Gender-Lehrstuhls tatsächlich irgendwohin exportiert werden kann und wer dafür – weltweit – nur einen Dollar bezahlt.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo! – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Mich würde auch interessieren, welches export- oder auch marktfähige Produkt ein Gender-Lehrstuhl eigentlich entwickeln kann.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was?)

Aus der Gender-Studie zur sozialen Konstruktion der Geschlechter scheinen diese Lehrstühle vor allem aber den Auftrag abzuleiten, immer neue Geschlechter zu erfinden.

(Heiterkeit des Abg. Anton Baron AfD)

Was kostet das unsere Volkswirtschaft? Exportieren kann man vielleicht die Geschlechtslosen oder was weiß ich,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

wenn man alle paar Jahre in den bestehenden Toilettenhäuschen in öffentlichen Gebäuden – so, wie in Berlin geschehen – neue Toiletten baut, immer so viele, wie man ideologisch gerade an neuer Geschlechterzahl begründet.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Hoch wissenschaftlich! – Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Im Moment sind es dann drei, jedenfalls in Berlin. Diesen Unsinn lehnen wir komplett ab.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Meine Damen und Herren, im Weiteren: der Aufbau eines Instituts für Psychotherapie und Psychotraumatologie

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

im Nordirak, ein Vorhaben, das die Homepage des Ministeriums schmückt – kostet auch nur 1 Million €. Entwicklungshilfe oder Entwicklungszusammenarbeit liegen nach meiner Kenntnis eigentlich in der Zuständigkeit des Bundes und nicht der Länder. Die Lage in der dortigen Region ist unübersichtlich.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Es ist schwer zu unterscheiden: Wer ist Opfer, wer ist Täter, und wer ist prinzipiell eigentlich behandlungswürdig?

(Zuruf von den Grünen: Wir sind Opfer Ihrer Rede!)

– Die Rede war vom Nordirak. – Dieser Region kann durch solche ideologiebehafteten Projekte eher nicht geholfen werden,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Waren Sie im Nordirak?)

sondern durch eine Stabilisierung der politischen Verhältnisse. Dazu braucht man internationale Kooperationen,

(Beifall bei der AfD)

besonders mit den USA und Russland. Die neue Administration in den USA hat das ja auch schon angedeutet. Daher: Diese 1 Million € für das psychologische Institut ist zum Fenster hinausgeworfenes Geld. Das kann man glatt streichen.

(Dr. Rainer Balzer)

Ich habe mich auch mehrmals über Formulierungen in Ihrem Bericht zum Einzelplan 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst – gewundert. An einer Stelle wird geschrieben: Weil weltweit – ich darf zitieren – die Hochschulbildung boome, könne man es sich in Baden-Württemberg nicht leisten, Studienplätze abzubauen. Richtig.

An einer anderen Stelle schreiben Sie ganz allgemein von einer gestiegenen Studierneigung junger Menschen, der die Politik Rechnung tragen müsse. Liebe Frau Ministerin, die Politik muss dem Gemeinwohl Rechnung tragen. Dazu gehören Erwägungen, ob es überhaupt sinnvoll ist, wenn so viele junge Menschen studieren wollen. Ob es notwendig ist, kann man dann auch noch fragen.

Wir haben viele offene Lehrstellen. Es gibt sinnvolle Berufsausbildungen. Hier scheint mir Aufklärungsarbeit notwendig zu sein.

(Beifall bei der AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Bravo!)

Es ist hanebüchen, einen weltweiten Hochschulboom festzustellen, dem man sich nicht entziehen könne. Allein China und Indien kann man als Beispiele nehmen. Da hat man natürlich jedes Jahr einen großen Zuwachs – erforderlicherweise, möglicherweise – an Hochschulabsolventen. Aber diese Länder haben auch einen deutlich höheren Nachholbedarf als unser Land, möchte ich einmal behaupten. Sie haben auch einen anderen Bevölkerungssockel, aus dem man hier schöpfen kann.

Wir sollten uns auf unsere Stärken konzentrieren, und diese liegen in der Qualität der Berufsausbildung und nicht in der Quantität der Studenten.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Ausdrücklich unterstützen wir, die AfD-Fraktion, die Einführung von Studiengebühren für Studenten aus dem Ausland – auch in der Höhe von 1 500 € pro Semester und Student.

(Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Damit holen wir nur nach, was in anderen Ländern – gehen Sie einmal nach Großbritannien oder Frankreich –

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

schon lange üblich ist. Eine völlige Subventionierung des Studiums für ausländische Studenten wie bisher ist dem deutschen Steuerzahler, wenn Sie ehrlich sind, im Grunde genommen nicht zuzumuten.

(Beifall bei der AfD)

Die Studiengebühren, die kommen sollen, kommen reichlich spät. Deswegen sind die betreffenden Einnahmen wohl auch noch nicht im laufenden Haushalt eingebracht.

Thema Nachhaltigkeit – ganz kurz –: auch in der Energieerzeugung und in der Erforschung neuer Energieträger, aber nicht um den Preis des Verlusts unserer gewachsenen Natur- und Kulturlandschaft. Ich denke hier an den Schwarzwald, an den Odenwald, wo bald, geht es nach den grün-schwarzen Plänen, jeder Gipfel von einem Windpark geziert werden soll.

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Dieser umwelt- und energiepolitische Ansatz scheint dem Prinzip zu folgen: Wir zerstören die Umwelt, damit es andere nach uns nicht mehr tun können.

(Beifall bei der AfD)

Sie sehen, es ist leichtgefallen, in diesem Haushaltsentwurf im Einzelplan 14 über 10 Millionen € Einsparpotenzial zu finden.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wenn nicht viele andere Ausgabenpositionen, wenn nicht viele andere Posten unter der nichtssagenden Überschrift „Allgemeine Zuwendung“ ihre eigentliche Bestimmung verbergen würden, wäre uns mit Sicherheit noch mehr eingefallen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zuruf von den Grünen)

– Ja, die Redezeit ist um; das steht da.

Danke.

(Beifall bei der AfD – Abg. Beate Böhlen GRÜNE:
Und jetzt Ausmarsch!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Rolland das Wort.

Abg. Gabi Rolland SPD: Man hat durchaus den Eindruck, dass der Vorredner zumindest ein schwieriges Verhältnis zum Grundgesetz hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

In Artikel 3 steht meines Wissens:

Frauen und Männer sind gleichberechtigt.

Der Staat fördert diese Gleichberechtigung.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Von der freien Berufswahl hat er auch noch nichts gehört! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD zur AfD: Grundgesetz lesen! – Weitere Zurufe)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Weltoffen, verlässlich, transparent und innovativ – das sind die Adjektive, mit denen Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, Ihren Koalitionsvertrag schmücken. Aber mit Ihrem Haushaltsentwurf, Frau Ministerin Bauer, wollen Sie die ausländischen Studentinnen und Studenten zur Kasse bitten. Ist das für Sie Weltoffenheit? Sie wollen die jungen Leute zusätzlich mit 3 000 € im Jahr abzocken.

(Zurufe von der AfD)

Dabei haben sie schon Probleme, die 735 € aufzubringen, die ein internationaler Studierender hier in Deutschland monatlich im Durchschnitt für Essen, Wohnen, Lernen, Freizeit und Versicherungen braucht. Jetzt kommt auch noch dazu, dass die meisten fast 9 000 € als Sicherheitsbetrag auf ein Sperrkonto einbezahlen müssen. Können Sie sich vorstellen, was das für die Familien zu Hause bedeutet? Dort fehlt das Geld

(Gabi Rolland)

vor Ort. In Indien, in Russland, in Südamerika und vor allem in den afrikanischen Ländern sind 9 000 € doch etwas anderes als in unserem reichen Baden-Württemberg.

(Zuruf: Und wer bezahlt das?)

Jetzt kommen noch einmal 3 000 € dazu. Wer glaubt Ihnen eigentlich, dass damit nicht der Weg zu allgemeinen Studiengebühren freigemacht wird?

Das Centrum für Hochschulentwicklung, das Sie, Frau Bauer, direkt angeschrieben und um Expertise zu Ihrem Gesetzesvorhaben gebeten haben, hat jedenfalls in seiner Stellungnahme deutlich gemacht, dass die Studiengebühren, die Sie jetzt planen, weg sind,

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

die erhofften Einnahmen im überschaubaren Rahmen bleiben, der administrative und finanzielle Aufwand für die Hochschulen dagegen relativ hoch ist und somit Aufwand und Ertrag in keinem zu rechtfertigenden Verhältnis stehen. Viel sinnvoller – so der Gutachter – sei die Einführung von allgemeinen Studiengebühren.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: „Nachgelagert“, steht darin!)

Wenn das nicht die Einladung dazu ist, dieses Thema in den nächsten Haushaltsberatungen tatsächlich wieder aufs Tapet zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen ja, die SPD-Landtagsfraktion hat hier eine klare Haltung. Wir lehnen die Einführung der internationalen Studiengebühren grundsätzlich ab.

(Zuruf von der AfD)

Alle Studierwilligen sollen auch in Zukunft in Baden-Württemberg gleiche Chancen auf eine akademische Ausbildung haben.

Die Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Studierende erweckt nicht den Eindruck großer Gastfreundschaft an unseren Hochschulen, die sich so sehr um die Internationalisierung bemühen, sondern bedeutet Diskriminierung im Bildungswesen und steht in eklatantem Widerspruch zur Förderung der kulturellen Vielfalt und der Bildungsgerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Hochschulen und akademische Ausbildung leben eben von dieser Vielfalt der Studierenden. Gerade in diesen Zeiten sollte das gebührenfreie Studium für internationale Studierende ein wichtiges Zeichen für die Weltoffenheit unseres Landes Baden-Württemberg und unserer Gesellschaft setzen.

Für die SPD-Fraktion sieht die Internationalisierung von Hochschulen eben anders aus. Wir haben ein großes Interesse daran, offen zu sein für Studentinnen und Studenten aus Kamerun, aus der Ukraine, aus Südamerika, junge Menschen, die hier Ingenieur werden wollen oder als Wirtschaftswissenschaftler ausgebildet werden und nach ihrem Studium entweder hier bleiben und hier als Fachkraft arbeiten oder in ihre

Heimatländer zurückkehren, um dort vielleicht bei einem deutschen Unternehmen zu arbeiten oder sich in ein heimisches Unternehmen einzubringen.

Mich hat ein Besuch in einer türkischen privaten Universität sehr beeindruckt. Dort hat man uns sehr deutlich gemacht, wie wichtig es ist, dass die Studentinnen und Studenten auch einmal nach Deutschland kommen können, um hier an unseren Hochschulen mehr Verständnis zu bekommen für Demokratie, für Rechtsstaatlichkeit und einen inhaltlichen Diskurs, der ideologiefrei geführt werden kann.

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Dieses kostenfreie Studium ist auch ein bedeutender Standortvorteil für die Hochschullandschaft bei uns und gegen den Fachkräftemangel. Hier kommen viele ausländische Studentinnen und Studenten aus Krisen- und Entwicklungsländern; sie dürfen nicht abgeschreckt werden.

Sie können noch einmal in sich gehen und unserem Antrag nachher in einer namentlichen Abstimmung zustimmen. Das ist für uns Weltoffenheit, das ist für uns ein Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit, und das ist ein Beitrag zur Fachkräftesicherung im Land.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Thema Verlässlichkeit. Frau Ministerin Bauer, Ihnen ist nicht entgangen, dass die Hochschulen für angewandte Wissenschaften im Vergleich zu den Universitäten finanziell deutlich schlechtergestellt sind. Dem starken Ausbau der Studienplätze konnte im Hochschulfinanzierungsvertrag nicht ausreichend Rechnung getragen werden. Deswegen haben Sie ihnen im Koalitionsvertrag in Aussicht gestellt, mehr Geld zu bekommen, doch vom Ausgleich dieser Unwucht ist in diesem Haushalt nichts zu spüren.

Gleiches gilt auch für die Duale Hochschule Baden-Württemberg. Sie haben es uns ja indirekt im Ausschuss bereits eingestanden, dass Sie nicht Herrin des operativen Geschäfts waren. Auch die DHBW hat deutlich ausgebaut, freut sich natürlich über die Nachjustierung im Bereich der Qualitätssicherungsmittel von 2 Millionen €. Aber eigentlich fehlt das Geld überall: bei den Aufbaustudiengängen und auch bei den Lehrbeauftragten.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Deswegen haben Sie keinen Antrag im Finanzausschuss dazu gestellt! Das ist doch unlogisch!)

Das heißt, wir brauchen mehr Geld in der Grundfinanzierung, und die „Bauer-Regel“ muss dann sein, überall Geld in die Grundfinanzierung zu geben. Das nennen wir Verlässlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Stichwort Transparenz: Im Rahmen von Good Governance fordern wir mehr Transparenz an den Hochschulen – Sie auch. Die Hochschulen kommen diesen Forderungen immer mehr nach. Davon, Frau Ministerin Bauer, können Sie sich ein Stück abschneiden. Die Vorgänge in der Hochschule für Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg lassen eigentlich nur einen Schluss zu: Wenn es schwierig wird, wird alles unter den Teppich gekehrt. Es kann doch wirklich nicht sein, dass

(Gabi Rolland)

ausgerechnet unter einem grünen Ministerium die wohl rechtswidrigen Zulagen nach der Zugehörigkeit zu einer Hochschule gewährt werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Demnächst müssen wir wohl damit rechnen, dass die Maßstäbe Größe und BMI sind. Diese notwendige Transparenz fordern wir jetzt mit dem Untersuchungsausschuss ein.

(Abg. Anton Baron AfD: Die Studierenden aus Baden-Württemberg müssen in Amerika auch bezahlen!)

Ich komme zum Stichwort Innovation. Auch da waren wir gespannt auf den Niederschlag im Haushalt und müssen feststellen: sehr enttäuschend. In den Eckpunkten sagen Sie noch: Wir brauchen Forschung, Hochleistungsrechner, Open Access und Vermittlung von Kunst und Kultur. Uns fehlt Ihr klares Bekenntnis zur Digitalisierung in der Lehre. Denn Innovation in der Lehre muss auch Digitalisierung in der Lehre heißen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Deswegen fordern wir, dass in den Lehr- und Lernangeboten ein stärkerer Aufbau und Ausbau erfolgt. Wir brauchen eine deutliche Förderung der E-Learning-Ansätze, die sich an den Lernenden orientiert. Wir brauchen ein deutliches Bekenntnis für frei verfügbare Lehr- und Lerninhalte, und wir brauchen vor allem eine hochschulübergreifende Strategie für diese Themen. Das schafft Zukunft der Lehre, und das ist Innovation.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang begrüßen wir selbstverständlich die digitale Vermittlung von Kunst und Kultur. Ja, das ist wichtig. Aber die SPD ist davon überzeugt, dass es noch wichtiger ist, analoge Kenntnisse und einen analogen, wahrhaftigen Zugang zur landeseigenen Kunst und Kultur zu bekommen. Deshalb fordern wir den freien Eintritt in die Landesmuseen – Kultur für alle. Mit diesem freien Eintritt können tatsächlich Junge und Alte, Kulturerfahrene und Kulturneulinge die Kulturgüter in unseren Museen erleben, und sie können dort Kunst und Geschichte erleben.

Der Inhalt der Museen gehört der Bevölkerung. Er wird von ihren Steuern erworben, gepflegt und ausgestellt. Deshalb sollten wir den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, daran teilzunehmen. So können wir viele neue Menschen für die Museen begeistern. Es gibt nichts Besseres, als Kunst selbst zu erleben – im Spannungsfeld mit anderen Kunstwerken oder neu entdeckt in einem anderen Kontext. Vielfalt hat keine Grenzen.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Deswegen freuen wir uns, dass Frau Staatssekretärin Olshowski uns da inhaltlich sehr nahe ist, und wir hoffen, dass es tatsächlich sehr bald zu einem Konzept kommt. Das Geld ist da, die bildungshungrigen und die neugierigen Menschen auch. So geht Chancengleichheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie es wirklich ernst meinen mit Ihrem Koalitionsvertrag im Sinne von verlässlich,

transparent, innovativ und weltoffen, dann stimmen Sie heute unseren Anträgen zu. Wenn nicht, lehnen wir den Einzelplan 14 ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Weinmann das Wort.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg ist reich, reich an Kultur, reich an Kunst, und wir tun gut daran, diesen Reichtum allen Bevölkerungsschichten zugänglich zu machen. Liberale Kulturpolitik gründet in der Überzeugung, dass künstlerisches Schaffen individuelle und soziale Identität zu sichern hilft. Kunst und Kultur sind nach unserer Überzeugung unerlässlich für die Gemeinschaft und ihre Verständigung. Sie ermöglichen ein gesellschaftliches Klima, das von Modernität, Aufgeschlossenheit, Toleranz und Leistungsbereitschaft geprägt ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Politik muss die dafür notwendigen Grundlagen schaffen. Sie muss ausreichende finanzielle Mittel für den Erhalt und den Ausbau einer breiten und vielfältigen Kulturlandschaft bereitstellen. Gerade in diesem bedeutsamen Punkt sehen wir uns erfreulicherweise in den wesentlichen Punkten im Einklang mit den Haushaltsplänen des Ministeriums.

Den Vorstoß der SPD-Fraktion, der schließlich – überraschend – durch das Ministerium aufgegriffen, im Koalitionsausschuss aber dann doch abgelehnt wurde, auf den Eintrittspreis für die zwölf staatlichen Museen zu verzichten, können wir, losgelöst von den finanziellen Konsequenzen, als kostenintensive Symbolpolitik nicht mittragen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Denn schon heute gibt es die Möglichkeit, an einzelnen Wochentagen oder zur Abendzeit die Ausstellungen gratis oder stark vergünstigt zu besuchen.

Darüber hinaus lehrt uns gerade bei kommunalen Museen die Erfahrung, dass gerade die Bevölkerungsschichten, die mit einem Verzicht auf Eintritt eigentlich zum Besuch verleitet werden sollen, dieses Angebot nicht aufgreifen. Hier bedarf es vielmehr konzeptioneller Überlegungen, um einen niederschweligen Zugang zur Kunst zu ermöglichen. Grundsätzlich zeigen wir uns hier offen. Wir sind auf die Vorschläge aus dem Ministerium gespannt.

Baden-Württemberg ist aber auch ein wohlhabendes Land, wohlhabend aufgrund des Fleißes, aufgrund der Schaffenskraft seiner Bürgerinnen und Bürger, aber auch aufgrund des Forschungsdrangs, der Innovationskraft in unserem Land. Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass man auch seitens des Ministeriums diese Innovationskraft fördern und stärken möchte, wie das beispielsweise mit dem Programm „Junge Innovatoren“, einem Förderprogramm zur Etablierung einer Gründungskultur an den Hochschulen, praktiziert wird. Dieses sinnvolle und von unserer Fraktion seit Jahren geforderte Programm zur verstärkten Unterstützung von Unternehmensgrün-

(Nico Weinmann)

dungen aus den Hochschulen verdient eine Mittelserhöhung zur personellen Unterstützung in der schwierigen Postgründungsphase.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Baden-Württemberg scheint aber ein armes Land zu sein, zumindest wenn man der Argumentation der Frau Ministerin Bauer zur Sanierung des Haushalts folgt. Ohne die Einführung von Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Staaten und für das Zweitstudium könnten die Einsparauflagen nicht erfüllt werden. Diese symbolisieren quasi das Wohl und Wehe der Haushaltskonsolidierung.

Gestatten Sie mir daher, dass ich hierauf etwas näher eingehe. Im Bericht zum Einzelplan ist von einer zunehmenden Studienneigung junger Menschen die Rede. Dies verwundert nicht, wenn man die Ziele des Koalitionsvertrags von Grün-Rot aus dem Jahr 2011 in den Blick nimmt: 50 % der Schüler eines Jahrgangs sollen den Weg an die Hochschulen finden – als ob eine Gesellschaft aus Akademikern eine bessere wäre.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Genau so ist es!)

Nun darf man sich nicht wundern, wenn die jungen Menschen eben genau dieses Angebot wahrnehmen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das haben Sie auch gemacht, oder?)

Aber mit der Abschaffung der Studiengebühren hat sich dann das Ministerium einen Bärendienst erwiesen, da einerseits zwar mehr Studierende an die Hochschulen drängen, andererseits nun aber den Hochschulen die Qualitätssicherungsmittel fehlen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Diese liegen heute an den Hochschulen pro Studierendem bei ca. 280 € – im Vergleich zu 500 € vor der Abschaffung.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Und diese Abschaffung war eine populistische Entscheidung von Grün-Rot.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

Studiengebühren würden nach deren Auffassung die Gefahren bergen, dass junge Menschen aufgrund der finanziellen Belastung von einem Studium abgeschreckt würden.

(Unruhe)

– Herr Kollege Salomon, wenn Sie vielleicht zuhören würden.

Um es hier ganz unmissverständlich klarzumachen: Die FDP/DVP-Fraktion teilt ganz ausdrücklich die Zielsetzung, dass ein Studium niemals von den finanziellen Möglichkeiten eines jungen Menschen abhängen darf.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Eine Studie widerlegte aber bereits 2011 die Aussage, dass Studiengebühren von einem Studium abschrecken. Denn trotz

der Kosten haben sich mehr Abiturienten für ein Studium in unserem Land entschieden.

Ein zweites Argument: Studiengebühren seien sozial ungerecht, da hierdurch Kinder aus wohlhabenden Familien bevorzugt würden. Grün-Rot meinte, das Problem der sozialen Selektion ließe sich durch Beitragsfreiheit lösen. Auf den ersten Blick ist die Annahme, dass die Gebührenfreiheit finanziell schwächeren Studenten hilft, natürlich nicht falsch. Bei dieser Argumentation wird aber unterschlagen, dass die Gebührenfreiheit eben nicht nur die finanziell Schwachen subventioniert, sondern auch diejenigen, die die Studiengebühren problemlos tragen könnten und damit auch benötigte finanzielle Mittel zur Qualitätssicherung beitragen könnten.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: So ist es!)

Wenn die sozial schwächeren Schichten unterstützt werden sollen – das teile ich –, dann sollte diese Unterstützung beim Individuum ansetzen und nicht bei der Bereitstellung einer kostenlosen Dienstleistung für alle.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Das von uns favorisierte Modell nachlaufender Studiengebühren hingegen ermöglicht, dass jeder unabhängig von der finanziellen Ausstattung des Elternhauses und im Rahmen der Leistungsfähigkeit und der Interessen die Möglichkeit zu einer akademischen Ausbildung erhält. Die Erhebung von Studienentgelten darf die Studierenden und ihre Familien nicht während des Studiums belasten. Wir wollen echte nachgelagerte und in der Rückzahlungsmodalität einkommensabhängige Studiengebühren in Höhe von 500 € je Student und Semester.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist soziale Gerechtigkeit!)

Nach dem Einstieg in das Berufsleben beginnen die Absolventen dann ab einer Einkommensuntergrenze mit der Rückzahlung ihrer Gebühren. Diese Zahlungen fließen direkt den Hochschulen zu. Eine frühzeitige und eine einmalige Rückzahlung der Studienbeiträge ist zu ermöglichen.

Sogenannte Langzeitstudierende, die die Regelstudienzeit um vier Semester überschritten haben, wollen wir mit einem Studienbeitrag von ebenfalls 500 €, der unmittelbar fällig ist, an den Kosten des Studiums beteiligen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Unmittelbar fällig, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollen auch die Gebühren für die Studierenden aus Nicht-EU-Staaten sein, jedoch auch nur in Höhe von 500 €.

Für nachlaufende Studiengebühren spricht vor allem auch der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit. Denn die Ausbildung derer, die aufgrund ihres Studiums in der Regel später besser verdienen, wird so nicht ausschließlich von der Gesamtheit aller Steuerzahler finanziert, also überwiegend von den Personen, die nicht von einem Hochschulstudium profitieren. Der Studierende beteiligt sich mit seinen Studiengebühren an der Finanzierung seiner Ausbildung, wie es im Übrigen auch der

(Nico Weinmann)

angehende Meister macht, der die Kosten seiner Ausbildung – je nach Fachrichtung sind dies 5 000 bis 10 000 € –

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

schließlich auch komplett selbst tragen muss.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Unstreitig ist, dass durch die Abschaffung der Studiengebühren die Universitäten mit deutlich weniger finanziellen Mitteln auskommen müssen. Dies führt u. a. zu wunderlichen Umgehungseffekten wie dem sogenannten Franchising von einigen Studiengängen. Universitäten sind nicht mehr in der Lage, bestimmte Studiengänge aus den vorhandenen Mitteln zu finanzieren, und kooperieren deshalb mit privaten Hochschulen. Studiengänge werden so ausgelagert. Die Studierenden der privaten Hochschulen zahlen zwischen 1 000 und 2 000 € pro Semester an die private Hochschule, welche dann wiederum Lizenzgebühren an die öffentliche Hochschule zahlen muss.

Der Wissenschaftsrat hat diese Praxis in seinem aktuellen Bericht deutlich kritisiert – und ja, diese Praxis ist eine Insolvenzerklärung der Hochschulen in unserem Land.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Mit der Einführung von nachlaufenden Studiengebühren würde den Hochschulen wieder deutlich mehr Geld zur Verfügung stehen und wäre folglich weiteres Fundraising unterbunden. Denn wohlgemerkt belegt Baden-Württemberg

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Im Studien- oder im Weiterbildungsbereich? Kennen Sie den Unterschied?)

ausweislich der oben genannten Studie nach Nordrhein-Westfalen Platz 2 bei der Anzahl derartiger Fälle des Franchising.

Die jetzt von Grün-Schwarz geplanten EU-Ausländergebühren sind sowohl diskriminierend als auch ein Tabubruch für Sie, werte Ministerin,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Stefan Rappke AfD)

die Sie sich damit nicht nur in der eigenen Partei exkludieren – dies wohl auch deshalb, da damit nicht die Studienqualität verbessert wird, sondern ausschließlich Haushaltslöcher gestopft werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Unverzichtbare Studiengebühren für EU-Ausländer einerseits, Verzicht auf Eintrittsgelder in die Museen – zumindest die ernsthafte Überlegung hierzu – andererseits zeigen nach unserer Auffassung eine paradoxe Haushaltspolitik des Ministeriums, die wir so nicht goutieren können.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Bauer.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich verkneife mir jetzt den Einstieg mit einer Bauernregel, so gern ich das – insbesondere in Würdigung des großen Interesses des Umweltministers – getan hätte.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das wäre ja auch doppelt gemoppelt!)

Ich beginne mit einer anderen großen Linie, bevor ich auf die Einzelheiten des Haushalts eingehe. Wir befinden uns bekanntermaßen am Beginn des großen Reformationsjahrs. Ein wirklich spannender Aspekt der Reformation ist, dass die Glaubensreformation von Anfang an auch eine Bildungsreformation war, also eine Bewegung, die für mehr Selbstbestimmung und mehr Bildung für alle gekämpft und dabei auch immer sehr bewusst für kritische und selbstbewusste Wissenschaft gestritten hat.

Einer der engsten Gefährten Luthers war Philipp Melancthon, der in unserem Land geboren ist und in Heidelberg und Tübingen studiert hat. Lassen Sie mich deshalb mit einem Zitat dieses großen Reformers beginnen – ein schönes, eindringliches Zitat –:

Und schreckliche Finsternisse werden in der ganzen bürgerlichen Gesellschaft die Folge sein, wenn man das Studium der Wissenschaften vernachlässigt.

Ich finde, er hatte recht, und dieses Zitat gilt bis heute. Aber wenn man sich heute in der Welt umschaute, dann sieht man, dass diese Einsicht nicht selbstverständlich geworden ist. Wissenschaft hat heute mit vielerlei Problemen zu kämpfen, und sie steht vielfältig unter Druck.

(Abg. Anton Baron AfD: Wissenschaft mit Ideologie verwechselt!)

Lassen Sie mich dabei nicht einfach auf die Frage des begrenzten Geldes und der begrenzten Ressourcen verweisen in einer Situation – dies wurde bereits vielfach ausgeführt –, in der Wissenschaft und Hochschulen enorm gewachsen sind. Viel stärker bedroht die Stellung der Wissenschaft ein um sich greifender, grassierender Antiintellektualismus – ich möchte es einmal so nennen –, der von weltweit erstarkenden, sozusagen postfaktischen und neurechten Bewegungen genährt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Wir haben die meisten Doktoren!)

Baden-Württemberg steht dabei als herausragender Wissenschaftsstandort mit seinen traditionsreichen und exzellenten Universitäten und einer vielfältigen und stark ausgeprägten Hochschullandschaft für das genaue Gegenteil: für eine Gesellschaft, deren Wohlstand, deren Zuversicht und deren Erneuerungsfähigkeit auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse gedeihen.

Mich freut es sehr, dass es in diesem Haus in den letzten Jahren immer wieder einen weitreichenden Konsens gab, dass

(Ministerin Theresia Bauer)

Baden-Württemberg ein Standort exzellenter Wissenschaft ist und bleiben muss. Nicht nur das: Es gibt einen weitgehenden Konsens – ich hoffe, dieser bleibt erhalten –: Gerade in Zeiten wachsender Abschottung und des wachsenden Nationalismus sind unsere Hochschulen wichtige Gegenpole, weil unsere Hochschulen Orte des kosmopolitischen Geistes sind,

(Abg. Anton Baron AfD: Deswegen lassen Sie ausländische Studierende bezahlen!)

Orte der Diplomatie, der Offenheit, der Neugier und des Respekts gegenüber dem Argument des anderen. Sie sind Orte, in denen das Denken im globalen Kontext und in der globalen Verantwortung gelebte Praxis ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Deswegen bin ich allen Kolleginnen und Kollegen hier im Haus dafür dankbar, dass ihre Unterstützung entscheidend dazu beiträgt, dass unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen ihre Qualität erhalten, sie verteidigen und weiter verbessern können – und dies gerade auch im nationalen und internationalen Vergleich.

Der Einzelplan 14 des Landeshaushalts wird – das ist heute bereits angedeutet worden – im Ausgabenvolumen um 174 Millionen € deutlich steigen auf ein Niveau von insgesamt 5,2 Milliarden €. Das ist eine Steigerung um 3,4 %; diese Steigerung fällt also deutlich höher aus als die durchschnittliche Steigerung des Landeshaushalts insgesamt; dieser wächst um etwa 2 %.

Das Wissenschaftsministerium wird trotzdem die in der Landesregierung vereinbarten Beiträge zur Konsolidierung des Landeshaushalts in voller Höhe erbringen. Dies werden wir durch gezielte Ausgabenreduktion einerseits und die Gewinnung zusätzlicher Einnahmen andererseits erreichen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch nicht versäumen, zu betonen, dass uns die Schuldenbremse, die wir miteinander einhalten wollen und müssen, durchaus Spielräume nimmt. Wir haben einen sehr hohen Bedarf an Investitionen – in die Forschungsinfrastruktur, in den Baubereich. Wir haben große Baustellen im Personalbereich, Stichwort: Verlässlichkeit akademischer Karrieren. Wir haben viel zu tun in Sachen Digitalisierung. Big Data stellt die Hochschulen, die Wissenschaft vor neue Herausforderungen, aber auch vor ganz neue Möglichkeiten. Da ist enorm viel zu tun.

Wissenschaft und Forschung werden daher auch in Zukunft ein stark wachsender Bereich sein. Wissenschaft ist in den letzten Jahren – darauf ist bereits verwiesen worden – enorm gewachsen. 65 % mehr Studierende seit der Jahrtausendwende; die eingeworbenen Drittmittel haben sich verdoppelt; wir haben 40 % mehr Personal.

Deswegen muss man der Ehrlichkeit halber schon sagen: Trotz der starken Anstrengungen, die wir hier im Land getätigt haben und die wir im nächsten Haushalt auch wieder tätigen werden, konnten die Investitionen im Vergleich mit dem Wachstum nicht Schritt halten. Deswegen sind unsere Wissenschaftseinrichtungen gefordert, sich sehr anzustrengen, mit den begrenzten Ressourcen gut umzugehen.

Jetzt will ich hier aber nicht vor Finsternis warnen – um auf Melanchthon zurückzukommen –, sondern nur festhalten, dass wir, auch im Hinblick auf die nächsten Jahre, wissen müssen und uns klarmachen müssen: Wir müssen aufpassen, dass wir einen sehr dynamischen Bereich, wie es die Wissenschaft ist, nicht spürbar ausbremsen. Wir dürfen in unseren Anstrengungen für gute und noch bessere Wissenschaft nicht nachlassen.

Forschung und Lehre sind die Grundlage unseres Wohlstands. Wir brauchen innovative Ideen und gut ausgebildeten Nachwuchs, und zwar mehr denn je.

Lassen Sie mich, falls Sie sich schon gewundert haben, dass ich nur über Wissenschaft rede, bei dieser Gelegenheit anmerken: Ich habe mit meiner Staatssekretärin vereinbart, dass ich über Wissenschaft rede und sie im Anschluss daran über die Kultur Aspekte – für die im Grundsatz all das ebenfalls gilt, was ich hier für die Wissenschaft reklamiere.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Lassen Sie mich auf ein paar wichtige Highlights und Punkte dieses Haushalts eingehen, die ich noch einmal vertiefen möchte.

Erstens das Thema Exzellenzinitiative/Exzellenzstrategie, das wir in diesem Haushalt noch einmal sehr stark mit Ressourcen unterlegt haben: Wir werden zusätzlich zu den bisher eingestellten Ressourcen noch einmal 11 Millionen € in die Hand nehmen, um unsere Universitäten bei der Antragstellung für die Exzellenzstrategie zu unterstützen. Denn die Phase, die hier vor uns liegt, hat enorme Bedeutung. Die Struktur der Universitätslandschaft in Deutschland wird sich auf lange Sicht mit der Exzellenzstrategie verändern, sich vielleicht dauerhaft in einer größeren Unterschiedlichkeit etablieren, als wir sie heute haben. Deswegen ist es wichtig, dass wir die Erfolge, die wir bisher in der Exzellenzinitiative in Baden-Württemberg erzielt haben, jetzt, in der neuen Phase, die eine entscheidende sein wird, in dieser Runde, mindestens wiederholen müssen. Genau genommen müssen wir sie ausbauen. Nur dann haben wir den Erfolg der letzten zehn Jahre auch für die Zukunft verstetigt.

Mit den zusätzlichen 11 Millionen € werden wir die Antragskizzen, die zurzeit erarbeitet werden, und die Ausarbeitung der Vollerträge im nächsten Jahr zusammen mit 500 000 € für jeden Antrag unterstützen. Jetzt zählt es für unsere Universitäten. In den letzten Jahren war es schon wichtig, aber jetzt zählt es wirklich. Denn die Strukturen der Zukunft werden jetzt definiert.

Daneben gilt es auch bei unseren Hochschulen für angewandte Wissenschaften jetzt alles dafür zu tun, dass sie bei dem Bundeswettbewerb „Innovative Hochschule“ erfolgreich mit dabei sein können. Auch hier unterstützen wir die Hochschulen in der Phase der Antragstellung, damit sie sich optimal aufgestellt präsentieren können.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich hier für die schöne und sinnvolle Initiative der Regierungsfractionen bedanken, eine Erfolgsprämie für die Hochschulen für angewandte Wissenschaften auszubringen, um noch einmal zu verstärken, dass wir uns auch von ihnen eine erfolgreiche Teilnahme am Wettbewerb erhoffen.

(Ministerin Theresia Bauer)

Lassen Sie mich ein paar Ausführungen zum Stichwort Digitalisierung machen. Wir haben über alle Ressortgrenzen hinweg das Thema Digitalisierung als Schwerpunktthema in dieser Legislaturperiode in Bearbeitung. Digitalisierung ist ein zentrales Thema, auch für das Wissenschaftsministerium. Unsere Hochschulen sind nicht nur gefordert, sich technisch und in der Infrastruktur den neuen Aufgaben zu stellen, sondern unsere Hochschulen sind zentrale Orte, an denen Digitalisierung erfunden und weitergedacht wird und an denen sich die Technologien von morgen erst entwickeln. Das Thema „Künstliche Intelligenz“ nimmt dabei z. B. eine Schlüsselrolle ein.

Deswegen möchte ich zwei Projekte, die in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung sind, herausstellen: Das eine ist das erwähnte Projekt Cyber Valley, und das zweite ist unsere Verpflichtungsermächtigung für den Höchstleistungsrechner.

Den Startschuss zum Cyber Valley haben wir Ende des vergangenen Jahres getätigt. Wir werden im laufenden Jahr zusammen mit unseren Partnern, der Max-Planck-Gesellschaft, den Universitäten Stuttgart und Tübingen und der Industrie, insbesondere Bosch, Daimler, Porsche, ZF Friedrichshafen, die konkrete Umsetzung in Angriff nehmen. Wir werden eine Research School der Max-Planck-Gesellschaft mit insgesamt zwölf Promotionsstellen unterstützen. Darüber hinaus werden wir den beiden beteiligten Universitäten Professuren gewähren und neue ausbringen. Mittelfristig werden wir auch einen Neubau für die Forschung an der Schnittstelle Mensch und Maschine erstellen.

Zweites Thema, der Höchstleistungsrechner: Wir brauchen laufend Ressourcen und erhebliche Ressourcen, um dafür zu sorgen, dass die nächste Generation des Höchstleistungsrechners auch wieder in Baden-Württemberg aufgebaut wird. In Baden-Württemberg ist neben Jülich und München einer von drei Orten, eines von drei Zentren in Deutschland, wo Höchstleistungsrechner installiert sind.

Das ist eine enorme Investition, die da getätigt ist, und auch eine Investition, die sich permanent erneuern muss. Wir haben im Haushalt Verpflichtungsermächtigungen mit einer Summe von 70 Millionen € für die kommenden sieben Jahre ausgebracht, um diese Erneuerung auch zu stemmen. Das ist ein großer Kraftakt. Es ist aber ein Schlüsselthema für die erfolgreiche Weiterentwicklung unserer Forschungslandschaft.

Digitalisierung ist nicht nur ein Thema für die Leuchttürme, sondern auch für die Breite. Deswegen haben wir Mittel im Zusammenhang mit der Digitalisierungsoffensive des Landes eingestellt, um verschiedene Programme für die Digitalisierung in unserem Hochschulbereich voranzubringen. Machen Sie, Frau Abg. Rolland, sich daher keine Sorgen: Wir haben auch bei der Digitalisierung das Thema Lehre fest im Blick. Wir fördern heute schon innovative Projekte im Bereich Smart Learning, Better Teaching,

(Abg. Gabi Rolland SPD: Ja, Projekte! Es geht aber um eine Strategie!)

und wir haben weitere Förderlinien ausgebracht, um das Thema „Digitalisierung in der Lehre“ voranzubringen.

Daneben investieren wir, um die Hochschulen beim Forschungsdatenmanagement zu unterstützen. Das ist ein kom-

pliziertes und aufwendiges neues Feld, das sich im Zusammenhang mit Big Data entwickelt. Wir helfen unseren Hochschulen auch, ihre Verwaltungsinfrastruktur und IT-Infrastruktur zu modernisieren.

Das Stichwort Hochschulfinanzierungsvertrag wurde bereits angesprochen. Lassen Sie mich dazu noch ein paar Dinge klarstellen. Wir haben im vergangenen Doppelhaushalt den mit den Hochschulen abgeschlossenen Vertrag in den Haushalt integriert. Wenn wir jetzt in das dritte Jahr der Umsetzung, das mit dem Haushalt 2017 angebrochen ist, blicken, lässt sich eine erste Zwischenbilanz ziehen: Wir haben mit diesem Vertrag die Grundfinanzierung unserer Hochschulen sukzessive und verlässlich erhöht. Im bisherigen Zeitraum dieses Vertrags steigt die Grundfinanzierung der Hochschulen in unserem Land um insgesamt 500 Millionen €. Das ist eine Steigerung der Grundfinanzierung um rund 22 % in den letzten drei Jahren bzw. um über 7 % pro Jahr. Wir haben im Zusammenhang mit dieser enormen Steigerung der Grundfinanzierung die Möglichkeit eröffnet, Stellen auszubringen, um insbesondere die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse dort, wo es möglich ist, zu verringern und die Zahl der festen Arbeitsverhältnisse zu steigern.

(Beifall des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

In der Summe haben wir seit 2014 durch diese Konstruktion – jetzt hören Sie gut zu! – über 2 200 Stellen in unserem Hochschulbereich fest etablieren können. Das ist eine Bilanz nach drei Jahren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr gut!)

Wir geben mit diesem Vertrag den Hochschulen mehr Verlässlichkeit, und wir geben ihnen mehr Spielräume, um in Wahrnehmung ihrer Autonomie und Strategiefähigkeit selbst zu entscheiden, wo sie ihre Profile ausbilden wollen und welche Schwerpunkte sie stärken wollen. Genau dieser Freiraum, den wir ihnen gewähren, ist der Schlüssel dazu, dass unsere Hochschulen international wettbewerbsfähiger werden.

Frau Abg. Rolland, Sie haben versucht, den Erfolg, den Sie letztes Jahr noch gelobt haben, an dieser Stelle kleinzureden. Dieser Kraftakt, den wir damals ja noch miteinander auf die Reise gebracht haben –

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

es gibt keinen Grund, das kleinzureden; das gibt es bundesweit nicht noch einmal –, kommt allen Hochschulen zugute. Selbstverständlich sind Wünsche nach oben offen. Ich verstehe das auch. Ich verstehe, dass in den Hochschulen nicht das Paradies ausgebrochen ist, wahrlich nicht. Das ist aber kein Grund, das, was wir auf den Weg gebracht haben, zu zerreden oder noch Schöneres zu fordern, ohne auch nur mit einem Wort zu sagen, wo das Geld herkommen soll. Da macht man es sich wirklich zu billig.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Geld ist doch da!)

Zum Thema Gründen bzw. Gründerkultur: Wir haben miteinander in dieser Landesregierung verabredet, dass wir das Thema Gründen verstärken wollen. Denn Baden-Württem-

(Ministerin Theresia Bauer)

berg ist zwar das Innovationsland Nummer 1, auch im europäischen Vergleich. Baden-Württemberg ist aber nicht das Gründerland Nummer 1. Aus vielen Gründen gibt es hier Anlass, die Anstrengungen zu verstärken.

(Unruhe)

Wir werden vonseiten des Wissenschaftsministeriums für den Hochschulbereich daran arbeiten, schon sehr früh die Studierenden auf den Geschmack zu bringen, ihnen Erfahrungen zu vermitteln, Experimentierräume aufzustellen, da voranzukommen. Auch da gibt es frisches Geld für frische Ideen. Ich freue mich über das Interesse und die Bereitschaft der Hochschulen, hier etwas zu unternehmen.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Jetzt zum Thema Konsolidierung: Wir haben uns sehr bewusst entschieden, dass wir im Wesentlichen dadurch konsolidieren, dass wir die Einnahmen erhöhen, und nicht dadurch, dass wir den Finanzierungsvertrag aufkündigen und die Hochschulbudgets kürzen oder gar die Kunst und die Kultur zur Ader lassen. Wir haben uns das gut überlegt. Populär ist vielleicht etwas anderes. Es ist aber eine sinnvolle und notwendige Maßnahme, die wir ergreifen.

Wir werden demnächst bei der Debatte über das Gesetz noch viel Gelegenheit haben, um in die Detailregelungen und Einzelheiten zu gehen. Lassen Sie mich nur so viel sagen: Wenn man in die Welt hinausschaut – das lohnt sich im Hochschulbereich immer, nicht nur sozusagen im eigenen –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Ministerin Bauer, warten Sie bitte. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem in den hinteren Reihen ist es einfach extrem laut.

(Zurufe)

Ich weiß, es ist spät. Aber ich bitte Sie, die Gespräche einzustellen, damit die Ministerin ihre Rede fortsetzen kann. Vielen Dank.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Ich bitte Sie, bei dem Thema „Studiengebühren für internationale Studierende“ einfach einmal den Blick ein bisschen nach außen zu richten und zu schauen, wie es in anderen Ländern aussieht.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Da sieht man schon allein beim Blick nach Europa: Differenzierte Lösungen für internationale Studierende, die von außen zum Zweck des Studiums in ein Land einreisen, sind Standard in Europa, und zwar sowohl bei den Ländern, die wie Baden-Württemberg keine allgemeinen Studiengebühren haben, als auch bei den Ländern, die Studiengebühren haben; die verlangen dann höhere Gebühren für die internationalen Studierenden.

Deswegen ist diese Maßnahme für die Welt da draußen sehr gut zu verstehen. Es verschreckt da draußen – das ist meine These – niemanden. Umgekehrt ist es folgerichtig, wenn man eine konsequente Strategie der Internationalisierung fährt,

dass man das Privileg, kostenfrei zu studieren, nicht mit der Gießkanne vermeintlich über alle Welt ausgießt –

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist aber jetzt rechts!)

das können wir ernsthaft gar nicht halten –, sondern so wie wir moderate Eigenbeteiligungen einführt und gezielt diejenigen befreit, freistellt und auch aktiv unterstützt, die einen besonderen Unterstützungsbedarf haben.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist ja rechtspopulistisch! Unglaublich!)

Das ist die Philosophie dieser Regelung. Sie wird für mehr Internationalität sorgen, für mehr Qualität für die Studierenden, die aus dem Ausland kommen, und sie wird nicht abschrecken. Das ist meine Prognose für die künftige Aufstellung unseres baden-württembergischen Hochschulstandorts, der weltweit offen bleiben wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Auf die Initiativen der FDP/DVP gehe ich jetzt nicht länger ein. Ich würde vorschlagen, wir lesen das einfach in den Haushaltsdebatten der früheren Jahre nach.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Richtig!)

Denn da wurden dieselben Anträge der FDP/DVP gestellt, und ich habe sie damals beantwortet.

(Zuruf von der CDU: Alte Kamellen! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das war damals richtig!)

Das können wir dann angesichts der späten Stunde einfach zu Protokoll geben.

Und zur AfD braucht man, glaube ich, auch nichts zu sagen.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Nein, verlorene Zeit!)

Denn Sie reagieren ja wie von einer Tarantel gestochen, wenn Stichworte wie Geschlechtergerechtigkeit oder Gender draufstehen oder wenn „Internationales“ draufsteht.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist Blödsinn! Das wissen Sie! Das müssen Sie als Wissenschaftsministerin am besten wissen, dass das Blödsinn ist!)

Da gehen Sie ab wie eine Rakete und halten dagegen. Deswegen haben schon viele vieles dazu gesagt. Ich brauche dazu keine wissenschaftsspezifischen Ausführungen mehr zu machen.

Ich freue mich über die große Unterstützung für den Wissenschafts- und Forschungsstandort Baden-Württemberg.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: Jetzt darf ich das Wort noch Frau Staatssekretärin Olschowski für den Kunst- und Kulturbereich erteilen.

Staatssekretärin Petra Olschowski: Schönen guten Abend! Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! Schön, dass Sie noch da sind. Geben Sie mir heute Abend noch ein paar Minuten.

(Heiterkeit – Abg. Thomas Blenke CDU: Wir sind wegen Ihnen geblieben! – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Wir haben gewartet!)

Lassen Sie mich mit einer Zahl beginnen, da wir ja in der Haushaltsdebatte sind – auch wenn sich der Wert, den Kunst und Kultur für unsere Gesellschaft und unser Land haben, sicher nicht in Zahlen ausdrücken lässt –: Rund elf Millionen Menschen nehmen in Baden-Württemberg jedes Jahr das Angebot der vom Land geförderten Kultureinrichtungen wahr. Nicht eingerechnet sind hier die zahlreichen kommunalen und privat getragenen Institutionen. Man kann also mindestens von der doppelten Zahl von Besucherinnen und Besuchern unserer Museen, Theater, Konzerte, Kinder- und Jugendangebote, Bibliotheken, soziokulturellen Zentren usw. ausgehen.

Aber bleiben wir einmal bei diesen elf Millionen. Das ist angesichts von 10,6 Millionen Einwohnern und von nur 2,5 Millionen Menschen, die in Baden-Württemberg pro Jahr die Fußballspiele der Bundesligavereine besuchen – und zwar muss man dafür schon die erste, zweite und dritte Liga zusammenrechnen –, eine eindrucksvolle Zahl. Sie zeigt, dass wir keineswegs über Minderheitenprogramme oder sogenannte Eliten sprechen. Nein, Kultur ist ein wesentlicher Teil unserer Gesellschaft, unserer ganzen Gesellschaft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Diese Zahl zeigt aber auch, dass das Kulturangebot in Baden-Württemberg attraktiv ist, und zwar nicht nur in den Metropolen und Ballungsräumen, sondern im ganzen Land, unterstützt an vielen Stellen durch ein hohes Maß an bürgerschaftlichem Engagement. Dafür stehen wir, und das sollten wir im Auge behalten, wenn wir im Rahmen dieser Haushaltsdebatte über den vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu verantwortenden Kulturbereich sprechen.

Die Bruttogesamtausgaben des Kunstbereichs im Einzelplan 14 betragen im Jahr 2017 487,7 Millionen €. Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 3,5 %. Dafür verantwortlich sind vor allem die Tarifsteigerungen. Gerade in den personalintensiven Kunst- und Kulturbetrieben, in denen häufig extrem niedrige Gehälter gezahlt werden, kommt dem Ausgleich von Tarifsteigerungen eine besondere Bedeutung zu. Im Haushalt 2017 ist daher auch im Kunstbereich eine Steigerung der Personalkosten berücksichtigt.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr gut!)

Damit sichern wir Freiräume, Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten für unsere Einrichtungen, aber – auch das ist mir wichtig – auch eine gewisse Absicherung für die Menschen, die unsere Kulturinstitutionen mit großem Engagement prägen und dafür sorgen, dass wir eine lebendige und ideenreiche Kulturszene haben.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Ich danke an dieser Stelle allen, die sich für Kunst und Kultur in diesem Land einsetzen, den Künstlerinnen und Künstlern aller Sparten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Institutionen, den Mitgliedern der Fördervereine und den vielen ehrenamtlichen Initiativen.

Ogleich auch das Wissenschaftsministerium – Sie haben es gehört – einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten muss, ist es uns gelungen, in diesem Haushalt die Mittel des Investitionspakets Kultur von jährlich rund 12 Millionen €, die 2015/2016 zur Verfügung gestellt wurden, zu verstetigen.

Davon profitieren u. a. Festspiele, Musikfestspiele, Theaterfestivals, Privattheater und die freien Theater, die gerade außerhalb der Ballungsgebiete wertvolle Kulturarbeit leisten.

Meine Damen und Herren, neben der Sicherung von Exzellenz und Vielfalt sind die Schwerpunktthemen unserer Kulturpolitik die weitere Öffnung der Kunst- und Kultureinrichtungen und mehr Partizipationsmöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger. Denn die bedeutende und innovative Wirtschaftskraft des Landes und eine ausdifferenzierte lebendige Kulturlandschaft sind zwei Seiten einer Medaille, die man mit Zukunftsfähigkeit bezeichnen könnte.

Im Hinblick auf die Veränderungen unserer Gesellschaft, u. a. durch die Globalisierung, den demografischen Wandel und das Erstarken nationalistischer Tendenzen, geht es jetzt darum, die Rolle von Kultur und kultureller Bildung zu stärken. Denn Kultur und ihre Vermittler übernehmen eine zentrale Aufgabe in einer Gesellschaft, die in der Lage ist, über „lokale Bindungen hinaus zu denken und die Probleme der Welt als ‚Weltbürger‘ anzugehen“ – wie Martha C. Nussbaum sagt –, die die Fähigkeit zu Empathie, Respekt und Toleranz nicht verliert, die kritikfähig ist gegenüber Ideologien und blindem Nationalismus.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Zuruf: Sehr gut!)

Maßnahmen der kulturellen Bildung und der Interkultur wie der internationalen Kulturarbeit sind aus diesem Grund für uns von hoher Bedeutung. Wir wollen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen aus allen gesellschaftlichen Gruppen die Chance geben, verständnisvolle Zuhörer, Zuschauer, aber auch selbst Akteure zu werden.

Ich freue mich deshalb, dass die Regierungsfractionen für die kulturelle Bildung im Haushalt 2017 zusätzlich 200 000 € für Vermittlungsarbeit bereitstellen wollen. Es ist eine zentrale Aufgabe, neue Publikumsgruppen für Kunst und Kultur zu gewinnen. Ich denke besonders an Kinder und Jugendliche sowie bildungsferne Schichten.

(Unruhe)

Lassen Sie mich beispielhaft den Museumsbereich nennen. Wir haben es heute schon gehört: Freier Eintritt in die Sammlungen von Museen allein greift in diesem Kontext zu kurz. Wir brauchen eine Gesamtstrategie in der Vermittlung, um mehr Menschen zu erreichen. Wir haben uns vorgenommen, bis zum Frühsommer ein Gesamtkonzept mit neuen Instrumenten zur Öffnung der Museen auszuarbeiten. Dabei kann der freie Eintritt ein Baustein sein.

(Staatssekretärin Petra Olschowski)

Kulturelle Bildung ist auch musikalische Bildung. Die Musikvereine und Chöre leisten dazu einen Beitrag, den ich sehr hoch einschätze,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

im ganzen Land, über soziale Grenzen, über Altersgrenzen und kulturelle Grenzen hinweg. In vielen Orten ist es für die Kinder und Jugendlichen, aber auch für die Erwachsenen ganz selbstverständlich, dass sie im Musikverein spielen. Sie werden damit an das Instrument und an die Musik herangeführt. Ich freue mich deshalb über das politische Bekenntnis der Regierungsfractionen zur Amateurmusik im Land und zu den Investitionen, die die Blasmusikverbände vorhaben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Liebe Frau Rolland, vielleicht ganz kurz zu Ihrer Frage. Die Kostenplanungen der Verbände waren in dem Moment, als der Haushalt festgelegt wurde, bekannt. Der Regierungsentwurf hatte sich an der üblichen Spanne für solche Vorhaben orientiert, nämlich zwischen 30 und 50 %. Die letztliche Entscheidung obliegt aber natürlich immer dem Haushaltsgesetzgeber und bietet die Möglichkeit, für besondere Ausnahmen, wie hier im Einzelfall, anders zu entscheiden.

Meine Damen und Herren, Sie haben in den letzten zwei Tagen schon wahnsinnig viel über Digitalisierung gehört, deswegen möchte ich es kurz machen: Wir brauchen sie natürlich auch im Kulturbereich. Kunst und Kultur entstehen auch im Netz. Gerade auch in der Vermittlung gegenüber Jugendlichen spielt die Digitalisierung eine große Rolle. Wir unterstützen unsere Einrichtungen auf diesem Weg. Im Landeshaushalt stehen dafür 1,9 Millionen € zur Verfügung.

Ich möchte auch noch einmal betonen, Frau Rolland, weil Sie das gesagt haben: Am Ende jeder Digitalisierungsstrategie in der Kultur muss das Erlebnis vor dem Kunstwerk selbst stehen

(Abg. Gabi Rolland SPD: So ist es!)

oder im Konzert selbst oder im Theater selbst. Am Ende steht das analoge Erlebnis. Aber der Weg dahin kann über die Digitalisierung führen.

Meine Damen und Herren, die zukunftsorientierte Kunstpolitik der Landesregierung hilft, den Wandel der Gesellschaft zu gestalten und Spaltungstendenzen entgegenzuwirken. Kunst und Kultur wie auch der Sport oder beispielsweise die Kirchen haben die große Fähigkeit, die Menschen zusammenzubringen und Gemeinsamkeit erleben zu lassen. Kunstfreiheit ist eine wesentliche Säule der Demokratie. Es ist keine Überraschung, dass Autokraten – das erleben wir gerade – in allen Ländern zuerst den Freiheitswillen der Menschen, der sich in der Kunstfreiheit manifestiert, bekämpfen. Denn hier zeigen sich die Stärke und die Werte einer aufgeklärten Gesellschaft.

Die Kürzungsanträge der AfD-Fraktion, von denen Sie gerade gehört haben und die vor allem die kulturelle Bildung sowie interkulturelle und internationale Initiativen betreffen, sind darum als Warnung für eine demokratische Gesellschaft zu verstehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU – Zuruf von den Grünen: Genau! Richtig! Sehr gut!)

Die Zukunft einer menschlichen Gesellschaft liegt nicht in einem veralteten autokratischen Kunstbegriff.

Lieber Herr Dr. Balzer, wenn Sie davon reden, dass die Weltmusik vom anderen Ende der Welt komme, bin ich nicht ganz sicher, wer hier vom anderen Ende der Welt kommt.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der AfD – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Super! – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Dass beispielsweise Blasmusik heute auch irgendetwas mit Jazz zu tun hat und dass Jazz vielleicht etwas mit Weltmusik zu tun hat, ist zumindest in Baden-Württemberg längst angekommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist spät, deswegen mache ich es kurz. Mein Ziel ist es, der guten Tradition zu folgen, die Kunstförderung im Konsens mit der großen Mehrheit in diesem Haus zu entwickeln. Der Konsens einer großen Mehrheit ist auch ein deutliches Zeichen für die Freiheit der Kunst und für eine starke demokratische Gesellschaft, die Diversität aushandeln und aushalten kann und die nicht zuletzt Freude an der Vielfalt und Qualität unseres kulturellen Lebens hat.

Der Esslinger Kunsttheoretiker Kurt Leonhard hat einmal gesagt: „Was, wenn nicht Einüben von Freiheit als eine Form von Leben, ist Kunst?“

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU – Zurufe von den Grünen, u. a: Super! – Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: Sehr geehrte Damen und Herren, da die Regierungsvertreterinnen mit ihrer Redezeit mehr als 50 % der Redezeit der Abgeordneten knapp überschritten haben – –

(Zuruf von den Grünen: Aber nur knapp!)

Sie müssen das nicht ausschöpfen, aber wenn Bedarf besteht, bekommt jede Fraktion eine weitere Minute Redezeit. – Ich sehe aber, es besteht kein Bedarf.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Aber nur heute!)

Wir fahren fort. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur **A b s t i m m u n g**.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich bitte jetzt noch einmal um Ruhe, damit wir die Abstimmung zügig durchführen können. Danach können alle gehen, damit wir uns morgen um 9:30 Uhr wiedersehen.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Ich rufe nun also den Einzelplan 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst – zur Abstimmung auf. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/1314.

Ich rufe Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Die hierzu vorliegenden Änderungsanträge und den Entschließungsantrag werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe die Nummer 1 auf:

Kapitel 1401

Ministerium

Wer Kapitel 1401 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1401 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

Kapitel 1402

Allgemeine Bewilligungen

Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Wir starten mit dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zu Titel 429 76 – Personalaufwand –, Drucksache 16/1414-18, der eine Streichung der Mittel verlangt. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 547 76 – Sachaufwand – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1414-19, vor, der eine Streichung der Mittel begehrt. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel 1402. Wer Kapitel 1402 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1402 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 3 auf:

Kapitel 1403

Allgemeine Aufwendungen für die Hochschulen

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/1314. Hierzu liegen ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD und zwei Änderungsanträge der Fraktion der FDP/DVP vor. Außerdem wurde ein Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP eingebracht.

Wir starten mit der Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/1414-5, zu Titel 111 05 N – Einnahmen aus Studiengebühren für internationale Studierende –, der fordert, diesen Titel ersatzlos zu streichen.

Hierzu ist eine namentliche Abstimmung beantragt. Hat dieser Antrag die erforderliche Unterstützung von fünf Abgeordneten? – Das ist der Fall. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/1414-5, zustimmt, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer den Änderungsantrag der Fraktion der SPD ablehnt, antworte mit Nein, und wer sich der Stimme enthält, antworte mit „Enthaltung“.

Herr Schriftführer Lorek führt den Namensaufruf durch. Wir beginnen mit dem Buchstaben N. Je schneller wir sind – das geht nur, wenn eine bestimmte Ruhe im Saal herrscht –, umso besser für uns alle.

Beginnen Sie bitte mit dem Namensaufruf. – Danke schön.

(Namensaufruf)

Ist noch jemand im Saal, der noch nicht abgestimmt hat? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Abstimmung geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Ergebnis festzustellen. In dieser Zeit fahren wir fort, und die Schriftführer stellen das Ergebnis fest.

(Auszählen der Stimmen)

Nun stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/1414-2, zu Titel 111 05 N – Einnahmen aus Studiengebühren für internationale Studierende – und zu Titel 111 06 N – Einnahmen aus Studiengebühren für ein Zweitstudium – zur Abstimmung. Für beide Titel fordert der Änderungsantrag Kürzungen. Sind Sie damit einverstanden, dass die beiden Ziffern des Änderungsantrags gemeinsam zur Abstimmung gestellt werden? – Das ist der Fall. Wer diesem Änderungsantrag der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/1414-1, zu Titel 111 07 N – Einnahmen aus Studiengebühren für Langzeitstudierende –, der verlangt, einen neuen Einnahmetitel zu schaffen und dort vorbehaltlich einer gesetzlichen Regelung Einnahmen vorzusehen. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 1403. Wer Kapitel 1403 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1403 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt haben wir noch über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/1414-3, abzustimmen, der die Einsetzung einer Kommission zur Erarbeitung eines zukunftsfähigen und solidarischen Konzepts zur Studien- und Hochschulfinanzierung begehrt. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zu? Ich bitte um Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe die Nummer 4 auf:

Kapitel 1405

Bildungsplanung und überregionale Angelegenheiten

(Präsidentin Muhterem Aras)

Wer Kapitel 1405 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1405 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 5 auf:

Kapitel 1406

Internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit

Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor. Wir beginnen mit dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zu Titel 546 92 – Sonstiger Sachaufwand –, Drucksache 16/1414-20, der eine Streichung der Mittel verlangt. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 685 92 – Zuschüsse für laufende Zwecke –, liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1414-21, vor, der eine Mittelkürzung begehrt. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel 1406. Wer Kapitel 1406 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1406 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Nun schlage ich vor, die Abstimmung über die Nummern 6 bis 20, Kapitel 1407 – Allgemeine Aufwendungen für das Bibliothekswesen – bis Kapitel 1426 – Pädagogische Hochschule Freiburg –, zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden. Ich rufe also die 15 Kapitel 1407 bis 1426 gemeinsam auf:

Kapitel 1407 bis Kapitel 1426

Wer den Kapiteln 1407 bis 1426 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln 1407 bis 1426 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 21 auf:

Kapitel 1427

Pädagogische Hochschule Heidelberg

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel 1427. Wer Kapitel 1427 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1427 ist mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt kann ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung mitteilen:

Beteiligt haben sich insgesamt 121 Abgeordnete.

Mit Ja haben 15 Abgeordnete gestimmt,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die SPD hat doch mehr!)

*mit Nein haben 106 Abgeordnete gestimmt;
Enthaltungen gab es keine.*

Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/1414-5, abgelehnt.

1332

*

Mit Ja haben gestimmt:

SPD: Sascha Binder, Wolfgang Drexler, Dr. Stefan Fulst-Blei, Reinhold Gall, Gernot Gruber, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Gerhard Kleinböck, Georg Nelius, Martin Rivoir, Gabi Rolland, Rainer Stickelberger, Andreas Stoch, Dr. Boris Weirauch, Sabine Wölfle.

Mit Nein haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Susanne Bay, Beate Böhlen, Andrea Bogner-Unden, Sandra Boser, Martina Braun, Jürgen Filius, Josef Frey, Martin Grath, Petra Häffner, Martin Hahn, Wilhelm Halder, Thomas Hentschel, Winfried Hermann, Hermann Katzenstein, Manfred Kern, Petra Krebs, Bettina Lisbach, Brigitte Lösch, Alexander Maier, Thomas Marwein, Bärbl Mielich, Dr. Bernd Murschel, Jutta Niemann, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Daniel Renkonen, Dr. Markus Rösler, Barbara Saebel, Alexander Salomon, Alexander Schoch, Andrea Schwarz, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Sckerl, Stefanie Seemann, Edith Sitzmann, Franz Untersteller, Thekla Walker, Dorothea Wehinger, Elke Zimmer.

CDU: Norbert Beck, Thomas Blenke, Klaus Burger, Andreas Deuschle, Thomas Dörflinger, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Sylvia Felder, Marion Gentges, Fabian Gramling, Friedlinde Gurr-Hirsch, Manuel Hagel, Raimund Haser, Ulli Hockenberger, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Karl Klein, Wilfried Klenk, Joachim Köbeler, Sabine Kurtz, Dr. Bernhard Lasotta, Siegfried Lorek, Winfried Mack, Paul Nemeth, Christine Neumann, Claus Paal, Dr. Patrick Rapp, Nicole Razavi, Dr. Wolfgang Reinhart, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Dr. Albrecht Schütte, August Schuler, Stefan Teufel, Georg Wacker, Tobias Wald, Karl Zimmermann.

AFD: Dr. Rainer Balzer, Anton Baron, Dr. Christina Baum, Lars Patrick Berg, Klaus Dürr, Dr. Bernd Grimmer, Stefan Herre, Rüdiger Klos, Dr. Jörg Meuthen, Thomas Axel Palka, Dr. Rainer Podeswa, Stefan Rapp, Daniel Rottmann, Emil Sänze, Hans Peter Stauch.

FDP/DVP: Dr. Gerhard Aden, Dr. Friedrich Bullinger, Andreas Glück, Dr. Ulrich Goll, Jochen Haußmann, Klaus Hoher, Jürgen Keck, Gabriele Reich-Gutjahr, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Dr. Erik Schweickert, Nico Weinmann.

Fraktionslos: Claudia Martin.

*

Ich rufe die Nummer 22 auf:

Kapitel 1428

Pädagogische Hochschule Karlsruhe

Wer Kapitel 1428 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1428 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 23 auf:

Kapitel 1430

Pädagogische Hochschule Ludwigsburg

Wer Kapitel 1430 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1430 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Ich schlage vor, die Abstimmung über die nächsten 23 Kapitel, also die Nummern 24 bis 46, Kapitel 1432 – Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd – bis Kapitel 1464 – Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg –, zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe die 23 Kapitel

Kapitel 1432 bis Kapitel 1464

gemeinsam auf.

(Unruhe)

– Ich darf um etwas Ruhe bitten!

Wer den Kapiteln 1432 bis 1464 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist den Kapiteln 1432 bis 1464 mehrheitlich zugestimmt.

(Unruhe)

– Ich kann nicht nach jeder Nummer einen Appell an Sie richten. So dauert es nur länger.

(Zuruf: Einfach weitermachen!)

Ich rufe die Nummer 47 auf:

Kapitel 1466

Staatliches Museum für Naturkunde Karlsruhe

Zu Titel 682 01 – Zuschuss an das Staatliche Museum für Naturkunde Karlsruhe zum laufenden Museumsbetrieb – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/1414-6, vor, der eine Erhöhung der Mittel fordert, um freien Eintritt zu ermöglichen. Wer diesem Änderungsantrag der SPD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1466 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 1466 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 48 auf:

Kapitel 1467

Staatliches Museum für Naturkunde Stuttgart

Zu Titel 682 01 – Zuschuss an das Staatliche Museum für Naturkunde Stuttgart zum laufenden Museumsbetrieb – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/1414-7, vor, der ebenfalls eine Erhöhung der Mittel fordert, um freien Eintritt zu ermöglichen. Wer diesem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1467 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1467 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 49 auf:

Kapitel 1468

Duale Hochschule Baden-Württemberg

Wer Kapitel 1468 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1468 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 50 auf:

Kapitel 1469

Landesarchiv Baden-Württemberg

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/1314. Wer Kapitel 1469 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1469 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Zurufe: Einstimmig!)

– Sorry! – Kapitel 1469 ist einstimmig zugestimmt.

Sind Sie damit einverstanden, dass ich die Abstimmung über die nächsten acht Kapitel, also die Nummern 51 bis 58, Kapitel 1470 – Hochschule für Musik Freiburg – bis Kapitel 1477 – Hochschule für Gestaltung Karlsruhe –, zusammenfasse? – Das ist der Fall.

Ich rufe also die acht Kapitel

Kapitel 1470 bis Kapitel 1477

gemeinsam auf. Wer den Kapiteln 1470 bis 1477 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln 1470 bis 1477 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 59 auf:

Kapitel 1478

Allgemeine Aufwendungen für Kunst, Literatur sowie die Kunsthochschulen

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/1314. Hierzu liegen ein Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, neun Änderungsanträge der Fraktion der AfD und zwei Änderungsanträge der Fraktion der SPD vor.

Zu Titel 685 23 – Zuschüsse an Kunstvereine – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1414-22, vor, der eine Streichung der Mittel fordert. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 685 24 – Zuschuss an die Stiftung Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim (Technoseum) – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/1414-8, vor, der durch eine Mittelserhöhung freien Eintritt ermöglichen will. Wer diesem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu-

(Präsidentin Muhterem Aras)

stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 685 66A – Zuschüsse im Rahmen des Programmbudgets Medien an das Zentrum für Kunst und Medien Karlsruhe – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/1414-9, vor, der über die Zuschusserhöhung freien Eintritt ermöglichen will. Wer diesem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 685 80B – Zuschüsse an die Popakademie Baden-Württemberg GmbH – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1414-23, vor, der eine Mittelkürzung verlangt und sich gegen die Förderung eines Studiengangs „Weltmusik“ richtet.

(Lachen des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nationalistisches Armutszeugnis!)

Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 685 81 – Zuschüsse an Sonstige – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1414-24, vor, der eine Zuschusskürzung begehrt und die Förderung des Instituts für Auslandsbeziehungen streichen will. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 685 83 – Sonstige Zuschüsse und Maßnahmen zur Förderung der Interkultur – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1414-25, vor, der eine Streichung der Fördermittel fordert. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 685 85 – Sonstige Zuschüsse und Maßnahmen zur Förderung von Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1414-26, vor, der eine Streichung der Fördermittel begehrt. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 893 87 N – Zuschüsse für Investitionen an Sonstige – liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/1414-32, vor, nach dem die Verpflichtungsermächtigungen sowie die Erläuterungen zum Thema Amateurmusik neu gefasst werden sollen. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Änderungsantrag mehrheitlich zugestimmt.

Zu Titel 547 90 – Sachaufwand – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1414-27, vor, der eine Streichung der Mittel für Projekte der kulturellen Bildung und der interkulturellen Arbeit fordert. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 633 90 – Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1414-28, vor, der ebenfalls verlangt, Mittel für Projekte der kulturellen Bildung und der interkulturellen Arbeit zu streichen. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 684 90 – Zuschüsse an sonstige Träger – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1414-29, vor, der ebenfalls eine Streichung der Mittel für Projekte der kulturellen Bildung fordert. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zuletzt stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1414-30, zur Abstimmung, der Titel 685 90 – Sonstige Zuschüsse zur Förderung der Kunst – betrifft und eine Streichung der Mittel für Projekte der kulturellen Bildung verlangt. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 1478. Wer Kapitel 1478 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1478 ist mehrheitlich zugestimmt.

Sind Sie damit einverstanden, dass ich die Abstimmung über die drei Nummern 60 bis 62, Kapitel 1479 – Badisches Staatstheater Karlsruhe –, Kapitel 1480 – Württembergische Staatstheater Stuttgart – und Kapitel 1481 – Aufwendungen für nichtstaatliche Bühnen, Festspiele und Orchester –, zusammenfasse? – Das ist der Fall.

Ich rufe die drei Kapitel 1479 bis 1481 gemeinsam auf:

Kapitel 1479 bis Kapitel 1481

Wer den Kapiteln 1479 bis 1481 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln 1479 bis 1481 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Für die Kapitel 1482 bis 1492 liegen insgesamt acht Änderungsanträge der Fraktion der SPD vor, die alle das Ziel haben, durch eine Mittelhöhung freien Eintritt in die jeweilige Kultureinrichtung zu ermöglichen. Ich schlage Ihnen vor, dass ich die eben genannten acht Kapitel bei der Abstimmung zusammenfasse und zuvor die Änderungsanträge der Fraktion der SPD gemeinsam zur Abstimmung stelle. – Sie sind damit einverstanden. Vielen Dank.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Ich rufe die Nummern 63 bis 70 auf:

Kapitel 1482

Staatliche Kunsthalle Karlsruhe

bis

Kapitel 1492

Haus der Geschichte Baden-Württemberg

Ich stelle zunächst die acht Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksachen 16/1414-10 bis 16/1414-17, mit denen gefordert wird, jeweils den Zuschuss an die betreffende Kultureinrichtung – Titel 682 01 – zu erhöhen, gemeinsam zur Abstimmung. Wer diesen Änderungsanträgen der SPD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Änderungsanträge sind damit mehrheitlich abgelehnt.

Wer den acht Kapiteln 1482 bis 1492 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Diesen Kapiteln ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 71 auf:

Kapitel 1495

Kommission für geschichtliche Landeskunde Baden-Württemberg

Wer Kapitel 1495 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1495 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 72 auf:

Kapitel 1499

Sonstige wissenschaftliche Forschungsinstitute und allgemeine Aufwendungen für Wissenschaft und Forschung

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/1314. Hierzu liegen ein Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU sowie ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP vor.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/1414-31, abstimmen, der bei Titelgruppe 71 – Zur Förderung wichtiger Forschungsvorhaben – eine weitere Erläuterung einführt und die Titelgruppe 83 – Forschungsprogramm Alternativmethoden zum Tierversuch – mit einem k.w.-Vermerk versieht. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Änderungsantrag wurde damit mehrheitlich zugestimmt.

Nun stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/1414-4, zur Abstimmung, der die Titelgruppe 75 – Förderung des Technologietransfers aus den Hochschulen in die Wirtschaft – und Titel 429 75 – Personalaufwand – betrifft. Der Antrag begehrt eine Erhöhung der Mittel zur Förderung der Gründungskultur und des Programms „Junge Innovatoren“.

Wer diesem Änderungsantrag der FDP/DVP-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1499 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1499 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben jetzt noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 23. November 2016, Drucksache 16/1120, soweit diese den Einzelplan 14 betrifft, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 14.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir sind am Ende der heutigen Sitzung.

Die nächste Sitzung findet morgen um 9:30 Uhr statt.

Vielen Dank.

Schluss: 21:39 Uhr